atom

Sonderausgabe Nr. 18/19, Jan. 88, DM 6,–

Sonderteil »Startbahn-Schüsse«

...was geschah am 2.11.?.....erste Reaktionen
.....Stellungnahmen.....die Rolle der taz...
...22 Jahre Widerstand gegen die Startbahn

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.26

★ **GRÜNE – Ist doch alles so schön bunt hier** von Friederike Kamann

★ **Alltag – Klasse – Strukturen schaffen** von Wolfgang Haug

★ **Malik-Beschlagnahmeaktion wg. § 129a**

★ **Kulturkritik** von Herby Sachs

★ **Patriarchatskritik** – von Rosella di Leo

★ **Ökofeminismus** – neue, alte Weiblichkeit? von Ynestra King

★ **Interview mit Murray Bookchin** von Peter Einarssen

★ **Geschichte der Wooblies** von Jörg Auberg

★ **Zukunft Osteuropas** anonym aus Budapest

★ **Die Zukunft der Berliner Mauer** von Lutz Rathenow (Berlin Ost) u.v.a.

Einzelnummer: 5.-DM
SF-Abonnement: 15.-DM
Sondernummer ARBEIT: 5.-DM
Sondernummer FEMINISMUS: 5.-DM (1988)
Sonderdruck: SF 0–12: 10.-DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach 1159
7031 Grafenau-1

STACHLIGE ARGUMENTE

Zeitschrift der Alternativen Liste

Ob TAZ, FAZ, KONTRASTE, SPIEGEL oder ZEIT: Über die AL wird viel behauptet.

Authentische Informationen bieten:

STACHLIGE ARGUMENTE

Der SPIEGEL der IGEL

Zu abonnieren über Alternative Liste
STACHLIGE ARGUMENTE
Badensche Str. 29
1000 Berlin 31

Ich abonniere die STACHLIGEN ARGUMENTE
für 10 Ausgaben

Den Betrag von
DM 35.- O (in Berlin)
DM 40.- O (Außerhalb)
habe ich auf das Postscheckkonto Berlin West
Nr. 524 66 - 103 überwiesen.

.....
(Name)

.....
(Straße)

.....
(Ort)

.....
(Datum/Unterschrift)

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Wochenzeitung und Mitteilungsblatt

Wir bieten

- Aktuelle Informationen aus allen Bereichen der Ökologie- und Friedenspolitik
- Berichte über die Arbeit von Parteigremien und Fraktionen der Grünen
- Unabhängige Analysen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung aus ökologisch-pazifistischer Sicht.
- Kommentare, die weder von den Werbeabteilungen der Großindustrie noch den Propagandazentralen der Supermächte gesteuert werden.

Wir suchen

- Leser, die sich von den etablierten Medien nicht länger manipulieren lassen wollen
- Leser, die wissen wollen, wo und wie sie sich engagieren können, um ökologische, soziale und politische Fehlentwicklungen zu verhindern.
- Leser, die wissen, daß die Unterstutzung einer Parteizeitung ein wichtiges Stück Medienpolitik gegen die Kabelfernseh-Gleichschaltung ist
- Leser, die wissen wollen, was die Grünen und alternativen Basisbewegungen eigentlich machen.

Die Medien der anderen haben Millionen – damit propagieren sie die Ausbeutung der Erde und bereiten den Atomkrieg vor.

Wir vertreten die alternative Politik der Überlebensutopie – mit Informationen, Aufklärung und Kritik

Abtrennen und einsenden an:
Verlag DIE GRÜNEN, Postfach 20 24 22, 8000 München 2

○ Bitte senden Sie mir das kostenlose, vierwöchige Probeabonnement

○ Bitte informieren Sie mich über Patenschafts-, Förder- und Geschenkabonnements.

○ Ich abonniere ab sofort die Wochenzeitung DIE GRÜNEN zum Preis von DM 6.– monatlich (Kündigung: vier Wochen zum Quartalsende, schriftlich).

Zutreffendes bitte ankreuzen

Anschrift: _____

_____

_____ :

Ich bin damit einverstanden, daß die Abo-Gebühren vierteljährlich von meinem

Konto Nr. _____ bei der (Bank oder Sparkasse) _____

BLZ _____ abgebucht werden.

○ ja ○ nein (Zutreffendes bitte ankreuzen)

_____ _____

Datum und Unterschrift

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktions- und Bestelladressen:
atom, Postfach 1945, 3499 Göttingen
Tel. 0551/7700158

atom, c/o Günter Garbers, Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt, Tel. 04131/63315

V.i.S.d.bgl.P.:
Günter Garbers, Sabine Roisch, Bernd Weidmann

Die Redaktion sendet beste Grüße an Mexiko-Maxen.

Bestellbedingungen:
Diese Doppelnummer kostet 6,– Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 4,50 Mark.
Eine „normale" atom-Nummer kostet 4,– Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3.– Mark.
Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 25,– Mark incl. Porto und Versand.
Förder-Abo: ab 35,– Mark
Konto: »atom«, G. Garbers
PSchA Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Spendenkonto:
Bernd Weidmann Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 4098–304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:
Dies ist die **atom** Nr. 18/19, für Dezember 87, Januar & Februar 88.
Nach der guten alten Zählweise, für Fans, SammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 58/59,
atommüllzeitung Nr. 44/45.

Druck: Steidl, Göttingen
Titelfoto: Startbahn-West, Frankfurt

Redaktionsschluß für die nächste atom:
15. Februar 1988

Inhalt

Schwerpunkt 1: Die Startbahn-Schüsse

Die Schüsse an der Startbahn-West und ihr Widerhall in der Bewegung: Ist „Gewalt" im Widerstand gerechtfertigt, wenn ja: wie weit darf sie gehen? Erste Reaktionen und ausführliche Diskussionsbeiträge von unterschiedlichen Gruppen, dazu die Hintergründe der Ereignisse und 22 Jahre Startbahn-Widerstand.

Stellungnahme der »atom« 4
Schüsse aus dem Irgendwo – Was genau geschah 7
Erste Reaktionen 14
Ausführliche Stellungnahmen 20
Interview mit Lupus und Lia 35
Die Berichterstattung in der taz 38
22 Jahre Startbahn-Widerstand 40

Kriminalisierung im Herbst 87 42
Harte Urteile in Bayern 44

Schwerpunkt 2: Wackersdorf-Herbstaktionen

Die Herbstaktionen in Wackersdorf waren insgesamt ein Erfolg. Erfreulich vor allem für den regionalen Widerstand, daß nach sechsmonatigem Hin und Her phantasievolle Aktionen und eine große Demonstration zustande kamen. Auf der Gegenseite: die Prügelorgien der Berliner Polizisten.

Freiheit in Franz-Josefs Land 48
Zum Prügeleinsatz der Polizei 50
Augenzeugenberichte: Verletzungen, Festnahmen 52
Zum Verlauf der Aktionstage 57
Rückschau durch Trägerkreis-Gruppen 58
Wackers-Dorfchronik (September-Oktober) 61

Atommüllkonferenz Braunschweig 64
Standortberichte 69
Atomzentrum Lingen 70
Nukleare Schmiergelder 72

Schwerpunkt 3: Atommülltransporte

Seit Juli 87 laufen Behinderungs- bzw. Blockadeaktionen gegen die Transporte von MOX-Brennelementen nach Schweden. Angesichts zunehmender staatlicher Präsenz stellt sich die Frage nach Konzepten für künftige Behinderungsversuche.

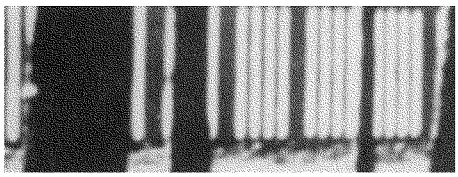
Frachten, Routen & Behälter 74
MOX–Transporte 78
Gorleben-Forum 87: Widerstandsdiskussion 82
Castor-Transporte nach Gorleben und La Hague 84

Volksabstimmung in Italien 85
1. Weltkonferenz der Strahlenopfer 86
Interview mit Prof. Köhnlein (BUND-Strahlenkommission) 89
Die EG-Grenzwerte: GAU eingeplant 90

Leserbriefe & atom-Debatte 92

Startbahn-Schüsse

Einleitung »atom«



Schüsse nach

Warum eine solch ausführliche Dokumentation von Stellungnahmen zu Frankfurt durch die »atom«? Wir wußten, daß das Interesse an Information und Diskussion zu den Ereignissen an der Startbahn ungeheuer groß ist, daß nur wenige Punkte »startbahnspezifisch« sind, aber fast alle uns und unseren weiteren Widerstand und unsere weiteren Perspektiven elementar betreffen. Gerade weil das so ist, wollten wir nicht die vielen Stellungnahmen, die ja Ausdruck der verschiedenen Diskussionen in Gruppen sind und so authentisch ihren derzeitigen Stand beleuchten, zusammenkürzen, oder gar zu einem »Einschätzungsartikel« der atom vermanschen. Ebenso wichtig und unverzichtbar fanden wir es, die zweifelhafte und durch Vorverurteilung der Festgenommenen bzw. Gesuchten geprägte Berichterstattung in den Medien durch eine detaillierte Dokumentation der bisher bekanntgewordenen Tatsachen zu korrigieren. Dabei konnten wir uns auf einen ausgezeichnet recherchierten Beitrag aus dem »Arbeiterkampf« stützen.
Herausgekommen ist die dickste »atom«-nummer unserer Zeitungsgeschichte. Wir hoffen, daß ihr diese Sondernummer akzeptiert, daß ihr mit uns der Meinung seid, daß die Schüsse an der Startbahn für uns eine so große Bedeutung haben, daß eine so breite Debatte in dieser Zeitung zu rechtfertigen ist und daß damit das bisherige Konzept der »atom« weder überstrapaziert, noch gar gesprengt wurde.

Breiter Diskussionsprozeß

Die Schüsse an der Startbahn haben unter den Autonomen, den Bürgerinitiativen der verschiedenen Bewegungen, bei Linken, Grünen und vielen anderen einen Diskussionsprozeß ausgelöst, wie wir ihn in einer solchen Breite und Intensität lange nicht mehr erlebt haben. Kein Wunder, denn nach wie vor stehen die meisten von uns fassungslos vor dem, was am späten Abend des 2. November an der Startbahn geschah. Betroffenheit war vor allem bei den Autonomen und vielen, die ihnen nahe stehen, spürbar und echt. Unter den Autonomen hatte ja bereits vor einiger Zeit eine mehr oder weniger intensive Diskussion über die Fragen autonomer Politik, autonomer Strukturen und vor allem dem Umgehen mit Militanz begonnen. Ausdruck dieser Diskussion war z.B. der vieldiskutierte Artikel von Lupus in der Atom Nr. 16. In diese Diskussion, die den Umgang mit bestimmten Widerstandsformen und dem Mythos der Militanz weit unterhalb des Einsatzes von Schußwaffen hinterfragte, fielen die Schüsse an der Startbahn. So trafen diese Schüsse vor allem das autonome Spektrum bis ins Mark. Seitdem haben wir eine Vielzahl von Erklärungen und Stellungnahmen aus dem autonomen und radikalen Spektrum erhalten, von denen wir viele auf den nächsten Seiten abdrucken. Sie sind weitgehend geprägt nicht nur von Betroffenheit, sondern auch von Fragen, von Versuchen, Verantwortlichkeiten aufzuspüren, Fehlersuche zu betreiben, an den bisherigen Diskussionen über den Umgang mit Militanz anzuknüpfen, mögliche Konsequenzen zu diskutieren, mit den Schüssen und ihren Folgen offen umzugehen, sich nicht zu verstekken oder zu verdrängen.

Herausgekommen ist dabei eine schlaglichtartige Bestandsaufnahme des Zustandes der autonomen Widerstands- und Protestbewegung in der BRD. Die Breite und die wesentlichen Aussagen der verschiedenen Stellungnahmen zeigen eine – von vielen gar nicht vermutete – Stärke des derzeitigen Standes der Diskussion und der Bewegung. Die Ablehnung der Schüsse war einhellig und in der Regel nicht nur taktisch bedingt. Das zeigt einen gewissen politisch-moralischen Konsens, der da heißt: die Bewegung geht auch dann nicht über Leichen, wenn taktische Gründe dafür sprechen könnten (wie entfernt solche Gedankenkonstruktionen auch sein mögen). Ein solcher – wenn auch nur dieses Extrem betreffender – Konsens ist keineswegs selbstverständlich, wenn man/frau sich an manche Diskussionen in der Vergangenheit erinnert. So zeichnen sich viele Erklärungen durch ein hohes Maß an Verantwortlichkeit und Offenheit aus. Alles andere wäre leichter und einfacher gewesen.

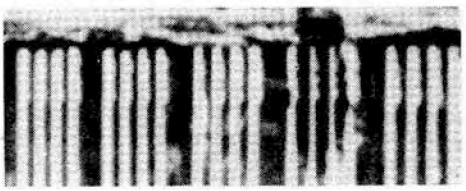
Der Riß geht durchs autonome Spektrum

Übersehen werden darf aber auch nicht folgende Entwicklung: Der eigentliche Riß scheint durch die Autonomen selbst zu gehen. Das hatte sich bereits vor den Schüssen an der Startbahn angedeutet. Die Begriffsbestimmung »Die Autonomen« taugt zunehmend weniger zur Klärung von Positionen. In den ersten Wochen nach den Schüssen hat sich vor allem der Teil der Autonomen zu Wort gemeldet, der die Radikalisierung der Auseinandersetzung mit dem Staat auf militanter Ebene zunehmend hinterfragte und darin immer weniger eine Perspektive sah. Die Hard-Liner-Fraktion ist aber viel weiter verbreitet, als die bislang herausgegebenen Erklärungen vermuten lassen (siehe Stellungnahme „Dem Staat keinen Millimeter"). Hier wird mehr oder weniger offen mit Aktionen wie an der Startbahn sympathisiert, die Kritik bezieht sich eher darauf, daß aus einer Demo geschossen wurde, daß es „im Moment nicht unsere Sache ist, irgendwelche Bullen abzuknallen" usw.
Auf der anderen Seite wird der eine Tote als besonders übler Bulle dargestellt, der's ja wohl verdient habe, könnte man/frau sich bei dieser Zusammenstellung denken. Der andere Tote bleibt lieber unerwähnt.
Besonders abgesehen haben es aber die Verfasser auf die Reaktionen der „Linken" und eines Teils der Autonomen. „Feigheit vor dem Feind", mangelnde revolutionäre Gesinnung! Was soll nur aus der Revolution werden, wenn schon bei mickrigen zwei toten Bullen allerorten in die Hosen geschissen wird! Dieser mangelnde „Mut" der anderen ist es, bestenfalls, der den gestandenen Revoluzzer vom Revoluzzen abhält. Da ist der Gedanke nicht fern, diesen „Mut" durch ein Fanal herbeizuzaubern.

Startbahn-Schüsse

Einleitung »atom«

hinten?



Dokumentation zu den Ereignissen an der Startbahn

Startbahn-Schüsse

Einleitung »atom«

Mit solchen Einschätzungen wird der Boden mit bereitet für solche abenteuerlichen Aktionen wie den Schüssen an der Startbahn. Eine solche Position hat mit den Zielen, den politischen Ansätzen und den Strategien und Perspektiven der Bewegung nichts mehr zu tun. Gerade die Autonomen in der Anti-AKW-Bewegung müsser deutlicher als bisher klar machen, daß hier keine Ansätze für einen gemeinsamen Kampf mehr vorhanden sind.

Manche der zitierten Aussagen erinnern auf fatale Weise an die RAF. Vor allem deswegen fatal, weil nichts so eindeutig ist wie die Tatsache, daß die RAF mit ihrem Konzept gescheitert ist. Auf Grundlage dieses Scheiterns noch einmal zu versuchen, einen revolutionären Zustand in dr BRD herbeizuschießen – und darauf läuft es im Endeffekt hinaus – ist doch der helle Wahnsinn. Die Opfer, auf beiden Seiten, die das wieder fordern wird, sind umsonst, jeder, der derzeit dafür stirbt, verletzt wird oder in den Knast gehen muß, wird geopfert in einem aussichtslosen und sinnlosen Kampf.

Es hat keinen Sinn, sich etwas in die Tasche zu lügen. Es gibt keine revolutionäre Situation in der Bundesrepublik, ja nicht einmal Vorstufen davon. Es gibt nicht einmal eine revolutionäre Theorie, ein Ziel, auf daß man/frau hinarbeiten könnte, wofür er/sie Köpfe gewinnen könnte. Es ist nicht einmal klar, ob die klassische Vorstellung von Revolution für unsere gesellschaftliche Gegenwart und Zukunft eine Bedeutung haben wird, oder ob an ihre Stelle andere Konzepte und Wege treten werden. Niemand weiß das, die Grünen nicht, die Linken nicht und die Autonomen und Antiimperialisten auch nicht. Klar ist bislang nur, daß (zumindest in Deutschland) bislang alle Konzepte für einen tiefgreifende Veränderung des Systems gescheitert sind, revolutionäre wie reformistische Ansätze. Mit diesem Defizit hängt ein guter Teil der mangelnden Popularität der Linken und selbst der Grünen in der Bevölkerung zusammen.

In einer solchen Situation dann den „internationalen Klassenkampf" herbeizuzitieren, um seine eigenen Aktonen rechtfertigen zu können, ist eine unverantwortliche Verdrängung der eigenen Mängel in Theorie, Strategie und Praxis. Und der Haß, die Wut, die ja tagtäglich in uns entstehen, in uns so oft hineingeprügelt werden, die sind zwar verständlich, aber kein guter Ratgeber für politisches Handeln. Undifferenzierter Haß und platte Feindbilder, die da erzeugt worden sind und gepflegt werden, können einen schon sehr nachdenklich machen. Da entsteht ein Weltbild, eine Sub-Realität, die in sich so abgeschlossen ist, daß sie im tagtäglich erfahrbaren Realitäts-Ausschnitt immer aufs neue bestätigt wird (bzw. sich bestätigt sieht), also ihre eigene Logik hat. Viele sind dann durch Diskussionen nicht mehr erreichbar. Wie viele das sein werden, hängt auch von unserem Verhalten ab, von unseren eigenen Perspektiven und Utopien.

Wir sind in die Defensive geraten

Die Schüsse an der Startbahn haben uns in die Defensive gebracht, den politischen und praktischen Handlungsspielraum enger gemacht für die Anti-AKW-Bewegung und andere Bewegungen. Wie stark, ist heute nur schwer abzuschätzen. Die neuen »Sicherheits«gesetze werden ihre Auswirkungen haben. Die Bereitschaft von Menschen, ungesetzliche oder militante Aktionsformen aktiv oder auch nur passiv mitzutragen, wird abnehmen. Mögliche Aktionsbündnisse werden schwieriger werden, die Teile der Bewegung, die dem Staat, dem herrschenden gesellschaftlichen System letztlich doch sehr nahe stehen, werden weniger als bisher bereit sein, Bündnisse mit »Staatsfeinden« einzugehen. Viele Menschen »dazwischen« werden wohlmöglich wegbleiben, resignieren in diesem Konflikt, sich auf keine Seite schlagen wollen und ihren Protest oder Widerstand gar nicht artikulieren. Viel wird davon abhängen, wie wir gegen diese Tendenzen gegenarbeiten, uns Mühe machen, die Menschen mit unseren Gedanken und Diskussionen auch erreichen. Unsere bisherigen Diskussionen, so wie sie auch in dieser Nummer zum Ausdruck kommen, waren offen und intensiv und haben gute Voraussetzungen geschaffen, mit der Situation fertig zu werden. Bleibt zu hoffen, daß es gelingt, diesen Stil der Auseinandersetzung weiterzuführen.

R. red.

Aus einem Flugblatt: „Dem Staat keinen Millimeter... sondern neun Millimeter"

"Wir haben uns entschlossen, ein Flugblatt zu den Ereignissen an der Startbahn zu schreiben, weil wir die bisherigen Diskussionen um die »Schüsse« zum Teil haarsträubend finden. ... Zu den Betroffenen: Der Hundertschaftsführer Klaus Eichhöfer war ein bekannter und verhaßter Bulle. Er legte gerne selber mal »hand an« und war für etliche Gas-und Knüppel-Einsätze verantwortlich. Auf sein Konto gehen Verletzte und Verhaftete. Andreas Eichler gehörte der aktionistisch geprägten Startbahnfraktion an. Mehr wollen wir zu ihm nicht schreiben. Er ist jedenfalls kein Unbekannter, er gehörte dazu. Die Schüsse waren natürlich quatsch. Am unverantwortlichsten war die Situation in die dadurch alle anderen Leute der Demo gebracht wurden. Hätten die Bullen nämlich gleich geschnallt was abgeht, wäre es unter Umständen zu einem Blutbad gekommen. ... Im Moment irgendwelche Bullen abzuknallen kann nicht unsere Sache. Abgesehen von der persönlichen Befriedigung ist an einer solchen Aktion nicht viel Positives nachvollziehbar. ... Anders ist ist, wenn es sich darum handelt, bestimmte Repräsentanten oder besondere Schweine umzuplätten. Solche Aktionen können sinnvolle, richtige Sachen sein. ... Unter uns aber werden immer mehr Stimmen laut, die von »Verrohung«, »Verselbständigung der Gewalt«, »Mythos der Gewalt« sprechen. ... Zur Gewalt: Wir finden es grundsätzlich falsch, in dieser Art und Weise eine Diskussion über »unsere« Gewalt anzufangen, weil sie einen falschen Ausgangspunkt hat. Uns bleibt die Wahl der Mittel nicht überlassen. Wir haben schon längst die Erfahrung gemacht, und die Geschichte bestätigt es, daß es unmöglich ist, uns vor der Staatsgewalt durchzusetzen innerhalb des rechtlichen Rahmen, der uns aufgezwungen wird.

D.h., wenn wir das System zerschlagen wollen, werden wir der staatlichen Gewalt revolutionäre Gewalt entgegensetzen müssen. Nicht etwa, weil es geil ist oder Spaß macht, sondern weil es nicht anders geht. An dieser Stelle jeglichen Gebrauch von Schußwaffen abzulehnen mit der Begründung, sie würden nicht zu unseren Mitteln gehören ist nicht nur falsch, sondern beinhaltet eine hinterlistige Distanzierung vom bewaffneten Kampf, weil er gar nicht mehr genannt wird. ... Wir finden diese Erfahrungen (die Entwicklung der militanten Auseinandersetzungen in der letzten Jahren, Anm.)verdammt wichtig. Wir denken auch, daß jene Erfahrungen uns denen in den drei Kontinenten kämpfenden Menschen ein Stück näher bringen. Wenn wir uns auf diese Menschen beziehen und einen internationalen Kampf anstreben, dürfen wir nicht vergessen, welchen Bedingungen er unterliegt. Es gehört in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zum Alltag, daß die Bullen oder die Armee auf Demos scharf schießen. ... Dabei wissen wir, daß die Firma Heckler und Koch zahlreiche faschistische Regime der drei Kontinente beliefert, und daß die BRD Bullen begehrte Ausbilder für Aufstandsbekämpfung sind. Wir wollen die Schüsse an der Startbahn unter dieser Perspektive sehen, weit über die BRD-Grenzen hinaus, in ein richtiges Verhältnis setzen. Wir meinen natürlich nicht, daß es keine regionalen Unterschiede zwischen den Unterdrückungsverhältnissen gibt und überall dieselben Strategien und Mittel dagegen eingesetzt werden können. Wir denken aber, daß auch hier die Bullen oder das Militär schießen werden, wenn es ihnen befohlen wird. Es ist noch nicht so lange her, daß sie es in Europa getan haben. Schon vergessen? ... Durch die Ereignisse an der Startbahn kommt es in diversen Papieren und Diskussionen erneut zu einer Nennung und Vermischung der Begriffe »militant« und »militärisch« die wir haarsträubend finden. Es kommt zu Definitionen wie »Militanz ist eine Mischung aus Protest und Widerstand«, die überhaupt nichts aussagt, oder es wird gesagt, daß der Gebrauch einer Knarre eine militärische Auseinandersetzung ausmacht. Der Gebrauch einer Knarre, ja selbst wenn es zwei oder drei gewesen wären, macht für uns noch lange (ganz lange) keine militärische Auseinandersetzung aus. Auch die Existenz von diversen Kleingruppen und dieser und jener Bombenanschlag sind für uns keine militärische Auseinandersetzung. Für uns ist das alles militante Politik mit militanten Mitteln. Von einer militärischen Auseinandersetzung in der BRD zu reden zeugt von einer diffusen Begriffsbestimmung. Eine militärische Auseinandersetzung setzt eine Organisierung und Ausrüstung voraus, die es hier momentan nicht gibt und auch in absehbarer Zeit nicht geben wird. Außerdem bedeutet sie eine Härte der Auseinandersetzung, die diese »Linke«, die schon bei zwei toten Bullen fast einen Kollaps kriegt, keine fünf Minuten durchhalten würde."

»Einige Autonome« aus Göttingen

Schüsse aus dem Irgendwo

Startbahn-Schüsse

Was genau geschah

Nachdem sie am 1.11. ihren 300. Sonntagsspaziergang durchgeführt hatten, trafen sich zwei- bis dreihundert Startbahngegner am nächsten Abend aus Anlaß eines sechsten Jahrestages: Am 2.11.81 war ein Hüttendorf polizeilich geräumt und zerstört worden. Die Bewegung, die damals zehntausende mobilisierte, hatte es in eben jenem Waldstück errichtet, das der Flughafenerweiterung zum Opfer fallen sollte. Solche Jahrestage sind den noch verbliebenen aktiven Startbahngegnern wichtige Anlässe, um zu der Betonpiste zu ziehen, die nach dreijähriger Bauzeit im April 1984 in Betrieb genommen wurde. Jedermann und so auch der Polizei ist der Ablauf dieser Aktionen bekannt, weil sie — auf beiden Seiten — nach einem ungeschriebenen, aber gleichwohl festen Schema ablaufen. So bot auch der letzte Jahrestag zunächst kein ungewöhnliches Bild. Gegen 19.30 Uhr brachen die Demonstranten mit Fackeln aus Mörfelden-Walldorf auf. Eine halbe bis eine Stunde später sammelte man sich am Südende der Startbahnmauer; der gewohnte Treffpunkt heißt deshalb auch seit langem schlicht „Chaoteneck". Die Polizei hatte zahlenmäßig ungefähr das Doppelte aufgeboten: vier bis fünf Hundertschaften, größtenteils innerhalb der Befestigung. Den Demonstranten entging nicht, daß einige Züge der Uniformierten im Wald postiert waren, der sich nach Osten hin anschließt, ebenfalls keine neue polizeitaktische Maßnahme. Die Startbahngegner errichteten nun Barrikaden über die beiden Wege, die durch den 100 bis 200 Meter breiten Streifen südlich der Startbahn führen.

Dieser Geländestreifen besteht aus dichtem Gestrüpp und neu angelegten niedrigen Waldschonungen und wird südlich durch einen „Vorfluter" begrenzt, ein Wassergraben, der weder besonders breit noch tief ist, aber von sumpfigen Rändern gesäumt wird, sodaß man ihn über eine schmale aufgeschüttete Furt überqueren muß. Die beiden o.g. Wege münden kurz vor der Furt ineinander, sodaß sowohl der Rückzug der Demonstranten wie auch die Verfolgung durch die Polizei diesen Engpaß passieren müssen. Jenseits der Furt beginnen die „Mönchbruchswiesen" mit einzelnen Busch- oder Baumgruppen und einer nord-südlichen Ausdehnung von 400 bis 500 Metern. An ihrem Südende fließt der ein paar Meter breite „Gundbach", eigentlich ein kleiner Fluß, über den es in dieser Gegend nur eine einzige Brücke gibt. Da es der Polizei an dieser Stelle im Prinzip leicht fiele, den Rückzug abzusperren, schleppen die Demonstranten bei solchen Aktionen üblicherweise, so auch beim letzten Mal, Holzbohlen mit, um an vorher verabredeten Stellen Notbrücken über den Gundbach anzulegen. Jenseits des Gundbachs befinden sich wiederum einige Waldstücke.

Gegen 21 Uhr gab die Polizei mit einer Lautsprecherdurchsage, die Versammlung sei illegal und müsse aufgelöst werden, das Signal zu den Auseinandersetzungen. Die Demonstranten warfen Steine, Feuerwerkskörper und Molotowcocktails oder schossen mit Leuchtspurmunition und Zwillen über die Mauer. Die Polizei konterte mit Wasserwerfereinsatz, Gasgranaten und ihrerseits Leuchtkugeln. Uniformierte Kräfte unternahmen einen Ausfall mit Wasserwerfer aus dem Südosttor der Mauer, um an einer brennenden Barrikade (siehe Markierung 1 auf unserer Skizze) relativ lange aufgehalten zu werden. Gleichzeitig rückten die im Wald postierten Polizisten von Nordosten her vor, um an der zweiten Barrikade (2) heftig mit Demonstranten zusammenzuprallen. Nach mehreren Anläufen wurde diese Barrikade von der Polizei genommen. Die Startbahngegner flüchteten über die Furt und verteilten sich, um die Verfolgung zu erschweren, über die Mönchbruchswiesen in der Dunkelheit. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Geschehen in nichts von dem unterschieden, was man schon häufig erlebt hatte und dementsprechend wäre es der Presse aufgrund der eingetretenen Gewöhnung kaum mehr als 20 Zeilen wert gewesen. Um nicht der Verharmlosung geziehen zu werden, sei die „FAZ" (4.11.) zitiert: *„Bis dahin glich der Polizeieinsatz vom Montagabend unzähligen aus der Vergangenheit."*

Um 21.30 Uhr fielen die Schüsse. Ein 44-jähriger Polizist aus Hanau starb in der Flughafenklinik oder auf dem Weg dorthin, ein 23-jähriger wenig später in der Frankfurter Universitätsklinik. Beide waren in den Bauch geschossen worden. Ein dritter Beamter war mit einem Schuß in die Brust erst einen Tag später außer Lebensgefahr; ein vierter erhielt eine schwere Oberschenkelverletzung. Einige Pressemeldungen sprechen noch von einem fünften Beamten, der einen Streifschuß am Knie davongetragen habe.

Von dem Schußwaffengebrauch erfuhren die zurückkehrenden Demonstranten erst bei Ankunft in Mörfelden-Walldorf. Ihre Reaktion schwankte zwischen Ungläubigkeit und Fassungslosigkeit. Die Polizei führte in der Flughafenanliegergemeinde erste Kontrollen durch und soll nach Zeugenaussagen (Hessischer Rundfunk) bei dieser Gelegenheit ihrerseits zwei Warnschüsse abgegeben haben. Noch in der Nacht wurden im Rhein-Main-Gebiet mindestens 20 Wohnungen durchsucht und nach Angaben von Rechtsanwälten 48 Personen vorläufig festgenommen. Am Morgen fanden sich Landesregierung, Polizeiführung und Generalbundesan-

Startbahn-Schüsse

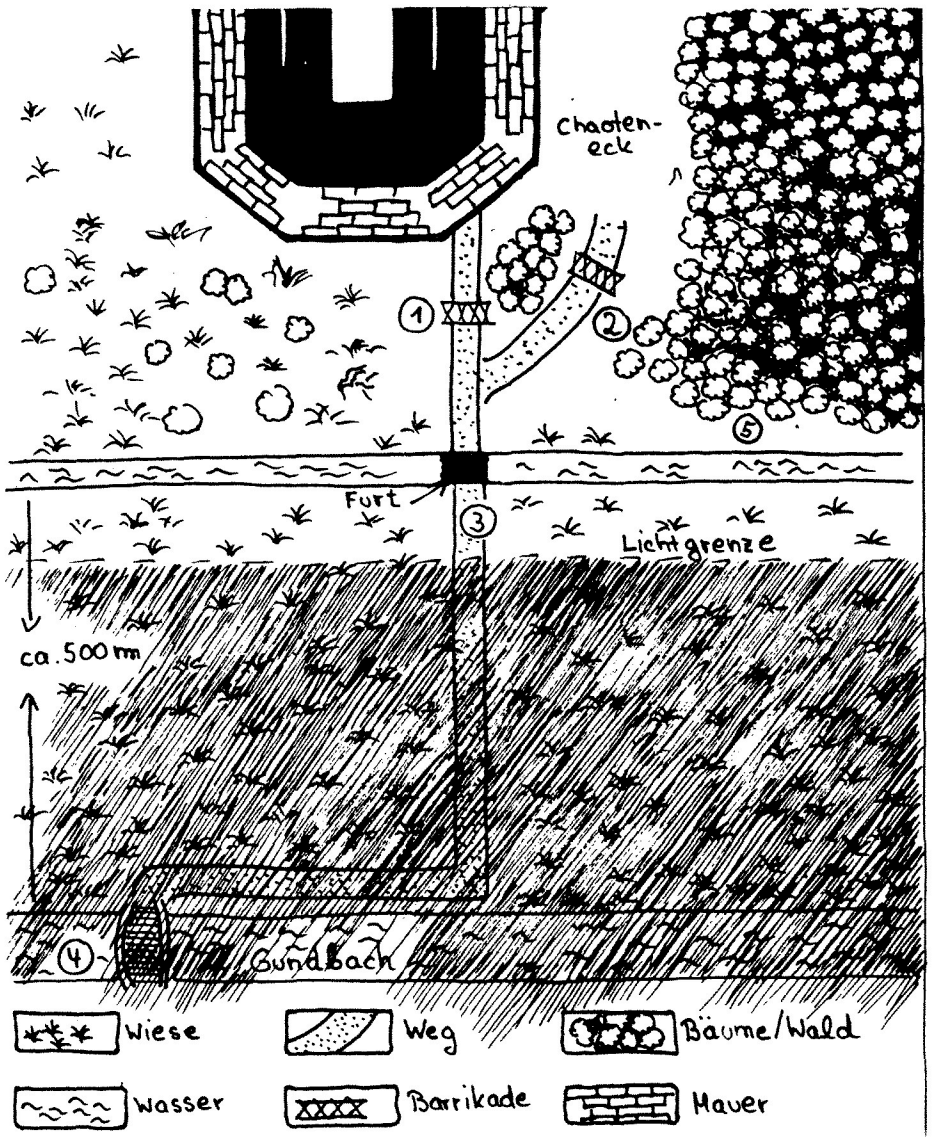
Was genau geschah

walt Kebmann, der das Verfahren an sich zog, am Flughafen ein.

„Plötzlich schrie ein Vermummter durchs Megaphon die Polizisten an: ‚Nicht näherkommen!' Unmittelbar darauf gab er den Mordbefehl: ‚Scharfschützen, Feuer!' Minuten später lagen 11 Polizisten in ihrem Blut." („Bild", 4.11.) Diese erste Darstellung des Geschehens wurde von der Generalbundesanwaltschaft (GBA) und dem Frankfurter Polizeipräsidium ausgegeben. Die „FR" gibt eine Erklärung des GBA wieder, in der es heißt, die fragliche Megaphondurchsage sei „aus dem Wald" gekommen, *„woraufhin von vermummten Demonstranten mit scharfer Munition, Leuchtspurmunition und Feuerwerkskörpern auf die sich zurückziehenden Polizeibeamten geschossen wurde."* („FR, 4.11.) In der Knallerei mit Feuerwerkskörpern habe man den Schußwaffeneinsatz nicht hören können. In mehreren Zeitungen wird die Aussage eines Polizisten zitiert, wonach ein Zischen und ein Klatschen (*„plötzlich machte es plopp"*) zu hören gewesen sei; dann sei der Kollege neben ihm umgefallen. Auch das Blitzen eines Mündungsfeuers wurde von niemandem bemerkt.

Der Sprecher der Frankfurter Polizei, Neitzel, erklärte: *„Sie schossen aus allen Richtungen mit allen möglichen Schußwaffen."* („Bild", 4.11., ebenso „FR") Diese erste Darstellung war der deutlich erkennbare Versuch, die Demonstration als Ganze, mindestens jedoch einen nicht unbeträchtlichen Teil der Demonstranten als Mitwisser und Mittäter zu beschuldigen. So schrieb die „Frankfurter Neue Presse" („FNP", 4.11.) unter Berufung auf Aussagen von Polizisten, die Demonstranten hätten den Schützen sehen müssen, ihn aber gewähren lassen. *„Es ist wohl auch kaum zu verstehen, daß eine Masse Mensch den Mörder so menschenverachtend handeln ließ."* Nach einer auf einer SPD-Pressekonferenz gegebenen Darstellung soll der Frankfurter Polizeipräsident Gemmer davon gesprochen haben, die Schüsse seien „aus einem Pulk schwarzgekleideter Demonstranten heraus" abgegeben worden. („taz", 4.11.)

Politiker der CDU waren um Verallgemeinerungen bemüht. Der Fraktionsvorsitzende im hessischen Landtag, Nassauer, erklärte, *„daß es sich bei den vermummten Demonstranten um reisende Gewalttäter und Verbrecher handle, die nicht vor Morden zurückschreckten"*. („FNP", 4.11.) Der Vorsitzende der Frankfurter CDU-Stadtparlamentsfraktion, Wenderoth, sah *„hinter jedem vermummten Gewalttäter einen potentiellen Mörder"*, und der Kreisverbandsvorsitzende Daum rief dazu auf, *„die geistigen Urheber dieser Taten zur Besinnung zu bringen."* („FAZ", 4.11.) Auf Bundesebene verfolgte Dregger eine „Blutspur" über Wackersdorf und die Hamburger Hafenstraße bis zu Jutta Ditfurth.



Schematische Skizze des Geländes im Süden der Startbahn West. 1) und 2) Von Demonstranten errichtete Barrikaden. 3) Ort, an dem die angeschossenen Polizisten lagen: hinter einer Furt über einen schmalen Wasserlauf („Vorfluter"). 4) Reguläre Brücke über den Gundbach. 5) Anfänglich genannter Tatort.

Die erste Version mußte so verstanden werden, als hätte sich das tödliche Geschehen am südlichen Rand des Waldes östlich der Startbahn abgespielt (5). Diese Stelle gibt die Bildzeitung an, und auch die ersten Meldungen des Hessischen Rundfunks am Morgen des 3.11., die ausschließlich auf Polizeiquellen beruhten, ließen diesen Eindruck entstehen. Auf dem Fuß und ohne weitere Begründung folgte eine völlig andere Lokalisierung des Tatorts, der jetzt ca. 500 Meter weiter südwestlich, am Gundbach, angesiedelt wurde.

Zunächst war es der Hessische Rundfunk, der am 3.11. behauptete, die Schüsse seien ganz woanders gefallen. *„Die Demonstranten flohen in Richtung Südosten über den Gundbach. Die nachsetzenden Beamten kamen an dem Bachlauf zum Stehen, berichtete am Dienstag morgen ein Reporter des Hessischen Rundfunks, der die Auseinandersetzungen als Augenzeuge erlebte. Sie nahmen zum Teil ihre Helme ab und legten ihre Schutzschilde beiseite."* („FR", 4.11.) An dieser Stelle und in dieser Situation seien die Schüsse gefallen. Eine Mega-

phondurchsage von Demonstrantenseite wird hier nicht bezeugt, ebenso wenig ist davon die Rede, daß aus einem Waldgebiet heraus geschossen worden sei. Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß der betreffende Reporter direkt am Tatort gewesen ist, da im weiteren auf die Darstellung der Polizistengruppe Bezug genommen wird, zu der die Opfer gehörten.

Noch etwas genauer äußert sich die „FNP": 400 Meter südlich der Startbahn seien die vorrückenden Polizisten durch brennende Barrikaden („Heuballen, Autoreifen und Matrazen") aufgehalten worden. *„Die Täter hatten sich auf der anderen Seite des Gundbaches im Wald (!) verschanzt. Als die Polizisten die Flammen löschen wollten, fielen die tödlichen Schüsse."* Auch die „FAZ" erwähnt eine Entfernung von 400 Metern zur Mauer der Startbahn, obwohl sie im Lokalteil der gleichen Ausgabe („Zeitung für Frankfurt", 4.11.) eine Skizze gedruckt hat, die einen Tatort deutlich näher an der Startbahnmauer zeigt.

Die „taz" (4.11.) spricht im Artikel eines Demobeobachters von 500 m Distanz zur Startbahn. Ein Polizist wird mit der Aussage wiedergegeben, die Lage der toten Beamten könne (am folgenden Tag) *„nicht mehr rekonstruiert werden, weil die Männer in Eile ins Krankenhaus abtransportiert worden seien."* Der „taz"-Bericht legt vage nahe, das Geschehen habe sich mitten auf den Mönchbruchswiesen abgespielt. Er sagt auch: *„Als die Situation begreifbar wird, setzt eine Massenflucht über die Felder ein, überall flackern Barrikaden, die den Rückzug autonomer Gruppen schützen sollten."* Das widerspricht mehreren Demonstranten-Aussagen, wonach man erst bei der Rückkehr nach Mörfelden-Walldorf von dem Schußwaffeneinsatz gehört habe. Wie in anderen Zeitungen wird auch in der „taz" leider nicht angegeben, was der Verfasser selbst beobachtet, was er von wem und wann gehört hat, bzw. wann und wie ihm welche Situation „begreifbar" wurde. So trägt man selbst zur Verwirrung des „verwirrenden Geschehens" bei. Eine ziemliche Leistung vollbringt der Frankfurter „Pflasterstrand" (Nr. 275) mit dem Titel *„Schüsse aus dem Wald"*, ohne sich weiter um den Wahrheitsgehalt zu sorgen.

Diese zweite Version ist diejenige, die in der Folgezeit von der Bundesanwaltschaft, die sich mit Ortsangaben freilich nie präzise festlegt, vertreten wird. Sie hängt unmittelbar mit der vom GBA beharrlich vertretenen Behauptung zusammen, die Schüsse müßten *„aus größerer Entfernung abgefeuert worden sein"* („FR", 4.11.). So wurde am 4.11. von Karlsruhe noch einmal bekräftigt, das Kommando „Scharfschützen, Feuer" sei durch Zeugenaussagen belegt und „aus einem Waldstück" erfolgt. Für den GBA ist diese angebliche Megaphondurchsage der wichtigste Hinweis, der für eine von Demonstranten planmäßig durchgeführte Tat spreche („FR am Abend"). Im Hessischen Rundfunk wurde Rebmann mit der Aussage zitiert, die Schüsse seien aus 150 m Entfernung abgegeben worden.

In der Tat ist das die Mindestdistanz, die angenommen werden muß, wenn wirklich von einer Position südlich des Gundbachs (4) geschossen wurde. Dort gibt es nocheinmal Wald, freilich nicht direkt am Bachufer, sondern in einiger Entfernung. Und ungefähr in diese Richtung hatten sich auch die Demonstranten nach Überqueren des Gewässers zurückgezogen. Somit scheint die Version Gundbach am besten geeignet zu sein, um ein irgendwie von der Demonstration *„geplantes Vorgehen beim Polizistenmord"* aufrechtzuerhalten. Gegenüber der „FAZ" (6.11.) wiederholte die Bundesanwaltschaft, der vermeintliche Täter sei *„‚sicher nicht der einsame Wolf (gewesen), der als Einzeltäter im Schutz der Dunkelheit zugeschlagen hat.' Der Überfall auf die am Startbahngelände eingesetzten Beamten wäre ‚ohne eine gemeinsame Planung nicht möglich gewesen'. Es deute vieles darauf hin, (...) daß die Polizisten in eine Falle gelockt worden seien."* Die betroffenen Beamten seien nicht mit der Verfolgung von Demonstranten, sondern mit dem Abbau einer brennenden Barrikade beschäftigt gewesen *„und boten so eine prächtige Zielscheibe für die Täter"*.

Für die behauptete große Schußdistanz, die zunächst sogar den Gebrauch eines Gewehres vermuten ließ, bevor eine Pistole als Tatwaffe feststand, gab Rebmann als weitere Begründung an, daß *„an den Körpern keine Schmauchspuren festzustellen waren."* („FR", 4.11.) Gemeint ist offenbar, daß bei Schüssen aus kurzen Entfernungen winzige Pulverreste an den Einschußstellen nachzuweisen sind.

Von Bedeutung ist ferner, daß die „FR" bereits am 4.11. meldete, es stehe fest, *„daß einer der getöteten Beamten von vorn, der andere von hinten getroffen wurde."* Dieser Darstellung schloß sich der hessische Ministerpräsident, Wallmann, höchstpersönlich an. Das habe die Obduktion ergeben („Abendpost", 5.11.) Die Bundesanwaltschaft hingegen hat dem stets widersprochen. Ebenso wies sie Spekulationen zurück, es könne sich um mehrere Tatorte gehandelt haben. Vielmehr seien alle Polizisten in unmittelbarer Nähe voneinander getroffen worden. Ansonsten sind die Medien in den folgenden Tagen bemüht, möglichst martialische Aussagen irgendwelcher Autonomer und die einschlägigen VS-Dossiers zu bringen, um den lieben Lesern eine Art Killermentalität der schwarzgekleideten und vermummten Demonstranten plausibel zu machen.

Startbahn-Schüsse

Was genau geschah

„Schüsse aus unserer Richtung, aber nicht von uns"?

So nervig es ist, immer wieder ins quasi kriminalistische Detail gehen zu müssen, weil es offenbar niemand anders für nötig hält, so bedeutsam ist der genaue Ablauf schließlich doch — nicht nur in bezug auf mögliche Strafverfahren gegen alle, die als Demonstrationsteilnehmer festgestellt werden konnten, sondern auch um eine politische Verantwortung oder Mitverantwortung der Startbahngegner erörtern zu können. Verantwortung heißt zunächst: Antwort(en) zu suchen und zu geben und nicht griffige Politiker-Sprüche abzusondern, deren Halbwertszeit desto kürzer ist, je schneller sie abgegeben werden.

Achim Bender, Arbeiter, Abendschüler, BI-Mitglied aus Mörfelden-Walldorf und militanter Dauerdemonstrant (nicht nur) an der Startbahn West, hat in einem „taz"-Interview wie auch im Gespräch mit dem AK einen Bericht gegeben, der erheblich von den eingangs referierten Schilderungen abweicht. Um Beschönigungen der eigenen Rolle geht es nicht: Achim gehört zu denjenigen, die entschieden für Verantwortlichkeit, Selbstkritik und eine Änderung militanter Politik eintreten. Am Abend des 2.11. erlebte er den Zusammenprall zwischen der Polizei und den Demonstranten an der östlichen Barrikade (2). Nachdem die Polizei dort zwei-, dreimal zurückgeschlagen worden sei, so seine Beschreibung, hätten sich die Startbahngegner rasch zurückgezogen, um an dem Engpaß der Furt über den Vorfluter nicht in Bedrängnis zu geraten. Es sei an dieser Stelle eben bekanntermaßen ein gewisser Vorsprung vonnöten, damit nicht die Letzten an der Furt von den Verfolgern eingeholt werden. Achim jedoch rannte nicht mit, sondern verdrückte sich seitwärts, ließ die Polizei an sich vorbeiziehen und folgte ihr dann, um unmittelbar hinter der Furt zu dem Zug von Beamten zu stoßen (3).

Startbahn-Schüsse

Was genau geschah

Dort, so sagt er, befinde sich ungefähr die Lichtgrenze der Scheinwerfer, die von der Startbahn herüberleuchten, und dort seien auch die Polizeieinsätze in der Regel zuende. Im Allgemeinen würden die Beamten noch die kleine Furt überschreiten, dann aber eine Verschnaufpause einlegen, um später im Bericht schreiben zu können, man habe den Startbahngegnern auf die Mönchbruchswiese nachgesetzt, was aber wegen der Dunkelheit und der weit auseinandergezogenen Flucht der Demonstranten meist als vergebens ausgegeben werde. Nach Achims Darstellung ist es Teil des Rituals, daß beide Seiten mehr oder weniger von einer Beendigung an dieser Stelle ausgehen.

Aber an diesem Abend merkte er, daß etwas nicht stimmte, um mit einem weiteren Blick zwei am Boden liegende Beamte zu sehen. Wie die herumstehenden Polizisten auch habe er zunächst nicht an etwas Ernsthaftes geglaubt. Dann aber seien die schweren Verletzungen im Bauch festgestellt worden. Er habe in die bleichen Gesichter geschaut und gespürt, ,,daß es aus mit ihnen war", daß ihr schwacher Überlebenskampf keine Chance mehr hatte. Er habe es trotzdem nicht für wahr halten können. ,,Das war ein Einschnitt."

Wenig später habe man den in die Brust geschossenen Verletzten an die gleiche Stelle herangetragen. Die ganze Polizistengruppe sei völlig verwirrt gewesen und habe nichts mehr unternommen, sondern sich zurückgezogen, nachdem die Verletzten von Ambulanzwagen abgeholt worden waren. Eine andere Formation sei jedoch vorbeigezogen und in die Mönchbruchswiesen vorgestoßen.

Achim will nun bei Ankunft an der Furt die Silhouetten der letzten Demonstranten weit entfernt am anderen Ende der Wiese, aber noch vor dem Gundbach, also an dessen nördlichem Ufer, wahrgenommen haben. Das Folgende sind Schlußfolgerungen, die er jedoch für sehr wahrscheinlich hält:

— Er geht davon aus, unmittelbar nach den Schüssen an der Furt angekommen zu sein.

— Die schwerverletzten bzw. sterbenden Polizisten sind nicht mehrere hundert Meter weit über die Wiese geschleppt worden. Sie müssen also an dieser Stelle (3) oder in ziemlicher Nähe davon getroffen worden sein.

— Die ,,Nachhut" der Demonstration sei zum Zeitpunkt der Schüsse ca. 400 m entfernt gewesen.

Nach dieser Version könnte es so gewesen sein, daß die Schüsse nicht aus den letzten Reihen der Demonstranten abgegeben wurden, sondern aus einem Versteck in der Nähe der Furt, wo sich vereinzeltes Gebüsch, Baumgruppen und hohes Gras, aber kein Wald befindet. Der Schütze könnte davon ausgegangen sein, daß die Polizei wie üblich an dieser Stelle haltmachen würde, und er könnte genau diese Situation abgewartet haben.

Eine polizeiliche Verfolgung bis zum Gundbach sei erst *nach* den Schüssen aufgenommen worden und zwar durch eben jene *anderen* Polizisten, die an der Gruppe mit den Verletzten vorbeigezogen seien. Aus Berichten anderer Demonstrationsteilnehmer rekonstruiert Achim, daß es an der Gundbachbrücke (4) zu einer weiteren Konfrontation gekommen sei. Dort habe es wohl auch eine Megaphondurchsage gegeben, die er so wiedergibt, daß die Polizei darauf hingewiesen worden sei, man ziehe sich zurück und die Beamten sollten die Leute in Ruhe lassen. Das hätten sie dann auch getan. Jedenfalls liege dieser ganze Vorfall am Gundbach zeitlich eindeutig *nach* den Schüssen. Achim traf die Demonstranten erst in Mörfelden-Walldorf wieder, wo er ihnen berichtete, was er gesehen hatte. Sie hätten zu diesem Zeitpunkt noch nichts davon gewußt.

Die Darstellung des BI-Mitglieds wirft eine Reihe von Fragen auf. Zunächst ist nicht klar, um wieviel später als die Polizei Achim an der Furt ankam. Immerhin ist es möglich, daß dort wenige Minuten vor seinem Eintreffen noch Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei stattfanden. Denn man kann 400 m in sehr kurzer Zeit zurücklegen. Zweitens ist nicht ganz auszuschließen, daß die Schwerverletzten doch über eine größere Strecke zurücktransportiert wurden, obwohl die Erste Hilfe-Regeln das verbieten. Sollte diese Schilderung aber im Großen und Ganzen zutreffen, dann ist es ziemlich ausgeschlossen, daß die Schüsse wegen eines Hagels von Feuerwerkskörpern, Molotowcocktails und Leuchtspurmunition zunächst nicht auffielen. Denn ein solcher Hagel läßt sich aus 400 m Distanz nicht durchführen.

Andererseits ist es auch relativ unvorstellbar, daß die Polizei trotz der angeblichen Feuerwerkskörper, Molotowcocktails etc. stehenblieb und Helme und Schilde ablegte, wie in fast allen Zeitungsberichten erwähnt wird. Offenbar muß die Konfrontation doch mindestens deutlich abgenommen haben, bevor die Schüsse fielen. Jedenfalls findet die Tatortbeschreibung dieser dritten Version mehrfache Bestätigung. So ist es bei ,,FR" und ,,HR" ziemlich klar, daß sie in ihren ersten Berichten einfach den Vorfluter mit dem Gundbach und die Furt mit der Brücke durcheinandergebracht haben, ohne das später richtigzustellen. Auch gibt es die Darstellung eines Polizisten (,,Abendpost" v. 5.11.), der die am Boden liegenden Verletzten ,,einige Meter" hinter der ersten Barrikade

Brennender Beobachtungsstand an der Mauer Startbahn-West

nach der Startbahn (1) gesehen hat. *„Andere liefen zu ihnen, hoben sie auf, brachten sie aus der Kampfzone."*

Sollten die Schüsse tatsächlich von einer Position nahe der Furt und bei „abnehmenden Kampfhandlungen" gefallen sein, so wäre eine Erklärung für die drei Widersprüche — kein Knall, kein Mündungsfeuer, keine Schmauchspuren an den Körpern — nicht undenkbar. Vielleicht ist ein Schalldämpfer benutzt worden. Erstaunlich wäre dann allerdings, daß ein solcher nicht gefunden wurde, während doch alles andere ganz schnell auftauchte.

Schüsse eines Durchgeknallten?

Noch in der Tatnacht, „beim Morgentee" bzw. um 6 Uhr morgens, nahm die Polizei den 33-jährigen Frankfurter Andreas E. in der Wohnung seiner Freundin fest. Auf einem Vordach fand sie einen Rucksack, der angeblich prall gefüllt war: Eine Pistole des Kalibers 9 „Sig-Sauer", wie sie von der Polizei verwandt wird, einschließlich eines mit fünf Schuß geladenen Magazins, dazu zwei leere Magazine, Leuchtspurmunition samt Abschußgerät, ein Paar Handschuhe, eine Strumpfmaske und drei Walkie-Talkies („Spiegel", 9.11.). Noch am 3.11. wurde bekanntgegeben, daß es sich um diejenige Dienstpistole handele, die einem Zivilpolizisten am 8.11.86 am Rand einer Großdemonstration gegen das Hanauer Atomzentrum entwendet worden war. Ebenso stehe fest, daß einer der beiden Polizisten mit dieser Waffe getötet worden sei. Einen Tag später gab der Sprecher des GBA bekannt, auch der zweite Todesschuß und die lebensgefährliche Brustverletzung seien aufgrund ballistischer Untersuchungen auf diese Pistole zurückzuführen. Schließlich wurden Schmauchspuren, wie sie bei der Verwendung scharfer Munition entstehen, an einem Handschuh nachgewiesen. Bei Andreas E. soll allerdings noch ein dritter Handschuh gefunden worden sein; dieser habe nicht im Rucksack gelegen, sondern sei neben anderen Kleidungsstücken in der Wohnung zum Trocknen aufgehängt gewesen.

Die Presse hatte ihren Täter. *„Das ist der Mord-Chaot"*, schlagzeilte die „Abendpost-Nachtausgabe" (5.11.) und deutete mit einem roten Pfeil auf ein Foto, das durch alle Medien ging. Immerhin mit einem Fragezeichen titelte „Bild" vom gleichen Tag: *„Ist er der Mörder von der Startbahn?"* Unter dem Foto heißt es: *„Stechender Blick, ein zynisches Lächeln um den Mund" (...)* Natürlich. *„Die Beweise lagen auf dem Vordach."* Volle Angaben des Namens, der Adresse und des Arbeitsplatzes von Andreas E. sowie der Anschrift seiner Freundin waren selbstverständlich. Nicht eine Stimme, nicht einmal die „taz" problematisierte, daß der Festgenommene als unschuldig zu gelten hat, bevor in einem rechtsstaatlichen Prozeß, wie es so schön heißt, ein Urteil gesprochen ist. Es gibt eben doch bemerkenswerte Unterschiede zu diversen Trägern des Ehrenworts in der Politik oder Großspendern in der Wirtschaft.

Das bundesdeutsche Aushängeschild an Seriosität, der „Spiegel", erschien am 9.11. mit einer typischen ersten Seite seines Politikteils: Foto von Andreas E., Foto einer „Sig-Sauer"-Pistole, Foto eines Vermummten mit durchgezogener Zwille, angeblich an der Startbahn West aufgenommen, Überschrift in Zitatform: *„Wir machen Rambo auf links"*. Beabsichtigte Wirkung: Täter, Tatwaffe und „Umfeld" auf einen Blick. Drei Seiten später stellt sich dann, gewissermaßen im Kleingedruckten, heraus, daß die Überschrift dem Text eines Autonomen entnommen ist, der eine *Kritik* damit gemeint hat. Unter allgemeiner Berufung auf die Frankfurter Demoszene wird behauptet, Andreas E. gelte als „einer der härtesten Fighter" und sei „einfach durchgeknallt".

Die „taz" schrieb am 5.11.: *„Doch so verschwommen und unpräzise die offiziellen Äußerungen dazu bisher auch sind — daß der Todesschütze aus den Reihen der Startbahngegner kommt, ist mittlerweile unstrittig."* Dies erscheint unter der Überschrift *„Tatwaffe, aber noch keinen Täter"*. Täter unbekannt, aber Startbahngegner? Gegen die Erklärung des GBA, E. sei „nicht unbedingt" als „Einzeltäter" anzusehen, wohl aber als „Kernfigur", und man wisse, daß er „in starkem Maß in die Szene eingebunden war", baute die „taz" (6.11.) vorsorglich die Verteidigungslinie auf, er sei erst vor wenigen Jahren zur Bewegung gestoßen, sei relativ unpolitisch, lebe „brav und bürgerlich" und habe „kein einziges politisches Buch in seiner Wohnung". Kurzum: Die Szene begann allmählich, sich von dem vermeintlichen Monster abzusetzen. Cohn-Bendit schreibt im „Pflasterstrand" (Nr. 275), er wisse nicht, ob E. der Todesschütze sei. Und wenig später: Er *„verdient den Schutz seiner Szene, auch wenn man sich leidenschaftlich von einer solchen Tat distanziert."* Nach der von Karl Kraus und Gremliza geforderten sprachlichen Genauigkeit kann das nur bedeuten: auch wenn man sich leidenschaftlich von *seiner* Tat distanziert. Denn nur wenn E. als schuldig angenommen wird, gibt es einen Widerspruch zwischen der Distanzierung von der Tat und einem wie immer gearteten nicht-im-Stich-Lassen

Startbahn-Schüsse

Was genau geschah

des Beschuldigten.

Gegen E. wurde Haftbefehl verhängt. Den schnellen Fahndungserfolg erklärte die Frankfurter Polizei damit, daß sie „ihre Pappenheimer" eben kenne. Vier weitere Festgenommene aus dem angeblichen Bekanntenkreis von E. wurden wieder freigelassen. Dabei wurde bekannt, daß die Bundesanwaltschaft seit geraumer Zeit ein Ermittlungsverfahren gegen E. wegen der Teilnahme an Strommastaktionen führt, was seit den Gesetzesverschärfungen von Anfang 1987 den Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach §129a begründet. E. werde verdächtigt, den „revolutionären Heimwerkern" anzugehören. Anscheinend geht es um das Fällen zweier Strommasten im Juli/August 1986 in Mörfelden-Walldorf und Dreieich. Vermutlich bei der letztgenannten Aktion war eine Frau, die jetzt ebenfalls kurzfristig festgenommen wurde, durch einen Lichtbogen schwer verletzt worden — ein Unfall, der zu starker Verunsicherung in südhessischen BI-Kreisen geführt hatte.

Schließlich war E. im Oktober letzten Jahres beim Passieren der deutsch-französischen Grenze Straßburg/Kehl zusammen mit einem Freund festgenommen worden. Wie es jetzt in Zeitungsberichten heißt, habe man im Kofferraum des Wagens Feuerwerksmunition („pyrotechnische Gegenstände") gefunden; daraufhin habe E. zwei Wochen, sein Freund sechs Wochen in Haft gesessen. Wohnungsdurchsuchungen bei den beiden hätten Werkzeug zum Fällen von Strommasten — was immer dafür gehalten wird — und Skizzen einer solchen Aktion zutage gefördert. Aus unerfindlichen Motiven, sicher aber nicht zum Schutz vor Vorverurteilungen hat die Bundesanwaltschaft der Presse nicht den wahren Haftgrund vom Oktober '86 genannt: Den beiden wurde der Versuch vorgeworfen, sog. Präzisionszwillen in die BRD einzuführen. E. soll noch ein weiteres Verfahren wegen Landfriedensbruchs an der Startbahn am Hals haben. Insgesamt soll er „seit langem der Polizei bekannt" („FAZ") gewesen sein bzw. „seit KBW-Zeiten" („FR"). Mal heißt es, er sei 1978 erstmals aufgefallen, mal bereits 1974.

Am 6.11. meldeten die Boulevardblätter auf den Titelseiten *„Morgens ins Büro, abends zum Terror"* („Abendpost") und *„Polizistenmorde*

Startbahn-Schüsse

Was genau geschah

— *1. Geständnis"* („Bild"), jeweils wieder mit Portraitfotos. Die Springerzeitung behauptete, E. habe zugegeben, *„die Mordwaffe bei sich gehabt und in die Wohnung seiner Freundin gebracht zu haben."* Eine Woche später heißt es zum selben Punkt im „stern" (12.11.): *„E. bestreitet, der Mörder zu sein: ‚Ich habe nicht geschossen. Irgendein Fremder hat mir auf der Demo den kompletten Rucksack in die Hand gedrückt.'"* Für diese Behauptung spricht immerhin, daß es eine unbegreifliche Dreistigkeit gewesen wäre, wenn jemand nach Abgabe tödlicher Schüsse die Waffe auch noch mit nach Hause, bzw. noch schlimmer: zu seiner (hochschwangeren) Freundin, genommen hätte. Auch die Handschuhe mit Schmauchspuren, die nach Ansicht des GBA E.s Täterschaft beweisen, könnten ihm auf diese Weise zugesteckt worden sein.

Während die „FR" am 10.11. noch spekulierte, ob E.s Aussagen zur Übergabe des Rucksacks vielleicht weitere Personen belasteten, meldete „Bild" bereits, die Polizei suche jetzt einen zweiten Mann. *„Er soll E., nach dessen Aussage, die Todeswaffe zugesteckt haben."* Einen Tag später wurde der Name des zweiten Verdächtigen mit Frank H. (24 J.) angegeben; er komme aus Mörfelden-Walldorf und sei flüchtig. *„Der Gesuchte hielt sich nach Angaben (des GBA-Sprechers) am 2. November zusammen mit E. am Tatort auf. In polizeilichen Vernehmungen habe E. angegeben, die Tatwaffe von H. erhalten zu haben."* („FAZ", 11.11.). Der GBA gehe jedoch weiter davon aus, *„daß E. die Schüsse abgegeben habe. ‚Es besteht jedoch der dringende Verdacht, daß dies in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit dem Beschuldigten H. geschehen ist.'"* („Hamburger Abendblatt", 11.11.) Ein Fahndungsfoto wurde veröffentlicht.

Gleichzeitig zur Bekanntgabe dieses sog. „Komplizen" behaupteten die staatlichen Stellen, schweres Belastungsmaterial gegen beide Personen gefunden zu haben. Ein Schlüssel in der Wohnung von E.s Freundin habe sie zu einem Bankschließfach geführt, in dem man eine „Killerliste" entdeckt habe: 35 handschriftlich von E. notierte Namen von Firmen, Managern und Bankiers, alle mit den Anfangsbuchstaben A und B; auf diese Personen seien wahrscheinlich Anschläge geplant gewesen, meinte die Polizei laut „Bild" (10.11.). Bei weiteren Papieren habe es sich ebenfalls um *„von E. handgeschriebene (!) Bekennerschreiben"* für drei „gelungene Anschläge" gehandelt, jeweils unterschrieben mit *„Autonomes Zellenkommando Joschka Fischer"*. Diese phantasievolle Darstellung wird von anderen Organen nicht bestätigt. Das „Hamburger Abendblatt" (11.11.) spricht von maschinengeschriebenen Selbstbezichtigungsschreiben. Vielleicht waren es auch Drucksachen? Die „FR" schreibt: *„Die Bezeichnung ‚Killerliste' für das aufgefundene Schriftstück nannte (der GBA-Sprecher) ‚völlig falsch'."*.

In H.s Wohnung soll „ein von ihm verfaßtes Schreiben" zur *„Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes an der Startbahn West gegen die Polizei"* gefunden worden sein. *„Laut Bundesanwaltschaft meint H. damit ausdrücklich den Kampf mit Pistolen und hält es für möglich, ‚die Startbahn zum Kippen zu bringen, wenn wir (...) Bullen töten'."* („FAZ", 11.11.) Dies klingt in der Tat durchgeknallt, und zwar reichlich. Trotzdem ist nicht ganz auszuschließen, daß solche Papiere ihren Weg auf ähnliche Weise zu den beiden fanden wie, nach E.s Darstellung, die Tatwaffe.

Schüsse unter Observation?

Am 6.11. berichtete die „FR", E. sei bereits seit Monaten *„von der Polizei regelmäßig beschattet"* worden. Über eine Beobachtung während der Ereignisse des 2.11. sei dem GBA jedoch „nichts bekannt". Einen Tag später behauptete die Zeitung ebendies: „Aus zuverlässigen Kreisen im Frankfurter Polizeipräsidium" habe sie erfahren, daß die Polizei *„bereits von einem geplanten Anschlag an der Startbahn West gewußt habe, bevor dort am Montag die tödlichen Schüsse (...) fielen."* Der Sprecher des GBA dementierte und bekräftigte sein Dementi nach Rücksprache mit dem Präsidium: *„Weder bei der Bundesanwaltschaft noch bei der Einsatzleitung noch sonst wo ist ein solcher Sachverhalt bekannt."* Am 9.11. vermerkte die „FR" ein weiteres Dementi des GBA-Sprechers. Am 11.11. sah sich die Zeitung bestätigt. Die Karlsruher Behörde gab zu, daß das Telefon der Freundin von E. seit Anfang Oktober abgehört worden sei. Gegen 16.50 Uhr am Tattag sei ein Ferngespräch E.s mit einem Unbekannten abgehört worden.

Es sei von Örtlichkeiten, aber nicht von einer Aktion die Rede gewesen. Die Polizei habe dennoch gemutmaßt, eine Aktion gegen einen Strommast stünde bevor. Deshalb habe man gegen 19 Uhr vor der besagten Wohnung eine Observierung aufgebaut; zu diesem Zeitpunkt sei E. jedoch bereits unterwegs gewesen. Die Beobachter hätten ihn gegen 22 Uhr zurückkommen gesehen, aber mit der Festnahme noch acht Stunden gewartet, weil sie hofften, daß noch weitere Personen eintreffen würden. Die Rundschau blieb hartnäckig. Am 12.11. berichtete sie, die Frankfurter Polizeiführung habe den Hinweis aus der Telefonüberwachung „so vage" gefunden, *„daß kein Zusammenhang mit einem geplanten Anschlag im Mörfeldener Wald hergestellt werden konnte."* In dem Gespräch zwischen E. und dem Unbekannten sei von einer „Spinnenbrücke" als Treffpunkt die Rede gewesen. Dieser Name sei der Polizei unbekannt gewesen, und er sei auch nicht mit der „Wegespinne" in Zusammenhang gebracht worden, in deren Nähe dann die Schüsse gefallen seien. *„Der Polizeivizepräsident erläuterte, nach diesem Sachstand habe die Polizei die Passage aus dem abgehörten Telefonat mit geplanten Ereignissen für diesen Abend an der Startbahn nicht mehr in Verbindung gebracht."*

Am nächsten Tag sah es schon wieder anders aus. Die Polizei hatte aufgrund des Telefonats eben doch mit einem Anschlag am 2.11. gerechnet; sowohl das Präsidum als auch die Einsatzleitung vor Ort hätten wegen der einschlägigen Ermittlungen gegen E. das Umsägen eines Strommasts für möglich gehalten. Aufgrund dieser Vermutung habe die Polizei *„die falsche ‚Wegespinne' an der Startbahn"* observiert. In der Nähe der RWE-Trasse, also an den Strommasten, sei „Polizei ständig präsent" gewesen, nicht aber an einer Wegegabelung am Rand der Mönchbruchwiesen (gemeint ist offenbar der Südrand, also ungefähr Punkt 4 unserer Skizze), wo der Schütze *„aus einer Entfernung von etwa 300 Metern auf die Beamten"* geschossen habe. *„Trotz der Distanz konnte er schon wegen des Vollmond-Lichtes die Polizistenreihe in dem Wiesengelände ausmachen."* („FR", 13.11.) Die Rundschau gibt die Forderung des Personalratsvorsitzenden der Frankfurter Polizei, Koppmann, nach lückenloser Aufklärung der ganzen Geschichte wieder und beklagt die Informationspolitik des Präsidiums, das doch nach allem, was man wisse, durchaus umsichtig gehandelt habe. Festzuhalten bleibt, daß sowohl die Bundesanwaltschaft als auch das Polizeipräsidium eine Woche lang alles versucht haben, um die Öffentlichkeit in einem sehr wichtigen Aspekt zu täuschen.

Am (vorläufigen) Ende scheint ausgerechnet die letzte Version die unwahrscheinlichste zu sein. Wie soll jemand aus 300 Metern Entfernung mit einer Pistole derart häufig und verhee-

rend treffen können? Das ist schon bei den anfangs behaupteten 150 Metern so gut wie ausgeschlossen. Hinzu kommt, daß in jener Situation angeblich noch massiv Feuerwerkskörper und Molotowcocktails eingesetzt worden seien, deren Werfer dann ja zwischen dem Schützen und seinen Opfern gestanden haben müßten. Hier paßt nichts mehr zueinander, und wenn die Polizei behauptet, aufgefundene Patronenhülsen machten diese Entfernung zwingend, dann ist eher zu befürchten, daß Spuren verwischt werden.

Umso verhängnisvoller ist es, daß von Andreas E. *über seinen Anwalt* zwei Wochen nach dem Geschehen noch keine einzige Stellungnahme bekannt geworden ist, und daß die BI mit wenigen Ausnahmen ängstlich schweigt, während eine Reihe von Leuten offenbar längst bei der Polizei ausgesagt hat. Unter diesen Umständen gelingt es der Bundesanwaltschaft mithilfe der Medien mühelos, gestern einen Mörder, heute einen Komplizen, morgen einen Rucksackträger, hier ein ,,Kommando Joschka Fischer'', dort eine kriminelle Bürgerinitiative, revolutionäre Heimwerker, Feierabendterroristen, Bekennerschreiben usw. nach Belieben zu präsentieren und wieder fallenzulassen, wenn die jeweiligen Verdächtigungen ihren Zweck erfüllt haben oder nicht mehr zu halten sind. Mit diesem Wechselbad von Drohungen, Angeboten zur Strafmilderung bei Zusammenarbeit mit den Behörden, Repression und Desinformation wurde Anfang der achtziger Jahre bereits der ,,schwarze Block'' in Frankfurt zerschlagen, der damals mit Hausbesetzungen Furore gemacht hatte. Auch damals haben es die Betroffenen versäumt, eine linke Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Diesmal geht es um ungleich mehr. Die Methoden, mit denen heute die Autonomen nicht nur im Rhein-Main-Gebiet zerschlagen werden sollen, sind den Geheimdiensten abgeguckt, als deren oberster Statthalter in der Justiz sich Rebmann versteht. Kurz: Wir werden manipuliert.

Was zu beweisen war.

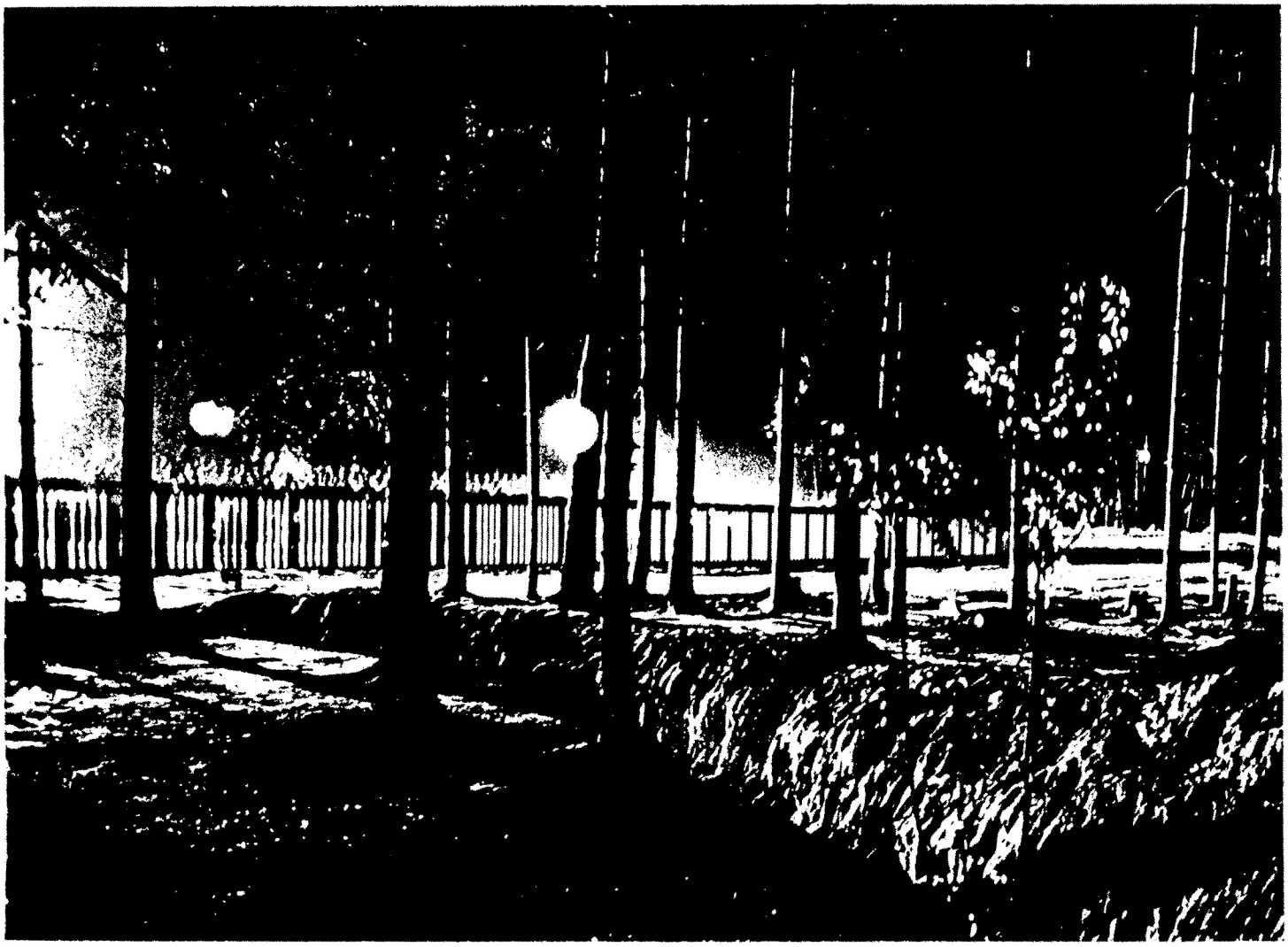
de.

aus 'Arbeiterkampf' Nr.288

Startbahn-Schüsse

Was genau geschah

In den darauffolgenden Wochen gab es eine große Zahl von Durchsuchungen im Raum Frankfurt, Wiesbanden, Rüsselsheim. Die Bundesanwaltschaft bezieht sich dabei auf die Konstruktion einer 'Gruppe Eichler', die ihrer Ansicht nach ca. 10 Personen umfassen soll. In diesem Zusammenhang sind mehrere Haftbefehle ergangen, die sich aber ausdrücklich nicht auf eine Beteiligung an den Schüssen beziehen, sondern auf eine mögliche Beteiligung an Sachbeschädigungen und Anschläge im Frankfurter Raum der letzten Jahre. Aktuelles und Näheres vielleicht bei:
Bunte Hilfe Startbahn
Club Voltaire, Kleine Hochstr.5
6 Frankfurt (069/283948)



Startbahn-Schüsse

Erste Reaktionen

Erste Stellungnahme der BI gegen Flughafenerweiterung Mörfelden-Walldorf

Zwei Polizisten wurden erschossen, neun wurden schwer verletzt. Aus Anlaß des 6. Jahrestages der Hüttendorfräumung an der Startbahn-West versammelten sich mehrere hundert Menschen. Im südlichen Bereich der Startbahnmauer kam es zu schweren Zusammenstößen als die Polizei begann, das Gelände zu räumen. Die Menschen wurden auf die im Süden befindlichen Wiesen getrieben. In der Dunkelheit kam es zu weiteren schweren Auseinandersetzungen. Es ist nicht unser Konzept, lag nie in unserem Interesse, Menschenleben anzugreifen. Wir sind von dem Tod der zwei Polizisten zutiefst erschüttert. Die Tatsachen und Einzelheiten werden in den nächsten Tagen zu klären sein. Dennoch ist es in dieser verworrenen Lage notwendig und unverzichtbar, die politische Verantwortung zu übernehmen. Wohl wissend, daß nun eine Verfolgung und Kriminalisierung gegen unsere Bewegung einsetzen wird.

Libertäres Zentrum, Frankfurt

Wir sind AnarchistInnen und Autonome aus Frankfurt, die für eine selbstbestimmte, herrschaftsfreie Gesellschaft kämpfen. Uns kotzen diese Schüsse am 2.11.1987, dem 6. Jahrestag der Hüttendorfräumung, an. Wir lehnen die Mitnahme von Schußwaffen auf Demos ab. Wir würden uns damit in die Isolation treiben, die unseren politischen Vorstellungen widerspricht. Deshalb ist eine solche militärische Eskalation nicht unsere Sache.

Unsere Mittel, die sich in den verschiedenen sozialen Bewegungen und ihren Kämpfen entwickelt haben, kennt jede/r. Jede/r kann sich darauf einstellen. Wir wenden uns mit diesen Mitteln gegen Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir setzen diese nicht ein, um zu töten, sondern um uns zu schützen.

Der Weg zu einer freien Gesellschaft darf nicht mit Leichen gepflastert sein. Dies unterscheidet uns von der Gegenseite. Ihre Opfer sind nicht nur getötete Demonstranten, sondern alle Menschen, die täglich durch strukturelle Gewalt — ihre Lebensbedingungen — sterben.

Ein Beispiel hierfür ist der Flughafen in Frankfurt, der als Ort für Abschiebungen, der ökonomischen Ausbeutung, der Zerstörung der Umwelt, sowie als militärische Basis dient.

(4.11.87)

Pressemitteilung der **Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung** anläßlich der planmäßigen Sitzung am 11. November 1987

Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main, Walldorf, ist zutiefst erschüttert von den schrecklichen Ereignissen anläßlich des 6. Jahrestages der Hüttendorfräumung am Frankfurter Flughafen am 2.11.1987, bei denen zwei Polizeibeamte ihr Leben verloren. Wir sprechen Angehörigen und Freunden der Toten unsere aufrichtige Anteilnahme aus, verbunden mit der Hoffnung, daß eine derartige Tat nie wieder geschehen möge.

Oberstes Ziel bei unseren Protesten gegen den Bau der Startbahn West war Gewaltfreiheit. Selbst in der "heißen Phase" des Widerstands der Bevölkerung gegen das Projekt in den Jahren 1980 bis 1982 haben wir dies unter anderem dadurch dokumentiert, daß wir stets den Dialog - gleich ob mit der Polizei, Politikern oder Andersdenkenden - geführt haben.

Unter dem Aspekt absoluter Gewaltfreiheit ist auch die Entscheidung zu sehen, im Jahre 1982 unsere Delegierten aus der Delegiertenversammlung der Gesamt-BI zurückzuziehen und auch am Plenum, dessen Zusammensetzung immer zufällig war, nicht mehr teilzunehmen, weil es in diesem Gremium zu Entscheidungen kam, die wir nicht mittragen wollten.

So war es auch folgerichtig, daß wir uns gegen einen Aufruf zur Demonstration am 2.11.1987 am Startbahngelände aussprachen, weil es in den vorangegangenen Jahren am Jahrestag der Hüttendorfräumung zu Konfrontationen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen war.

Unsere Arbeit in den letzten Monaten bestand darin, über anstehende Erweiterungspläne der Flughafen AG Frankfurt in der Größenordnung von vorerst ca. 41 Hektar zu informieren.

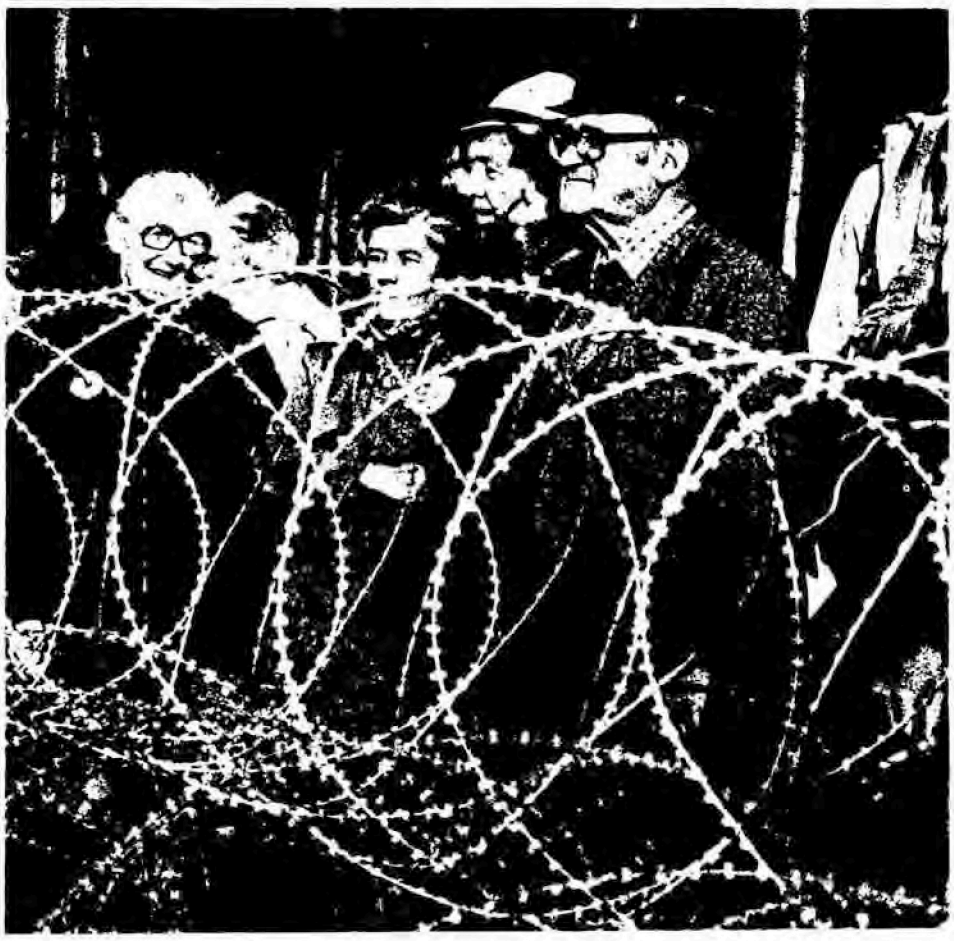
(Ortsbesichtigung und Markierung des zur Rodung anstehenden Geländes) und den Dialog mit maßgeblichen Politikern zu suchen. Auf unsere Schreiben an den Hessischen Ministerpräsidenten Wallmann und den Regierungspräsidenten des Reg.-Bezirks Darmstadt vom 15.9.1987, an die Frau Ministerin für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz Reichardt vom 20.9.1987 und an Bundesumweltminister Töpfer vom 4.10.1987 haben wir bis heute keine Antwort, ja noch nicht einmal eine Eingangsbestätigung erhalten.

Beim Staatsverordnetenvorsteher unserer Stadt wurde eine Bürgerversammlung zu diesem Thema beantragt.

Des weiteren haben wir uns - bis jetzt ohne Erfolg - um die Einrichtung zusätzlicher Lärmmeßstellen in unserem Stadtgebiet und umfassende Sicherheitsvorkehrungen für die Bevölkerung bei der Räumung eines im Bereich der geplanten Flughafenerweiterung liegenden Giftgasdepots aus dem 1. Weltkrieg bemüht.

Wir sind uns darüber im klaren, daß die tragischen Ereignisse des 2.11.1987 unsere weiteren Bemühungen, in userer durch mannigfaltige Umwelteinflüsse bereits jetzt hochbelasteten Region eine weitere Verminderung der Lebensqualität zu verhindern, erheblich erschweren.

Maria Kinkel, Ulla Schubert



„Es war einfach unfaßbar"

Achim Bender, Sprecher der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt, war Augenzeuge der Ereignisse / Die „politische Verantwortung" der BI

taz: ***Warst du am Montagabend bei den Auseinandersetzungen an der Startbahn dabei?***

Achim Bender: Ja.

Kannst du uns schildern, was du beobachtet hast?

Um 19 Uhr hatte sich ab Mörfelden-Schlichter der Fackel- und Demonstrationszug formiert. Es waren so zwischen 200 und 300 Leute, aber unterwegs kamen dann aus anderen Richtungen vom Wald auch noch Leute dazu. Als der Demonstrationszug dann am südlichen Teil der Startbahn eingetroffen ist, haben sich die Demonstranten dort verteilt. Es wurden dann Barrikaden gebaut, weil bekannt war, daß die Polizei mit starken Kräften im Unterholz liegen würde. Dann passierte erst mal eine halbe Stunde gar nichts. Dann wurde dazu aufgefordert, die Versammlung zu beenden und sofort aufzulösen. Das wurde mit Leuchtkugeln beantwortet, dann ging es hin und her mit Wasserwerfern, Gasgranaten und so weiter. Die Polizei, die im Wald gelegen hat, ist dann vorgerückt zu den Demonstranten, die sich schon zuvor hinter die Barrikaden zurückgezogen hatten. Da kam es dann zu schweren Auseinandersetzungen mit Molotow-Cocktails, Leuchtkugeln und so weiter. Die Polizei wurde aufgehalten, und sie ist schwer in Bedrängnis geraten, mußte sich teilweise wieder zurückziehen. Die Polizei ist dann mit verstärkten Kräften aus der Startbahn-Mauer vorgerückt, daraufhin haben sich die Leute zurückgezogen.

Wenn du von „Leuten" sprichst, meinst du damit den autonomen Block oder waren noch andere Demonstranten dabei?

Ich würde sagen, das war gemischt. Von der Kleidung her natürlich nicht. Da sind alle der Situation angepaßt gewesen. Aber von dem, was sie im Kopf haben, war es eher gemischt.

Und wann sind dann die Schüsse gefallen?

Die Leute haben sich zum Teil fluchtartig zurückgezogen, weil es dort eine sehr enge Stelle ist, und es ist schwierig, vom Startbahn-Gelände wieder auf die Wiese zu kommen. Die Polizei ist dann vorgerückt zu den brennenden Barrikaden zwischen Mauer und Wiese und dort sind dann die Schüsse gefallen.

Die Polizei hat zunächst überhaupt nicht realisiert, was da passiert ist und ist dann über die Brücke rüber den Leuten nach, hat einzelne Leute festgenommen und dann erst begriffen, was überhaupt passiert ist.

Wo genau sind die Schüsse gefallen? Die Nachrichtenagenturen behaupten, „aus den Reihen der Demonstranten heraus". Trifft das zu?

Ich habe mich zu diesem Zeitpunkt hinter der Polizei befunden. Ich bin mit anderen der Polizei gefolgt.

Haben andere BI-Mitglieder oder Demonstranten, die du kennst, gesehen, wer geschossen hat?

Man kann nur sagen, daß in dem Augenblick, in dem die Polizei bei den Barrikaden angekommen ist, daß zu diesem Zeitpunkt mit Leuchtkugeln, Molotow-Cocktails und mit Stahlkugeln geschossen worden ist. Es war sehr laut, es hat öfter geknallt, weil auch die Polizei mit Signalmunition geschossen hat, um die Wiese zu beleuchten. Man kann nicht sagen, mit was und wer da geschossen hat.

Nochmal: Kamen die Schüsse aus den Reihen oder aus der Mitte der Demonstranten?

Ich kann nur sagen, es ist von den Wiesen her geschossen worden. Das ist ein sehr unübersichtliches Gelände und es war dunkel. Wenn man Richtung Süden flieht, dann erstreckt sich dort eine sehr breite Wiese. Durch die Büsche ist das Gelände aber schlecht einsehbar. Es muß dort geschossen worden sein, aber man kann nicht sagen, wer und wie. Die Polizei hat dann versucht, über die Wiesen nachzusetzen. Dann haben die sich aber erstmal um ihre Leute gekümmert. Die haben die Verletzten gesucht, was sehr schwierig war, weil man nichts sah, es war ja sehr dunkel in diesem Bereich. Der Hubschrauber hat versucht, das Terrain auszuleuchten, aber es war dennoch sehr dunkel. Ich bin mit drei, vier Leuten bei den Hundertschaften gestanden. Die Polizisten waren natürlich sehr betroffen und sehr aggressiv. Die waren sehr bestürzt und teilweise unfähig, überhaupt noch irgendetwas zu machen. Die Polizei ist dann mit ihren Verletzten zurück hinter die Mauer und wir sind dann nach Mörfelden. Dort standen schon überall Straßensperren, sämtliche Autos wurden durchsucht. Ein Riesen-Aufruhr, aber niemand wußte zu diesem Zeitpunkt, was genau passiert war. Das ist erst langsam durchgesickert. Ich hab dann auch meine Sachen berichtet. Das hat zuerst niemand geglaubt. Es war einfach unfaßbar. Das konnte einfach niemand glauben.

Was ist deine Reaktion?

Ich krieg's einfach nicht auf die Reihe. Ich versteh das nicht mehr. Die Informationen verdichten sich so, daß es offenbar doch aus den Reihen der Demonstranten gekommen ist. Es gibt jetzt sehr viele Spekulationen und man kann natürlich nichts ausschließen. Aber es ist einfach unfaßbar.

Ihr habt in einer Stellungnahme die politische Verantwortung für die Ereignisse übernommen.

Es gab dabei Differenzen und auch Argumente dagegen. Es ist natürlich sehr pauschal, zu sagen, wir übernehmen die politische Verantwortung. Wir haben — das muß man festhalten — nicht zu der Demonstration am Montag aufgerufen. Aber wir stecken seit sieben, acht Jahren in dieser Auseinandersetzung. Wir haben sie mitgeführt. Es war ein Prozeß, eine Entwicklung, und das, was heute nacht passiert ist, ist Teil dieser Entwicklung. Damit muß man sich auseinandersetzen. Natürlich gibt es auch die Möglichkeit, daß Provokateure oder sonst jemand geschossen hat, und man muß das überprüfen. Nach dem, was passiert ist, stehen wir hier sehr unter Druck, die Leute sind entsetzt...

Aber sich dann zu opfern und zu sagen, wir übernehmen erstmal die politische Verantwortunmg, erscheint mit zumindest unreflektiert.

Es ist ein entscheidender Unterschied, wo man gestern nacht gewesen ist. In Berlin hat man natürlich eine viel größere Distanz, als wenn man diese Ereignisse selbst miterlebt und das gesehen hat. Wir müssen zu unserer Erklärung, die nachts um halb drei formuliert wurde, dazu müssen wir stehen und wir müssen sagen, was wir unter politischer Verantwortung verstehen.

Gibt es für dich eine Kontinuität im Startbahn-Widerstand von den ersten Platzbesetzungen bis zu den Schüssen am Montag?

Ich bin einfach nicht mehr in der Lage, darauf zu antworten. Ich kann dir jetzt keine Analyse geben. Das sind Fragen, über die wir sprechen müssen. Hat es eine Zwangsläufigkeit über die Jahre hinweg gegeben, die dorthin geführt hat, wo wir gestern nacht waren?

Traust du den Leuten, die du kennst und mit denen zu Sonntag für Sonntag demonstrieren gehst, traust du denen zu, daß sie kaltblütig auf Polizisten schießen?

Meine ganz persönliche Meinung ist, daß es dazu kommen kann, daß einzelne dazu fähig sind. Wenn die politische Kultur zerfällt, ist alles möglich. Und die politische Kultur ist zerfallen.

Interview: Manfred Kriener

Startbahn-Schüsse

Erste Reaktionen

Wir als Autonome und Startbahngegner/innen Wiesbadens distanzieren uns aufs Schärfste von den feigen Morden an den beiden an der Startbahn eingesetzten Polizisten.

Politik, die über Leichen geht und Umgang mit scharfen Schußwaffen hat mit unserem Widerstand nichts mehr zu tun. Jemand, der eine derartige Kaltblütigkeit an den Tag legt, gehört nicht in unsere Reihen, auch wenn er sich selbst dazu zählen mag.

Im Laufe der Auseinandersetzungen um die Startbahn West und der nun schon sechs Jahre dauernden Versuche, eine soziale Bewegung zu zerschlagen, haben sich auch unsere Formen von Widerstand geändert.

An Stelle des passiven Widerstands, der schon 1981 brutal zerschlagen wurde, sind direkte Aktion getreten, die eine praktische Behinderung des Baus/Betriebs zum Ziel hatte.

Auch der Schutz unserer Demonstrationen ist im Laufe der letzten Jahre immer wieder Gegenstand unserer Überlegungen gewesen. Permanente Überwachung und wahllose Kriminalisierung einzelner haben uns bewogen, unsere Identität teilweise dem Zugriff der Polizei durch Vermummung zu entziehen.

Es ist immer auch Ausdruck der gesamten Startbahn-Bewegung gewesen, in eskalierten Situationen aktiv schützende und direkte Handlungsweisen zu praktizieren.

Die Tötung von Menschen auszuschließen, war dabei immer unser oberster Grundsatz.

Wir wehren uns gegen die nun einsetzende Hetzkampagne gegen alle, die hier Widerstand leisten.

Der Mord an den beiden Polizisten dient als Mittel, berechtigten sozialen Widerstand als von unseren Utopien losgelöste terroristische Aktion zu diffamieren.

Die Gleichsetzung von Demonstranten mit potentiellen Mördern soll hier ein politisches Klima schaffen, Gesetze und neue Überwachungsmaßnahmen durchzusetzen, die jegliche außerparlamentarische Opposition im Keim erstickt.

In Wiesbaden wurden in Verbindung mit der Erschießung der beiden Polizisten ca. 25 Leute festgenommen, deren einziges „Vergehen" darin besteht, Startbahn-Gegner/innen zu sein. Verschiedene Wohnungen wurden durchsucht, die Bewohner/innen diffamiert in Nachbarschaft und Arbeitsbereich.

Wir sind betroffen über die beiden Morde, aber wir verurteilen auch die Versuche, uns als Mitglieder sozialer Bewegungen zu kriminalisieren.

Startbahn-Schüsse

Erste Reaktionen

taz, 16.11.

DOKUMENTATION

„Unser politisches Anliegen ist berechtigt"

Antrag der Delegiertenversammlung der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt Rhein-Main an das Plenum, Mörfelden-Walldorf, 13. November 1987

Die Bürgerinitiative verurteilt die Morde vom 2.11.1987 an zwei Polizisten auf das schärfste. Die Tat steht ohne jedes Verhältnis zu politischem Inhalt und der bisherigen Entwicklung von Protest und Widerstand an der Startbahn West. Die Tat ist geeignet, die außerparlamentarischen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik weit hinter den erreichten Stand zurückzuwerfen. Zentraler Inhalt der BI als Bewegung gegen ein lebensfeindliches Projekt ist eine humanitäre Zielsetzung. Der Widerstand gegen die Flughafenerweiterung ist gleichzeitig ein Kampf für menschliche Lebensbedingungen. Aus dieser Grundhaltung heraus bestand und besteht weiterhin der Grundsatz, durch unsere Aktionen keine Menschenleben zu gefährden.

Wir wenden uns gegen die öffentliche Vorverurteilung derjenigen, die in diesem Zusammenhang festgenommen wurden, inhaftiert sind oder gesucht werden. Aus dem Anlaß der Morde wird nun eine Pogromstimmung gegen Startbahngegner geschürt. Eine Vielzahl von Repressionsmaßnahmen deutet darauf hin, daß die Bewegung gegen die Startbahn West unter Ausnutzung der Situation liquidiert werden soll. Von verschiedenen Seiten wird nun versucht, der BI eine politische Kapitulationserklärung abzupressen. Die Morde werden genutzt, um unser politisches Anliegen zu diffamieren.

Wir halten fest: Wir wissen, daß unser politisches Anliegen, die Verhinderung der Flughafenerweiterung, berechtigt ist. Der Startbahnbau war und ist ein lebensfeindliches, ein naturzerstörendes, ein militärisches Projekt. Dagegen vorzugehen, ist für uns eine politische Pflicht.

Die BI ist aus der Einsicht heraus entstanden, daß unsere Lebensinteressen weder durch Parteien noch durch Parlamente (ausreichend) vertreten werden. Dies hat sich auch jetzt nicht geändert; im Gegenteil sind die Gründe gegen die Startbahn durch deren Bau noch stichhaltiger geworden. Wir werden deshalb auch in Zukunft weiteren Ausbaumaßnahmen, wie sie jetzt im West- und Südbereich des Flughafens anstehen, nicht tatenlos zusehen. In diesem Zusammenhang stellen die Sonntagsspaziergänge einen legitimen Ausdruck unseres Protestes dar und werden weiterhin fortgeführt. Der Protest und Widerstand gegen die Flughafenerweiterung haben eine jahrzehntelange Geschichte. Im Verlauf dieser Geschichte sind viele, auch unterschiedliche, Wege gegangen worden. Wir haben zunächst alle legalen Mittel ausgeschöpft, um unser Ziel zu erreichen. Es wurden Klagen erhoben und Petitionen verfaßt, Hungerstreiks durchgeführt und Hunderttausende von Unterschriften gesammelt — ohne Erfolg.

Wir haben dabei gelernt, daß wir unser Anliegen nicht in die Hände von Richtern oder Ministerpräsidenten geben dürfen. Im Wald haben wir versucht, den Startbahnbau tätig zu verhindern. Als das Hüttendorf geräumt wurde, sind viele Hundert durch Polizeiüberfälle verletzt worden; einigen konnte das Leben nur durch unsere Ärzte vor Ort gerettet werden. Die Hüttendorfräumung war ein Wendepunkt in der Entwicklung des Widerstands.

Die Geschichte der Entwicklung dieser Protest- und Widerstandsformen zeigt, daß keine der Formen heute rückschauend als die allein richtige festgelegt werden kann. Sie zeigt auch die fortwährend bestehende Notwendigkeit, in gemeinsamer Auseinandersetzung miteinander richtige Wege zu entwikkeln. Wir müssen feststellen, daß die bisher geführten Diskussionen den oder die Schützen nicht erreicht haben. Es ist an uns, diese Diskussion selbstkritisch weiter zu führen.

Wir fordern:

Keine Startbahn 18 West! Generelles Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr! Keine weiteren Ausbaumaßnahmen! Schließung der Rhein-Main-Air-Base! Keine Kriminalisierung von Startbahngegnern!

Startbahn-Schüsse

Erste Reaktionen

Von Oliver Tolmein

Knapp zwei Wochen nach den tödlichen Schüssen an der Startbahn 18 West ist die Lage unklarer als am Tag danach. Der Tatablauf, der schon nach wenigen Stunden Ermittlung festzustehen schien, ist seitdem in Zeitungs- und Polizeiberichten so oft variiert worden, daß er nicht mehr exakt nachzuvollziehen ist. Es hat bis heute noch keine kriminaltechnische Analyse gegeben, die die Entfernung, aus der die Schüsse abgegeben worden sind, bestimmt hätte; galt anfangs eine Entfernung von ca. 30 Metern als wahrscheinlich, so schreibt die "Frankfurter Rundschau" nun unter Berufung auf Polizeiquellen von einer Entfernung von 300 Metern. Nicht weniger merkwürdig sind die Umstände, unter denen ein zweiter Haftbefehl wegen Mordes gegen einen Mörfelden-Walldorfer aufgetaucht ist: behauptete die Bundesanwaltschaft doch anfangs, alle Indizien sprächen für Eichler als Täter. Merkwürdigerweise, wie die Tatsache, daß Eichlers Telefon abgehört worden ist,

Desinformation

daß angeblich ein Sondereinsatzkommando am Tatabend zu seiner Observation eingesetzt worden sein soll, aber an der falschen Weggabelung postiert worden ist, lassen das Bild noch trüber erscheinen. Bemerkenswert ist das, weil offensichtlich seitens der Behörden eher ein Interesse an Vernebelung des tatsächlichen Ablaufs besteht als an der Aufklärung. Aber auch die sogenannte kritische Öffentlichkeit, einschließlich der hessischen taz-BerichterstatterInnen, hat bisher nichts dafür getan, die Desinformationspolitik als solche kenntlich zu machen und ihre Ursachen zu hinterfragen.

Diese Situation ist die Auswirkung eines fortschreitenden Entsolidarisierungsprozesses zwischen radikalen, das ist in diesem Fall: staatsfeindlichen Linken und reformistischen Gruppen wie den Grünen. Die Widersprüche zwischen strikt gewaltfreien und militanten Fraktionen sind mittlerweile soweit gediehen, daß selbst die seitens der Herrschenden behauptete Logik der Militanz, die von Steinen über Mollies und Zwillen zu Pistolenschüssen führe, übernommen wird. Was die Titelseiten der bürgerlichen Presse zusammenbringen, als seien vermummte Gesichter und Pistolenmündungen dasselbe, prägt auch die Reden im linksliberalen Spektrum: "Werft die Zwillen weg, reißt euch die Masken vom Gesicht. Ich habe auch Angst, wenn ich den schwarzen Block sehe", tönte Waltraud Schoppe von den Grünen in einer Sondersitzung im Bundestag, und Joschka Fischer forderte in Frankfurt: "Unsere Konsequenz aus den Ereignissen muß sein, dem nächsten Autonomen auf einer Demonstration, der mit der Zwille schießen will, die Zwille wegzunehmen." Auch seitens gewaltfreier Unabhängiger aus dem Spektrum von Friedens- und Anti-AKW-Bewegung gibt es einen "Offenen Brief an die Autonomen", der ankündigt, solange keine Aktionsbündnisse mehr mit ihnen eingehen zu wollen, "bis ihr die Zwillen weggeschmissen habt".

Übersehen wird dabei einiges: die Täterschaft ist nach wie vor unklar. Die Autonomen haben die Schüsse nicht weniger scharf verurteilt als andere Gruppen. Sie haben auch, zusammen mit dem gesamten Spektrum gegen die Startbahn West, Verantwortung übernommen: nicht für die Schüsse, sondern für den Stand der Diskussion und das politische Umfeld. Alles was über diese harte Selbstkritik, die auch praktisch nicht folgenlos bleiben wird und darf, hinausgeht, ist Denunziation und paßt den Herrschenden hervorragend ins Konzept. Denn gefahndet wird in Frankfurt derzeit am wenigsten nach dem Täter, und gesucht wird kaum nach der Wahrheit: das Libertäre Zentrum wurde durchsucht, Leute aus dem Umfeld der Organisationsgruppe der Libertären Tage vorläufig festgenommen. Wohnungen des militanten Spektrums werden ohne erkennbaren Zusammenhang mit der Tat gefilzt und erhebliche Teile der Szene bekommen Vorladungen vor Gericht. Die Schüsse scheinen den willkommenen Anlaß zu liefern, den in Sachen RAF festgefahrenen Staatsschutzapparat auf

und Entsolidarisierung

ein neues Ziel zu orientieren. In diesem Zusammenhang ist auch die bisher weitgehend reibungslos über die Bühne gegangene Diskussion um die Verschärfung von Versammlungsrecht und Strafbarmachung des Vermummungsverborts zu sehen, die die Handhabe für eine weit über ds bisher vorstellbare Maß hinausgehende Repression gegen weite Teile des militanten Spektrums liefern wird. Diese Gesetzesverschärfungen, die derzeit noch eher belächelt werden, bieten auch die Möglichkeit, die Spaltung zwischen Militanten und bürgerlichem Flügel der Bewegung zu verschärfen: wenn nämlich Demonstrationen aufgelöst werden müssen, weil Vermummte in ihnen mitlaufen, wenn jeder, der sich in einer aufgelösten Demonstration befindet, sich damit schon strafbar macht, wird der Hang zur gewaltfreien Ausgrenzung rapide zunehmen.

Diese Dimension der Ereignisse gewinnt in der Diskussion im militanten Spektrum erst sehr allmählich Konturen. Die Gefahr dabei ist, daß über dem notwendigen Kampf gegen die Repression die selbstkritische Reflektion, wie es zu den nicht nur taktisch, sondern auch moralisch zu verurteilenden Schüssen gekommen ist, schnell an den Rand gedrängt und zur Tagesordnung übergegangen wird. Daran aber, auch das zeichnet sich in der Anzahl von Veranstaltungen zu diesem Thema ab, haben am allerwenigsten die StartbahngegnerInnen ein Interesse: die Wiederholung solcher Schüsse muß in jedem Fall ausgeschlossen werden. Einen zweiten 2.11. dürften die Bewegungen kaum überstehen.

Startbahn-Schüsse

Erste Reaktionen

... die ersten gedanken waren: scheiße! ich persönlich habe es in der situation und manchen leuten da unten zugetraut. dann aber doch zweifel, das ging zu glatt, das ist ne provokation vom staatsschutz, auch wenn sich alles dagegen verdichtet, glaube ich der bundesanwaltschaft kein wort. das geht zu schnell und zu glatt. warum kommen die darauf, sofort früh morgen bei andys freundin aufzulaufen, warum haben di nicht eher zugeschlagen, wenn sie gewußt haben, daß andy die waffe hatte. zuviele ungereimtheiten.

trotzdem stellt sich uns die frage, wie wir aus dieser, auf jahre aussichtslosen situation, wieder herauskommen, denn das, was die startbahn-bi gleich abends gesagt hat, trifft zu: WIR SIND POLITISCH VERANTWORTLICH DAFÜR! es gibt keine entschuldigung dafür, die aktion ist politisch falsch, moralisch verwerflich, schüttet öl ins feuer der rechten.

man muß sich das wie einen film ablaufen lassen: hüttendorfräumung - großdemos an der startbahn - knüppelei in der rohrbachstraße - sonntagsspaziergänger - günher sare - tschernobyl - vor einem jahr werden andy und mike an der grenze festgenommen, weil sie sägefisch-aufkleber im auto haben, mike kommt erst monate später wieder - terror-gesetze, dann dieser herbst, die fatale analyse der grünen und der reformisten: die geschichte wird einfach umgekrempelt, ohne daß du was machen kannst - die knüppelorgien in wackersdorf - freiwild sein in karlsruhe auf der demo - das alles ist dann schon fast "verständlich", beinhaltet eine logische konsequenz, wenn auch eine fatale.

wir sind um unsere ruhe gebracht, sehen unsere arbeit diskreditiert. stimmt das? das wäre zu einfach. wir sind nur zu spät aufgewacht. haben ohnmächtig die situation über uns hereinbrechen lassen, haben gehofft, es würde nie eintreten.

das feigeste ist jetzt, den schwanz einzukneifen, sich der verantwortung zu entziehen, die leute nicht nur im regen stehen zu lassen, sondern selber noch am lynchem teilzunehmen. sie wären nicht die ersten, die im knast krepieren. und für uns selber müssen wir auch weiter denken. wie konnte so etwas auf einer demo passieren. das kann jeden tag wieder passieren, einfach als provokation. davor müssen wir uns schützen können. die frage ist - wie? die antwort kann nicht sein: hier friedliche demos - dort friedliche anschläge.

.....

Unbequeme Gedanken

die folgenden gedanken und überlegungen gehen von der tatsache aus, daß tatsächlich jemand aus unseren reihen an der startbahn zwei polizisten abgeknallt hat. geht also von tatsachen aus, die noch immer nicht bewiesen und klar sind. läßt überlegungen aus dem spiel, daß dies eine provokation von rechts war. läßt die hessische neo-nazi-szene, die gleichfalls vom verfassungsschtuz infiltriert und angetrieben ist wie die niedersächsische, außen vor, die noch vor wenigen jahren in der lage war (und dies heute sich immer noch ist) in kurzer zeit mehrere mörderische bombenattentate auf us-soldaten zu verüben. läßt die erfahrung mit den angeblich von der raf inszenierten bombenanschlägen auf die bahnhöfe in bremen, hamburg, nürnberg mitte der siebziger jahre außen vor, die auch von faschos oder vom staatsschutz verübt worden sind.

läßt das attentat auf das oktoberfest außen vor, als es auch sofort hieß, daß das linke waren, und hinterher waren es faschos. läßt die unklarheiten außen vor, die da lauten: 1. ist aus einem gewehr geschossen worden, 2. ist aus einer pistole geschossen worden. läßt die tatsache außen vor, daß die leute im wald kurz vor den schüssen kommandos wie: scharfschützen vor! gerufen haben sollen, was eine praxis ist, die nur, gerade auch in diesem befehlston, von wehrsportgruppen der neonazis bekannt ist. läßt außen vor, daß die schüsse genau in die situation hineinfielen, in der die staatstragende amnestie - und heileweltkampagne der grünen bundestagsfraktion kläglich gescheitert ist. läßt außen vor, daß dies ein gegebener anlaß war, die autonome szene auseinanderzunehmen, progromstimmung zu schüren usw.

die folgenden überlegungen lassen das alles unberücksichtigt und gehen davon aus, daß zwei bereitschaftspolizisten durch kugeln von startbahngegnern aus unseren reihen erschossen worden sind.

die welt ist eine andere geworden, mit einem schlag, richtiger: mit zwei kugeln, die tödlich getroffen haben. stimmt das überhaupt? natürlich ist sie eine andere geworden. - zwei menschen sind tot, hinterlassen völlig verzweifelte angehörige und freunde.

natürlich ist sie eine andere geworden. - die linke taumelt, ist fassungslos, sieht sich einer moralischen dimension beraubt, sieht sich der dimension beraubt, die ihren widerstand legitimiert hat (bis in die letzte konsequenz), sieht sich des moralischen unterschieds beraubt, der sie von den "schweinen" trennte, der soviel ohnmächtige kraft ausübte, daß sie nach zwanzig jahren immer noch kämpfen konnten, und doch das rad nicht anzuhalten vermochten. natürlich ist die welt eine andere geworden. für die, die jetzt im knast sizten, für deren freunde, für deren seelen. natürlich ist die welt eine andere geworden. künftig werden sie uns auf demos hinterherschreien: mörder! mörder! natürlich ist die welt eine andere geworden. es sind nicht welche von uns, die jetzt nicht mehr leben. diesmal sind es welche von der anderen seite. es sind nicht benno ohnesorg, nicht rudi dutschke, nicht thomas weisbecker, nicht petra schelm, nicht georg von rauch, nircht günther jendrian, nicht günther pontier, nicht ulrike meinhof, nich jürgen rathey, nicht günther sare, nicht die toten in den stammheimknästen, nicht die toten von wackersdorf, nicht die vielen anderen, die für ein besseres, gerechteres leben gestorben sind.

es sind zwei von denen, denen wir jedesmal das schlimmste gewünscht haben, wenn sie uns wieder mit haßerfüllten, oder mit höhnisch lachendem gesicht, zusammengeknüppelt haben. es sind zwei von denen, die dafür bezahlt werden, uns - im namen des volkes - für die demokratie zusammenzuknüppeln.

...die ersten Ge-

natürlich ist die welt eine andere geworden. es ist etwas passiert, was wir niemals wirklich, ernsthaft gewollt haben. zwei bullen sind kaltblütig - oder aus blindem haß? - feige abgeknallt worden. natürlich ist die welt eine andere geworden. da sitzen mehrere von uns im knast und entgegen jeglicher solidarität, befinden sich in absoluter iso-haft, werden vermutlich auf die perfekte art gefoltert, und werden von uns - die jahrelang mit ihnen zusammen gekämpft haben - als mörder beschimpft.

all das stimmt, ist richtig! nur, deswegen ist die welt noch keine andere geworden! täglich sterben massenweise in dieser republik menschen. sie sterben im auto, weil sie nicht schnell genug zur arbeit kommen. sie sterben auf der arbeit, weil sie nicht schnell genug arbeiten. sie sterben zu hause oder in den krankenhäusern, weil sie vom krebs zerfressen oder vom herinfarkt niedergestreckt werden. täglich sterben kleine kinder, weil sie in dieser luft nicht atmen können. wir selber sterben jeden tag, weil wir erniedrigt werden. wieviele frauen sterben oder werden erniedrigt bei vergewaltigung und durch die tägliche gewalt. die täglich sterbenden in den anderen ländern gar nicht mitgerechnet. tausendmal ist die welt jeden tag eine andere geworden. und sie ist es letztlich nicht. dieses industriesystem tötet täglich tausendfach und geht doch jeden tag weiter wie zuvor. dagegen haben wir uns gewehrt und wir wollen das weiter tun.

die zwei polizisten sind nicht die ersten, die von linken erschossen worden sind. die leute aus der raf haben polizisten, dienstfahrer, leibwächter, us-soldaten, wirtschaftsbosse und politiker erschossen, die rz erschossen karry. sie haben das nicht aus krimineller energie heraus getan, sondern weil sie von der gerechtigkeit, von der notwendigkeit ihrer tat überzeugt waren. weil sie das alltägliche morden nicht ertragen konnten und nur darin einen weg sahen - (ohne Wertung, ob dies nun richtig oder falsch war).

Startbahn-Schüsse

Erste Reaktionen

...Scheiße!

die schüsse im startbahnwald waren kein unfall. sie sind eine konsequenz der entwicklng, egal ob die schüsse von links, von rechts, oder vom verfassungsschutz kamen, bei jeder demo riskieren wir, daß ein polizist stirbt, ob das die stahlkugel ist, der mollie, oder ob das ein knüppel ist, der unglücklich trifft - wenn der polizist am herinfarkt stirbt. obwohl dies niemand will. aber wenn diese staatlich bezahlten knüppelhorden angestürmt kommen, dann muußt du dich schützen und wehren. die letzen beispiele in berlin, wackersdorf und stuttgart sprechen für sich. die vielen zertrümmerten knochen, gesichter und kopfbrüche. seht sie euch an, die sekler, diese freiwilligen prügelknechte, denen unser leben nicht einmal einen pfifferling wert ist. das, was da jetzt passiert ist, ist eine konsequente entwicklung. da brauchen wir uns nichts vorzumachen. das fatale ist, daß wir so spät aus dem traum erwacht sind.

abrüstung tut not! welch schönes wort. tatsächlich, die gewaltpotentiale müssen abgerüstet wrden. nur die gewaltspirale wird nicht dadurch auseinandergenommen, wenn wir unsere helme und mollies wegschmeißen. die wird auch nicht dadurch auseinandergenommen, daß wir uns im bürgerlichen leben etablieren. diese gewaltspirale ist doch nur zu stoppen, wenn die alltägliche gewalt, das töten am arbeitsplatz, das betreiben von atomanlagen, die tägliche mordung der umwelt usw. endlich aufhört.

selbst gewaltfreiheit ist gewalt, so sagen unsere hohen richter, die das wohl dieser gesellschaft, dieser industrien und machtstrukturen bewachen sollen. in den dialog treten! was soll diese leere hülse? die hat nur einen sinn, wenn die ursachen für die gewalt beseitigt sind. jede andere vorstellung ist gehirngespinst. die ursache ist nicht unsere kriminelle energie. wie sollen wir unseren kindern klar machen, daß der 500er benz vom bonzen nebenan völlig o.k. ist. wie sollen wir den kids erklären, die ihr leben lang keine vernünftige arbeit bekommen werden, daß sie sich gewaltfrei wehren sollen? - sit in vor dem arbeitsamt? wie sollen wir uns klar machen, daß die welt schön ist. sie ist schön, eigentlich - aber dafür müssen wir kämpfen, müssen dafür kämpfen, daß sie wenigstens manchmal schön ist. das ist schon fast romantik - aber was ist das nicht. dies soll nicht heißen, daß wir nicht tatsächlich aufgefordert sind, nachzudenken und zu handeln. nur - das sollten wir auch aus einem gesunden selbstbewußtsein heraus tun - und nicht vor lauter moralischer verrenkungen die realität vergessen.

danken waren...

was mag in denen jetzt vor sich gehen, denen eine amnestie angediehen werden soll. wie muß denen das geschrei der linken und grünen, die schon nach einem tag nach fahndung nach ausschöpfung der justiz schreien, in den ohren klingen. denen, die selbst des mordes, der beihilfe zum mord (selbst unter einem so fadenscheinigen konstrukt wie dem 129a), verurteilt worden sind. denen kann doch jetzt nur noch die gewißheit bleiben, daß sie es doch sind: fiese, feige, ekelhafte, kriminelle verbrecher. - die maske ist gefallen, zumindest dort.

glaubt den menschen kein wort, die wieder, jetzt noch mehr, uns an der gewaltfrage spalten wollen. gewaltfreiheit ist etwas edles, von uns allen als höchstes angestrebtes, aber nicht so.

und auch da sollten sich die gewaltfreiheitsapostel mal erinnern. es wäre nicht das erste mal, daß sich einge (wenn auch wenige) angesichts einer zahnlosen, gewaltfreien, parlamentarischen "widerstandsbewegung" einen anderen weg überlegen. und, warum so weit zurückdenken, wenn es schon so schwierig ist? - noch nicht einmal ein ganzes jahr ist es her, als die sogenannten anti-terror-gesetze verabschiedet worden sind, die ja wohl eindeutig ihren sinn in der eskalation hatten. damals wurde immer davor gewarnt, daß diese gesetze bisher "friedliche" in den untergrund treiben würden. erinnert euch! solange ist es noch nicht her.

es ist richtig, wir müssen in den dialog treten - aber nicht in den dialog mit der macht, sondern mit uns. und uns erinnern, warum wir in einer solche situation gekommen sind und warum wir uns nicht arrangiert haben.

und bevor wir in den dialog mit uns treten, geschweige denn in den dialog mit den staatshanseln, müpssen wir uns an etwas selbstverständliches erinnern: andy, mike, und wie sie heißen, sind welche von uns und sind es auch, wenn sie es tatsächlich waren, die geschossen haben, daß sie damit einen fatal falschen weg eingeschlagen haben, aber sie gehören zu uns. genauso feige wie dieser mord, genauso feide ist das fallenlassen der eigenen leute. deshalb kann es für uns zuallererst nur darum gehen, selbst wenn andy geschossen haben sollte, die leute einzuklagen und für sie zu kämpfen. die sitzen in iso-haft und müssen da raus. genauso wie wir sonst "freiheit für die gefangenen" schreien müssen wir das auch jetzt fordern, oder waren das alles nur lippenbekenntnisse?

Freiheit für alle Gefangenen
Sofortiger Stop der Atomanalgen
Für ein Leben ohne Ausbeutung Unterdrückung und alltäglichen Mord:
e.red.atom

Startbahn-Schüsse

Stellungnahmen

Auf den folgenden Seiten drucken wir Stellungnahmen und Diskussionspapiere verschiedener BI's, Gruppen und Einzelpersonen ab, die uns seit den Schüssen an der Startbahn erreicht haben. Wir geben alle Beiträge ungekürzt wieder, um ihren authentischen Charakter zu erhalten. Beiträge kommen von der Bürgerinitiatve Schwandorf, der Atommüllkonferenz-AG von Braunschweig, von Petra Kelly/Gert Bastian von den Grünen, mehre re Beiträge aus dem Spektrum der unabhängigen Friedensbewegung, ein Pa-

Bürger initiative Schwandorf

- 2 Tote bei einer Demonstration auf der Startbahn-West. Wir bedauern den tragischen Fall, denn
- Wir sind für das *Leben* und unser Widerstand richtet sich gegen die Zerstörung des Lebens durch die WAA und den damit verbundenen Atomstaat.
- In Wackersdorf versuchen Politiker ein *lebenvernichtendes* Projekt gegen den mehrheitlichen Willen der Bevölkerung mit aller *Gewalt* druchzudrücken.
- Rücksichtslos, denn schon gibt es hier *5 Tote*, von denen niemand spricht, die in das sog. Restrisiko einkalkuliert sind:
- 2 Demonstranten, 2 Polizisten und ein Bauarbeiter.
- 2 Demonstranten, die im Verlauf der Eskalation starben, 1 Polizist, der sich wegen der Einsätze in Wackersdorf das Leben nah, 1 Polizist, der als Co-Pilot eines Hubschraubers in einem Wahnsinnseinsatz auf dem Bahngleise landete als ein Zug kam, und der Bauarbeiter, der auf dem Baugelände verunglückte.

Ist Wackersdorf eine Gefahr für den Rechsstaat?
Die Politiker haben in Wackersdorf Zug um Zug ein Klima geschaffen, das mit Demokratie und gesellschaftlichem Miteinander nichts mehr zu tun hat.

Sie haben:
- 53.000 Einwendungen gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung niedergeschmettert,
- ein Volksbegehren abgelehnt,
- unseren mehrheitlich gewählten Landrat durch das Selbsteintrittsrecht des Staates ausgeschaltet,
- den Rechtsweg auf nur eine Instanz verkürzt,
- friedliche Demonstrationen nicht wahrgenommen,
- gewaltfreie Aktionen - wie die Hüttendörfer um Weihnachten 86 -brutal niedergeschlagen
- die Andachten am "Martel" verhöhnt,
- die Sonntagsspaziergänge kriminalisiert,
- keinen Baustop verhängt, obwohl der VGH die 1. TEG und den Bebauungsplan für nichtig erklärt hat,
- das Demonstrationsrecht eingeengt durch die Errichtung der Bannmeile um das Gelände,
- durch Einschüchterungs- und Isolierungsmaßnahmen das Demonstrationsrecht schon im Vorfeld zunichte gemacht,
- grundlose Freiheitsentziehungen bis zu 35 Stunden angeordnet,
- das Gesetz der Versammlungsfreiheit faktisch aufgehoben.

Wir durften am 7. und 8.10.87 nach friedlichen Diskussionen ein Gasthaus in Wackersdorf erst nach langwierigen Schikanen durch die Polizei verlassen.

Die Polizei mißbraucht zum Schutze des Baues der DWK - international verbotenes Gas von Ostern 86 bis in den Spätsommer hinein eingesetzt,
- jahrelang mit ihren Videokameras unsere Gesichter, unsere Autonummern in die Polizeicomputer eingespeist,
- durch ihre Zivilbeamten Mißtrauen gesät,
- GegnerInnen als Staatsfeinde diffamiert und kriminalisiert (4.000 Prozesse seit 1985),
- BürgerInnen in die RAF-Ecke gedrängt.
- Unter dem Motto der Polizei "Gewalt, nein danke" ziehen sich ihre willkürlichen Knüppeleinsätze wie ein roter Faden durch unseren Widerstand seit 85. Als am 10.10.87 aus der ganzen BRD zusammengezogene Sondertruppen mit offensichtlichem Prügelbefehl auf friedliche DemonstrantenInnen stürzten - Gewalttäter am Zaun waren nicht vorhanden - und gezielt auf deren ungeschützte Köpfe schlugen - 37 Verletzte mußten ins Krankenhaus - dankte ihnen Innenminister Lang für ihre "hervorragende Arbeit".

Zerschlagen wurden nicht nur die Köpfe, zerschlagen wurden die letzten Reste von Glaubwürdigkeit und Vertrauen zu diesem verlogenen Verhalten von Polizei und Politikern.

Nicht nur die 2 Toten auf der Startbahn, sondern bereits die letzten Ereignisse in Wackersdorf fordern eine *Denkpause* von den Politikern.

Sie sollten
- unsere Bedenken gegen die WAA ernst nehmen und einen sofortigen Baustop verhängen -
- das Atomgestz überprüfen-
- ein Volksbegehren zulassen -
- uns unsere freiheitlich verbrieften Rechte ausüben lassen -
- die Polizei nicht zum "Strafen" einsetzen -
- bedenken, daß neben ihrer geringen Mehrheit einen starke Minderheit existiert,
- daß man Politik nicht gegen sondern mit den Bürgern macht -
- daß nicht neue Gesetze wie Vermummungsverbot und Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts, sondern nur eine lebendige Zusammenarbeit aller einen Rechtsstaat am Leben erhalten kann.

Presseerklärung am 13.11.87

Kelly/Bastian

Die heimtückische Ermordung von zwei Polizeibeamten während einer Demonstration an der Startbahn West bestätigt in schauerlicher Weise die Richtigkeit unseres Ausrufs zur Gewaltfreiheit bei Demonstrationen vom Sommer 1986.

Die jetzt eingetretene Gewalteskalation hätte vielleicht vermieden werden können, wenn jene, die uns damals Duckmäusertum und eine Schwächung der AntiAtom-Bewegung vorgeworfen haben, begriffen hätten, daß falsche Solidarität mit potentiellen Gewalttätern das Gewaltrisiko nur erhöht und deshalb abzulehnen ist. Stattdessen haben sie mit ihrer unberechtigten Kritik leider den Eindruck erweckt, auch Gewalttäter in den eigenen Reihen zu akzeptieren und zur Tolerierung ihrer Gewalt bereit zu sein.

Die Morde an der Startbahn West zeigen, wohin diese verschwommene Haltung führen kann. Umsomehr kommt es heute darauf an, anstelle lediglich verbaler Distanzierungen durch eine überzuegende Praxis gewaltfreier Strategien endlich klare Verhältnisse zu schaffen und dem "schwarzen Block" der Vermummten jede Deckung und jeden Rückhalt zu entziehen: allerdings auch jederzeit zur Überzeugungsarbeit an Umkehrwilligen bereit zu sein!

Von der Bundesregierung und den Länderregierungen ist zu fordern, daß sie das Verbrechen Einzelner nicht zum Anlaß nehmen, die zahlreichen gewaltfreien sozialen und politischen Bewegungen zu kriminalisieren, die Polizeikräfte weiter provozierend aufzurüsten und das Demonstrationsrecht vollends auszuhöhlen. Einer jetzt drohenden Gewalteskalation darf von niemandem mit Verhärtung, sondern muß mit einer allseitigen Bereitschaft zum breitangelegten, gesellschaftlichen Dialog zur gewaltfreien Konfliktlösung begegnet werden. Und nur wenn auch der Staat endlich bereit ist, jene Übel an der Wurzel zu packen, die im Bereich von Rüstung und Militarisierung, in der Umweltzerstörung, bei der Massenarbeitslosigkeit und vielen anderen, sozialen Ungerechtigkeiten von Millionen als existenzgefährdende Gewalt erlebt werden, wird er seiner Verpflichtung gerecht werden können, selbst den wirkungsvollsten Beitrag zum Aufbau einer gewaltfreien, menschenwürdigen Gesellschaft zu leisten.

pier des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie, sowie zahlreicher autonomer Gruppen aus Hannover, Oldenburg, Bonn, Wiesbaden, Frankfurt. Gewisse Überschneidungen vor allem in den Anfangsteilen, die sich ja alle auf das gleiche Ereignis beziehen, ließen sich nicht vermeiden. Wir meinen aber, daß alle Beiträge wichtiger Bestandteil der Diskussion um die politischen und praktischen Folgen der Schüsse an der Startbahn sind.

Startbahn-Schüsse

Stellungnahmen

Atommüllkonferenz Braunschweig

Diskussionspapier der AG "Die Atomspaltung ist gelungen, gelingt dem Staat nun die Spaltung der Bewegung durch die aufgezwungene Gewaltfrage" zu den Schüssen an der Startbahn in Frankfurt.

In der BRD werden seit Jahren Großprojekte gebaut; die Mehrzahl dieser Anlagen ist in der Bevölkerung und an den Standorten umstritten.

Der eigenständige und teils militante Widerstand hat in den letzten Jahren ein immer größer werdendes Verständnis in der Bevölkerung erfahren, nicht zuletzt durch die Erfahrungen der Menschen, die an den Standorten wohnen.

Dem muß der Staat etwas entgegenhalten. Zum Schutz gegen Kritik und Widerstand wird paramilitärisch ausgebildete Polizei, z.B. die Sondereinsatzkommandos, eingesetzt. Die Antworten der Politiker finden ihren Ausdruck in Wasserwerfern, Gas und Knüppeln. Der Widerstand wird diffamiert und kriminalisiert.

Der Tod der Polizisten an der Startbahn soll jetzt mißbraucht werden, um alte Gesetzesvorhaben, wie die Verschärfung des Demonstrationsrechts, des Vermummungsverbots, des Paragraphen zum Landfriedensbruch, durchzusetzen.

Die Wut der DemonstrantInnen kann jede/r verstehen, die die polizeiliche Gewalt am eigenen Leib erfahren hat. Diese Wut und die Ablehnung der Großprojekte bringt viele Menschen dazu, auf vielfältigste Weise gegen deren Verwirklichung vorzugehen.

Im Rahmen der Demonstration anläßlich des 6. Jahrestages der Hüttendorfräumung an der Startbahn West kamen zwei Polizisten durch Schüsse ums Leben. Den Tod dieser Männer bedauern wir. Der Gebrauch von Schußwaffen gehört nicht zu unseren Mitteln; Schußwaffen hatten und haben bei unseren Demonstrationen nichts zu suchen.

Der allgemeinen Vorverurteilung der Beschuldigten schließen wir uns nicht an. Sollte sich herausstellen, daß jemand aus unseren Reihen diesen schweren Fehler begangen hat, braucht sie/er unsere Solidarität und Unterstützung.

Unabhängig davon, ob die Tat sich so abgespielt hat wie heute dargestellt, müssen wir feststellen, daß wir untereinander die Diskussion über unsere Ziele und Mittel nicht gründlich genug geführt haben. Die staatliche Unterdrückung der Diskussion über Widerstandsformen trägt ihren Teil dazu bei, enthebt uns aber nicht der Verantwortung.

Wir richten die Auffordrung an uns selbst und alle Menschen, die sich für die Stillegung der Atomanlagen einsetzen:

Lassen wir uns von Parlament, Justiz und Polizei nicht vorschreiben, welches der richtige Weg ist, unser gemeinsames Ziel zu erreichen!

Bestimmen wir selbst, welche Mittel dazu geeignet sind; aber bestimmen wir sie auch! Beantworten wir uns dabei die Fragen: -Schließen wir genügend aus, daß durch unsere Aktionen Unbeteiligte Schaden nehmen?

- Wird durch unsere Aktionen *deutlich*, um was es uns geht? Entspricht in der Situation die Wahl der Mittel unserem Ziel? -Können andere Menschen, mit denen wir unser Ziel teilen, das, was wir tun, wie wir es tun und was daraus folgt, akzeptieren?

-Entspricht das, was wir tun, unserem Gefühl? Bringt es uns in unseren Bemühungen weiter? Wenn das im Widerspruch ist, treffen wir usnere Entscheidung bewußt?

Bereden wir diese Fragen gründlich mit den Beteiligten! Bereden wir sie mit anderen so offen, wie die drohende Strafverfolgung das zuläßt! Kommen wir von einsamen Überlegungen zu einem gemeinsam entwickelten und verantworteten Handeln!

mit solidarischen Grüßen

Startbahn-Schüsse

Stellungnahmen

Göttinger Arbeitskreis

Am Montagabend, 3.11., wurden bei einem Startbahnspaziergang zwei Bullen erschossen. Die Meldung über diese Vorfälle löste bei uns allen einen ganzen Haufen Gefühle, Ängste, Kritik, Unglaubwürdigkeit und Fragen aus. Was genau die Schüsse bei uns ausgelöst haben, haben wir in einer ersten Diskussion zu klären versucht.

Die ersten Reaktionen auf die Vorfälle von Frankfurt waren von Ungläubigkeit geprägt. Keine/r konnte sich vorstellen, daß jemand von uns aus einer Demo heraus mit einer Knarre auf Bullen schießen würde. Die Ungereimtheiten bei der Untersuchung, die gezielte Pressekampagne machen eine Analyse des Tathergangs im Moment noch unmöglich. Vielleicht war es ein Spitzel oder Provokateur, wir wissen es nicht.

Die Möglichkeit, daß jemand von uns die Aktion klargemacht hat, bescchäftigte uns vielmehr. Warum hat und konnte jemand so eine Aktion machen? Was heißt das für uns?

War der Täter durchgeknallt? So eine Verurteilung finden wir zu einfach und falsch. Vielleicht haben schon viele von uns an die Möglichkeit gedacht auf Bullen zu schießen. Die Schüsse hätten schon früher passieren können oder auf igendeiner Demo in nächster Zeit. Das heißt für uns zu überlegen: Welche Militanz wo und wann? Wie kann unsere revolutionäre Perspektive und unser gemeinsamer/persönlicher Kampf aussehen?

Die Aktion finden wir zum Kotzen, aus Gründen, die wir später noch ausführen werden, aber wir können und wollen uns nicht von dem Täter distanzieren, ausgrenzen oder ihn als durchgeknallt abstempeln. Wir lehnen die"spontanen"Distanzierungen der Grünen (Aussagen von Schily, Fischer usw.) ab. Wir trauern auch nicht um die beiden Bullen aber eine klammheimliche Freude über den Tod konnte auch keiner von uns empfinden.

Die Schüsse von Frankfurt haben eine ganze Menge Angst ausgelöst. Angst um und vor unseren eigenen Strukturen und Vorstellungen. Angst vor den Reaktionen der Bullen und Staatsmacht, damit rechnen zu müssen, bei einer militärischen Auseinandersetzung (Gebrauch der Knarre) ganz klar den Kürzeren zu ziehen. Angst vor einer weiteren Isolation der Autonomen, der "sozialrevolutionären Bewegung".

Viele dieser schlechten Gefühle und Ängste waren auch schon vorher da, z.B. Berlin, Hamburg, Juzi-Veranstaltung zu Stammheim, und sind nicht durch Frankfurter Vorfälle aus dem NICHTS entstanden!

Mit den Schüssen von Frankfurt verbinden wir auch eine militärische Eskalation, ein Brechen eines teilweise ausgesprochenen, aber eher stillschweigenden Konsens unsererseits, auf Demos nicht auf Bullen zu schießen. Das Tabu, nicht mit den gleichen Waffen den Bullen gegenüberzutreten, weil die Antwort der Bullen für uns unkalkulierbar und verheerend sein würde. Obwohl die Bullen schon Überlegungen zur Waffe gemacht haben, sie auch schon angedroht und eingesetzt haben, haben sie bis jetzt nicht diese Legitimation gehabt, Demos mit Knarren aufzulösen oder zu verhindern.

Und was dann, wenn wir nicht unterlegen wären?

Viele von uns kennen das Gefühl, jedenfalls für kurze Zeit, daß es jetzt ums Ganze gehen muß. Das ist das Gefühl, wenn so eine Sauerei passiert, daß es für uns einfach unvorstellbar ist, daß alles wie gewohnt weiter geht. So wie nach Tschernobly oder wenn es um unsere letzten Freiräume geht. Wenn die Widersprüche sich derart verschärft haben und der Widerstand sich immer mehr verbreitert, daß es tatsächlich möglich wäre, das System zu kippen, dann ist es irgendwann richtig, als Bewegung zu den Wafen zu greifen, denn die Herrschenden werden uns niemals die Macht freiwillig abgeben.

Die Wahl unserer Mittel würde sich in solcher "vorrevolutionären" Phase ganz neu stellen. Aber wir sind in keiner vorrevolutionären Phase, zu deutlich ist die Übermacht des Systems, auch nach Tschernobyl konnte das Gefühl nur einige Monate überdauern.

Und selbst wenn, wäre es richtig aus einer Demo heraus auf einfache Bullen zu schießen, wahllos und ohne eine Notwehrsituation? Es ist müßig, sich alle möglichen Situationen vorzustellen, aber eines ist klar; dem Staat ist es sowieso egal wieviele Menschen umkommen, der hat genug Kanonenfutter. Der Staat wird immer seine Bullen und Soldaten verheizen, er kalkuliert dabei ganz bewußt auch den Tod eigener Leute mit ein, wenn es um seine Machterhaltung geht. Und wir sind der gleichen Moral unterlegen, wenn wir nicht zwischen unseren Gegnern unterscheiden.

Wenn wir uns eine revolutionäre Situation vorstellen, dann müssen sich viele von den Bullen oder Soldaten im entscheidenden Moment auf unsere Seite schlagen und auf ihre eigenen Offiziere schießen statt auf uns. Sonst haben wir doch nie eine Chance.

Unsere Strategie und die Wahl der Mittel für eine menschliche Gesellschaft muß sich an den beiden Polen Effizienz und revolutionärer Moral orientieren. Revolutionäre Moral heißt, nicht mit Menschenleben zu spielen und sie damit zum wahllosen Opfer eigener Gewalt werden zu lassen. Wenn es möglich wäre eine Revolution ohne Gewalt zu machen, würden wir es auf jeden Fall vorziehen. Aber die Erfahrung lehrt, daß es (fast) unmöglich ist.

Wir haben das Gefühl, daß militante Bewegungen nicht immer danach fragen, sondern die militanten Mittel oft im Mittelpunkt stehen und nicht unsere Ziele. Wie oft sind Demos einfach "Latschdemos", wenn nichts abgeht, und das Gefühl, Bullen weglaufen zu sehen, ist meistens wichtiger als die Inhalte, die wir ausdrücken wollen. Dabei gibt es genug Beispiele für Demos, die radikale und militante Inhalte ausdrücken ohne den offiziellen "Putz". Uns kotzt oft genug die Phantasielosigkeit an, die kein Platz läßt für andere Aktionen als Scharmützel mit den Bullen. Manchmal kann man/frau sich fragen, ob wir nicht schon zu abgestumpft sind gegenüber der Gewalt, denn sind wir doch ehrlich, schon seit langem werden bei Demos auch Tote in Kauf genommen durch Zwillen, Mollies und Steine. Bei dem vorherrschenden Mythos der Gewalt, der oft stellvertretend für die Radikalität steht, ist es oft unmöglich, diese Mittel in Frage zu stellen. Auch wenn die Gewalt der Gegenseite noch immer tausendmal größer ist und es unsere Ohnmacht und Wut

gegen Atomenergie

Startbahn-Schüsse

Stellungnahmen

gegenüber der brutalen Bullengewalt ist, die uns zu Mollies greifen läßt, auch wenn es schon immer Schwerverletzte und Tote auf unserer Seite gegeben hat, dürfen wir die Gefahr nicht vergessen, was eine selbstausgeübte Gewalt an Gewöhnung an uns auslösen kann.

Es ist die gefährlichste Seite des bewaffneten Kampfes, daß es nach oder während Revolutionen oder Kriegen oft eine Gewöhnung oder Vorrohung gegenüber der Gewalt vorherrscht, die dann als legitimes Mittel gegenüber jeglichen Konflikten erscheint. Im Extremfall führt es dazu, daß auch eigene Leute bei internen Auseinandersetzungen umgebracht werden, wie z.B. in der FMLN in El Salvador und jüngst in Burkina Faso, wo Thomas Sankara getötet wurde.

Ausgehend von den Vorfällen an der Startbahn, stellen wir uns die Frage, wie wir es schaffen, daß wir nicht individuell und einzeln unsere Entscheidung treffen, sondern eine gemeinsame Widerstandsperspektive finden.

Wir brauchen auch gar nicht die Frankfurter Ereignisse, um auf das Problem, wie wir als linke Szene mit dem Aufeinanderprallen verschiedener Subjektivitäten umgehen, zu stoßen. Theoretisch haben wir dazu vielleicht ähnliches im Kopf: Unser Widerstand soll sich in gemeinsamen Aktionen, in aufeinander abgestimmten und abgesprochenen Verhalten und Handeln ausdrücken. Nur gemeinsames Handeln (zumindest für bestimmte Aktionsformen) bietet Schutz für einzelne und Stärke gegenüber dem Staatsapparat. Andererseits leben wir alle in unterschiedlichen Realitäten, haben unterschiedliche Erfahrungen gemacht und fühlen uns unterschieldich betroffen und kommen so zu verschiedenen Positionen und Einschätzungen. Unsere Angstschwellen sind eh nicht gleich und daraus resultieren dann die verschiedensten Formen des Widerstandes.

Die Unterschiedlichkeiten und der Umgang damit können nur durch gemeinsame Diskussionen aufgebrochen werden. Durch die Auseinandersetzung über Widerstandsperspektiven, Strategien, Aktionsformen können sich individuelle Einschätzungen angleichen. Die Subjektivität der/des Einzelnen ist nicht absolut. Angstschwellen können sich verändern. Die Realitäten der jeweils anderen können von jeder/m Anderen miteinbezogen werden. Andererseits können sich auch Unterschiede herauskristallisieren, klarer werden, mit denen dann konkret umgegangen werden muß. Fatal wird es, wenn Einzelne oder kleine Gruppen einer großen Gruppe Aktionsformen aufzwingen. Da werden Leute funktionalisiert und entmündigt.

Für die Stammheim-Veranstaltung im Juzi wurde von relativ wenig Leuten ein Verteidigungskonzept aufgestellt, weil es eine Einschätzung gab, daß die Veranstaltung vielleicht von Bullen geräumt wird. Viele Besucher wußten aber kaum etwas davon und bekamen auch gar nicht erst die Möglichkeit, sich damit auseinanderzusetzen. Dieser Mißstand kam letztendlich nur deshalb nicht zum Tragen, weil sich das Räumungsgerücht nicht bestätigte. Aus der Sicht der Veranstalter, die sich schon länger damit auseinandergesetzt haben, welche Gefahr es birgt, eine Stammheim-Veranstaltung durchzuführen; und aus der Sicht der Leute, für die das Juzi ein wichtiger Teil ihres Lebensraumes ist und die sich dort keine Veranstaltung verbieten lassen wollen, mochte eine harte und entschiedene Verteidigung angemessen sein. Viele Besucher, die sich vorher nicht mit dieser Realität auseinandergesetzt haben, wären vollkommen überfahren worden und hätten sich später in keinster Weise mehr der Situation entziehen können. Es ist unmöglich, daß Einzelne einer großen Gruppe Handlungen aufzwingen, es wäre dringend nötig gewesen, darüber vorher zu reden!

Ein anderes aktuelles Beispiel ist die drohende Hafenstraßen-Räumung. Für einige ist es ziemlich klar, daß sie nach Hamburg fahren werden, während sich andere nur Aktionen in Göttingen vorstellen können. Neben vielleicht ähnlichen politischen Einschätzungen wird das konkrete Verhalten bestimmt durch die persönliche Emotionalität zum Hafen, druch persönliche Kontakte zu Leuten dort usw. Das Umgehen damit als größere Gruppe wird sich wohl in den nächsten Tagen zeigen.

Dies alles soll kein Plädoyer für das Verwischen von unterschiedlichen Positionen sein, sondern für ein verantwortliches Umgehen miteinander, für das Ernstnehmen der einzelnen in der Gruppe und für kontinuierliche Auseinandersetzung, um daraus eine gemeinsame Stärke zu entwickeln.

Dies ist nichts vollkommen Neues und ist auch schon in unterschiedlichen Versionen gesagt worden. Und doch stößt uns erst wieder die extreme Situation in Frankfurt auf das, was wir alles nicht zu Stande bringen. Am Ende bleibt die Frage: Wie verstehen wir eigentlich unseren Kampf? Geht es dabei lediglich um individuelle Befriedigung und um ein kurzes gutes Gefühl von Zeit zu Zeit oder wollen wir und glauben wir an eine längerfristige Widerstandsperspektive?

*

... ein erster Versuch

Offener Brief an die Autonomen

von Bernd Ulrich (Mitarbeiter am linken Plenum Köln), Dieter Schöffmann (Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam), Ulla Eberhardt (Mitglied der Förderation Gewaltfreier Aktionsgruppen 'FÖGA' Köln), Alexander Schubart (Frankfurt), Gerhard Breitenstein (Dortmund), Jan Stehn (Mitglied der FÖGA Hamburg), David Balzer (Berlin), Günter Saathoff (Bonn), Jens Siegert (Mitarbeiter des GBAL Friedensreferates Marburg), Andreas Brandhorst (Arbeitskreis Ziviler Ungehorsam, Bielefeld), Thomas Kegel (Mitglied der FÖGA Tübingen).

Liebe Freundinnen und Freunde,

In den letzten Jahren haben wir bei den verschiedensten Demonstrationen und Aktionen immer wieder das Bündnis mit Euch gesucht. Wir fühlen uns deshalb in der jetzigen Situation, nach den Morden an der Startbahn in besonderem Maße gefordert, Stellung zu nehmen.

Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß Ihr Todesschüsse auf Polizisten aus einer Demonstration heraus ablehnt, daß der oder die Täterinnen von Frankfurt nicht in Absprache mit irgendeiner autonomen Szene gehandelt haben können. Und doch seid Ihr für das, was innerhalb Eures Spektrums geschieht, mitverantwortlich.

Was genau in jener Nacht passiert ist, weiß bisher niemand. Das ist aber auch nicht das einzige Problem. Selbst wenn es sich um Provokateure gehandelt haben sollte, so ändert das nichts an der Notwendigkeit einer breiten und selbstkritischen innerlinken Diskussion. Denn Provokateure können aus staatlicher Sicht nur da "sinnvoll" eingesetzt werden, wo ein politisches Spektrum oder eine Bewegung bereits knapp vor einem Schritt steht, den die Provokateure dann tun. Der Provokateur hat lediglich Brückenfunktion; den Weg bis zur Brücke habt Ihr selber zurückgelegt.

Aus unserer Sicht ist es nach wie vor ein qualitativer moralischer politischer Unterschied, ob eine Demo militant verteidigt oder ob geschossen wird. Trotzdem muß mensch prüfen, was in dem einen ist, daß es zu dem anderen kommt.

Ideologie

Autonome Theorien ähneln in einigen Punkten unseren Auffassungen von Staat und Gesellschaft. Jedoch besteht auch bei Euch nicht nur eine Tendenz zu radikaler Wahrheit, sondern auch zu gefährlichen Vereinfachungen. Dieser Staat ist nicht bloß ein Schweinesystem, er enthält auch demokratische Elemente. Dieser Staat und seine Organe sind nicht faschistisch. Wir werden uns möglicherweise über diese und andere Punkte vorläufig nicht einigen. Doch autonome Politik und Ideologie sollte sich wieder mehr dem innerlinken Dialog stellen. In der Isolation wird Eure Ideologie mehr und mehr zu einer Rutschbahn in eine Politik, vor der Ihr dann selber fassungslos steht. Wir meinen damit nicht nur die Polizistenmorde von Frankfurt, sondern auch die Schutzgeldabpressereien von Berlin. Ihr greift immer öfter und immer härter zensierend in innerlinke Debatten ein - nicht indem Ihr an ihnen teilnehmt, sondern indem Ihr andere am Reden und am Schreiben zu hindern versucht und sie bedroht.

Wir fordern Euch auf, nein! wir fordern Euch heraus: Diskutiert mit uns und den anderen Linken. Hört auf, innerlinke Debatten aufzumischen und unsere Leute zu bedrohen.

Aktionen

Der Staat rüstet nach Außen und nach Innen unablässig auf. Das ist kein Grund, es ihm gleichzutun. Das Demonstrationsrecht läßt sich nicht militärisch verteidigen, nur politisch. Ihr seid in den letzten Jahren dem staatlichen Aufrüstungskurs gefolgt, ohne je gleichzuziehen. Ihr seid mit dieser Abschreckungslogik in die Sackgasse geraten. Militanter als Ihr Euch bei einigen Demos verhalten habt, geht es nicht mehr. Jeder weitere Schritt wäre nicht mehr militant, er wäre militärisch. Es ist unser aller Aufgabe, diesen Schritt zu verhindern und alle Konfrontationenm bei Demos *deutlich unterhalb* des Schußwaffengebrauchs zu halten. Das geht nicht, wenn Ihr weiterhin massenhaft zur verschämten Knarre - zur Zwille -greift.

Kämpft mit uns gemeinsam für die Möglichkeit, in diesem Land auch weiterhin massenhafte und staatskritische Demonstrationen durchführen zu können. Schmeißt die Zwillen weg!

Bündnisse

Es hat in den letzten Jahren immer wieder gemeinsame Demos und Aktionen des unabhängigen, des grünalternativen und des autonomen Spektrums gegeben. Sie waren teils erfolgreich (Bremerhavenblockade 1983, WWG-Demo 1985), teils haben sich Autonome nicht an Vereinbarungen gehalten, weil sie vereinzelt und insofern gar nicht zu verbindlichen Absprachen in der Lage waren. Da nun die unmittelbare Gefährdung bei Demos immer weiter zunimmt, sind wir nicht mehr bereit, Eure Unberechenbarkeit allein zu unserem Problem zu machen.

Solange wie sich innerhalb des autonomen Spektrums nicht ein für uns wahrnehmbarer Zusammenhang herausbildet, mit dem verbindliche Absprachen bei Demos möglich sind, von dem weder Schutzgeldabpressungen noch Zensurmaßnahmen gegen Linke ausgehen und der selbst bei Demos auf Zwillen verzichtet, solange es also einen solchen Zusammenhang nicht gibt, werden wir mit Autonomen - mit Euch - keine Aktions- und Demonstrationsbündnisse mehr machen.

Wir wissen, daß das Anforderungen an Eure Strukturen sind, die für Euch schwer zu erfüllen sind. Wir wissen aber auch, daß es bei Euch ohnehin Diskussionsansätze in diese Richtung gibt. Wir sehen jedenfalls keinen anderen Weg, *zugleich* die Fähigkeit große Demos durchzuführen zu bewahren und in absehbarer Zeit wieder mit Euch gemeinsam Politik zu machen. Wir wollen keine linke Polit-Szene, die vom autonomen Stachel befreit in Wohlanständigkeit versinkt. Aber dazu braucht es mehr als nur einen gemeinsamen Gegner, dazu brauchen wir offene Debatten und verbindlichere Zusammenhänge.

Startbahn-Schüsse

Stellungnahmen

Zu den Ereignissen an der Startbahn 18 West bei Frankfurt erklären wir, eine autonome Gruppe aus Hannover:

Nach den Morden an den beiden Polizisten war sich die Öffentlichkeit schnell einig, daß dies Morde aus der autonomen Szene seien. Wer auch immer dort wirklich geschossen hat, ist noch nicht geklärt. In jedem Fall gehört es nicht zum Selbstverständnis autonomer Politik, mit scharfer Munition zu schießen, und schon gar nicht, gezielt einzelne Bullen zu ermorden. Bei aller Härte, mit der die Auseinandersetzungen teilweise geführt wurden, ist dies nie ein Diskussionspunkt gewesen oder wurde gar befürwortet.

Neben der inhaltlichen Arbeit wird jedoch Sachbeschädigung unumstritten als Teil der autonomen Strategie betrachtet. Auch die militante Gegenwehr gegen Angriffe der Polizei gehört zur autonomen Strategie, genauso wie punktuelle Angriffe. Unvermeidlich gibt es bei solchen Auseinandersetzungen Verletzte auf beiden Seiten. Im Zusammenhang dieser Auseinandersetzungen halten wir es für falsch, eine Diskussion über Gewalt zu führen. Sie wäre lediglich eine Ablenkung von der strukturellen Gewalt, die in dieser Gesellschaft in allen Lebensbereichen vorhanden ist. Beispielsweise den Menschen die Atemluft zu verderben, so daß kleine Kinder an Pseudo-Krupp sterben, ist Gewalt. Menschen radioaktiver Strahlung auszusetzen, ist Gewalt. Wohnraumzerstörung ist Gewalt.

Dieser auf Gewalt gegründete Staat ist inhuman. Die momentan von den Politikern zur Schau gestellte Trauer und Bestürzung empfinden wir als Heuchelei. Von Trauer oder wenigstens Nachdenklichkeit war jedenfalls nichts zu merken, als Günter Sare von den Bullen ermordet wurde, als Erna Sielka am Zaun von Wackersdorf die Hilfe von den Bullen verweigert wurde und sie daraufhin starb.

»Zwillen zu Pflugscharen?«

Offener Antwortbrief

auf den „Offenen Brief an die Autonomen"

Das habt Ihr ja fein gemacht. Da schreibt Ihr an eure „Liebe(n) Freundinnen und Freunde" bei den Autonomen einen offenen Brief, unterschreibt gar „mit solidarischen Grüßen" — und zwischen freundlicher Begrüßungs- und Verabschiedungsfloskel bastelt Ihr eifrig am Autonomen-Progrom mit. Natürlich antworten wir hier nicht im Namen *der* Autonomen, aber wir möchten Euch eine Antwort aus unserem Spektrum auf Euren denunziatorischen Brief nicht vorenthalten.

Beginnt Euer Brief noch im missionarischen Ton eines Joschka Fischer (...) fordert Ihr uns in Eurer selbsternannten Funktion des Über-Ichs der linken Bewegungen in der BRD gar noch zu Diskussionen heraus (...), so kommt Ihr doch recht schnell zum demagogischen Vorbeten Rebmannschen Gedankenguts. Zwar ist es Eurer Meinung nach richtig, „eine Demo militant" zu verteidigen, aber unter dem Vorwand, autonome Politik vor der Isolation retten zu wollen, enttarnt sich Euer trojanisches Friedenspferdchen schnell als linke Beihilfe zum staatlich verordneten Pogrom. Die Zwille ist bei Euch die „verschämte Knarre" — schöner hätte das auch Lochte nicht formulieren können — und Ihr fordert den militanten Widerstand tatsächlich auf: „Schmeißt die Zwillen weg". Waltraud Schoppe (...) scheint doch einen größeren Einfluß auf Euch gehabt zu haben, als die tagtäglich erfahrbare Realität mit der gar nicht gewaltfreien Staatsmacht. Auf Eure Weise treibt Ihr die autonome Szene in eine Isolation, in der Rebmann, Zimmermann und Co. keine Schwierigkeiten haben werden, uns per § 129a oder einfach per Putativnotwehr zu eliminieren. Und das muß Euch doch klar sein. (...) Ein Widerstand, wie er sich an der Startbahn, um Wackersdorf und im Wendland entwickelt hat, zeigte immer, daß es an den imperialistischen Brennpunkten in diesem Stat keine Berührungsängste zwischen „militanten" und „gewaltfreien" Widerstandsformen gegeben hat. Gemeinsame Demos und Aktionen trugen dieser Realität Rechnung, so zum Beispiel bei der Demo '86 in Hanau, bei den Pfingst-Aktionen in Wakkersdorf etc.

Nun redet Ihr einem Staat das Wort, dem seit Jahrzehnten daran gelegen ist, entschlossenen Widerstand — ob gewaltfrei oder militant — zu vernichten, die politische Opposition mundtot zu machen. Ganz im Sinn der staatlichen Propaganda fordert Ihr im scheinbar geeigneten Augenblick, da die ganze Republik im Betroffenheitsnebel der Startbahn-Schüsse versinkt, zur offenen Spaltung auf, funktioniert unter dem Mißbrauch des Todes zweier Polizisten die Situation in Eurem Sinn um, um autonome Politik endgültig zu marginalisieren und in die Hochsicherheitstrakte zu verbannen. (...)

GAL im AStA der Uni Göttingen

Startbahn-Schüsse

Stellungnahmen

Stellungnahme zu den Morden an der Startbahn West

Beim Sonntagssparziergang am 1. November 1987 an der Startbahn West sind zum ersten Mal in der Geschichte der BRD zwei Polizisten aus den Reihen der Demonstranten heraus erschossen worden. Heute bestehen kaum noch zweifel daran, daß der oder die Täter sich selber zur Anti-Startbahn-Bewegung zählen. Schon deswegen ist die Linke in der BRD gezwungen, sich politisch zu den Schüssen zu verhalten. Die Ausrede, es habe sich bei dem oder den Schützen schlichtweg um "Durchgeknallte" gehandelt, für deren Tun wir uns nicht verantwortlich fühlen brauchten, hat zwar einiges für sich, ist aber zu bequem. Natürlich stehen wir in der Pflicht! Und daß die Startbahn-BI noch mitten in der Nacht die politische Verantwortung auf sich nahm, mag sich in absehbarer Zeit als der einzige positive Aspekt der Angelegenheit herausstellen, weil sie mit Deutlichkeit dafür gesorgt hat, daß wir uns nicht mehr drücken können.

Heute, am 11. November, sind noch viele Fragen offen. Natürlich könnte sich immer noch herausstellen, daß der Staat mitgedreht hat. Aber das ist für eine politische Diskussion unter uns irrelevant. Der bequeme Ausweg "agent provocateur" ist uns verschlossen.

Zur Zeit gibt es viele, auch Wohlmeinende, die mit Schuldzuweisungen an "die Autonomen" bei der Hand sind. Dies ist ebenso falscch und verantwortungslos wie die Spitzel-Theorie; Hauptsache scheint hierbei zu sein, Verantwortung abzuwälzen an eine möglichst nicht greifbare, amorphe Institution: entweder Staatsschutz oder Sturmhaube. Aber so gehts nicht! Entweder alle, oder keiner.

Wir alle haben die Analyse geteilt, daß die Startbahn West ein imperialistisches Unternehmen im Rahmen der NATO-Kriegsvorbereitungen ist. Wir alle haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Startbahn West ihre Funktion bei der Ausbeutung der "3. Welt" hat. Wir alle haben gegen die weitere Naturvernichtung protestiert. Und wir alle haben in allen Punkten recht gehabt. Untersuchen müssen wir nun, ob den Schüssen an der Startbahn eine, wie verdrehte auch immer, Moral zugrunde liegt nach dem Motto: "Wenn es so schlimm ist, wie wir es analysiert haben, dann sind gewaltsame Mittel der Gegenwehr gerechtfertigt."

Die Antwort kann ganz eindeutig nur "NEIN!" lauten. Von jeder Warte aus betrachtet war das Schießen an der Startbahn unmoralisch, nicht nur unter dem Aspekt, daß es auf jeden Fall die Falschen treffen mußte. In unserer komplizierten Weltwirtschaftssituation ist jede/r in der BRD Nutznießer der ausbeuterischen Ökonomie, selbst die Ärmsten bei uns, wenn auch nur insoweit, daß es ihnen ohne die gigantischen Extraprofite aus den Ländern der "3. Welt" noch schlechter ginge. Wer überhaupt eine "Moral" in die Schüsse hineininterpretieren möchte, muß konsequenterweise sehr viel Munition investieren, ohne sich selbst dabei zu vergessen. Also kann das die Lösung nicht sein. Auch die Konstruktion einer "Notwehrsituation" ist unzulässig, nicht nur, weil die Schüsse in eine sich so langsam entspannende Situation hinein fielen. Wir alle wissen, was an der Startbahn los ist. Wir alle wissen wie sich die Staatsgwalt dort austobt. Bei Startbahn-Demos weiß jede/r um sein persönliches Risiko und muß das auch in Kauf nehmen, sonst wäre Zuhausebleiben angesagt. Das hat nichts mit dem Predigen von "Leidensbereitschaft" zu tun, sondern nur mit klarer Abwägung möglichen Schadens gegen den erhofften Nutzen. Daß durch Schüsse der erstere nicht gemindert und der zweite nicht erhöht wird, ist doch ganz eindeutig.

Aber Politik hat mit Moral nichts zu tun, wie uns der Staat tagtäglich beweist. Wären also politische Gründe zu berücksichtigen, unter denen das Schießen auf Polizisten gerechtfertigt erschiene? Auch hier ist ein ganz deutliches "NEIN!" zu setzen. Zwar kann es durchaus Sinn machen, in gewissen Situationen dem staatlichen Terror mit Gegengewalt zu begegnen, etwa zum Demoschutz oder um überdeutlich zu signalisieren, daß alles seine Grenzen hat, auch der staatliche Hochmut, aber dies geschieht doch sowieso. Ein mehr an Schutz einer Demo durch Schußwaffengebrauch erreichen zu wollen, ist glatter Irrsinn und bewirkt das absolute Gegenteil.

Das wirft die Frage nach den Konsequenzen auf.

Es ist einfach nicht möglich, jede Teilnahme an einer Demo oder Aktion genau zu kontrollieren. Es ist aber ebenso unmöglich, jetzt die Konsequenz zu ziehen, daß damit auch jede Demo oder jede Aktion unmöglich ist. Es gab bisher -zigtausende Demos und Aktionen in der Bundesrepublik, von denen ein ganzer Teil "unfriedlich" verlief, meist aufgrund der Staatsgewalt, aber nicht immer. Bisweilen ging die Gewalt auch von der Demo aus. Aber noch nie sind Polizisten getötet worden, Demonstranten aber sehr wohl. Ermordete Demonstranten haben nie zu juristischen oder politischen Konsequenzen des Staates geführt, aber im Falle der ermordeten Polizisten ist das wohl anders.

Die sich anbahnende innenpolitische Verschärfung findet in den Schüssen an der Startbahn einen dem Staat hochwillkommenen Kristallisationspunkt. Anlaß sind sie aber keineswegs. Denn wenn wir ehrlich sind: Von uns ist der Staat nicht bedroht, auch wenn er es gerne behauptet, und wir es nur gar zu gerne glauben würden. Die einzige ernstzunehmende Bedrohung für den Staat ist seine eigene Politik, ob wir die Kriegsvorbereitungen nehmen oder das zynische Umgehen mit seinen Bürgern, die durch soziale Not ebenso bedroht sind wie durch AKWs oder Chemiegifte oder den Verkehr. Gelingt es ihm, den Krieg zu vermeiden, so ist er nur in Gefahr, wenn alle in der BRD Bedrohten ihre Kräfte gegen diese Bedrohungen zusammenschließen. Und dies wird zwangsläufig geschehen müssen, oder der Bedrohung der Bevölkerung wird mit der Abschaffung der Bevölkerung begegnet. Eine schleichende Anpassung der Menschen an die veränderten Umweltbedingungen kann zwar versucht werden, aber ob sie machbar ist, technisch wie politisch, muß sich erst noch erweisen. Aber genau dafür werden neue Gesetze und Handlungsweisen des Staates gebraucht, nich für ein paar Haßkappen.

Insofern machen auch die Schuldzuweisungen an "die Autonomen" keinen Sinn. Klar haben wir alle uns schon oft über sie geärgert. Autonome Unfähigkeit zur Bündnispolitik und ihre Abneigung gegen

Entweder alle

"Latschdemos" und alles, was ihnen als "zu brav" erscheint, die mangelnde Disziplin gewisser Randbereiche und deren Lust auf die Randale um der Randale willen waren und sind häufig schwere Hindernisse bei der Zusammenführung möglichst vieler Protest- und Widerstandsformen. Nur: Dies gilt auch andersrum! Oft genug sind auch politisch wichtige Initiativen an den staatstragenden Kräften in unseren Bewegungen gescheitert. Es gibt kein Monopol der Autonomen auf politisches Fehlverhalten. Ganz im Gegenteil, das eine war oft genug die Reaktion auf das andere. Diese Tatsache mit der Arroganz der Mehrheit oder der "größeren politischen Reife" oder des ordentlich gezogenen Scheitels zu unterschlagen, wäre einfach dumm und würde nichts bewirken als das Gegenteil. Klar müssen wir die Autonomen auffordern, in ihren Reihen für "Ordnung" zu sorgen und klar müssen wir ihnen auch sagen, daß sie Mist machen, wenn sie mit verzückter Romantik mit Zwillen auf Polizisten, Wasserwerfer und Bauzäune schießen. Aber sie sind nicht die Sündenböcke! Sind sind letztlich die "Tat von unseren Gedanken". Wollen wir jetzt das Denken aufgeben?

Und genau hier liegt der Hund begraben. Natürlich nehmen wir ganz eindeutig für uns in Anspruch, mit den Schießern an der Startbahn nichts zu tun zu haben. Nur müssen wir den Autonomen das gleiche Recht zubilligen. Sie haben sich überzeugend von den Morden distanziert, ohne vorherige Aufforderung von irgendeiner Seite. Ihnen jetzt vorzuwerfen, daß die Atmosphäre eines "Schwarzen Blocks" mit Vermummung, Zwillen, radikalsten Sprüchen usw. dem Schießen Vorschub leistet, ist einfach falsch, trotzdem und obwohl es einiges an Plausibilität birgt. Dieses "In-die-Pflicht-nehmen" wird sehr bald von staatswegen auch uns gegenüber praktiziert werden, ohne daß wir es irgends verhindern können. Wir werden uns dagegen besser wehren dürfen, wenn wir vorher nicht schon ein gleiches praktiziert haben. Vor allem dürfen wir die Fragen nicht vergessen, warum es bei Demos denn überhaupt zu "Schwarzen Blöcken" kommt. Bei dieser Fragestellung geht es weniger darum, dem Staat sein Großteil Mitschuld daran zuzuschieben, sondern eher nachzufragen, was wir gegen diese Aufschaukelei der Eskalationspoteniale tun könnten. Der Verlauf des Sonntagsspaziergangs am 8. November, als beide Seiten "abgerüstet" erschienen, macht Hoffnung, die Auseinandersetzungen wieder auf eine politischere Ebene zu bringen.

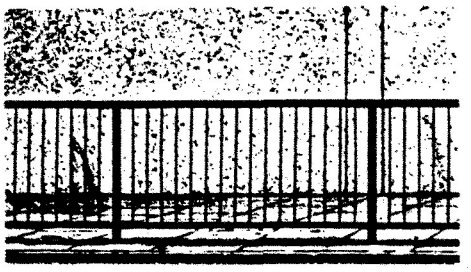
Hier, und nicht etwa bei den Schüssen, setzt unsere politische Verantwortung ein. Wir haben uns unsere "politische Reife" vor den Autonomen zugutegehalten, ohne diese "Reife" ihnen gegenüber auch unter Beweis gestellt zu haben. Wir waren einfach nicht hartnäckig genug, haben sie nicht ausreichendem politischen Druck ausgesetzt und sie in ihrer freiwilligen Isolation belassen. Wir haben unsere meist weitreichenderen und radikaleren Analysen verbreitet und nicht genug darauf geachtet, daraus resultierende weitreichendere und radikalere Aktionen mit ihnen weitreichend und radikal zu diskutieren. Weiß der Geier, wir habens oft versucht und sie sind uns oft auf den Geist gegangen. Irgendwann haben wir es aufgegeben. Das war verfrüht. Nun geht es jetzt nicht darum, in der Ecke "mea culpa" zu murmeln, sondern die Konsequenzen daraus zu ziehen. Letztlich kann uns der Staat viel weitreichender und viel radikaler "auf den Geist" gehen als sämtliche Autonome.

... oder keiner

Startbahn-Schüsse

Stellungnahmen

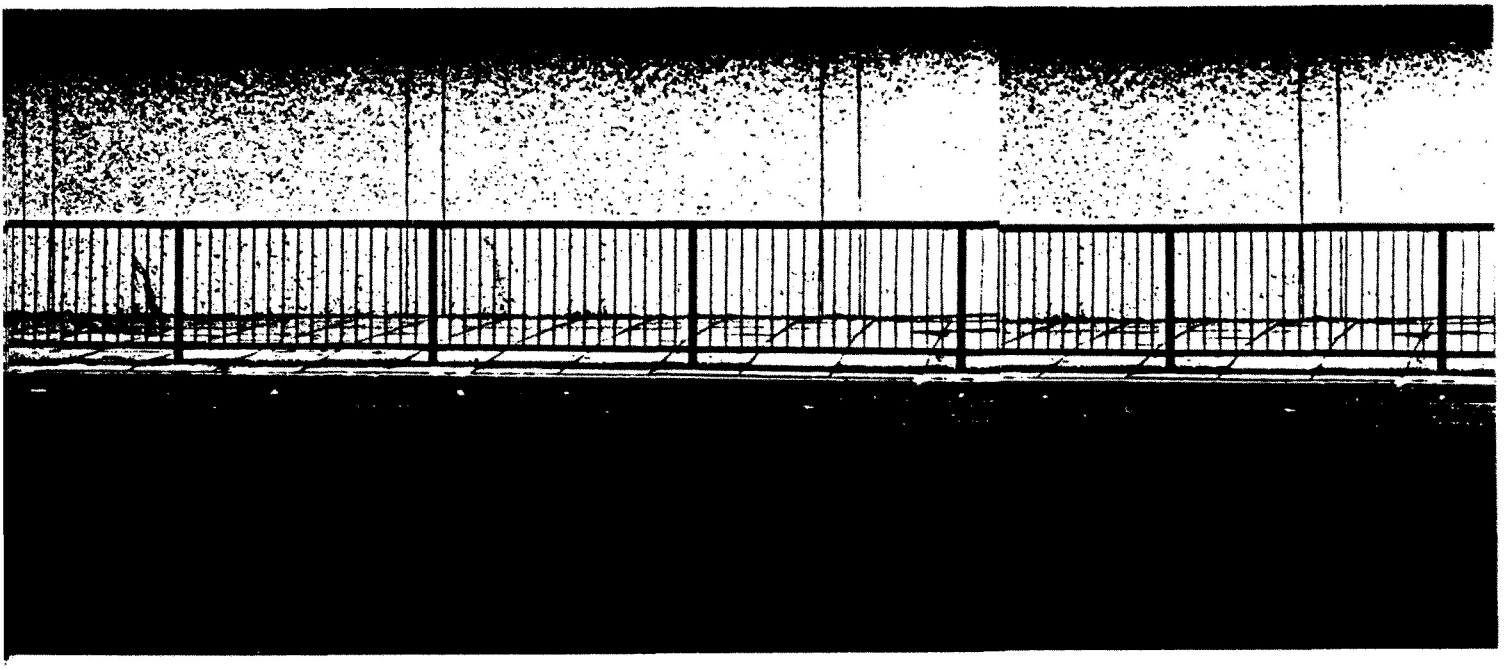
von Arnfried,
Bundeskongreß Unabhängier Friedensgruppen (BUF)



Suchen wir verschärft eine verschärfte Diskussion mit ihnen. Fordern wir sie auf, ihre Aktionen zuende zu denken. Machen wir ihnen klar, daß der Sinn einer Demonstration im Erreichen eines politischen Ziels liegt, und nicht in der Herstellung eines autonomen "Lebensgefühls", das sie sowieso in ihrem Alltag praktizieren. Aber hüten wir uns vor Schuldzuweisungen, Distanzierungen und Spaltungsversuchen in die Autonomen hinein, denn das würde die ohnedies sehr starken Abkapselungshaltungen in ein noch höheres Maß steigern.

Und vergessen wir nicht, daß der Staat ja auch noch da ist. Fordern wir die staatstragenden Teile bei uns auf, das Ihrige zur Deeskalation beizutragen. An diesen Versuchen werden wir sie messen, wenn auch nicht an ihren Erfolgen. Darauf haben sie schließlich kaum Einfluß. Aber der Versuch darf ihnen nicht erspart werden.

Übernehmen wir die Diskussion und lassen die Diffamierungen dem Staat.



Startbahn-Schüsse

Stellungnahmen

«Der Weg ist lang und voller Schwierigkeiten. Manchmal müssen wir, in eine Sackgasse geraten, umkehren; ein andermal trennen wir uns, zu schnell vorgerückt, von den Massen; bei gewissen Gelegenheiten marschieren wir zu langsam und spüren ganz nah den Atem derer, die uns auf dem Fuße folgen.» (Ernesto Che Guevara)

Am 2.11.87 wurden an der Startbahn West in Frankfurt zwei Polizisten durch Schüsse aus einer 9-mm-Pistole tödlich getroffen. Diese zwei Toten hatten zur Folge, daß erstmal Dutzende Leute festgenommen und zig Wohnungen durchsucht wurden. Es ist jetzt schon klar, daß einige Leute, unabhängig von einer konkreten Beteiligung an der Tat, einfahren werden. In den Tagen danach wurde von Politikern und Medien eine Hetzkampagne losgemacht, wie wir sie seit '77 bei der Schleyerentführung nicht mehr erlebt haben. Aber auch Distanzierungsrituale, wie sie jetzt von den GRÜNEN zelebriert werden, müssen keinen Vergleich zu '77 scheuen.

Wir wissen noch nicht, wer an der Startbahn geschossen hat, wir können uns aber alle Möglichkeiten vorstellen. Wir können uns swohl vorstellen, daß einer von uns geschossen hat, als auch, daß es sich um eine Provokation des Staatsschutzes handelt. Was wir allerdings wissen, ist, daß egal was im Einzelnen passiert ist, der Tod zweier Menschen wieder einmal dazu benutzt wird, die Mord- und Totschlagsmaschinerie dieses Staats perfekter zu machen und Menschen, die gegen dieses System kämpfen, in eine moralische Zwickmühle zu treiben, die sie lähmt.

Die Auseinandersetzungen um die Startbahn West sind kein isolierter Konflikt im zeitlichen und gesellschaftlichen Nirgendwo. Sie finden statt in der BRD, einem Staat, der bereitwillig die rechtliche und historische Nachfolge des Faschismus angetreten hat; einem Staat, der verbündet ist mit den USA, deren völkermörderische Tradition drei Jahrhunderte zurückreicht, und die es sich als einziger Staat der Erde erlauben können, ihre Weltherrschaftspläne offen zu benennen. Die Startbahn West selber ist nicht irgendeine Betonpiste, sondern Rollbahn für die Militärtransporte, die Weltherrschaftspläne nun mal mit sich bringen. Im Vietnamkrieg hat der Frankfurter Flughafen seine logistische Rolle für den Völkermord der USA gespielt.

Und diese Weltherrschaftspläne sind nicht Hirngespinste irgendwelcher Idioten namens Reagan oder Kohl. Diese Pläne sind konsequenter Ausdruck des Machtanspruchs der herrschenden Klasse, die für ihre Wirtschaft Zugriff auf alle Märkte braucht und die Möglichkeit, je nach Bedarf auszubeuten – alle Menschen, auch die in der SU-, weil ihr wirtschaftliches System darauf aufgebaut ist, einzig und allein immer mehr Kapital anzuhäufen. Die Startbahn West ist eines der konkreten Projekte der Herrschenden in diesem Zusammenhang, es ist nicht das einzige.

Die Startbahn West ist nicht nur im „Ernstfall" eine Bedrohung. Sie hat schon jetzt genügend an Zerstörung mit sich gebracht. Mit ihr ist ein weiteres Stück Natur für die Menschen vernichtet worden. Tagtäglich zerrütten Gift und Lärm die Gesundheit der Leute, die dort wohnen. Zur Zeit wird sie mal wieder weiter ausgebaut.

Es ist klar, daß die Menschen sich das nicht gefallen lassen, daß sie versuchen, Widerstand zu leisten. Die Reaktion des Staates darauf hat Tradition. Zuerst verweist er die Leute auf die demokratischen Spielregeln, soll heißen: ihr dürft wählen, ihr dürft euch friedlich und ohne Waffen versammeln, wenn ihr das schön vorher anmeldet, ihr dürft Unterschriften sammeln. Was ihr allerdings nicht dürft, ist z.B. darüber abstimmen, ob ihr etwas bestimmtes wollt oder nicht, dafür seid ihr nicht mündig genug. Daß dabei nichts herauskommen kann, ist ausgemacht. Manchmal sind die Herrschenden auch so offen, das zu sagen. So Verteidigungsminister Wörner anläßlich der Auseinandersetzungen um die Stationierung der Pershing-II-Raketen, als er richtigerweise feststellte: „Die demonstrieren, wir regieren".

Wehe aber, wenn wir merken, daß wir so nichts erreichen, und daraus Konsequenzen ziehen. Wenn wir anfangen, Projekte der Herrschenden zu behindern oder anzugreifen. Wenn wir uns nicht wie Schlachtvieh von einem Platz wegschaffen lassen, den wir besetzt haben, weil wir nicht wollen, daß dort eine weitere Vernichtungsfabrik erbaut wird. Wenn eine Bewegung tatsächlich die politische Durchsetzungskraft erreicht, die Ziele des Staates und der Kapitalisten an einem bestimmten Punkt zu durchkreuzen, ein für sie wichtiges Projekt zu verhindern, zeigt der Staat, was er eigentlich ist – Gewaltapparat zur Durchsetzung der Interessen der herrschenden Klasse.

Er verläßt das „Feld der demokratischen Auseinandersetzung" und läßt den Konflikt von der für den „inneren Frieden" zuständigen Söldnertruppe – genannt Polizei – bereinigen. Und die leistet ganze Arbeit. Sie knüppelt drauf, sperrt Leute ein, schießt mit Wasserka-

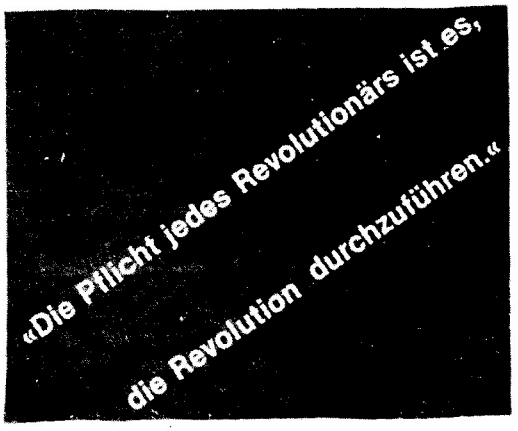
nonen und Gasgranaten. Daß ab und zu mal ein Toter auf der Strecke bleibt, ist kein Betriebsunfall, sondern einkalkuliert, und es führt bestimmt nicht zu einer Spaltung bei Polizei und Politikern in Gewaltfreie und Gewalttäter. Der Tod von Demonstranten wird von berufsmäßigen Gewaltanstiftern wie Zimmermann und Gauleiter lapidar mit „selber schuld" kommentiert. Eine klare Empfehlung: wer nicht draufgehen will, soll sich fernhalten von Auseinandersetzungen, bei denen der Staat deutlich gemacht hat, daß es für ihn ums Eingemachte geht.

Das heißt zum Beispiel bei der Atomkraft: wenn zwei Drittel der Bevölkerung gegen Atomkraftwerke sind, muß der Staat dafür sorgen, daß möglichst viele davor Angst kriegen, etwas gegen AKWs zu unternehmen. Diese Strategie hat in Wackersdorf zwei tote DemonstranInnen gekostet, und nicht zufällig waren dies keine erprobten Kämpfer. Die, die es dann immer noch nicht lassen können, setzen den Großteil ihrer Energien in die Beantwortung der „Gewaltfrage". Wir, der kleinere – autonome – Teil der Bewegung, halten daran fest, der Gewalt des Systems etwas entgegenzusetzen, konzentrieren uns allerdings fast ausschließlich darauf, die Söldnertruppen zu bekämpfen, gegen die wir uns moralisch im Recht wissen. Der größere Teil strengt sich an, zu beweisen, daß er keine Gewalt will, und im Nullkommanichts ist für ihn die Präzisionswaffe Zwille ein größeres Problem als der Eierkocher von Atomkraftwerk. Die „Ich-wasche-meine-Hände-in-Unschuld" Philosophen sind mit ihrer Organisierung in der GRÜNEN Partei zur stärksten ideologischen Waffe des Staates in einem Abnutzungskrieg geworden, der bisher noch jede Bewegung geschafft hat. Sie erklären schamlos, daß die Form der Auseinandersetzungen allemal bedrohlicher ist, als die Vernichtungsprojekte um die es in diesen Auseinandersetzungen geht. Was sie nicht sagen, ist, wofür unsere Militanz bedrohlich ist, nämlich für ihren Seelenfrieden, für ihre Teilhabe an der Macht und für ihre Stellung als das bezahlte gute Gewissen der Nation.

In diese Situation hinein fielen die Schüsse von Frankfurt. Wir können uns vorstellen, daß es einer von uns gewesen ist, und wir gehen damit so um, als wenn es so wäre. Deshalb können wir uns von diesen Schüssen auch nicht distanzieren, die Tat einfach auf einen abschieben, der individuell durchgeknallt ist. Es liegt an unserer Ungenauigkeit, an unserer Politik und an unserem Verständnis von Militanz, daß es jemand in unseren Reihen möglich ist, das individuelle Abknallen von Bullen mit der Bekämpfung des mörderischen Systems zu verwechseln.

Wir sind nach wie vor der Übrzeugung, daß die Beseitigung dieses Systems nur gewaltsam erreicht werden kann, daß dieser Kampf auch Tote kosten wird. Wir sind der Überzeugung, daß ein System, welches auf Ausbeutung, Unterdrückung und Völkermord aufgebaut ist, sich nicht abwählen läßt und uns immer die Entscheidung aufzwingt, entweder vor diesem blutigen Treiben die Augen zu verschließen, oder aber im Kampf um Befreiung auch Mittel anuwenden, die wir an sich hassen. Wenn wir diese Entsccheidung für uns treffen, wenn wir dieses System und seine Gewalt auch mit Gewalt bekämpfen wollen, müssen wir eine Sorgfalt entwickeln, Kriterien schaffen, die in jeder konkreten Aktion deutlich werden lassen, warum unsere Gewalt gerechtfertigt ist, warum gerade diese Aktion notwendig und ohne den Einsatz von Gewalt nicht möglich war.

Und genau dem hat die Aktion in Frankfurt nicht entsprochen. Es wurden zwei Menschenleben vernichtet, ohne daß sich die Tat aus dem Zusammenhang der Startbahnkämpfe heraus hätte legitimieren können. Weder war sie zum Schutz der Demo oder des Schützen notwendig, noch hat sie den Kampf um Befreiung vorangebracht, sie hat ihn eher zurückgeworfen. Hier hat sich die Gewalttätigkeit, die dieser Staat jedem aufzwingt, der seine Gewalt bekämpft, abgekoppelt vom Ziel der Befreiung und ist zum Selbstzweck geworden.



Wir müssen dafür sorgen, daß keiner in unseren Zusammenhängen für sich individuell beschließen kann, jetzt reichts, jetzt schieße ich. Wir müssen mit dem Mißverständnis aufräumen, die Radikalität des Kampfes lasse sich an der Gewalttätigkeit der Mittel bestimmen. Unser Kampf ist erst dann radikal, wenn er erfolgreich wird. Eskalation – nach dem Motto – erst Molli, dann Zwille, dann Knarre – ist genau die Eskalation, wie sie den Herrschenden ins Konzept paßt. Ihnen tut es nicht weh, wenn einer ihrer Söldner abgeknallt wird.

Eskalation von uns aus muß anders laufen, muß bedeuten, immer mehr lassen sich immer weniger gefallen, muß bedeuten, die Kapitalisten machen immer weniger Profite, weil immer mehr klauen oder streiken oder sabotieren, muß heißen, der Staat braucht immer mehr Söldner, weil immer mehr Menschen auf die Straße gehen, kriegt aber immer weniger, weil wir die Widersprüche zwischen Staat und Bevölkerung vertiefen. Eskalation muß heißen, nicht

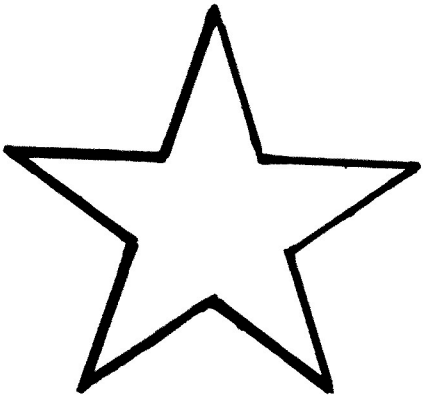
Startbahn-Schüsse

Stellungnahmen

mehr der Staat schreibt uns vor, auf welchem Feld und mit welchen Mitteln wir ihn bekämpfen, sondern wir zwingen den Staat in die Defensive. Und zwar auf allen Ebenen – politisch, ökonomisch, militärisch, moralisch. Dazu müssen wir lernen, jedes Mittel – Flugblatt oder Sabotage, Streik oder Knarre, Boykott oder Molli zur rechten Zeit und mit der nötigen Konsequenz, aber auch mit Vorsicht und ohne je das Ziel aus den Augen zu verlieren, einzusetzen.

Das heißt aber auch, daß die Tötung eines Menschen nicht allein damit zu rechtfertigen ist, daß er auf der Seite der Herrschenden steht. Und genau das, diese Gleichgültigkeit gegenüber Menschenleben, die zum Charakter des Systems gehört, das wir bekämpfen, dürfen wir bei uns nicht zulassen. Weil wir eine solche Gleichgültigkeit unter uns zugelassen haben, können wir uns von der Tat von Frankfurt nicht distanzieren. Wir müssen die politische Verantwortung übernehmen. Wir müssen die Wirkungsweise des Systems in uns und untereinander bekämpfen. Wir dürfen uns aber auch nicht vom Kampf abhalten lassen dadurch, daß uns ein menschenverachtendes System Mittel in diesem Kampf aufzwingt, die uns immer ein Problem bleiben müssen. Und wir dürfen nie aufhören klarzumachen, wer für die Toten in diesem Kampf eigentlich verantwortlich ist, nicht nur für unsere, sondern auch für tote Polizisten und Soldaten. Für den Tod eines Söldners trägt allemal Schuld er selbst, der sich für sein Handwerk bezahlen ließ, aber noch mehr der Kriegsherr, der ihn ins Feld schickte.

Autonome aus Bonn



Startbahn-Schüsse

Stellungnahmen

Wir wollen die ganze Bäckerei!

Am 2.11.1987 sind zwei Polizisten an der Starbahn-West des Frankfurter Flughafens erschossen worden. Seitdem hat gegen Autonome und Starbahngegner/innen eine in dieser Härte seit langem nicht mehr dagewesene Repressionswelle eingesetzt. Zig Wohnungen und andere Räume im Rhein-Main Gebiet wurden durchsucht. Bekleidung, Papiere und andere Sachen wurden mitgenommen, ohne Auflistungen von diesen Sachen zu machen, geschweige denn Quittungen auszuhängigen. Mindestens zwei Wohnungen wurden bei den Durchsuchungen zerstört. Viele vorläufig Festegnommene wurden im Knast und bei Verhören weiteren Schikanen ausgesetzt. Ihnen wurde mit Erschießung, Frauen mit Vergewaltigung gedroht. Andere mußten die ganze Nacht über in Unterhosen und mit auf dem Rücken gefesselten Händen in Einzelzellen zubringen.

Diese Repressionen kommen nicht von ungefähr. Hier werden sowohl der Tod der 2 Polizisten, als auch Betroffenheit und Trauer genutzt, um eine schon lange gärende Progromstimmung gegen Autonome, Anarchisten/innen und Startbahngegener/innen zu schüren. Den führenden Köpfen aus Wirtschaft, Politik, Industrie und Exikutive geht es nur vordergründig um die Aufklärung der Tötung zweier Polizisten. Menschenleben interessieren sie nur bedingt. Sie lassen täglich Menschenleben für ihre Interessen sterben, sei es durch Ausbeutung der sogenannten »Dritten Welt'«, durch Abschiebungen in Folter- und Mordregime; (vor allem über den Frankfurter Flughafen), oder durch psychische und physische Vernichtung im alltäglichen Lebens- und Pruduktionsbereich.

Wer die Schüsse auf die Polizisten abgegeben hat, ist bis heute nicht geklärt, aber die Vorverurteilung von Andreas ist schon voll im Gange. So zeigen z.B. die Ereignisse um den Bombenanschlag auf das Gefängnis in Celle, der vom Verfassungsschutz in Auftrag gegeben und von der GSG 9 durchgeführt wurde, wie wenig den Herrschenden an Menschenleben liegt und zu welchen Vorgehensweisen »sie« im Rahmen »ihres« permanent heruntergeleierten »Rechtsstaates« fähig sind. Ist es nicht auch denkbar, daß die Schüsse vom 2.11.87 von ihnen selbst inszeniert wurden? Die Tötungen werden zum Anlaß genommen, nicht nur unsere Strukturen zu durchleuchten bzw. zerstören zu wollen, sondern auch durch verschärfte Demonstrationsgesetze und irrsinniger Aufrüstung den gesamten außerparlamentarischen Widerstand z.B. auch Bürgerinitiativen wirkungslos werden zu lassen.

Den Zeitpunkt, den »sie« für solch.ein Vorgehen gewählt hätten, wäre äußerst günstig, da wir gerade in der Zeit nach Tschernobyl in der Auseinandersetzung um die Hirnrissigkeit der Kernkraft sehr viel Zustimmung in größeren Bevölkerungskreisen finden konnten, unsere eingesetzten Mittel auch weitgehend akzeptiert wurden.

Im Laufe der Auseinandersetzung um die Startbahn-West und der nun schon 6 Jahre dauernden Versuche, eine soziale Bewegung zu zerschlagen, haben sich unsere Formen von Widerstand entwickelt.

Anstelle der demutsvollen Bittgänge und des passiven Widerstandes, der schon 1981 brutalst zerschlagen wurde (Bsp. Hüttendorfräumung, Rohrbachstr.) sind direkte Aktionen getreten, die eine praktische Behinderung des Baus und Batriebs der Startbahn zum Ziel hatten. Auch der Schutz unserer Demonstrationen ist im Laufe der letzten Jahre immer wieder Gegenstand unserer Überlegungen gewesen. Zu oft sind Menschen von Sondereinsatzkommandos willkürlich und ohne Rücksicht auf das Leben zusammengeschlagen worden. Permanente Überwachung und Kriminalisierung Einzelner haben uns bewogen, unsere Identität teilweise dem Zugriff des Staates durch Vermummung zu entziehen. Es ist immer auch Ausdruck der gesamten Startbahnbewegung gewesen, in eskalierten Situationen aktiv schützende und direkte, einen polizeilichen »Übergriff« bremsende, bzw. stoppende Handlungsweisen zu praktizieren. Die Anwendung von Schußwaffen ist für uns in solchen Situationen undenkbar.

Wir lassen uns nicht auf vorgeschriebene »Protestformen« festlegen, die nichts verändern können und auch nicht sollen. Unsere Mittel haben sich in den Auseinandersetzungen verschiedener Bewegungen entwickelt und dienen uns, unsere Vorstellungen auch praktisch durchzusetzen. Die Bewohner der Hafenstraße müßten den Winter über längst im Obdachlosenasyl verbringen, wenn sie nur einen Verein zur Rettung der Häuser, eine Wahlliste »Rettet die Hafenstr.» aufgestellt hätten. Militante Gegenwehr, soziale Verankerung und finanzielle Erwägungen haben bisher den Senat von einer Räumung abgehalten.

In der Gesellschaft, die wir anstreben, wird es kein oben und unten geben, keine Herrschenden, die ihre Macht und ihre Futternäpfe durch eine Unzahl von Armeen und Polizisten schützen werden, sondern selbstbestimmte Formen des Zusammenlebens und des Organisierens von Produktion und Verteilung der produzierten Güter. In diese Richtung sind unsere Formen des Widerstandes, und die Verteidigung erster erkämpfter Utopieansätze unbedingt notwendig.

WIR WOLLEN NICHT NUR KUCHEN
WIR WOLLEN DIE GANZE BÄCHEREI!!!

Einige Frankfurte Autonome und Startbahngegner/innen

Startbahn-Schüsse

Stellungnahmen

Vorab: Heute - eine Woche nach den Ereignissen an der Startbahn-West - wissen wir noch immer nichts über die Umstände, die zu dem Tod von zwei Bullen geführt haben. Zu undurchsichtig und widersprüchlich sind uns die Meldungen von Presse, Funk und Fernsehen hinsichtlich Ablauf, Tatwaffe und der Konstruktion eines "autonomen Sonderkommndos" (Scharfschützen: Feuer frei oder so ähnlich), als daß wir uns darauf einen Reim machen könnten. Was bleibt - neben den zwei totgeschossenen Polizisten mit denen wir uns unter anderen Umständen hätten vorstellen können, für eine andere und bessere Welt zu kämpfen - ist ein medialer Scherbenhaufen und die Erkenntnis, daß - **wenn** die beiden Polizisten einer geplanten und bewußten Aktion zum Opfer gefallen sind - diese Aktion offensichtlich mehr Verwirrung und Verunsicherung ausgelöst hat, als das sie mobilisierend wirken könnte. Dafür spricht nicht nur die offensichtliche Nicht-Vermittelbarkeit der Aktion, sondern auch die Tatsache - und das halten wir für ausschlaggebend - daß wir uns mit einer Sache auseinandersetzen müssen, die wir von ihrem möglichen Ablauf her nicht gebilligt hätten, die uns überrascht hat und wir uns dem daraus entstehenden Counterprojekt des Staatsschutzes und einiger grüner Hampelmänner/frauen konfrontiert sehen.

Die Schüsse von Frankfurt, erstmal ein tagespolitischer Anlaß, werden als Aufhänger einer langfristig geplanten Befriedungsstrategie benutzt, um das staatliche Gewaltmonopol lautstark einzuklagen, welches im Kontext sozialer Bewegungen an der Startbahn-West, in Wackersdorf, Brokdorf, Hafenstraße ... zerbrochen ist und weiter zu zerbrechen drohte.

Zerbrochen, wie es scheint, ist auch die einst proklamierte "Einheit in der Vielfalt", die sich bei näherem Hinsehen als "viel Einfalt" entpuppt, wenn sich möglichst viele jetzt auf das 77er Distanzierungskarussell setzen und von da aus erstmal mit allem möglichen und unmöglichen um sich zu schmeißen, was eine ehemalige Linke, die sich nicht mehr als Protagonist zukünftiger Umwälzungen versteht, sondern als ihr Opfer in ihrem Versöhnungeifer findet.

Kritisiert und diskutiert wird hier nicht entlang den engen Kriterien revolutionärer Moral, dem offenkundig falschen Zeitpunkt der Aktion, sondern man kramt die ohnehin fragwürdige Totalitarismustheorie Hanna Ahredts - mit ihrer Gleichsetzung von Terror von rechts = Terror von links - hervor, stellt fest, das alles sowieso nur den Zimmer-und Rebmännern nützt und gipfelt in dem Ausliefern ("Grüne") der "Täter" an eben jene Klassenjustiz, die nicht nur das Startbahn-Projekt juristisch abgesegnet hat.

Es ist durchaus vorstellbar, daß sich die berühmten Schüsse an der Startbahn ganz konkret gegen den Staat und seine ihn schützenden Organe richteten.

So wie es kein großes Geheimnis ist, daß sich die revolutionäre Linke in einer Krise befindet, so ist andererseits klar, daß die bisherigen Angriffe auf Institutionen und Projekte des Herrschaftsapparates, sowie auf rassistische Ausländerbehörden und Personen gegen die selektive und damit menschenverachtende Flüchtlingspolitik, auf Einrichtungen von AKW-Betreibern, auf Banken, Militäranlagen, Rüstungskonzerne oder Firmen wie Adler oder Ikea ... einen weitreichenden Konsens innerhalb der sozialen Bewegung hatten u.a. auch deshalb, weil sie aus ihnen hervorgingen und ihnen nicht äußerlich waren.

Die Schüsse an der Startbahn haben diesen Konsens aufgebrochen; sie haben die Frage nach einer existentiellen Radikalität neu gestellt und eine politische Leere hinterlassen, von wo aus der Konsens der Entscheidungsfreiheit, welche Mittel jemand im Klasenkampf anwendet militärisch gelöst wurde. Dabei wisen wir doch - und das nicht nur aus der 20-jährigen Geschichte der außerparlamentarischen Bewegungen - daß in den Krisen der Bewegungen und der Stadtguerilla die Verlockung, durch einen erhöhten militärischen Einsatz wieder wettzumachen was politisch verloren gegangen scheint, äußerst groß ist.

...der Konsens

Der politische Fehler liegt darin, daß die Militarisierung sich nicht aus der inneren Entwicklungslogik der Bewegungen herleiten läßt, auf die wir uns nicht nur mit unserer Hoffnung nach einer den Kapitalismus überwindenden Perspektive beziehen.

Und das ist grob gesagt das Kriterium zur Anwendung revolutionärer Gewaltmittel: Werden sie von Bewegungen, von weiteren Bevölkerungskreisen verstanden, auch als Möglichkeiten die eigenen Interessen - die der Unterdrückten gegen die Unterdrücker - durchzusetzen? ermutigen sie die Menschen zum eigenen Handeln, setzen sie Befreiungsträume frei? Wie können sie aktuelle Kämpfe unterstützen, ohne daß ein kurzfristig erzielter Erfolg über den Gegner an den Repressionsmaßnahmen der Gegenseite insofern scheitert, daß sie die Bewegung handlungsunfähig macht und so voll auf sie zurückschlägt. Wir wollen auch die weitverbreitete Ofpermentalität vieler Menschen aus der Bewegung kritisieren, die ihren Objektstatus als kolonisierte offenbar so verinnerlicht haben, so daß sie sich nur noch als Opfer fühlen, sehen und danach handlen können: Als Opfer von Atomraketen und durchgeknallten Einzeltätern, Opfer von Atommeilern und Staatsschutzaktionen, Opfer des verblödeten Volkes und des obskuren Autonomen, die - man weiß ja nie - vielleicht doch nicht Subjekte einer sozialrevolutionären und antiimperialistischen Praxis sind. Dies ist Ausdruck sowohl eines falschen Bewußtseins und signalisiert darüberhinaus, wenn nicht Spaltung so doch immerhin eine Distanz, die es der Befriedungsstrategie der Herrschenden einfach macht innerhalb von sozialen Bewegungen zu agieren. Dabei fungiert ein Großteil der Grünen und Anderer durchaus als eine Art Kuckucksei in den sozialen Bewegungen von denen die Grünen nur noch den parlamentarisch verselbsständigten Teil darstellen. Und insofern ist der Befriedigungsversuch der herrschenden Klasse - genau 1,3 % der Bevölkerung, die über 83 % des gesellschaftlichen Reichtums verfügen um das nochmal zu sagen - taktisch sehr geschickt. Verzichtet wird auf flächendeckende zugunsten von selektiven repressiven Methoden gegen die Szene, um das gesamte Konzept, dem der inneren Befriedung nicht das Wasser abzugraben: Was noch vor einem Jahrzehnt undenkbar gewesen wäre ist nun eingetreten; das Counterprojekt des Staates bedient sich eines quasie trojanischen Pferdes innerhalb der Bewegungen um sich desto ungestörter ihrem Genre, der Profitmacherei widmen zu können.

ist aufgehoben

Viele mit denen uns der Gedanke an eine befreite Welt verband scheint das nicht zu stören. Im Gegenteil: ein sogenannter ehemaliger linksradikaler Studentenführer kontaktiert seit Jahren einen bundesdeutschen Geheimdienst, um ehemaligen RAF-Genossen, die nicht mehr von der Möglichkeit des bewaffneten Kampfes überzeugt sind, um sie als politische Kronzeugen gegen ihre früheren Überzeugungen zu benutzen.

Wo medienwirksam das Geschäft mit der Integration und der Ausverkauf einst verbindlich gehandelter Inhalte betrieben wird, werden vor allem auch Utopien auf der Strecke bleiben, die ja auch immer etwas für sich hätten.

Wenn - wie Meinungsumfragen ergeben, die Glaubwürdigkeit und Respektabilität bei "den Politikern", also den Repräsentanten der herrschenden Klase, bei 81 % der Bevölkerung geschwunden ist, es also erhebliche Einbrüche in die Massenloyalität gegeben hat, ist es für die Herrschenden allerhöchste Zeit Konflikte zu pazifizieren, wollen sie nicht das Risiko eingehen, daß die Erosion der Loyalität sich politisiert und sich gegen sie richtet: eines Tages Gegenmacht wird. Es ist wirklich zu befürchten, daß die Linke, sowohl die Handlungsmöglichkeiten, die sich aus der implodierenden sozialen Krise ergeben können ungenutzt lassen wird und allenfalls als Rekordhalter im Vergeben von historischen Möglichkeiten in die Annalen der Geschichte eingeht.

einige Autonome aus OL

Startbahn-Schüsse

Stellungnahmen

Der 2. November ist der 6. Jahrestag der gewaltsamen Hüttendorfräumung, ein Höhepunkt der staatlichen Seite, mit militärischen Mitteln einen politischen Konflikt zu lösen, bei dem sie nicht die Mehrheit der betroffenen Bevölkerung auf ihrer Seite hatten, sondern nur das ganze Instrumentarium staatlicher Gewalt. Ex-Innenminister Grieß zu jenem "besonnenen Polizei-Großeinsatz": "Es wäre ein Kinderspiel gewesen, bei Anwendung staatlicher Gewalt die Demonstranten hier wegzublasen" (FR vom 9.10.81).

Obwohl der Staat mit der Räumung des besetzten 7 ha Geländes die gewaltsame Lösung des Startbahnkonflikts begonnen hat, versuchte die Startbahnbewegung weiterhin, alle politischen Möglichkeiten auszuschöpfen: Einsprüche gegen Planfeststellungsverfahren, Petitionen an Parteien und Parlamente, Anrufung aller gerichtlichen Instanzen, Forderung nach einem Moratorium, Einleitung eines Volksbegehrens mit über 200.000 Unterschriften, Großdemonstrationen wie in Wiesbaden mit 150.000 Menschen. So gewaltfrei und massenhaft dieser Protest auch war, so eindeutig war die Antwort des

...unsere

Staates: Ablehnung aller Einsprüche und Verfassungsbeschwerden, Gerichtsurteile gegen die von der Startbahnbewegung erhobenen Klagen, Verwerfung des Volksentscheides als verfassungswidrig durch den Staatsgerichtshof.

In dieser Phase der Startbahnbewegung begannen viele BürgerInnen ihre Hoffnung in den Staat und seine Instanzen zu verlieren. Diese Erfahrungen verknüpften sich immer mehr mit unseren Vorstellungen von direkten Aktionen: die Verhinderung der Startbahn in die eigenen Hände zu nehmen. So haben sich radikale Widerstandsformen in der Region verankern können (Bauplatzbesetzungen, Hüttendorf, Aktionen und Sabotage gegen Betreiber und Nutznießer des Flughafenprojekts). Auf diesen sich entwickelnden und sich radikalisierenden Widerstand hatte der Staat nur eine Antwort:

- polizeiliche Großeinsätze mit über 10.000 Polizisten
- blutige Einsätze durch neuaufgestellte SEK-Kommandos ("Blutiger Sonntag"), mit zahlreichen schwerverletzten StartbahngegnerInnen, Stahlhelm-SEK am 14.4.84.
- Einsatz und Neuentwicklung einer neuen WAWE-Generation ("Mammuts")
- Einsatz von Tränengasabschußgeräten und Blendschockgranaten
- Einsatz von Staatsschutz und VS-Techniken: Installation von geheimen Videoanlagen anläßlich der Großdemo in Wiesbaden
- Gesinnungsjustiz gegen Sprecher der Startbahnbewegung wegen Aufruf zur Gewalt (2 Jahre auf Bewährung für A. Schubert)
- über 1.000 Ermittlungsverfahren gegen StartbahngegnerInnen u.a. wegen versuchten Totschlags

Die Startbahn ist gebaut, die Gründe dagegen, Widerstand zu leisten sind nicht weniger geworden in den Jahren, sondern mehr: mit Bedeutung der Startbahn/Air Base als zentrale Basis für die US-Kriegspolitik (Iran), Bereitstellung zivil-militärischer Einrichtung u.a. des Rhein-Main Flughafens im Rahmen globaler Kriegsführungsstrategien (Host War Nation-Programm), Verschiebeflughafen für Asylsuchende, Ausbaupläne der FAG zur Stärkung der Wirtschaftsmacht im Zusammenhang mit imperialistischen Weltmarktstrategien.

2. November - Die Notwendigkeit militanter Politik und die Waffe der Kritik

Wie bei allen anderen Aktionen anläßlich des 2. November richtet sich unser Widerstand gegen die Startbahn und nicht gegen die gegen uns eingesetzten Polizisten. Unser Konzept war, wie schon in den Jahren zuvor, die Mauer und die Existenz der Mauer anzugreifen und gerade deshalb ist es unser Ziel gewesen, der Polizei auszuweichen, anstatt uns auf eine militärische Konfrontation einzulassen. Gerade deshalb war und ist es von größter Wichtigkeit bei drohender polizeilicher Konfrontation, den Schutz für alle zu gewährleisten, um Verletzte und Verhaftete auf jeden Fall zu vermeiden. Am 2. November waren 6 Hundertschaften hinter der Mauer und im Wald versteckt. Ihr Angriff galt uns. Erst als im Wald versteckte BESI-Sondereinheiten und aus den Startbahntoren stürmende Hundertschaften angriffen, wurden zu unserem Schutz brennende Barrikaden und Mollies eingesetzt.

Wir wissen nicht, wer und ob jemand aus unseren Reihen geschossen hat. Wir wissen aber, daß der Einsatz von Schußwaffen bisher immer nur Überlegungen der Polizei waren, aber zu keinem Zeitpunkt der Startbahnbewegung ein von uns übernommenes Konzept. Wir waren so überrascht von den Schüssen wie die Polizei. Die Schüsse sind keine Konsequenz unseres militanten Widerstandes, sie stellen für uns einen Bruch, eine Mißachtung eines gemeinsam beschlossenen Konzepts dar. Gerade weil wir an jede Form militanten Widerstands ein hohes Maß an Eigenverantwortung und kollektiver Verantwortung stellen, sind die Schüsse aus einer Demonstration heraus auch Schüsse gegen unseren Anspruch auf Zielgerichtetheit und vor allem Berechenbarkeit gegenüber allen, mit denen wir Widerstand leisten. Wenn die Schüsse aus unseren Reihen abgegeben wurden, dann haben der/diejenigen bewußt in Kauf genommen, uns alle zu Geiseln polizeilicher Reaktionen zu machen. Ein Blutbad, das unsere Vorstellungen von militantem Widerstand ins Gegenteil verkehrt, für sich selbst zu sprechen. Schüsse, an deren Richtung wir immer noch zweifeln, sind kein Ausdruck radikalen Handelns, das für sich unzweifelhaft und unverkennbar sein muß. Ausgangspunkt dieser tödlichen Schüsse war kein gemeinsames Vorgehen, sondern eine militärische Logik, die das eigene Handeln und die Mittel nicht mehr aus unseren Zielen und gemeinsamen Möglichkeiten heraus bestimmt, sondern ausschließlich daran mißt, wie man die Verluste des Feindes effektiv erhöhen kann.

Abgesehen davon, ob jemand aus unseren Reihen heraus geschossen hat, wird uns die Frage gestellt, ob nicht diese "Spirale der Gewalt" eine absehbare Konsequenz militanter Politik und Praxis

Entwicklung

ist? Wer die letzten Demos in Brokdorf/Kleve, in Wackersdorf, oder in Frankfurt anläßlich des Mordes an Günther Sare miterlebt hat, der weiß, mit welcher Überlegenheit, Berechnung und Skruppellosigkeit der Staat sein Gewaltmonopol einsetzt, um jeden radikalen Widerstand zu zerschlagen. Und gerade weil viele von uns erlebt haben, daß der Staat uns eine militärische Auseinandersetzung aufzwang, in der wir heute unterliegen mußten, fanden gerade in den letzten Monaten Diskussionen innerhalb unserer autonomen Zusammenhänge statt, welche praktischen und politischen Konsequenzen wir daraus ziehen müssen. Dabei war sicherlich eine zentrale Konsequenz unter uns unumstritten:

Wenn wir heute nicht in der Lage sind, militante Demonstrationen gegen eine Übermacht an Bullen durchzusetzen, dann können wir diese Niederlagen (was die Durchsetzung der Demo anbetrifft) nicht militaristisch überspringen, d.h. durch "Nachrüstung" unsererseits wettmachen.

Dies würde Strukturen, Verhaltensweisen und militärische Kategorien voraussetzen, die wir nicht nur nicht haben, sondern auch nicht wollen. Nur ein kleiner Teil unserer Zusammenhänge wäre bereit und in der Lage, sich dieser militärischen Konfrontation gewachsen zu fühlen. Wir wollen aber nicht einen Großteil des rakikalen Spektrums zum *Objekt* unseres Vorgehens machen; unsere Stärke ist vielmehr, uns gemeinsam Bedingungen zu schaffen, in denen verschiedene Formen des Widerstands von allen getragen werden können. Aus diesen Gründen war vielen von uns auch klar, daß wir vor allem die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen schaffen und mitentwickeln müssen, die es dem Staat schwer machen, seine militärischen Mittel einzusetzen. Gesellschaftliche Bedingungen, die die Waffen staatlicher Gewalt stumpf machen - wo der politische Preis zu hoch, wo der Verlust an Legitimität des staatlichen Gewaltmonopols unkalkulierbar wird, wo das gewaltsame Vorgehen des

Staates den nach wie vor vorhandenen Konsens der Bevölkerung in diesem Staat selbst zerstört.

Daß wir als Verlierer dieser militärischen Auseinandersetzungen die Eskalation der Gewalt bestimmen, ist neu; so alt wie die Logik der Sieger, der Herrschenden.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt eindeutig, daß die großen, spektakulären "Schlachten" nicht *Ersatz*, sondern *Ausdruck* tagtäglicher, gewachsener und kontinuierlicher Kämpfe sein müssen, wenn wir nicht selbst militanter Symbolik erliegen wollen. Unsere Augen und Sinne haben sich deshalb auch bewußt wegbewegt von großräumigen, zentralen und mediengerechten Großereignissen, hin zu den tatsächlichen Strukturen, die unscheinbar, aber umso wirksamer - das Fundament jener Symbole und Prestigeobjekte sind, gegen die wir jahrelang anrannten.

Gerade weil unser Ziel nicht die militärische Konfrontation mit der Polizei ist und sein darf, sondern das, was sie schützen, entwickelten sich verstärkt die verschiedensten Formen des Widerstands und Sabotage, von Fälschungen zur Volkszählung bis hin zum Fällen von Strommasten. Die Störung und Zerstörung jener Infrastruktur, die die Vernichtung ökologischer Lebensbedingungen, von Natur und Mensch, die Ausbeutung und Beherrschung der Menschen hier und in der sogenannten Dritten Welt, die Kriegsvorbereitungen und Kriege bis hin zum atomaren Holocaust tagtäglich gewährleistet, war und ist eine zentrale Konsequenz aus unseren Erfahrungen der letzten Jahre.

Wenn Herr Neusel, Staatssekretär des Innenministeriums im September letzten Jahres über die buschfeuerartige Verbreitung von Sabotageaktionen klagte, über die Tatsache, daß er jeden 2. Tag eine Meldung über Beschädigung von Baugeräten bekommt, dann ist das nicht nur eine Antwort auf die Zerschlagung und die Verbote militanter Demonstrationen, sondern auch eine Antwort auf die tödlichen Schüsse an der Startbahn, - tödliche Schlußfolgerungen, die dort steckenblieben und dorthin zurückführen, wo wir unsere Erfahrungen der Niederlage und des Ausgeliefertseins gemacht haben. Schüsse, die an unsere Erlebnisse der Ohnmacht, an die Morde an Günther Sare und Jürgen Rattey anknüpfen, aber nicht an unseren politischen und praktischen Konsequenzen. Den Erfolg militanter Strategien messen wir nicht nur an den "gewonnenen Schlachten", sondern gerade auch an der Weiterentwicklung unserer Zusammenhänge und an unserer Fähigkeit, in unseren Handlungen auch neue Formen sozialer Gegenmacht zum Ausdruck zu bringen.

Distanzierungen - oder der Staat ruft seine Diener

Die Schüsse am 2. November lösten eine Welle der Distanzierung aus, von der CSU über die SPD von den Grünen über die Kirche bis hin zu Autonomen und Libertären. Für die CSU sind die Schüsse eine "neue Qualität der terroristischen Herausforderung", für die CDU ein "Anschlag auf die demokratische Ordnung", für die FDP der "Terror des Mords" (Engelhard), für die Grünen eine letzte Chance der Auto-

in den letzten

nomen "die Zwillen wegzuschmeißen und die Haßkappen herunterzureißen", für die Autonomen "ein feiger Mord" und die Libertären finden die Schüsse schlicht "zum Kotzen". Wir haben uns alle distanziert, aber meinen wir dasselbe?

Wenn es kein CDU-Mitglied war, das in der Nacht des 2. Novembers geschossen hat, wovon distanzieren sie sich dann? Von der Spirale der Gewalt aus und in ihren eigenen Reihen? Sind drei Tote genug? Oder distanzieren sie sich etwa von führenden CDU-Mitgliedern, die Waffen- und Mordgeschäfte mit Südafrika organisieren und vertuschen, wie im Fall der "U-Boot-Affäre" in Kiel?

Wenn es kein SPD Mitglied war, das die Schüsse abgegeben hat, von wem oder was muß sich die SPD dann distanzieren? Von ihren Berufsverboten, von ihrem Aufrüstungsbeschluß, von ihren Anti-Terror-Gesetzen im deutschen Herbst, von den tödlichen Bedingungen in Stammheim oder gar vom Mord an Günther Sare?

Noch gibt es keine Spuren, die in die Reihen der Realo-Grünen führen. Wovon distanzieren sie sich also? Vom staatlichen Gewaltmonopol, von der Mitbewilligung des neuen tödlichen Wasserwerfers (WAWE 9), von der Mitfinanzierung des neuen Knasts in Weiterstadt oder des hessischen Polizei- und VS-Etats?

Startbahn-Schüsse

Stellungnahmen

Auch wir haben uns distanziert, vor allem in den ersten Stunden und Tagen, oft ungenau und mißverständlich, nicht aus sicherer Distanz der Parlamentssitze heraus, sondern unter dem wahnsinnigen und unvorstellbaren Eindrücken der Schüsse, der Razzien, Hausdurchsuchungen, Festnahmen und Haftbefehle. Wir haben diese Morde *verurteilt*, egal wer sie begangen hat. Wir haben die Notwendigkeit formuliert, unter uns und mit anderen zusammen, unsere Selbstkritik auch praktisch und konsequent umzusetzen, lange bevor die Schüsse fielen. Darum geht es uns, aber nicht dem Staat. Die Hetztjagd dauert an, bzw. hat erst richtig begonnen, nicht mehr so laut wie in der ersten Woche, dafür umso intensiver. Einige von uns sind unmittelbar bedroht, sowohl was "Beihilfe zum Mord", als auch die Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung anbelangt. Viele von uns haben Angst, daß es auch sie noch erwischt. Denn dem Staat, dem Fahndungsapparat geht es schon lange nicht mehr um Mord. Wir müssen und wollen jetzt das offenlegen, was die offizielle Richtung der Ermittlungsverfahren geradezu auf den Kopf oder auf die Füße stellt: Die Beschlagnahmungen bei den über 50 Hausdurchsuchungen, die Aussageerpressungen über Drohungen mit dem § 129 a oder Beihilfe zum Mord, der gezielte Schlafentzug vor den Verhören, die Verhörmethoden selbst mit versteckten Angeboten, daß man ein "gutes Wort" für sie/ihn einlegt beim Haftrichter, die "Beweise" unter anderem illegale Fotos von den Sonntagsspaziergängen, die in den Verhören den Beschuldigten zur Identifizierung vorgelegt werden, gerade weil sie nichts mit dem Mord zu tun haben, die Vorladungen unter Androhung von Beugehaft, die gemeinsame Beteiligung des K42 (Politische Polizei - Tietze Ffm) Sonderkommission Strom und BKA/LKA an den Ermittlungstätigkeiten verfolgen ganz klar erkennbar drei Ziele:

1. die Offenlegung der Namen, Strukturen, der "Organisatoren/innen" innerhalb der Startbahnbewegung,
2. die Identifizierung der "Aktivisten", ihre Bedeutung und Strukturen innerhalb und über die Startbahn hinaus
3. die Suche nach Kleingruppen, vor allem im Zusammenhang mit den Strommastaktionen im Rhein-Main Gebiet.

Jahren

Diese drei Ziele stehen einer "schnellen Aufklärung" der Morde im Weg. In diesem Zusammenhang war es geradezu eine "Panne", daß die Tatsache, daß die Pistole bereits nach einigen Stunden gefunden wurde, veröffentlicht wurde. Deshalb mußten auch Polizeibeamte hören, was nie gesagt wurde: "Feuer frei", damit unter der Konstruktion der Beihilfe der Fahndungsapparat weiterhin legitimiert ist.

Wir haben diese Fahndungsziele nicht nur deshalb so klar benannt, weil wir mit der erzeugten Paranoia gemeinsam umgehen müssen; die Fahndungsziele benutzen nur den Mord, um uns mit etwas ganz anderem zu konfrontieren: mit unserer eigenen Geschichte und unseren Erfahrungen innerhalb sozialer Bewegungen und militanter Auseinandersetzungen. Wenn wir uns davon distanzieren, dann distanzieren wir uns nicht vom Mord, sondern von der Startbahnbewegung, der Anti-AKW-Bewegung, von radikalen und außerparlamentarischen Widerstandsformen.

Die 2 toten Politzisten waren und sind nie Objekt herrschender Trauer gewesen, sie sind nur eine willkommene Brücke, über die der Staat seinen Fahndungsapparat lotst, um jene Lebens- und Widerstandsformen zu zerschlagen, auf die der Staat schon lange nicht mehr politisch nicht mehr antwortet.

In den nächsten Tagen und Wochen wird es zu einer Flut von Vorladungen und sogenannten Zeugenvernehmungen kommen. Wenn jemand also, gerade weil er/sie nichts zu den Morden sagen kann, dennoch Aussagen macht, in dem Glauben, sie wären belanglos und ohne Bedeutung, dann muß er/sie wissen, daß es den Ermittlungsbe-

Startbahn-Schüsse

Stellungnahmen

hörden *gerade darauf* ankommt. Nicht nur einzelne von uns, die die Aussage verweigern, werden mit Beugehaft bedroht, wir alle sind mit der Notwendigkeit konfrontiert, darauf politisch zu antworten.

Andrea B. verhaftet wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung (129a) ist nach fast 2-monatiger Haft vor einigen Tagen entlassen worden. So als ob nichts gewesen wäre. Nachdem auch der Versuch in Düsseldorf, autonome Zusammenhänge als terroristische Vereinigung anzuklagen gescheitert ist, sind sie nun fieberhaft dabei, die Gunst der Stunde zu nutzen: das Instrumentarium, des erweiterten 129a haben sie bereits, es geht ihnen jetzt darum, es mit Namen zu füllen. Es liegt an uns sie und uns gemeinsam zu schützen.

Die letzen Wochen haben viel Kraft Nerven gekostet. Wir waren und sind mit dem konfrontiert, was die Polizeistrategen mit "Fahndungsdruck" meinen: uns alle in Bewegung halten, nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

Aber wir haben auch Erfahrungen gemacht, die uns Mut machen. Wir sind nicht nur Opfer. Wir wollen kein Mitleid erregen, und keine moralische Solidarität abpressen. Wir wollen nicht die Repression dazu nutzen, falsche Sympathien zu erzeugen. Denn die Schüse haben nicht nur eine Repression ausgelöst, sondern auch eine Auseinandersetzung mit jenen, mit denen wir zusammen kommen wollen, es aber nicht schafften, aus eigener Unfähigkeit, und vor allem fehlender Konsequenz.

Wir haben versucht, unsere Auseinandersetzungen vor und nach den Schüssen, öffentlich und nachvollziehbar zu machen. Wir werden unter uns reden müssen, welche kollektiv getragenen Verbindlichkeiten und Gemeinsamkeiten wir entwickeln müssen, um für uns und andere Maßstäbe zu setzen, an denen sich unsere Handlungen und Ziele messen lassen *müssen.*

Wir werden uns aber auch mit jenen Grünen auseinandersetzen, die glauben, mit unseren Fehlern staatstragende Politik machen zu können. Grüne, die mit ihrem Standbein das staatliche Gewaltmonopol anerkennen, und mit ihrem Spielbein die Opfer der "Eskalation" anklagen. Wir warten gespannt auf die von Joschka Fischer - ganz ohne Ritual versteht sich - angekündigte "moralische Offensive des gewaltfreien Protests".

Ein "Wunder", auf das wir nicht mehr warten müssen, kam aus Hamburg. Als wir am Mittwoch hörten, daß die Hafenstraße kurz vor der Vertragsunterzeichnung steht, wollten wir es nicht glauben. Ein Gefühl riesiger Freude, ein politischer Erfolg, der für uns alle fast unfaßbar schien. Heute soll der Vertrag unterschrieben werden. Wie so oft haben wir uns in Gedanken auf die gewaltsame Räumung, auf eine gewaltsame Niederlage eingerichtet. Nun stehen wir vor einem Erfolg, auf den wir nicht vorbereitet sind. Sicherlich, wir haben dem Staat nichts zu schenken, am wenigsten unser Vertrauen. Aber vielleicht sind es auch die vielen vergeblichen Kämpfe, *die uns Angst gemacht haben, zu gewinnen.* Die Hafenstraße ist für uns ein Grund mehr, diese Angst zu verlieren.

Autonome Frankfurt

Interview mit Lupus und Lia

Startbahn-Schüsse

Stellungnahmen

taz: Für die Schüsse werden in den Massenmedien und von den bürgerlichen Politikern weit in die Grünen hinein die Militanten verantwortlich gemacht. Akzeptiert ihr diese Zuweisung von Verantwortung?

Leo: Es gibt nicht *die* militanten Anarchisten oder *die* militanten Autonomen. Deswegen sind die Militanten auch nicht verantwortlich zu machen. Wir aus der Startbahnbewegung übernehmen im Fall der Schüsse indirekt Verwantwortung: für die Höhe des moralischen und politischen Niveaus in der Bewegung. Aber wir übernehmen nicht die Verantwortung für die Schüsse selbst.

Lupus: Die jetzt behauptete innere Logik, daß militante Politik zwangsläufig zu Schüssen führt, existiert nicht. Die Schüsse sind weder aus unseren Aktionen zu erklären noch eine Verlängerung davon, noch sind sie mit der Diskussion, die in unserem Spektrum seit etwa einem Jahr geführt wird, zu vereinen. Diese Diskussion innerhalb der Autonomen versuchte, gerade die Fehler der Militanten in bezug auf Brokdorf, Wackersdorf oder die Demos nach dem Mord an Günther Sare aufzuarbeiten. Es gab damals Leute, die aus den Niederlagen der Demos heraus überlegten, sich besser auszurüsten, straffere Strukturen zu schaffen und Kampfformen zu entwickeln, die in der Lage wären, dem staatlichen Gewaltapparat etwas entgegenzusetzen. Dieser Versuch, politische Bedingungen, die nicht vorhanden sind, militaristisch zu überspringen, fand bei uns keine Mehrheit, weil er nicht unseren Strukturen entspricht und wir uns den dadurch aufgeworfenen Erfordernissen auch nicht anpassen wollen.

Leo: Wenn man davon ausgeht, daß auf den Libertären Tagen diese Sachen diskutiert worden sind, dann können wir aber nicht umhin festzustellen, daß, wenn der Täter aus unseren Reihen kommt, diese Diskussionen meilenweit an ihm vorbeigegangen sein müssen. Oder anders: Obwohl in der Bewegung diskutiert wird, gibt es Leute, die als Selbstläufer agieren, die für ihr Selbstwertgefühl verstärkte Militanz brauchen, die losgelöst von den Zielen ihre Aktionsformen durchziehen.

Eure Diskussionen werden also intensiv geführt, bleiben aber unverbindlich?

Lupus: Am Beispiel Startbahn kann man das genauer fassen: Es gab in der Startbahnbewegung zum Beispiel über die Ereignisse an Ostern '87 eine sehr intensive Diskussion über die Militanz und die Vorgehensweise einzelner.

Lia: Da gab es einen Frauenblock, der die Demo angeführt hat - das war Konsens, es gab aber von vornherein Leute, die - ohne das auszusprechen - der Meinung waren, der Frauenblock sei dazu nicht in der Lage. Diese Leute haben sich dann hinter dem Rücken des Konzepts anders verhalten, als es abgesprochen war. Das zweite war, daß an diesem Sonntag die Wiese auch von Mollis abgefackelt wurde. Danach wurde diskutiert, ob das Mittel, die Wiese abzufackeln, um sich gegen heranstürmende Bullen zu verteidigen, angemesen war. Wir haben also seit längerem versucht, sehr genau zu bestimmen, welche Militanz wir wann für möglich halten - und wir haben auch versucht, die Leute zu erreichen, die sich an die abgesprochenen Konzepte nicht gehalten haben. Die Frage bleibt: Wenn wir die Kritik so scharf formulieren, wenn wir Maßstäbe setzen, und die werden nicht verstanden oder nicht angenommen - was machen wir dann?

Leo: Man muß aber in der Debatte noch was anderes im Auge haben, vorausgesetzt der Täter kommt aus unseren Reihen. Manche Leute haben über die Diskussion, die uns von der Gegenseite aufgedrückt wird - die Diskussion über die Mittel -, das Ziel aus den Augen verloren und nur noch die Mittel im Kopf. Anders ist es nicht denkbar, daß so Schüsse abgefeuert werden, die dem Ziel, daß möglichst viele die Loyalität mit dem System aufkündigen, auf jeden Fall schaden.

Wenn du das so sagst, klingt es so, als seien die Schüsse ein taktisches Problem und nicht grundsätzlich falsch. Sind diese Morde aus dem Hinterhalt aber nicht vor allem moralisch zu verurteilen?

Lia: Das denke ich auch. Es gibt für diese Schüsse keine, wirklich gar keine Begründung. Die beiden Bullen sind keine verantwortlichen Repräsentanten des Systems.

Lupus: Das ist richtig. Wichtig ist aber festzustellen: Es ist nicht prinzipiell die Verwendung von Waffen, die wir hier verurteilen, sondern es sind die Umstände und das Ziel, die hier grundsätzlich anders sind als zum Beispiel bei dem Anschlag auf den Asylrichter Korbmacher.

Leo: Die Frage, ist es ein taktisches oder ein moralisches Problem, ist falsch gestellt: Es gibt keine Taktik ohne Menschlichkeit. Für mich als Anarchist steht der Mensch im Zentrum des Denkens. Das Auslöschen eines Menschenlebens ist immer ein ungeheuerlicher Vorgang. Hart wird es dann, wenn überlegt werden muß, ob so etwas in einer bestimmten politischen und gesellschaftlichen Situation norwendig wird. Aber dies ist am Beispiel Startbahn nicht der Fall.

Lupus: Meinst du jetzt die Waffe prinzipiell?

Leo: Nein. Die Diskussion ist müßig. Du kannst auch jemanden mit einer Wohnung umbringen, wie Zille gesagt hat. Es geht um die Frage der Legitimation des Tötens: Wer entscheidet das? Wer spielt sich zum Richter über das Leben eines Menschen auf. Das läßt sich hier jetzt nicht umfassend diskutieren. So viel nur: Es ist ein Unterschied, ob in Chile gekämpft wird oder in einer politischen Situation wie in der BRD. Oder anders: Nach dem Mord an Günther Sare wären die Schüsse vielleicht leichter nachvollziehbar gewesen, aber genauso falsch. Grenzen der politischen Aktion sind nie losgelöst vom politischen und sozialen Umfeld zu ziehen.

Was sind denn die Kriterien, anhand derer beurteilt werden kann, wie du hierzulande agierst. Von etlichen Grünen, die sich als gewaltfrei verstehen, kommt jetzt die Forderung: Werft die Zwille weg! Ist das für euch eine Möglichkeit?

Leo: Die Grünen haben keineswegs einen gewaltfreien Ansatz, so lange sie das staatliche Macht- und Gewaltmonopol nicht in Frage stellen. Wenn die mit uns über Gewalt dikutieren, dann müssen sie alle Formen einbeziehen lassen.

Lupus: Es gibt keine innere Logik in unserer Militanz, die zu solchen Schüssen führt. Es gibt aber etliche Leute, die eine militante Perspektive längst aufgegeben haben und die meinen, jetzt endlich hätten sie die Begründung in der Hand, daß unsere Aktionsformen zwangsläufig zu den Schüssen führen. Das ist für sie sehr bequem. Dieses Spektrum sollte sich überlegen, ob sein Arrangement mit den Zuständen, sein völliger Rückzug aus den konkreten Auseinandersetzungen nicht genauso die Schüsse erklären können wie die Gründe, die die Grünen uns entgegenhalten. Die Grünen haben mit der Startbahn Parlamentskarriere gemacht und waren von da an aus den Kämpfen verschwunden. Die gewaltsame staatliche Durchsetzung des Startbahnbaus hat die Gründe und die Notwendigkeit unseres Widerstands nicht zerstört. Mit dem Bau der Startbahn West sind die Gründe nicht weniger geworden, sondern mehr. Und da werden wir nicht nur bei symbolischen Aktionen stehen bleiben. Ein wichtiges Kriterium, um auf deine Frage zurückzukommen, ist dabei, neben dem faktischen Ergebnis, auch die Nachvollziehbarkeit: Strommasten, die nur materiell fallen, aber nicht in den Köpfen der Menschen, bringen wenig weiter. Erst wenn beides passiert, ist das eine wirklich militante Strategie.

Aber an dem Kriterium der Nachvollziehbarkeit und der Effektivität gemessen sind die Sonntagsspaziergänge doch falsch. Das ist doch nicht mehr als ein eingefahrenes Widerstandsritual, daß außer für die zweihundert Leute, die dort hingehen, keine Bedeutung mehr hat, das auch nichts mehr verhindert oder stört.

Leo: Teilweise mag das stimmen. Das wurde auch oft diskutiert in den letzten Jahren. Aber zur Beurteilung der Sonntagsspaziergänge muß man auch die sozialen, kommunikativen Aspekte sehen: Da treffen sich Leute verschiedener Gruppen, aus unterschieldichen Städten und mit verschiedener sozialer Herkunft. Sonntagsspaziergänge,

Startbahn-Schüsse

Stellungnahmen

die nur noch ritualisiert stattfänden, wären auch schon längst am Ende. Die Startbahn ist in dem Sinn auch ein sozialer Kristallisationspunkt, an dem soziale und politische Prozesse stattfinden, die weit mehr thematisieren als nur die Startbahnmauer - und das ist wichtig, gerade weil wir sagen: Eine Bombe zu schmeißen ist ein technisches Problem, politisch kommt es uns auf Bewußtseinsveränderungen an.

Lupus: In der militanten Szene ist es ja oft so, daß von einem Projekt zum nächsten gegangen wird, von einer Schweinerei zur nächsten. Das haben wir oft genug kritisiert, und bei der Startbahn ist genau das Gegenteil zu beobachten, und das ist gut: eine Kontinuität des Widerstands.

Leo: Eine Kritik allerdings ist nicht von der Hand zu weisen: Es haben sich dort an der Mauer natürlich auch Insider-Gruppen gebildet, die den Kontakt zu anderen sozialen Gruppen nicht mehr gesucht haben, Stichwort: raus aus dem Ghetto. In einem solchen Fall wird es schwierig, weil sich das politische Denken dann auf die taktische Frage beschränkt: Wie gestalte ich den nächsten Sonntagsspaziergang. Wir können eben nicht davon ausgehen, daß alle Leute in unseren Reihen ein notwendigerweise selbstkritisches Verhältnis zur Militanz haben, bei der die Ziele übergeordnet sind. Es gibt Leute, bei denen ist die Gewichtung, wie auch immer das zu erklären ist, anders.

Wenn ihr sagt, es gibt diese Zwangsläufigkeit vom Stein zur Sig Saur nicht, aber feststellt, es könnten doch Leute aus den eigenen Reihen gewesen sein, was hat das eigentlich für Konsequenzen? Wie verhaltet ihr euch nach innen?

Leo: Wir sagen erstmal: Wir machen keine Vorverurteilungen, das heißt aber nicht, daß wir nachher verurteilen. Es geht nicht um die Frage persönlicher Schuld. Ich gehe beim dem "normalen" Mörder ja auch nicht hin und sage: ab in den Knast oder Rübe ab. Das gilt dann auch für die eigenen Leute. Also wir müssen die Schüsse verurteilen, uns aber mit den Leuten, wenn es welche von uns waren, die sie abgegeben haben, kritisch auseinandersetzen. Das ist die einzige Chance, einen Lernprozeß anzustoßen. Nur so kann die Diskussion, die zwar angefangen hat, die aber völlig unzulänglich geführt wurde und noch längst nicht überall gegriffen hat, weitergeführt werden. Diese Diskussion um Militanz und Militarismus muß am Beispiel Startbahn West, 2.11. intensiviert werden. Denn diese Schüsse sind wiederholbar - vielleicht nicht an der Startbahn, aber woanders, wir können den oder die Täter wegen des noch so schwerwiegenden Fehlverhaltens nicht einfach kaltstellen oder vom Staat fordern, daß er das tut.

Lupus: Permanent diskutieren und sich mit der Person des Schützen auseinanderzusetzen ist sicher wichtig -aber führt auch nicht ans Ziel. Es taucht die Frage auf, wie reagieren wir im Bereich unserer Strukturen. Es gibt im anarchistischen und autonomen Spektrum ja, jenseits der Schüsse, schon "Strafen": das Mittel der sozialen Ausgrenzung. Unsere Kleingruppen sind auch ein Schutz vor Leuten mit völlig falschen Einschätzungen und falschen Aktionen, denen wir nicht vertrauen und die wir nicht in unsere Zusammenhänge reinlassen oder davon wieder ausgrenzen. Nur, die Frage ist, ob diese Formen des Schutzes ausreichen. Wir haben keine Organisation. Innerhalb einer Organisation wäre es einfach, auch über eine persönliche Auseinandersetzung hinaus, praktische Konsequenzen zu ziehen: den Täter, sofern er zu uns gehört, auszuschließen. Damit könnten wir sagen: Was sich innerhalb der Organisation bewegt, wird politisch verantwortet und mitgetragen, was außerhalb passiert, können wir nicht verantworten. Aber wir haben diese klare Linie nicht. Deswegen ist für mich die Frage: Wie gehen wir mit dem möglichen Täter um, eine rhetorische.

Leo: Nein, sie stellt sich doch ganz praktisch: Was passiert mit Leuten, die jetzt einfahren? Unterstützen wir die materiell und mit unserer Arbeit oder nicht? Wir kommen nicht darum hersum zu sagen: Es gibt eine politische Verantwortung von allen. Wir können deswegen nicht anfangen, Leute sozial auszugrenzen. Wir müssen uns hüten, uns zum Richter aufzuspielen und jemanden zur Strafe rauszuschmeißen. Eine andere Frage ist die des Selbstschutzes: Wann müssen wir jemanden rausschmeißen, ums uns zu schützen?

Lupus: Du sagst: Ausgrenzen ist ein Unding. Ich sage: Das ist eine Bedinung, und das ist auch gelaufen. Deswegen sage ich auch: Dieses äußerste Mittel, das wir haben, ist gegenüber Leuten, die eine militaristische Logik verfolgen, die wir strikt ablehnen, weitgehend ausgereizt.

Leo: Das ist dann entweder vom Ansatz her falsch oder nicht konsequent genug verfolgt worden. Dann hätten im örtlichen und zeitlichen Zusammenhang mit unserer Bewegung diese Schüsse nicht fallen dürfen, dann war die Ausgrenzung nicht konsequent genug: Die Schüsse sind ja gefallen. Oder wir müssen feststellen: Eine halbe Ausgrenzung ist eine höchst gefährliche Angelegenheit. Wenn du Leute von deiner Sozialstruktur nur weitgehend ausschließt, machst du ja gerade die Auseinandersetzung über Militanz, Menschlichkeit und Aktionsformen unmöglich. Die Ausgrenzung kann also, wenn sie nicht "richtig" betrieben wird, nach hinten losgehen. Aber das ist ein Stück weit auch eine abgehobene Diskussion...

Abgehoben gerade nicht; wenn du sagst, die Schüsse könnten sich vielleicht wiederholen. Sie ist im Gegenteil dringend notwendig, um so eine Wiederholung auf jeden Fall zu vehrhindern.

Leo: Das ist richtig. Das ist eine der Konsequenzen, die wir aus den Schüssen unbedingt ziehen müssen. Wie gehen wir mit Leuten um, bei denen wir merken, die werden zum Selbstläufer, zur Zeitbombe, die plötzlich platzt? So Tendenzen hat es bei uns gegeben - und insofern trifft uns auch da eine Verantwortung.

Lupus: Theoretisch ist das richtig. An der Realität der militanten Strukturen geht das aber vorbei.

Lia: Weil sie viel zu sehr über die Aktion funktionieren und viel zu wenig die soziale Perspektive in die Überlegung einbeziehen.

Lupus: Zum anderen auch, weil wir an einer Grenze angelangt sind, was die Diskussion mit Gruppen angeht, die nicht in unserem engen Zusammenhang stehen. Die haben wir an einzelnen Punkten der Militanzdiskussion erreicht, und mehr scheint da nicht möglich zu sein. Wir stoßen da an die "schwimmenden Grenzen" kollektiv gültiger und akzeptierter Gemeinsamkeiten, auf die wir uns alle beziehen müßten, aber nicht können.

Leo: Das wäre schlimm, wenn wir uns an dem Punkt keine Fehler eingestehen müßten. Das würde düstere Perspektiven eröffnen. Das ist auch nicht nur eine Diskusion über Strukturen, Kleingruppen und Diffusität. Es geht weit darüber hinaus: Was für einen politisch-menschlichen Anspruch vertreten wir, was für eine gesellschaftliche Utopie haben wir? Solange darüber nicht diskutiert wird, sondern nur pragmatisch-aktionistisch agiert wird und keine längerfristigen Strategien in den Mittelpunkt unseres Interesses gerückt werden, solange ist es auch sehr schwer, sich Verhaltensregeln zu unterwerfen, die solche Schüsse schwer, oder besser noch, unmöglich machen.

Lupus: Das ist richtig - diese Diskussion ist auch längst vor den Schüssen eröffnet worden. Verhaltens-und Umgehensweisen untereinander, die so etwas wie die Schüsse ausschließen, lassen sich nicht nur im Kampf gegen etwas entwickeln. Und es reicht auch nicht aus, eine utopische Vorstellung von einer befreiten Gesellschaft nur im Kopf zu haben, sie muß auch in unseren konkreten Handlungen und Widerstandsformen sichtbar werden. Ein zentrales Beispiel dafür ist das Hüttendorf: Nicht nur, weil es ein Stück von einem zu rodenden Gelände besetzt hat, sondern weil es ein anderes Leben sichtbar gemacht hat.

Leo: Ohne Utopie gibt es keinen Widerstand. Einen Strommasten zu kippen bewirkt erstmal nichts: Das kann durch scharfe Repression schnell verhindert werden, oder es wird durch irgend eine Art und Weise, beispielsweise durch die Grünen, wieder integriert. Solange unsere Aktionen also nur auf der Ebene der Tagespolitik wirken, bleiben wir ungefährlich.

Weg von der Utopie, zurück zur Startbahn...

Lupus: Du Realo...

...das lasse ich mir gerne nachsagen. Was für Handlungsmöglichkeiten habt Ihr jetzt eigentlich angesichts einer anrollenden Repressionswelle, die auf eure Utopien und Differenzen wenig Rücksicht nimmt?

Startbahn-Schüsse

Stellungnahmen

Leo: Die Tage seit den Schüssen haben gezeigt, daß die Strukturen, die wir in den letzten Jahren herausgebildet haben, als einzige handlungsfähig waren. Der Angriff der Gegenseite richtet sich erkennbar schon lange nicht mehr an der "Aufklärung" des Mordes aus, sondern gegen unsere Strukturen. Es gibt losgelöste Gruppen, die sich zurückgezogen haben und diskutieren - aber das greift in der Öffentlichkeit nicht - wenn daraus nicht irgend eine gesellschaftliche Relevanz erfolgt. BI-Strukturen und andere haben sich dagegen bewährt, so daß die Diskussion über offene, legale Zusammenhänge sich jetzt in einem ganz neuen Licht darstellt: Sie sind als Sprachrohr bitter notwendig. Auf der anderen Seite brauchen wir aber auch die kleinen Gruppenstrukturen.

Lupus: Es gibt selbsterlebte Erinnerungen an den Deutschen Herbst 1977 und an die Repressionswelle gegen den Schwarzen Block. Da müßten wir heute feststellen: Die Pogromstimmung, die mit dem Deutschen Herbst geschürt wurde, um den Ausbau und die Eskalation des staatlichen Gewaltapparats zu legitimieren, ist heute - in dem Maße - nicht mehr notwendig, denn das Instrumentarium steht bereits da. Es geht heute darum, es neu auszurichten. Das macht auch die Bedeutung der Ereignisse heute aus: Der Mord wird benutzt, um den über die RAF legitimierten Staatsschutzapparat umzuorientieren und auf allen Ebenen gegen uns einzusetzen. In dem Zusammenhang steht auch der erweiterte Paragraph 129a. Was wir aus '77 und 80/81 gelernt haben: Wir distanzieren uns weder von unserer eigenen Geschichte noch von unseren eigenen Aktionsformen.

Leo: Wir ducken uns heute nicht weg.

Das Gespräch führte Oliver Tolmein

Startbahn-Schüsse

An die taz!

Paranoia in der Frankfurter Szene

ungen, Befürchtungen und jede Menge Gerüchte nach den Morden an der Startbahn West / Verunsicherung in diversen Wohngemeinschaften von Offenbach bis Rüsselsheim / Die Angst vor Spitzeln ist oft ins Groteske angestiegen

...r Klingelschmitt

...z) — In diversen ...schaften in Frank... ...ch, Hanau, Mörfel... ...rf und Rüsselsheim ...Paranoia breit. Die Be... ...daß Landeskriminal... ...s) und Bundeskriminal... ...A) nach den tödlichen ...n an der Frankfurter Start... ...tzt die gesamte Szene „auf... ...en", ist sicher nicht unbe... ...let, denn „alles was die von ...ler wissen wollen, sind doch ...nen, Namen und nochmals Na... ...n", hieß es gestern in Szene... ...reisen. Daß Eichler — vor sei... ...em Umzug nach Frankfurt — in ...Offen... ...hat, elektrisierte ...Bach"

...nannt. Die Angst vor den Spitzeln, die sich in den letzten Jahren in die Szene eingeklinkt haben sollen, ist nach den Morden an der Startbahn ins Groteske gestiegen. Da wurden — sofort nach der Bluttat — die Leute, die als erste festgenommen worden waren, als „Spitzel" gehandelt. Der Umstand, daß drei der Festgenommenen nach nur wenigen Stunden wieder freigelassen wurden, diente einigen ...ranoikern als Beweis für ihre T...

...se.

Andere wiederum, die sich „Bekannte" der Verhafteten stellten, hielten diese Best... ...gungen für „vollkomm...surd". Daß dann diese Be... die „Freibriefe" für die ...mentlich bekannten Startbahnge... ...per/innen ausgestellt haben sol... ...hfalls in den Verdacht ...sein, versteht

...das „Undenk... ...hste Ver...

Personen bestehen. Noch ist zum Beispiel völlig offen, ob es tatsächlich nur eine Tatwaffe gab. ...zwei verschiedenen Demos in ...den immerhin zwei Pi... ...inige Informan... ...Polizei...

...dung ausgeschriebene Hoffmann war bisher von keinem der taz-Informanten mit Eichler in Verbindung gebracht worden.

Solange all diese Fragen nicht abschließend geklärt sind, wird die Gerüchteküche nicht nur in der Szene weiter brodeln. Eichler ...ter Anwalt, der auf Bitt... ...bislang

...laut; ...garw... ...in der ...vier ...n seien ...imme... ...e, daß ...nobse... ...efon ü... ...ligt n... ...tartbah... ...konnte

läßt die ... im Verlauf der ... weiteren Festnahmen ... Verhaftungen kommen wird, denn eine terroristische Vereini... ...ng müsse mindestens aus drei

...ventionellen ...ker der Autonomen", wie ...Szene heißt, ein Grundsatz ...über „Die Notwe... ...ter Politik ... ...fen"

Erklärung zu der Berichterstattung der TAZ anläßlich der Ereignisse vom 2.11.87

Wir haben auch zu Startbahn"hoch"zeiten nicht erwartet, daß die TAZ Sprachrohr radikalen, anti-parlamentarischen Widerstands ist. Die Besetzung der TAZ-Produktion vor einigen Jahren fand vielmehr zu einem Zeitpunkt statt, wo wir genug davon hatten, als Bewegung mißbraucht zu werden, damit die TAZ-Frankfurt über sich selbst und ihre Realo-Verhältnisse schreiben kann.

Die Berichterstattung der TAZ-Frankfurt über die Startbahnereignisse am 2.11.87 und ff. stellt für uns einen Endpunkt oder bessergesagt Höhepunkt dieser Art von Journalismus dar. Wir glauben, einige Beispiele reichen bereits, um diese Entwicklung zu dokumentieren. (Ergänzend verweisen wir auf die TAZ-Interne Auseinandersetzung bezüglich der Frankfurt-Berichterstattung.)

Da fingen also die Pfeifers der realo-grünen TAZ Redaktionen an, ihre berühmten "connections" zu der Scene spielen zu lassen. Heraus kam dabei ein Artikel vom 12.11. unter dem aufreißerischen Titel: *"Paranoia in der Frankfurter Scene". Ehrlicher wäre der Titel gewesen: "Wer hat aus der Scene das Zeug zum Mörder?"*

"Da erklären", so TAZ *"harte Kämpfer aus der Lederstadt ... daß Eichler schon "immer nicht ganz koscher" gewesen sein soll. Der mutmaßlich Täter soll darüber hinaus mit einem Typen "herumgezogen" sein, der "verdammt nach VS (Verfassungsschutz" gerochen habe. Für die Offenbacher war eigentlich klar, daß dieser Bekannte von Eichler, wenn schon nicht der Todesschütze, dann doch zumindest "der Anstifter" gewesen sein muß."* TAZ-Zitat Ende.

Daraufhin haben jene "TAZ-Informanten" KPK (TAZ-Flm) zur Rede gestellt, um ihm unmißverständlich deutlich zu machen, daß sie sich mißbraucht und hintergangen fühlen. Daß sich die Offenbacher für diese "TAZ-Interne Mördersuche" überhaupt benutzen ließen, ist sicherlich ein Fehler. Doch mit welcher Kaltblütigkeit und Skrupellosigkeit der TAZ-Redakteur KPK Andreas Eichler zum (potentiellen) Mörder macht, übersteigt alles bisher dagewesene:

"Ungeklärt ist immer noch, wie es geschehen konnte, daß Eichler, der seit Monaten observiert wird und dessen Telefon überwacht wurde, unbehelligt mit einer Pistole in den Startbahnwald marschieren konnte". Eine Behauptung, die nicht einmal von den Bullen aufgestellt wurde. Ein fast unverhüllter Aufruf zur mörderischen Hetzjagd, die zumindest für die "linke" Presse einmalig ist. Eine journalistische Hetzjagd, die vielleicht nur die Aufforderung grüner Realpolitikerinnen konsequent zu Ende denkt/schreibt, die Startbahnbewegung selbst müsse sich an der Fahndung beteiligen.

In dieselbe Kerbe schlägt Reinhard Mohr in seinem Artikel: *"Militante Sprachlosigkeit im Hörsaal VI"* vom 21.11.87, indem er am Ende schreibt: *"Doch niemand hatte über ihn, den Autonomen von der Startbahn, ein wahres Wort gesagt."* - was heißen soll, Reinhard Mohr kennt das wahre Gesicht Andreas Eichlers, nur auspacken tut er noch nicht. Reinhard Mohr, der neue "Jemand" in der Ex-Spontiszene oder schlicht ein Berufs-Aufschneider, der seine Unkenntnis mit "intimen Szenekenntnissen" tarnt?

Sicherlich, wir haben zu den Vorwürfen und Behauptungen gegen Andy nichts gesagt. Wir wissen, wie schwerwiegend in dieser Zeit jedes falsche Wort sein kann, gerade auch eine Richtigstellung. Wir sind nur schlicht angewidert, wie Andy zum Mörder aufgebaut wird, mit Gerüchten, Eindrücken, Vermutungen und Lügen. Die "Facts", die das Profil eines (potentiellen) Mörders füllen sollen, hat die TAZ-Frankfurt bereits geliefert.

"Der Einzelgänger Andreas Eichler" (TAZ 5.11.) ... *"unpolitisch"* ... *"der hat kein einziges politisches Buch in seiner Wohnung"* (TAZ 6.11.) ... *"ein Mann ohne Eigenschaften"* (TAZ 6.11.).

Warum nicht gleich: "Ein Mörder ohne Gesicht!"

...Zuweilen ...orientiert gewesen. Wel... ...nome nicht. Dagegen ...ausführlich die ...

Startbahn-Schüsse

An die taz!

taz · intern

Startbahn-West

Betr.: Startbahn-West / Erklärung Leserbriefseite vom 2.12.87.

Die taz, so behauptet ein auf den ersten Blick breites Spektrum linker Gruppen aus Frankfurt, baue mit ihrer Berichterstattung zu den Schüssen an der Startbahn Andreas Eichler, der in U-Haft sitzt, „zum Mörder auf". Diese Behauptung ist falsch.

Die Glaubwürdigkeit dieses Vorwurfs und anderer Anwürfe wird mit dem Hinweis scheinbar untermauert, auch taz-intern sei die Arbeit unserer Frankfurter Redaktion heftig umstritten. Dem ist nicht so. Wer glaubt, die Zentralredaktion der taz würde über Wochen eine Berichterstattung ihrer Korrespondenten akzeptieren, hinter der sie nicht steht, irrt.

Im übrigen gehen wir davon aus, daß der interessierte Leser dieser Zeitung dazu in der Lage ist, die auf der Leserbriefseite erhobenen Anwürfe selbst auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen.

Der Forderung, sich einer öffentlichen Auseinandersetzung zu stellen, ist die taz mit entsprechenden Angeboten mehrfach nachgekommen. Nach eigenen Angaben sind die Kritiker aber noch uneins, ob sie dieses Angebot überhaupt annehmen wollen. Darüber hinaus stellte sich auf unsere Nachfragen heraus, daß von rund 20 Mitgliedern der „Linken Liste Uni Ffm" nur acht von der Unterzeichnung der Erklärung informiert waren.

SAMSTAG, 21/11/87 taz

Militante

Diskussion der Autonomen
Sammelbüchsen für Andreas Eichler

Aus Frankfurt Reinhard Mohr

„Wir wollen hier nicht diskutieren. Wir machen revolutionäre Politik!" Ein Schwarzer [illegible]

Legalize Bankra

Haben sich diese Kir-Royal-Journalisten nur einmal überlegt, daß sie mit diesem Enthüllungsjournalismus einen Menschen vernichten können? Dieselben, die in den Morden an der Startbahn "ein Tabu" gebrochen sehen, sind bereit, die Existenz eines Menschen zu zerstören - mit dem kleinen Unterschied, daß diese feinen Journalisten keine Knarre dazu brauchen.

Und natürlich weiß Reinhard Mohr noch mehr, z.B. wie's um die autonome Bewegung bestellt ist: *"die Bewegung soll gespalten werden - Daß sie - auch im Saal schon längst in konkurrierende Gruppen und Grüppchen zerfallen ist, weiß zwar jeder, bloß sagen darf man's nicht."* - Diese Wahrheit schonungslos ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, bleibt natürlich nur R.M. vorbehalten. Daß es aber gerade diese "Gruppen und Grüppchen" sind, die für Verhaftete und Festgenommene, Delegiertenversammlung und Bürgerinitiative, für zur Fahndung ausgeschriebene und von Verhaftung bedrohte Personen praktischen und politischen Schutz herstellen und gewährleisten, interessiert R. Mohr einen Dreck. Es sind gerade diese "diffusen" Strukturen - von denen R. Mohr nicht die leiseste Ahnung hat - die es bereits nach einigen Tagen fertigt gebracht haben, eine weitgehend gemeinsam getragene Kritik an den Schüssen zu formulieren, ohne diese Kritik mit den Ritualen des Abschwörens, der Reue und der Umkehr zu verknüpfen. Und so sehr R. Mohr sich diesen Zerfleischungsprozeß auch wünscht, so ermutigend ist für uns die Erfahrung, daß wir mit unseren Unterschiedlichkeiten an einer radikalen, militanten Perspektive festhalten (vgl. VV-Resolution der Bürgerinitiative vom 13.11.87).

Daß sich R. Mohr als Großwildjäger nicht mit "kleinen Fischen" zufrieden geben kann, dafür einen "Chef der Autonomen" braucht, mag Ausdruck seines autoritären Charakters sein. Unerträglich und skruppellos wird es dann, wenn seine Geltungssucht einer Denunzia-

tion gegenüber dem Fahndungsapparat gleichkommt. Die Namen hat R. Mohr bereits genannt, auf die genaue Anschrift konnte er verzichten (ganz abgesehen davon, ob sie stimmen oder nicht).

Das Urteil, das die TAZ Frankfurt über Andy gefällt hat, ist auch und vor allem *exemplarisch* gemeint. Es steht für ein politisches Urteil über die Autonomen und Libertären, daß R. Mohr und andere gefällt haben, lange bevor sie z.B. den Hörsaal VI betreten haben.

Wir mußten uns daran gewöhnen, daß radikale, militante Positionen innerhalb der TAZ oft nur entstellt, verzerrt und/oder zusammengekürzt zu Wort kommen. Jetzt ist der Punkt erreicht, wo die TAZ Frankfurt dazu übergeht, unsere politische Identität als autonome und libertäre Bewegung zu zerstören.

Wir fordern die TAZ (-Frankfurt-) auf, sich öffentlich der Auseinandersetzung zu stellen, anderenfalls werden wir aus der realpolitischen Sprachlosigkeit die Konsequnez ziehen, die TAZ Frankfurt aus Treffen und Veranstaltungen, die wir organsieren, ausschließen. Wir fordern alle auf, der TAZ Frankfurt weder Interviews, noch Material in die Hand zu geben, das ihr die Möglichkeit gibt, "in unserem Namen" oder "für uns" zu schreiben.

Ffm, den 23.11.87

Folgende Gruppen und Organisationen unterstützen bisher diese Erklärung: Autonome Ffm, Schwulengruppe FH, Autonomes Rhein-Main-Plenum, Libertäres Zentrum, VOBO Initiative Gutleut-Gallus Aktion, ASTA FH Frankfurt, FAU, Companeras y Companeros der Nicaragua und El Salvador Kommittees, Linke Liste Uni Ffm, Gruppe gegen Gentechnologie Rhein Main, Anarchistisch-Autonomes Uniplenum Ffm.

Kontakt über: INFO c/o LZ, Kriegkstr. 38, 6 Ffm 1.

Wir erwarten den Abdruck dieser Erklärung in der TAZ zum frühestmöglichen Termin.

Startbahn-Schüsse

22 Jahre Widerstand

Schüsse aus dem

Auch der erste Startbahn-Gegner trug schwarz. Es war der Mörfeldener Pfarrer Kurt Oeser. Er gründete im Jahr 1965 die „Interessengemeinschaft gegen Fluglärm e V.". 38 Personen nahmen an der Gründungsversammlung teil. Im Jahr zuvor waren die Pläne der Flughafen AG (FAG) und der hessischen Landesregierung zum Bau einer dritten Startbahn des Rhein-Main-Flughafens bekannt geworden. Die Interessengemeinschaft blieb während ihres gesamten Bestehens ein Honoratioren-Verein von Naturschützern. Sie konzentrierte sich fast ausschließlich auf die Sammlung von Einsprüchen gegen das Projekt, die zu einer langen Kette von Gerichtsverfahren führten. Der Schriftführer der Interessengemeinschaft, H. Bauer:

„Die zentrale Figur war Herr Pfarrer Oeser, weil sonst keiner in der Lage war, die Probleme zu artikulieren. Mein Informationsstand hat mich damals darüber erschrekken lassen, was in meiner Heimat geschieht. Durch die Startbahn-Pläne wäre der Radius meiner Spaziergänge wesentlich eingeschränkt worden. Ich dachte damals daran, mein Haus und mein Grundstück zu verkaufen. (...) Flugblätter haben wir nie gedruckt."

4.000 Bürger der Region erhoben schon im ersten Planfeststellungsverfahren 1968 gegen die naturfressende, vier Kilometer lange und 600 Meter breite Startbahn-West Einspruch, drei Jahre später protestierten 9.000 Bürger durch ihren Einspruch gegen die „Zerstörung des letzten großen zusammenhängenden Waldgebietes der Region". In den 70ern lag die Planung der umstrittenen Piste auf Eis und in den Schubladen der Gerichte. Mit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts Berlin von 1978, die „Verlängerung des bestehenden Bahnsystems" zuzulassen, spitzte sich die Situation entscheidend zu.

Am 20. Januar 1978 gründete sich die überregionale Aktionsgemeinschaft und spätere „Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung". Die Gründung der Bürgerinitiative stand im Kontext der republikweiten neuen Ökologie- und Anti-Atom-Bewegung, die mit Tausenden von Bürgerinitiativen im Begriff war, „die Energiepolitik der drittgrößten Industrienation der Welt lahmzulegen" ('Spiegel'). Der überall spürbare Optimismus, die neue ökologische Sensibilität und das vorexerzierte Selbstbewußtsein der Aufmüpfigen von Wyhl bis Brokdorf gaben der Startbahn-BI mit ihren bis zu 50 Ortsgruppen den nötigen Drive. Noch im gleichen Jahr meldeten die Zeitungen die ersten „Guerilla-Aktionen": Anwohner hatten im Wald — unvermummt und unbehelligt — Vermessungsstäbe und Pflöcke zu Kleinholz verarbeitet. Im Februar 1979 fand die erste überlieferte größere Demonstration gegen die Startbahn-West statt:

„Wir sind dann angerückt zu dieser Demonstration, und wir sind völlig fertig gewesen, weil da 300 bis 400 Leute kamen. Wir wußten überhaupt nicht, wo die alle herkamen. Alles war baff. Da hat sich schon abgezeichnet, daß da Leute kamen, die man überhaupt nicht erwartet hatte, nämlich richtige Familien. Die sind mit kleinen Kindern gekommen. Und auch ältere Leute, Rentner sind dabeigewesen. Irgend jemand hatte zum Glück ein Megafon mitgebracht, daß man wenigstens ein bißchen was sagen konnte. Da gab's auch ein, zwei Transparente, damit man überhaupt wußte, um was es ging." (ID-Interview mit einem Mörfeldener Startbahngegner der ersten Stunde)

Osterspaziergänge und weitere Demonstrationen folgten, bevor die neue BI am 3. Mai 1980 gegen fünf Uhr früh erstmals zur illegalen Tat schritt. Mitten im Wald wurde als Widerstandssymbol die erste BI-Hütte zusammengezimmert.

Die Bürgerinitiativen hatten inzwischen die Aufklärung der Region organisiert und eine differenzierte Argumentation gegen die Startbahn entwickelt. Im Vordergrund stand „der Kampf um drei Millionen Bäume". Aber auch mit Lärmbelästigung, Grundwasserabsenkung, Luftverschmutzung, Verlust von Naherholung, mit dem „gesamten riesigen ökologischen Holocaust" (Aschu) wurde agitiert. Dabei ging es nicht mehr allein um Naturschutz:

„Das war klar von den Leuten, die sich da reingehängt haben, daß das keine romantische Naturschutzbewegung würde, sondern verknüpft wird mit einer Stoßrichtung gegen Profit, staatliche Macht und allgemein Umweltzerstörung." (ID-Interview)

Von den Medien und von der taz wurde die Startbahn-West im Jahr 1980 entdeckt. In diesem Jahr hatte sich die legendäre „Parteienaktionsgemeinschaft gegen die Startbahn-West" gegründet, eine bis auf den heutigen Tag einmalige Koalition von Ortsgruppen aus SPD, CDU, FDP und DKP. Das Bild der vier örtlichen Parteivorsitzenden, die als ökologische Volksfront Schulter an Schulter „für unsere Heimat" marschierten, machte Geschichte. Inzwischen hatte sich auch die Evangelische Kirche Hessens gegen die Startbahn ausgesprochen, ungezählte Verbände, Vereine und Institutionen bis hin zur Polizeigewerkschaft folgten.

Im Mörfeldener Rathaus traten die Parteivorsitzenden eingehüllt in Wolldecken in den „unbefristeten Hungerstreik", die Bürgerinitiativen sammelten 30.000 Unterschriften. Ministerpräsident Börner erklärte, niemand, auch nicht 30.000 Startbahn-Gegner könnten ihn vom Bau der Piste abbringen.

Mitten in die Phase des Aufschwungs platzte der Sofortvollzug der ersten Rodungsmaßnahmen. Holzfäller rückten an, um den Kopf der Startbahn freizuhauen. 10.000 protestierten an der BI-Hütte gegen „Börner, Karry und Konsorten". Noch in der Nacht wurde von 600 Demonstranten der Wald besetzt, die Holzfäller (noch ohne Polizeischutz) am nächsten Morgen in die Flucht geschlagen.

„Doch bereits am darauffolgenden Montag alarmierten die Telefonketten der BI die Bürger von einem heranziehenden Großaufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz. 3.000 Anwohner strömten in den Wald und blieben die ganze Nacht. Aber am nächsten Tag, als Arbeitsplatz und Schule riefen und sich die Reihen der Besetzer lichteten ..., regierte die Axt im Mönchbruchswald." (taz)

Mit dem Fallen der ersten Bäume wuchsen Verbitterung und Radikalität. Bäume wurden besetzt und Absperrungen durchschnitten, die Polizei von einem völlig neuen Demonstrationstyp verwirrt. Mütter und Väter, Pensionäre und Kinder, Jagdhornbläser und Kirchenchöre, Lehrer und Schüler, Pfarrer und Opel-Arbeiter zogen mit in den Wald.

Landesregierung bittet zum Dialog

Die Börner-SPD konnte sich ihren Betonkurs nicht mehr länger leisten. 2.000 Parteibücher aus der Region waren zurückgeschickt worden, der Parteitag Hessen-Süd hatte gegen die Startbahn votiert, die Ortsvereine der Region standen kopf. In dieser Situation wurde die Idee zur „größten Bürgerverarsche Nachkriegsdeutschlands" geboren (BI), ein Mammut-Hearing zum Flughafen-Ausbau sollte im März '81 die Illusion des ernst genommen Bürgerprotests verbreiten. Das Ergebnis stand schon vorher fest: „Landesregierung sieht sich durch Anhörung bestätigt." 20prozentige Stimmenverluste bei den Kommunalwahlen im gleichen Monat folgten, die Grünen marschierten in die Parlamente, die Bürger weiter in den Wald. Dort war schon im Spätherbst 1980 ein Dorf mit 60 Hütten gebaut worden: Eine an Seilen schwebende Fertigbaukabine der Jungen Union neben dem Baumhaus der Jusos, dazwischen luxuriöse und ordinäre Baumhäuser und Bretterbuden, Küche, Gemeinschaftshaus, Kinderhaus, Sanitätsstation, Schreiberei samt einer Kirche, ein Waldrat tagte wöchentlich. Im Gotteshaus an der Startbahn wurden Kinder getauft, sonntägliche Gottesdienste gehalten und — da wurde gebetet:

„Herr unser Gott, wir bitten dich, laß die wieder sehen, die verblendet und blind geworden sind.

Nirgendwo?

Startbahn-Schüsse

22 Jahre Widerstand

Eröffne denen eine Chance, umzukehren, die sich in Lügen verstrickt haben. Wir bitten dich, sei du mit uns allen hier, die um die Erhaltung deiner Schöpfung kämpfen."

Doch das Beten half so wenig wie der herzhafte Eintopf der 20 Frauen von der „Küchenbrigade", die die Dorfbewohner und Demonstranten bekochten. Auch die folgenden ungezählten kleinen und großen Demonstrationen und Waldspaziergänge, die einweiligen Verfügungen und Widersprüche, die Verwaltungsgerichtsverfahren und die Verfassungsklage, der Schüler-Malwettbewerb und die Dichterlesung, das Anti-Startbahn-Kabarett und der Widerstandsfilm, die Offenen Briefe von Gewerkschaften, Piloten und Kirchen, die Tausende von Leserbriefen, Hunderttausende von Flugblättern oder die 300.000 Unterschriften, die die Aktion „Volksbegehren und Volksentscheid" später ergebnislos sammelte, halfen nicht. Börner blieb auf Dachlattenkurs.

Die Koalition der Grau- und Langhaarigen

In der Nacht zum 7.10.81 rollten erneut Hunderte von Polizeifahrzeugen Richtung Flughafen:

„Innerhalb von Stunden wurden Tausende von Bürgern mobilisiert. Opel-Arbeiter meldeten sich krank, Studenten verabschiedeten sich vom Seminar, alles eilte in den Mönchbruchswald. (...) Der Freak arbeitete neben der Hausfrau, Helm neben Tirolerhut, Grau- neben Langhaarigen, Lederjacken neben Lodenmänteln. Als der Morgen graute, hatten sich gut 10.000 Startbahn-Gegner hinter Gräben und Wällen verschanzt. Mit dem Anrücken der Polizei reichten Punks den Bürgern Zitronensaft und Mundtücher, Hausfrauen revanchierten sich mit Marmor-Kuchen, Opelaner öffneten Thermoskannen und Brotbüchsen..." (taz)

Der Polizei gelang es nicht, die Menschenleiber zu entknoten, auf eine Prügelorgie wollte man (noch) verzichten. Bulldozer, Bagger und Wasserwerfer zogen wieder ab, Polizeipräsident Gemmer blies zum Rückzug. Es war der letzte große Erfolg der Bewegung.

Auswärtige Polizisten ersetzen bald die zögerlichen einheimischen, das Baugelände wurde geräumt, bald darauf das Hüttendorf plattgemacht, der Widerstand als „Vorzeigebürger, Chaoten und Asoziale" diffamiert, der Baubeginn mit dem Schlagstock durchgesetzt. Der Widerstand eskalierte mit dem „Blutsonntag" am 11.10.81, mit Hunderten von zusammengetretenen und -geprügelten Demonstranten.

Nach der Hüttendorf-Räumung verlor der Startbahn-Widerstand seine Inhalte und wurde auf die Knüppel-Orgien im Wald reduziert. Statt Bäumen und Flugzeugen wurden die Verletzten gezählt. Trotzig wurde die weitere Radikalisierung der „Bürger" verkündet, doch die blieben — mit dem blauen Auge davongekommen — immer öfter verbittert zu Hause. Startbahn-Gottesdienste endeten im Tränengas, Demonstrationen im Sanitätszelt, die Bewegung bekam Prügel, die Frankfurter Uniklinik schob Sonderschichten.

Der Widerstand verlagerte sich zunehmend von Mörfelden nach Frankfurt und Offenbach. In der Main-Metropole wurde wochenlang dauerdemonstriert: Knüppel, Tränengas, Glasbruch, Festnahmen, das übliche. Auch die Inhalte waren längst militarisiert. Der Kampf um drei Millionen Bäume war zum Kampf gegen die NATO-Startbahn mutiert.

Diese Neubewertung der Startbahn wurde von Teilen des „bürgerlichen" Startbahn-Widerstandes nur halbherzig nachvollzogen. Für die Bürger der Region blieben der ohrenbetäubende Fluglärm und der gerodete Wald wichtiger als die „schnelle Eingreiftruppe der Yankees" oder die „Drehscheibe des Kapitalismus".

Im Mönchbruchswald hatte der Widerstand handfeste Formen entwickelt. Nach der Ablehnung des Volksbegehrens im Januar '82 durch den hessischen Staatsgerichtshof und der Kriminalisierung seines Initiators (Alexander Schubart) verlor die „größte Protestbewegung der Nachkriegsgeschichte gegen ein Großprojekt" zunehmend an Beachtung.

Übrig blieben am Ende der sonntägliche Kampf an der Startbahn-Mauer und der Sachschaden — das massenhafte Knacken von Mauerstreben (Stückpreis 1.600 Mark). Die Bunte Hilfe verzeichnete mehr als 4.000 Festnahmen allein bis 1984, „Gesamtschäden in die Hunderte von Millionen" beweinte die FAG.

Im April 1984 war die Landesregierung am Ziel. Die Startbahn-West wurde am 12.4.84 um 9.58 Uhr ihrer Bestimmung übergeben, zu einem Zeitpunkt, als der Flughafen schon wieder „erweiterungsbedürftig" war. Schlagzeile der taz zur Startbahn-Eröffnung: „Die letzte Schlacht gewinnen wir". Die Eröffnung der Startbahn war das endgültige „Aus" des breiten bürgerlichen Widerstands. Resignation, aber auch Angst und Entfremdung gegenüber militanten Protestformen verengten das einstmals breite Spektrum der Startbahngegner.

Aber auch nach der Inbetriebnahme blieb das verhaßte Objekt Ziel wöchentlicher bis monatlicher Spaziergänge. Unsere Zeitung begleitete sie im Ton der heiteren Sportberichterstattung, mit der über den Mauerpunk berichtet wurde. Es gab die Silvester- und Jubiläumsrandale, Böller und Raketen, die montägliche Erfolgsmeldung im Strebenknacken. Ritualisiert und routiniert lieferten sich Polizei und Startbahn-Kämpfer ihre manchmal spielerischen, manchmal erbitterten Gefechte. Die Öffentlichkeit registrierte sie nur noch als „bunte Meldungen". Die Intervalle der Aktionen waren größer, die Gruppen kleiner geworden. Die letzte „Auseinandersetzung" an der Startbahn-West war wieder ein Jubiläum: der sechste Jahrestag der Hüttendorfräumung. *Manfred Kriener*

Kriminalisierung

Wieder einmal stehen wir vor demselben Dilemma, wie bei fast jeder Ausgabe. Diemal nur noch viel eklatanter. Denn mit dem, was sich in den letzten beiden Monaten zugetragen hat, würden wir bei korrekter Aufarbeitung mindestens eine ganze Atom-Auagabe für den Kriminalierungsteil benötigen. Wir können wieder nur auswählen. Doch auch das ist leichter gesagt als getan. Die inhaltlichen Schwerpunkte verschoben sich in den letzten Wochen, als ginge es um Modeerscheinungen. - Die sind es aber leider nicht. Sondern allesamt bitterer Ernst.

Angefangen mit der 129a-Konstruktion, verbunden mit Durchsuchungen und Beschlagnahmungen, gegen das in Kiel erschienene Buch »das Info«. Gleich darauf wird in Wuppertal die neue Spezies des »Kronzeugen« im 129a-Verfahren gegen die sogenannte 'Antifa-Gruppe' vorgeführt.

Mitte September kommt es zu einem neuen 129a-Konstrukt, verbunden mit bundesweiten Razzien und Verhaftungen. Wieder ist ein »Kronzeuge« der Auslöser, von dem selbst die Hamburger Staatsschützer meinen, 'Dirk St. ist ein Aufschneider, ein Gernegroß, ein Spinner' (Hamburger Abendblatt, 23.9.87)

Doch auch dieses Wissen hindert die Bundesanwaltschaft (BAW) nicht, an ihrem Konstrukt festzuhalten: Andrea Butt wird seitdem in der JVA Preungesheim in Isolationshaft festgehalten.

In Wackersdorf dürfen sich die SEK-Horden, allen voran die Berliner, nach Herzenslust ihren Frust von der Seele prügeln und sich dannach als die größten Machos der Nation fühlen (siehe auch den ausführlichen Wackersdorfteil)

Schon diese Ereignisse hätten für sich eine ausführliche Aufarbeitung erfordert. Doch die Geschehen lehren uns eines Besseren. Die Entrüstung über die Bullenüberfälle einerseits und die Freude über die gelungene Demo in Wackersdorf andererseits waren noch gar nicht ausgelebt, als die Grünen mit ihrer Phantasie einer Friede-Freude-Eierkuchen-Welt (offener Brief von Vollmer usw.) in die Amnestie-Debatte eingreifen und dabei nicht nur ein fatales Geschichts- und Realitätsempfinden an den Tag legen sondern gleich mit in die Progrom-Stimmungsmache der CDU-CSU gegen Jutta Ditfurth einsteigen.

Gleich darauf, von den gleichen Leuten verbockt, müssen wir ohnmächtig mit ansehen, wie öffentlich erst zehn Jahre zurückliegende Ereignisse völlig verfälscht neu dargelegt werden. Das geht soweit, daß ein Bölling - 1977 an hauptverantwortlicher Position mit von der Partie - in der taz auf 2 Seiten die damaligen Regierungsentscheidungen als mögliche Überreaktionen, ausgelöst durch den Druck der Stunde, beschreiben darf.

Wohlwissend, daß die Entscheidungen von 1977 eine konsequente Fortsetzung der Entwicklung im Bereich »Innere Sicherheit« unter der SPD/FDP-Regierung seit 1969 war. Dies konnte geschehen ohne eine entsprechende Richtigstellung seitens der taz.

Geschichtsnegierung: von SPD-Seite um sich wieder als glaubwürdige Links-Opposition darzstellen zu können, von Seiten der Grünen, um möglichst alle Stolpersteine für eine bürgerliche Koalition aus dem Wege zu räumen.

Auf dieser Basis lassen sich weder eine neue menschenwürdigere Gesellschaft, noch ein glaubwürdiges, tragfähiges Amnestie-Konzept aufbauen. Doch gleich darauf ist die Welt der 'Linken' wieder in Ordnung: dem Erich Fried wird der Büchner-Preis verliehen und darf dabei aussprechen, was wir ja alle meinen: Büchner in unserer Gesellschaft wäre ein Genosse der RAF.

Da fällt es auch nicht mehr ins Gewicht, daß zur selben Stunde in Stuttgart auf 700 Leute Menschen- und Knüppeljagd betrieben wird, die, so scheint es, als einzige die Toten in Stammheim nicht vergessen haben. Nach dem Motto: wer nicht hören will, muß fühlen.

Der einzige, der in diesen Wochen Klarheit bewahrt - so scheints - ist Generalbundesanwalt Rebmann: er setzt die ganzen Grünen-Maßstäbe für eine Amnestie wieder an die rechte Stelle: Amnestie nur als Kronzeuge! Schönen Dank für die klaren Worte.

Wir haben uns die Hirne gemartert, wie wir mit dieser ganzen Diskussion umgehen sollen, nicht nur, um die Geschichte wieder ins rechte Licht zu rücken, sondern auch, um die Forderung nach Amnestie für die in den Gefängnissen Vergessenen, auf eine Basis zu stellen, die dies auch ermöglicht.

Zeitgleich werden vom Oberlandesgericht Schleswig-Holstein die 129a-Verfahren gegen das Buch »Das Info« wieder eingestellt und in Wuppertal endet der 129a-Prozeß mit Freisprüchen, weil die Aussagen des »Kronzeugen« nicht verwertbar sind.

Die nach den Schüssen aufgeheizte Stimmung findet den Katalysator in der Hafenstraße in Hamburg. Allen Prognosen zum Trotz kommt die Vertragslösung.

All diese Ereignisse verständlich und korrekt zu analysieren und darüber zu berichten, dafür reicht der Platz und das Konzept dieser Zeitung nicht. Ebensowenig können sich in diesen Turbolenzen unsere wenigen Gehirne klare und deutliche Gedanken erarbeiten. Also: Platzmangel, Konzeptenge, Zeitmangel, intellektueller Mangel und das Bemühen, wieder einen klaren Kopf zu bekommen, zwingen uns dazu, uns auf wenige Sachen, teilweise hier noch gar nicht aufgezählte, zu beschränken, die anderenorts sowieso keinen Platz finden.

red.

Deutscher Herbst 87

»...ist ein Aufschneider, Gernegroß...«

In unserer letzten Ausgabe hatten wir kurz über eine bundesweite Staatsschutzaktion berichtet, in deren Verlauf Andrea Butt festgenommen wurde und seitdem im Knast Preungesheim in Isolationshaft festgehalten wird.

Die gesamte 129a-Konstruktion ging auf die Aussagen eines sog. "Kronzeugen" zurück, von dem selbst der Hamburger Staatsschutz (die ihn bestens kennen) meinen: "Dirk St. ist ein Aufschneider, ein Gernegroß, ein Spinner." (Hamburger Abendblatt 23.9.87).

Doch auch dieses Wissen hindert die Bundesanwaltschaft nicht daran, an ihrem Konstrukt festzuhalten.

Wir drucken hier den Inhalt eines ersten Flugblatts der Unterstützung ab und schließen uns deren Forderungen an: **Freiheit für Andrea**

Am Donnerstag, den 17.9.87 durchsuchten Bundeskriminalamt (BKA) und Landeskriminalamt (LKA) in Berlin, Freiburg, Karlsruhe, Offenbach und München Wohnungen. In der Offenbacher Wohnung wurde Andrea Butt festgenommen. Eine weitere Frau wird noch mit Haftbefehl gesucht. Andrea wird "Gründung einer terroristischen Vereinigung" (129a) vorgeworfen. Sie sitzt seitdem in Frankfurt-Preungesheim im toten Trakt in Isolationshaft. Gegen neun andere Personen wird noch wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ermittelt. Außerdem wurden noch die Kanzleien einer Hamburger Anwältin und eines Berliner Anwalts durchsucht.

Die ganze Aktion stützt sich auf die Aussage eines gewissen Dirk Strandenaes. Obwohl gegen ihn nichts vorlag, "stellte" er sich am Dienstag, den 15.9. in Hamburg den Bullen und gab an, er hätte mit Andrea und der anderen Frau Ende August 87 eine terroristische Vereinigung gegründet. Sie hätten den vorsitzenden Richter am Oberlandesgericht Stuttgart, sowie den Bundesgerichtshof (BGH) ausgekundschaftet zwecks Planung eines Anschlags. Außerdem hätten sie gemeinsam Unkraut-Ex geklaut um mit damit hergestelltem Sprengstoff das Amtsgericht Offfenbach zu sprengen. Der Anschlag sei nur nicht zustandegekommen, weil die beiden Frauen am geplanten Tag keine Zeit gehabt hätten.

"Alles erstunken und erlogen, Staatsschutzkonstruktion." sagt Andrea

Die betroffenen AnwältInnen beschuldigt Dirk S., sie hätten ihn, zu einer Zeit als er im Knast saß, mit Schriften der RAF versorgt und ihn für die RAF anwerben wollen. Gegen beide AnwältInnen läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Werbung für eine Terroristische Vereinigung.

Dirk Strandenaes saß schon öfters im Knast. Zuletzt von 1984 bis Mai 87. Er beteiligte sich 85/86 am Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand und nahm während dieser Zeit Kontakt zu einigen von ihnen und einigen ihrer AnwältInnen auf. Mehrere brachen den Kontakt gleich wieder ab, da sie in Dirks politischen Äußerungen nur Nachgeplapper dessen was er gelesen hatte sahen. Leider wurde diese Erfahrung nicht weitergegeben. So konnte Dirk noch zu weiteren Gefangenen ebenso wie zu Knastgruppen draußen und zu den Knastzeitungen "Durchblick" und "Haberfeld" Briefkontakte aufbauen.

Zuerst wurde er für einen ziemlich durchgeknallten, durch jahrelangen Knast kaputtgemachten Ex-Junkie gehalten. Dann schöpften einige Leute Verdacht, er sei ein Spitzel. Bei genaueren Nachforschungen ergab sich, daß er nicht wegen Verstoß gegen Betäubungsmittelgesetz - wie er erzählt hatte - sondern wegen Vergewaltigung einer Prostituierten gesessen ist. Auch einige andere Sachen, die den Spitzelverdacht bestätigten, tauchten auf.

Als Dirk S. am 13.9. in Berlin deswegen zur Rede gestellt wurde, brach seine angebliche politische Identiät völlig zusammen. Nachdem damit klar war, daß Dirk's Spitzelkarriere zuende war, "stellte" er sich in Hamburg den Bullen. Auch jetzt versucht Dirk S. aus dem Knast heraus wieder Kontakte zu linksradikalen Gruppen aufzunehmen.

Dirk S. wurde nach dem Absitzen von 2/3 seiner Strafe im Mai 87 entlassen. (Normalerweise kommen Leute, die sich im Knast politisch betätigen nicht auf 2/3 raus, weil dafür "gute Führung" Bedingung ist.) Nach seiner Entlassung hielt sich Dirk abwechselnd in Wohngemeinschaften in Berlin, Freiburg, Offenbach und Karlsruhe auf. Seine vorgebliche Geschichte - Drogenknacki, der sich im Knast politisiert, rauskommt und politisch was machen will - öffnete ihm erstmal einige Türen. Nach kürzester Zeit gab es aber überall Schwierigkeiten mit ihm. In politischen Diskussionen wußte er nicht viel mehr zu bringen als harte Sprüche, Parolen aus antiimperialistischen Broschüren und militantes Gehabe. Wenn es um die Geschichte seiner Politisierung ging, verwies er immer auf den "subjektiven Sprung" (auf die Seite der Guerilla war gemeint), den jeder machen müsse, und den er durch die Erfahrung im Knat gemacht habe. Er versuchte auch Leute zu militanten Aktionen zu provozieren. Das ist ihm nicht gelungen. Auseinandersetzungen über sein persönlichen Verhalten, sein Rumschnüffeln in den WG's, den Mißbrauch des Vertrauens, das ihm entgegengebracht wurde, wich er aus.

Die ganze Aktion von BKA und Bundesanwaltschaft (BAW) stützt sich einzig auf die Lügengeschichten des Dirk S. Andreas Haftbefehl wurde damit begründet, daß Dirk glaubwürdig sei, da er sich ja selbst mitbelastet.

Die Konstruktion "terroristische Vereinigung" heißt für alle Betroffenen erst einmal, daß sie uneingeschränkt observiert, ihre Post und ihre Telefone abgehört werden können. Außerdem die ständige Bedrohung: Knast. Bei 129a Verfahren ist kein Haftgrund nötig.

Für Andrea heißt es Isolationshaft im toten Trakt. Sie sitzt in einem Kellerloch in dem es stinkt, weil vor einiger Zeit in der Nähe ein Wasserrohrbruch war. Links, rechts und über ihr nur leere Zellen. "Ausblick" auf eine fensterlose Mauer durch ein engmaschiges Gitter. 23 1/2 Stunden allein in der Zelle. Ausschluß von allen Gemeinschaftsveranstaltungen. 1/2 Stunde Einzelhofgang, der bei Kontaktaufnahme zu anderen Gefangenen sofort unterbrochen wird. Permanente Überwachung durch den Zellenspion. Bis jetzt ist noch kein Besuch genehmigt worden, d.h., der einizige Kontakt, den sie überhaupt hat, sind die Anwaltsbesuche, und die finden mit Trennscheibe statt. Post wird fast ganz angehalten, auch die Anwaltspost wird kontrolliert. Tageszeitungen bekommt sie zensiert. Andrea wird immer noch gezwungen, Anstaltskleidung zu tragen, was in der U-Haft normalerweise nicht der Fall ist.

D.h. weiße Folter, der seit den 70ziger Jahren immer mehr Gefangene ausgesetzt sind. Durch den Entzug fast jeglichen sozialen Kontakts, durch die Verhinderung fast aller sinnlichen Reize, durch die ständige Demonstration staatlicher Macht, soll die Persönlichkeit und politische Identität der Gefangenen gebrochen werden. Isolationshaft ist psychische und physische Folter.

Viele Leute kennen Andrea aus gemeinsamen Kämpfen in München, Frankfurt, Wackersdorf. Wer, wie Andrea, sich von der verscchärften Repression der letzten Zeit nicht einschüchtern läßt, sondern dort wo er/sie steht mit anderen gemeinsam die Stärke entwickelt, was auf die Beine zu stellen, um die herrschenden Verhältnisse radikal zu verändern, wird verfolgt, eingesperrt, zum Schweigen gebraccht, gefoltert, zu vernichten versucht. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Herren vom Staats- und Verfassungsschutz, vom Bundeskriminalamt und Bundesgerichtshof einen Vorwand finden, oder ob sie einen erfinden müssen.

Es kann nicht darum gehen, Andreas Unschuld zu beteuern und die Herren um Gerechtigkeit anzubetteln.

Es geht darum, ihnen einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Das heißt:

Es darf ihnen nicht gelingen, Andrea zum Schweigen zu bringen, zu isolieren. Schreibt ihr! Das Verfahren gegen Andrea und die anderen muß gekippt werden. Nur starker öffentlicher Druck kann die Bundesanwaltschaft daran hindern, die Spitzelkonstruktion hinter verschlossenen Türen durchzuziehen. Es darf ihnen nicht gelingen, die Menschen, die wie Andrea hier kämpfen durch die Drohung "129a" einzuschüchtern, zu lähmen. Wir werden uns weiter [illegible]t und öffentlich und auch mit [illegible] revolutionäre Politik [illegible] FREIHEIT

An[illegible]ere Kreuz[illegible] Dr.v.G[illegible]shof, Herrenstr. 45a, 7[illegible]

Spendenkonto:

Stichwort Drinnen und Draußen, BLZ 50850150, Ktnr. 111 034 150, Sparkasse Darmstadt

Letzte Meldung: vor wenigen Ta- gen wurde Andrea ohne irgendei- ne Begründung geschweige denn Entschuldigung freigelassen. Das freut uns natürlich!

Harte

Vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht in München ist der 25jährige Michael Fleischhauer aus dem Landkreis Augsburg wegen eines Brandanschlags auf das Regierungsgebäude in Augsburg vom April 1987 am 6. November zu sechs Jahren Knast verurteilt worden; seine 20jährige Freundin Justina Linck erhielt eine Jugendstrafe (in uns nicht bekannter Höhe). Dies ist keine Horrorvision, sondern brutale Wirklichkeit. Der WAA-Staat Bayern setzt damit zum erstenmal die Maßstäbe fest, an dem sich der radikale (und nicht nur der) Widerstand gegen die WAA Wackersdorf messen muß.

Dies ist der vorläufige (!) Endpunkt einer Reihe von Fahndungserfolgen der 35-köpfigen Bayerischen Sonderkommission "Energie und Bahn", die speziell zur Aufklärung der in Bayern im Zusammenhang mit der WAA verübten Anschläge (1986 allein 48) eingerichtet worden war.

Den ersten "Erfolg" verzeichnete dieses SoKo am 18. Februar 87. Wenige Stunden nach einem Anschlag auf die Bundesbahnstrecke Stuttgart-München bei Günzburg, bei dem die Oberleitung auf 500 Meter Länge herabgerissen und der Stromabnehmer der Lok beschädigt worden war, konnten die mutmaßlichen Täter in einer 8 km entfernt liegenden Wohngemeinschaft festgenommen werden. Gauweiler feierte am selben Tag den "bundesweit ersten Ermittlungserfolg der Polizei im Kampf gegen Bahnattentäter". Er dankte dabei nicht nur der SoKo, sondern auch dem Landesamtes für Verfassungschutz für deren Arbeit. Nach Angaben Gauweilers hätten die beiden Männer "ein Geständnis abgelegt".

Am 13. April wird in Tutzing ein Anschlag auf die Computerfirma TST - die unter anderem Bundeswehr, NATO, BND und andere Geheimdienste als Kunden hat - verübt, bei dem es zu 9 Mio.DM Schaden kommt. 15 Stunden später werden die mutmaßlichen Täter festgenommen, nachdem eine Zeugin unmittelbar nach der Explosion zwei junge Männer vom Tatort weglaufen sah. Zwei junge Männer, 20 und 24 Jahre alt, und eine 22jährige Frau sollen nach Aussagen Gauweilers "regional tätige, autonome Militante, die aus grundsätzlichem Haß auf das demokratische Staatssystem die Taten verübt haben" sein, und neben diesem Anschlag noch weitere Aktionen gestanden haben: am 7.9.86 im Landkreis Starnberg einen Strommast umgesägt zu haben, im Oktober 86 den Oberleitungsmast einer S-Bahn-Linie angesägt, wenige Tage später bei Tutzing einen 380-KV-Mast umgesägt haben. Außerdem will das Landeskriminalamt ihnen ein weiteres Attentat vom 15.3.87 auf eine S-Bahn-Linie zuordnen, bei dem ein Zug entgleist war.

Damit nicht genug. Zwei Tage später stellt sich ein 19-jähriger bei der Polizei und gesteht, daß er ebenfalls an dem Strommastanschlag im Landkreis Starnberg im letzten Jahr beteiligt gewesen war.

Am selben Tag nimmt die Kripo einen weiteren 19jährigen Schüler wegen demselben Anschlag fest.

In der Nacht vom 13./14. April wird in Augsburg ein Anschlag auf das dortige Regierungsgebäude der Bezirksregierung S verübt, bei dem ein PKW ausbrennt und ca. 10000 DM Schaden entsteht. Wenige Stunden danach übernehmen nach Presseberichten eine "kämpfende Zelle der Revolutionären Zellen" in einem Telefonanruf bei DPA-München die Verantwortung dafür.

Zwei Wochen später werden zwei junge Leute aus dem Landkreis Augsburg als mutmaßliche Täter/innen festgenommen. Die jetzt verurteilten Michael und Justina sollen nach Polizeiangaben sofort ein Geständnis abgelegt haben und als Begründung "ihre grundsätzlich negative Einstellung gegen den Staat und seine Organe" genannt haben. Das LKA rechnet sie dem "linksextremistischen Bereich" zu.

Anfang Mai wird auf der griechischen Insel Rhodos ein aus Neumarkt (Oberpfalz) stammender 18-Jähriger wegen dringenden Tatverdachts, an dem am 16.10.86 auf die Bahnlinie Nürnberg/Regensburg verübten Anschlag beteiligt gewesen zu sein.

Am 20. Mai stellt sich in Berlin ein 19-Jähriger der Polizei. Der ebenfalls aus Neumarkt stammmende junge Mann hat gegenüber der Polizei seine Beteiligung an eben diesem Bahnattentat gestanden.

Am 27.10.87 begann dann in München vor dem Obersten Landesgericht unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen der Prozeß gegen Michael und Justina wegen dem Augsburger Anschlag.

Ihnen wurde vorgeworfen, damit "die verbrecherischen Ziele der RAF" (AP, 28.10.87) verfolgt zu haben. Nach demselben Presseberich bestritt Michael am ersten Prozeßtag jedoch, irgendwelche Kontakte zum RAF-Umfeld gehabt zu haben - in diesem Punkt sei sein Geständnis falsch gewesen. Außerdem sei die Idee zur Tat erst wenige Stunden vorher nach Alkoholgenuß und Tabletteneinnahme ganz spontan gekommen.

Am 6. November ist das Urteil ergangen. Neben dem Anschlag auf das Regierungsgebäude wurden sie außerdem noch wegen Unterstützung der RAF für schuldig befunden. Sie hatten in ihrem Anruf bei DPA nämlich auch noch "Freiheit für Günter Sonnenberg" gefordert.

Bleibt noch zu vermelden, daß Gauweiler auf der ersten Pressekonferenz nach den Festnahmen im Februar (s.o.) die Frage, ob denn Wohngemeinschaften gezielt observiert werden würden, nicht konkret beantwortete. Stattdesen gab der LKA-Chef Trometer an, im Zuge der Ermittlungen der SoKo seien bis zu dem damaligen Zeitpunkt zwar keine Attentäter ermittelt worden, wohl aber andere Delikte, die in keinem Zusammenhang mit den vielen Anschlägen standen:

20 schwere Diebstähle, 30 Fälle der Jagdwilderei und 5 Vergehen gegen das Waffengesetz. Außerdem habe die SoKo 450 (!) Polizei-Video-Filme von Demonstrationen an der WAA ausgewertet und dabei 9 "Gewalttäter" ermittelt.

Daneben seien bis zu dem Zeitpunkt über das "Vertrauliche Telefon" des LKA, es gab da inzwischen 200.000 DM Kopfgeld etwa "500 brauchbare Hinweise" eingegangen.

Zu den beiden Festgenommenen sagte Trometer: sie "sind bei den zuständigen Dienststellen der Polizei keine Unbekannten". Ähnlich äußerte sich Gauweiler nach den Festnahmen wegen des Anschlags auf TST in Tutzing: "Gegen die drei Festgenommenen sei seit drei Wochen ermittelt worden."

KRIMINALISIERUNGS-RUNDBRIEF

Der Kriminalisierungsrundbrief stellt Infos, Zeitungsberichte, Interviews, Presseerklärungen Flugblätter etc. zusammen zu den Themen: Kriminalisierung von Bewegungen (nicht nur Anti-AKW), politische Gefangene, Strategiediskussion im Wiederstand etc.

Der Kriminalisierungsrundbrief wird vom Umweltzentrum Kassel herausgebracht und erscheint monatlich bis zweimonatlich.
Einzelpreis: 5 DM

Bestellungen an:
Umweltzentrum Kassel
Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel

Urteile in Bayern

All diese Angaben haben wir aus kleinen Zeitungsmeldungen, die wir mühsam aus verschiedenen Blättern zusammengesucht haben! Es gibt keine Infos darüber, ob die Leute z.B. noch alle im Knast sitzen, ob es in anderen Fällen schon Urteile gab, usw.

Nach unseren Recherchen würde das heißen, daß in Bayern mittlerweile bereits 9 junge Menschen wegen Anschlägen im Knast sitzen und nach diesem Urteil dort auch für mehrere Jahre bleiben.

Uns ist auch nicht bekannt, daß es dazu irgendwelche Solidaritätsarbeit gibt, geschweige denn öffentliche Diskussionen. Wir wissen auch nichts über die Umstände der Festnahmen; nichts über die Zusammenhänge dieser Leute, in denen sie leben.

Genauso unklar ist, wie es in all diesen Fällen angehen kann, daß es sofort Geständnisse bzw. "Sich-Selber-Stellen" gibt, oder sogar jemand auf Rhodos festgenommen wird.

Hier ist vielleicht anzumerken, daß Bayern noch immer das einzige Bundesland ist, das sich strikt weigert, einer Unterzeichnung der "Internationalen Anti-Folter-Konvention" durch die BRD zuzustimmen.

Genausowenig ist uns über ein konkretes Verhalten der Schwandorfer und der bayerischen BIs zu den Festnahmen bekannt. Hier wisen wir nur von dem "Begrüßen der Fahndungserfolge" durch zwei bayerische Grünen-Landtagsabgeordnete und einer Verurteilung dieses Verhaltens durch die Atommüllkonferenz Bielefeld vom Februar diesen Jahres.

Aufgrund dieser Tatsachen erscheinen uns zwei Dinge grundsätzlich wichtig und wir rufen die bayerischen BIs dringend dazu auf

- eine offensive Linie zu erarbeiten und sich dem Distanzierungsdruck der bayerischen Landesregierung nicht durch "Nicht-Verhalten" zu entziehen; die dort im Knast sitzenden (allesamt sehr jungen Menschen) haben ihre Vorstellungen von Widerstand parallel (oder direkt dort heraus) zu der allgemeinen Entwicklung des Widerstands gegen die WAA entwickelt. Sie sind nicht irgendwelche gedankenlosen Kids, sondern Leute aus unseren Reihen. Ihnen gehört genauso unsere Solidarität wie den wegen der Demonstration Verurteilten und Verletzten.

Hier muß eine politische Linie aufgebaut werden, die es dem bayerischen Staat (und nicht nur dem) nur schwer möglich macht, junge Menschen, die für ein menschwürdiges Leben kämpfen, für Jahre in den Knästen verschwinden zu lassen;

- es scheint dringend erforderlich, nicht nur einseitig über eine Radikalisierung des Widerstands nachzudenken, sondern auch über die möglichen Konsequenzen. Wir können nicht glauben, daß sich die Leute über die Konsequenzen von 6, 10 oder 15 Jahren Knast im Klaren sind.

Hier sind ehrliche Auseinandersetzungen und kühles Nachdenken notwendig, nicht situationsbedingte, emotionalisierte Entwicklungen und Entscheidungen.

Außerdem scheint es uns unbedingt nötig, Erfahrungen zu sammeln und auszuwerten darüber, wie diese bayerische SoKo arbeitet. Ob da Spitzel am Werk sind etc. Schickt uns eventuelle Infos oder auch Stellungnahmen zu den Entwicklungen in diesem Bereich und auch eventuelle Kontakt- und Knastadressen der einsitzenden Leute.

Wir wollen hier nicht in Diskussionen eingreifen oder solche aufsetzen, die zu allererst in Bayern selber stattfinden müssen. Uns macht aber die Entwicklung betroffen, gerade auch wegen des offensichtlichen "Nicht-Verhaltens" der Bewegung.

E.red.

Info's über

Ermittlungsausschuß
Infobüro Freies Wackerland
Altenschwand 91
8465 Badenwöhr
09434/3368

Video WAARUM
Der VHS Videofilm WAARUM wurde im September 87 von Mitgliedern der Erlangener Videowerkstatt fertiggetellt. In 77 Minuten informiert er über den Bau der WAA, die (militärischen) Hintergründe und die Auseinandersetzungen darum.
Kontakt: Christine Sommer, Bismarckstr. 4, 852 Erlangen, Tel. 09131/29282

***

Videofront
Der neue Videokatalog „Videofront" mit diversen Dokumentar-Videos zu ökologischen und sozialen Themen (u.a. auch Anti-AKW-Bewegung) ist jetzt erschienen. Für DM 8,– erhältlich bei der Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 78 Freiburg.

***

Video Schirm-Herrschaft
Eine neue Videocollage über die Hintergründe von SDI im Verleih der „theke", Thedestr. 85. Dauer: 35 Minuten.

***

Kurzdokumentation Atommacht BRD
Thomas Ebermann und Matthias Künzel, Mitglieder bzw. Mitarbeiter der grünen Bundestagsfraktion, haben eine informative Kurz-Doku über die Atommacht-Träume der BRD zusammengestellt. Bezug über die Bundestagsfraktion der Grünen (16 Seiten DIN A4)

***

Umweltzentrum Deister
Das Energie- und Umweltzentrum am Deister e.V., vor kurzem teilweise ausgebrannt, hat dennoch ein neues Programm für 1988 zusammengestellt, vor allem Wochenendseminare und Bildungsurlaube zu Energiefragen. Programm anfordern beim Umweltzentrum, 3257 Springe-Eldagsen, 05044/380

***

Stromsparen ist möglich
...ist das Motto eines vierseitigen Faltblattesd, das im Detail über Energiespar-Möglichkeiten zu Hause informiert. Die Gebrauchsanleitung ist von der Anti-Atom-Gruppe Steglitz/Friedenau herausgegeben worden und kann (auch in größeren Mengen) bestellt werden bei: Ekkehard Skoring, rheinstr. 12/13, 1000 Berlin 41
Kosten: 1 Ex. 1 DM, 100 Ex. 19 DM ...

***

Wendland-Rückspiegel
Der Wendland-Rückspiegel ist eine monatlich erscheinende Dokumentation mit allen relevanten Zeitungsausschnitten zum Wendland (und einem Wackersdorf-Teil). Einzelpreis 12 DM, Bezug über BI-Büro, Drawehner Str. 3, Lüchow, Abo ist möglich.

***

Oberpfälzer Rückblende
Ähnliches leistet für die WAA die „Oberpfälzer Rückblende" (die sich, nebenbei gesagt, als Grundlage für unsere Wackersdorf-Chronik bestens bewährt hat). Auch hier ausführliche Zeitungsausschnitte über alles mögliche rund um den WAA-Bau.
Einzelheft 6 DM, Bezug über Infobüro Altenschwand, Altenschwand 91, 8465 Bodenwöhr. Abonnement ist möglich.

Wandkalender zur Oberpfalz
Zum zweiten Mal gibt der Bund Naturschutz in Bayern ein „Oberpfälzer Tagebuch" als Wandkalender heraus. Der farbige Kalender illustriert die aktuellen Ereignisse, vor allem um die WAA und den Maxhütte-Konkurs. Einzelpreis 22 DM, Preisrmäßigungen bei Bestellung von mehreren Exemplaren.
Bund Naturschutz Bayern, Postfach 40, 8441 Wiesenfeld.

***

Asylreader
Diverse Antifaschistische Gruppen haben einen Asylreader herausgegeben über die politischen Hintergründe der Asyldebatte. Bestellungen an WOZ, Postfach, CH-8042 Zürich (ob das wohl ankommt?).
Einzelpreis 4 DM, gegen Vorauskasse

***

Liebe Leute, dies ist eine neue Rubrik in der Atom, mit der wir euch künftig beehren zwecks besserer Information und Ankündigung von dies und jenem. Wir hoffen, daß möglichst viele Leute/Gruppen, die was zu verkaufen oder anzukündigen haben, diese Rubrik nutzen und uns Bescheid geben. Aber bitte nur schriftlich, und bei Terminsachen mindestens einen Monat im Voraus.

WER WAR DAS??????????????????????????
Eine Spende von ungefälschten 600 Deutschen Märkern ging per Post bei der atom ein. Anonym aus Hannover. Wir wollen an dieser Stelle den Eingang vermelden und uns allerganzliebherzlichst bedanken!

***

Buch zur "NULL-LÖSUNG"
Ein Buch, das zum allgemeinen Abrüstungsgesäusel in den Medien einen Gegenpunkt setzt, ist das Taschenbuch "NULL-LÖSUNG" von Dietrich Schulze-Marmeling (unabhängige Friedensgruppen etc.).
Die NATO rüstet um, nicht ab, ist die gut belegte These. Für 14.80 DM im Verlag Die Werkstatt, Lotzestr. 24a, 3400 Göttingen.

***

Noch ein paar Anti-AKW-Kalender über!
Beeilt euch, Leute, erstens fängt das Jahr bald an und zweitens haben wir nicht mehr viele... Anti-AKW-Kalender 1988!!!
Mit fast tausend Adressen, einem Anti-Atom-Lexikon, vielen vielen Infos aus über und von der Anti-AKW-Bewegung.
Das Ding kostet 8,50 DM (Wiederverkäufer 6 DM) und kann bestellt werden bei:
atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen.

HERBST AKTIONEN

www.luka.org
Digitized 2016

(Fast) alle Fotos im Wackersdorf-Teil: Joachim Tächl, München

Freiheit in Franz-Josefs Land

"Herbstaktionen gegen den atomaren Wahnsinn, Gemeinsam gegen die WAA"

- unter diesem Motto riefen u.a. Bürgerinitiativen gegen die WAA, Anti-AKW-Bewegungen, die Friedensbewegung und Vertreter der Maxhütte zu gemeinsamen Protestkundgebungen gegen die WAA vom 8.10.1987 bis 10.10.1987 auf.

Am 8. und 9. Oktober fanden eine Reihe dezentraler Aktionen in ganz Bayern statt. (Ausstellungen, Fahrradstafetten, Straßenfeste, Mahnwachen, Blockadeaktionen, Infostände, Kundgebungen usw.)

Die willkürlichen Polizeiübergriffe begannen bereits in diesen Tagen, indem Häuser durchsucht, AKW-Gegner zur "Verhinderung möglicher Straftaten" eingesperrt und anreisende Demonstranten mit allen möglichen Schikanen belästigt wurden.

Den Abschluß der Aktionstage sollte am Samstag, den 10.10.87 eine Großkundgebung in Wackersdorf mit anschließender Demonstration zum Bauzaun bilden.

Die Kundgebung am Wackersdorfer Volksplatz, bei der Personen aller Bevölkerungsschichten und Anhänger sämtlicheer ideologischer Lager teilnahmen, verlief vollkommen friedlich.
Dabei hatten Oberpfälzer Bürger vom Kleinkind bis zum Greis, Stahlarbeiter von der nahegelegenen Maxhütte, Vertreter der Gemeinschaft Ärzte gegen den Atomkrieg, Kommunisten, Sozialisten und Grüne, Autonome und Christen, Anhänger der Friedensbewegung und Mütter gegen Atomkraft, Gewerkschafter usw. nur eine Absicht, nämlich ihren Protest gegen die lebensbedrohende Atomwirtschaft zum Ausdruck zu bringen.

Von den vielen Ansprachen, die von Vertretern dieser verschiedenen Gruppen an diesem Vormittag vor einem interessierten Publikum gehalten wurden, war der Vortrag eines Betriebsrates der nahegelegenen Maxhütte besonders ergreifend.

Er hat geschildert, wie früher zehntausende Bürger durch die Maxhütte direkt oder in-

Abschlußerklärung des Trägerkreises

Zu den "Herbstaktionen gegen den atomaren Wahnsinn - Keine WAA" haben sich so verschiedenartige und viele demokratische und soziale Bewegungen zusammengefunden wie noch nie. Wir haben gezeigt: bei gutem Willen und Verständnis ist eine sinnvolle Zusammenarbeit in einem Maße möglich, wie es wohl die meisten von uns selber nicht für möglich gehalten haben. Daß uns dies hier in Wackersdorf gelungen ist, ist kein Zufall:

- es gibt in der Oberpfalz einen in breiten Bevölkerungskreisen seit Jahren verankerten Widerstand gegen die WAA
- der WAA kommt eine zentrale Rolle im Atomprogramm zu
- die WAA ermöglicht den Griff zur bundesdeutschen Atombombe
- die WAA verschlingt das Geld, das für den Erhalt der Arbeitsplätze bei der Maxhütte angeblich fehlt
- die WAA zerstört die Umwelt und gefährdet das Leben.

Welche Kraft sich entfalten kann, wenn diese Einsichten zusammenwirken, hat offensichtlich auch die CSU-Staatsregierung verstanden. Sie hat bereits im Vorfeld versucht, unseren Widerstand durch eine beispiellose Hetz- und Diffamierungskampagne zu spalten und zu schwächen. Sie hat durch massive Polizeipräsenz, durch willkürliche Hausdurchsuchungen und Polizeikontrollen sowie durch ungerechtfertigte Festnahmen die Menschen einzuschüchtern und die Stimmung anheizen wollen. Wir bleiben dabei: Unsere Forderungen können weder Polizei noch Gerichte abwürgen! Unsere Forderungen müssen politisch eingelöst werden.

Deshalb protestieren wir gegen das Verbot der Demonstration durch die CSU-Staatsregierung! Wir werden nicht hinnehmen, daß die CSU in Bayern demonstrations- und versammlungsfreie Zonen einrichtet. Das Recht auf Demonstrations-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit muß in ganz Bayern wieder hergestellt werden.

Wir rufen Euch auf:

○ Tretet weiterhin für die Forderungen der Anti-WAA und Anti-AKW-Bewegung nach dem sofortigen weltweiten Ausstieg aus der Kernenergie ein.

○ Unterstützt die Friedensbewegung in ihrem Ringen nach dem Beginn einer Abrüstungsdynamik.

○ Übt Solidarität mit den um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Beschäftigten der Maxhütte.

Tretet der Kriminalisierung von demokratischen und sozialen Bewegungen gemeinsam entgegen!
Keine WAA!

Trägerkreiszusammensetzung: BI Schwandorf, BI Amberg/Weiden, BIWAK Regensburg, BI Nürnberg/Radl aktiv, Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (Jugend), Autonome, Bundesweite Anti-AKW-Bewegung, Bundesweite Anti-AKW-Be wegung „Robin Wood", Mütter gegen Atomtod/AK Theologie und Kernenergie, Anti-Atom-Plenum München, Gewaltfreie Aktion, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, Maxhütte, Friedensbewegung Nordbayern, Friedensbewegung Südbayern.

direkt ihre Arbeit erhielten, wie nach dem Krieg ehemalige Naziverbrecher wieder die Herrschaft über die Maxhütte an sich rissen, wie mit den staatlichen Geldspritzen nur rationalisiert (entlassen) wurde, wie Arbeitsplätze der Profitgier der Stahlkonzerne zum Opfer fielen, wie dadurch der Lebensnerv einer ganzen Region zerstört wird und wie damit auch versucht wird den Widerstand gegen die WAA zu brechen.

In ein paar Jahren soll nur mehr ein Miniwerk mit knapp 1000 Beschäftigten bestehen. Ein Teil der entlassenen Belegschaft wird auf extrem strahlengefährdeten Arbeitsplätzen in der WAA arbeiten "dürfen". Der größte Teil der Menschen wird sich jedoch mit Sozialhilfe begnügen müssen.

Umso erstaunlicher ist jedoch der nach wie vor ungebrochene Widerstand so vieler Oberpfälzer gegen die WAA.

Nach der Kundgebung bildeten die ca. 30.000 Teilnehmer eien Demonstrationszug in Richtung Bauzaun. Dieser Protestzug war weder durch ein Verbot des Verwaltungsgerichtshof ncoh durch Diffamierungskampagnen des Staates aufzuhalten.

(Demonstrationsfreiheit ist anscheinend im Franz-Josef-Land ein unbekanntes Grundrecht)

Am Bauzaun zeigte dann der Staat gegenüber der Anti-AKW-Bewegung sein wahres Gesicht. Die Brutalität, die von den rund 5.000 im Einsatz stehenden Polizisten ausging, war für viele eine "Kriegserklärung des Atomstaats gegen den freiheitlichen Rechtsstaat".

Mit Knüppelorgien und Reizgas wurde dabei gegen diejenigen vorgegangen, die gegen eine Anlage demonstrieren, die einmal unzählige Menschen töten oder verstrahlen kann, durch die vielleicht einmal eine ganze Region auf Jahrhunderte hinaus unbewohnbar wird. Eine Anlage, die im "Normalbetrieb" so viele radioaktive Substanzen an die Umwelt abgibt, daß dadurch zwangsläufig die Anzahl der Mißbildungen bei Neugeborenen und die Zahl der Krebstoten steigen wird.

Der Staat, der eigentlich im Interesse der Bevölkerung handeln sollte, will mit allen Mitteln den Bau einer Atomanlage durchdrücken, durch welche die Gesundheit vieler Generationen gefährdet wird und mit dessen Hilfe sich die Atommafia Milliarden aus der öffentlichen Kasse aneignet, um damit Anlagen zu bauen, die das Leben von Millionen von Menschen aufs Spiel setzt.

Wer miterlebt hat wie diese Hundertschaften der Polizei mit Knüppeln, Schildern und Helmen ausgerüstet, wild um sich schlagend in die Menschenmengen stürmten, dann erkennt man das eigentliche Gesichts des RECHTS-Staates wie ihn Strauß, Kohl, Zimmermann und alle anderen Bonzen mit ihren Hintermännern uns aufzwingen wollen und dann ist auch der Ausspruch "... und der letzte Terrorist ist mir lieber wie der erste von der CDU" von einer 72-jährigen Oberpfälzerin verständlich.

Besonders hervorgetan bei der Menschenjagd am WAA-Bauzaun hat sich eine nach den Kreuzberger Krawallen gebildete Spezialeinheit, die mit einer Spezialausrüstung (Gummi- oder Holzknüppel, Knieschutz, Helm mit Gesichtsvisieren) Jagd auf Demonstranten machte.

Was ist das nur für ein Ding, das dermaßen scharf bewacht werden muß? Durch das so viele Leute auf die Straße gehen und mit Verhaftungen und Prügel rechnen müssen, nur weil sie dagegen sind.

Trotzdem waren diese Aktionstage ein Erfolg. Der Zug zum Bauzaun war auch durch staatlichen Terror nicht aufzuhalten. Machtvoll wurde damit demonstriert, daß der Widerstand gegen die WAA und gegen alle Atomanlagen untrennbar verbunden ist mit dem Kampf gegen die Einschränkung von Grundrechten.

Nur eines ist und bleibt für uns unbegreiflich, nämlich wie es dem Atomstaat und seinen Hintermännern immer noch gelingt mit Hilfe der ach so freien Medien die AKW-Gegner zu diffamieren.

Diese Medien, die nach Tschernobyl fast geschlossen Ivan den Schrecklichen kritisiert und verurteilt haben, stärken bei Wackersdorf Franz-Josef dem Christlichen und seinem Polizeistaat den Rücken, als ob nur "kommunistische" Strahlen gefährlich wären.

Dieselben Medien versuchen uns einzureden, daß nicht die Ursache (die Atomanlagen) für die Gewalttätigkeiten verantwortlich ist, sondern der Widerstand dagegen.

Die Autonomen, deren Steine meist wirkungslos von den Helmen und Schildern der Polizisten abprallen, werden als Gewalttäter hingestellt und nicht diejenigen, die getrieben durch ihre Profitgier Atomanlagen bauen, durch welche die Umwelt so verseucht wird, daß dadurch vielleicht die Zukunft unserer Kinder schon unwiederbringlich zerstört wird bevor sie begonnen hat.

Gewalt geht laut Berichterstattung dieser Medien von denen aus, die Löcher in einen Bauzaun schneiden oder ihn mit Graffitis besprühen und nicht von denjenigen, die Atomanlagen bauen, welche unser Leben bedrohen, die diese Anlage mit Stahl, Betongräben und Natodraht umgeben und jeden Protest dagegen mit Knüppeln, Gas und Gummigeschossen, mit Prozeßlawinen, Massenverhaftungen und Razzien zu ersticken versuchen.

Das Prinzip von Ursache und Wirkung wird von diesen Medien völlig *ignoriert* oder sogar umgedreht!

Deshalb ist es so wichtig eine Gegenöffentlichkeit aufzubauen mit kritischer und wirklich unbeeinflußter Berichterstattung.

Zum Schluß noch einen Gruß an alle Desinteressierten, (die vermutlich auch diesen Bericht nicht lesen) an alle die lieber ihr Auto polieren, sich lieber Gedanken machen ob diese Hose auch zu diesem Hemd paßt, die aufgeregt über die letzten Dallasfolgen quatschen, oder sich mit ähnlichen für unser Leben so wichtigen Dingen beschäftigen.

Beim nächsten Gau werden diese Leute sich vielleicht wieder an die vielen stationären Bomben (sprich AKWs) in unserer Umgebung erinnern (wenigstens für ein paar Tage) und vielleicht die Atomwirtschaft verteufeln. Aber es besteht ein Unterschied zwischen Protest und Widerstand, der diesen Namen auch verdient.

"Protest ist, wenn ich sage, was mir nicht paßt. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, daß das, was mir nicht paßt nicht länger geschieht." (Ulrike Meinhof)

Oder anders ausgedrückt:
"Wir sind nicht nur für das verantwortlich was wir tun, sondern auch für das, was wir widerstandslos hinnehmen!"

Schwandorf / Wackersdorf (th). Demonstranten mußten reanimiert werden, Schwerverletzte wurden mit Schädel- und Wirbelsäulenverletzungen, riesigen Platzwunden etc. weggetragen. Zurück blieben am späten Nachmittag am Samstag überall Blutspuren auf der Erde, die von der Brutalität zeugten, mit der hauptsächlich die Berliner Polizei vor dem Bauzaun der geplanten WAA wahllos auf Demonstranten losprügelte. Was am Samstag vormittag auf dem Wackersdorfer Volksfestplatz friedlich in Festivalstimmung begonnen hatte, endete am Nachmittag auf dem Baugelände der WAA in einer Eskalation der Gewalt. Derartige Gewalt, die hauptsächlich von Einheiten der Polizei aus Berlin und Schleswig-Holstein ausging, war bisher noch nicht registriert worden.

aus "Mittelbayrischer Zeitung"

„Unbeschreibliche Brutalität"

Fassungslos beobachteten Oberpfälzer und auswärtige WAA-Gegner am Rande des Geschehens, was sich vor ihren Augen abspielte. Mit unbeschreiblicher Brutalität schlugen Polizisten auf Demonstranten ein. Frauen und Männer, die vor Angst die Arme erhoben hatten, zum Zeichen, daß sie wehrlos seien, wurden niedergeknüppelt; Pressevertreter, die unübersehbar ihren Ausweis hochhielten, wurden zu Boden geworfen. „Das gibt es doch nicht", „Das darf doch nicht wahr sein" – entsetzt mußten viele mit ansehen, wie sich die Berliner Polizisten wahllos Demonstranten herausgriffen und zum Teil so lange auf sie einprügelten, bis diese bluteten.

Manche der Beamten der Berliner Polizei hatten gleich zwei Knüppel in der Hand. Wer nicht rechtzeitig und schnell genug aus ihrer Reichweite kam, kam im günstigsten Fall mit blauen Flecken davon. In panischer Angst flüchteten die Demonstranten vor den Berliner Polizisten. Diese gehorchten offenbar einem Befehl aus dem Walkman in ihrem Helm. Niemand konnte absehen, wann wieder eine Gruppe „angreifen" würde. Häufig war zu beobachten, daß einer aus der Gruppe der Polizei mit dem Schlagstock auf eine Person unter den Demonstranten deutete. Auf diese(n) WAA-Gegner(in) stürzten sich dann mehrere Polizisten. Pressevertreter waren bei diesen Attacken nicht ausgenommen, ganz im Gegenteil, mehrere Fotografen mußten die schmerzliche Erfahrung machen, daß es die Berliner Polizei offenbar auch auf Journalisten abgesehen hatte.

Wie auf einem Schlachtfeld

Der Platz zwischen Chaoteneck und Haupttor erinnerte an ein Schlachtfeld. An allen Ecken und Enden mußten Verletzte versorgt werden: Einem WAA-Gegner war das Ohr halb abgerissen worden. Ein anderer hatte ein faustgroßes Loch im Kopf. Er verlor viel Blut, wurde ohnmächtig und trotz seiner schweren Verletzungen, wie Augenzeugen beobachteten, an den Haaren in Richtung Bauzaun gezogen.

Jagdszenen aus der Oberpfalz

Wenn angesichts dieser Ereignisse der verantwortliche Polizeipräsident Fenzl in der Pressekonferenz am folgenden Tag verkündet, die Polizei habe das "Gewaltpotential immer im Griff" gehabt, so spricht daraus ein grenzenloser Zynismus, obwohl hinter dieser Aussage sich ein wahrer Kern steckt. Daß nämlich die Knüppelorgien dieser Berliner Schlägertruppe keine Entgleisungen einzelner Beamter darstellen, sondern daß das Gewaltpotential dieser berufsmäßigen Killer von den verantwortlichen Schreibtischtätern Fenzl und Gauweiler bewußt eingesetzt wurde, um Schrecken (lat. Terror) zu verbreiten und damit diejenigen WAA-Gegner einzuschüchtern, die sich Demonstrationen nicht verbieten lassen wollen. Insofern alles im Griff.

Daß das Vorstürmen des Berliner Trupps einer geplanten Strategie entsprang, war nur unschwer zu erkennen: Zunächst kam der Köder: eine Gruppe von wenigen (ca. 50) Bereitschaftspolizisten, die mitten in die Menge der Demonstranten geschickt werden. Da diese abgedrängt und vereinzelt mit Lehmklumpen und Steinen beworfen werden, hat man die Legitimation für das weitere Vorgehen.

2. Akt: Unmittelbar darauf trennt ein großer Trupp Bereitschaftspolizei die Demonstrationsteilnehmer und bildet eine Gasse zum Tor im WAA-Zaun. Dadurch können die gut gepolsterten aber dadurch relativ unbeweglichen Berliner ungehindert die Schräge Betonwand am WAA-Zaun herunterrutschen und sich formieren. Und schließlich

3. Akt: Auf zur ersten Demonstrantenjagd, bei der bereits die Schwerverletzten hinterlassen werden.

Nach diesem ersten und brutalsten Verstoß konnte sich diese Einheit noch ganze 2 Stunden weiterhin austoben, ohne von der Einsatzleitung zurückgepfiffen zu werden. Schon in den Tagen zuvor hatte diese Einheit Aufsehen erregt, was Fenzl lächelnd mit "Mentalitätsunterschieden" zu entschuldigen versuchte.

Fenzls Ankündigung, die Staatsanwaltschaft sei von der Polizei eingeschaltet worden, um etwaige Übergriffe der Berliner Polizeieinheit zu untersuchen, ist ein billiger Schachzug, um sich in der Öffentlichkeit aus der Verantwortung zu stehlen. Wenn man die Berliner Truppe als Buhmänner aufbaut, so erscheinen die übrigen Polizeieinheiten plötzlich als die "guten" anständigen Polizisten, die bei ihren Knüpppeleinsätzen nur ganz "normale" Platzwunden produzieren und die Leute wenigstens nicht gleich totschlagen. Die Berliner selbst haben natürlich vor dieser Öffentlichkeitswirksam angekündigten staAtsanwaltlichen Untersuchung wenig zu befürchten. Erfahrungsgemäß verlaufen Ermittlungen gegen Polizeibeamte, insbesondere aus Sondereinsatzkommandos, fast immer im Sande, da diese von Demonstranten nicht identifiziert werden können, und den Beamten selbst sicher nicht daran gelegen ist, Kollegen aus der eigenen Einheit zu belasten.

Uns ist außerdem nichts gelegen an medienwirksam aufgezogenen Verfahren gegen die Handlanger, die die Drecksarbeit verrichten. Wir wollen die Drahtzieher, die Schreibtischtäter, die sich solche Prügeleinheiten heranbilden und sie gezielt einsetzen.

Die GEWALT-NEIN-DANKE-Kampagne und die vermeintliche Gesprächsbereitschaft der Polizei — Die Lüge von der Verbindung zwischen RAF und Anti-AKW-Bewegung — Die segensreichen Worte des Polizeipfarrers und die Berliner Totschläger: Keine Widersprüche, sondern die verschiedenen Steiten ein- und derselben Medaille - **ein politisch-militärisches Konzept zur Aufstandbekämpfung.**

Das Vorgehen der Polizei ist planmäßig und gehört in einen größeren politisch-strategischen Zusammenhang der Bekämpfung effektiven Widerstands, was von der Qualität durchaus vergleichbar ist mit aus Vietnam oder Mittelamerika bekannten counter-insurgency-Progrmmen. Diese Programme arbeiten auf verschiedenen Ebenen:

Das Prinzip Teile und Herrsche:

El pueblo unido jamas sera vencido - ein einiges Volk wird niemals besiegt. Deshalb wird von staatlicher Seite seit langem versucht, die Widerstandsbewegung gegen die WAA (und nicht nur die!) in verschiedene Kategorien aufzuteilen: Auf der einen Seite die "Guten", "Friedlichen", d.h. die, deren Protest im Rahmen des bestehenden Gesetzes und Auflagen bleibt und die die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse akzeptieren, und auf der anderen Seite die "Bösen", "Gewalttäter", "Chaoten", die den Kampf gegen die WAA angeblich nur benutzen, um diesen Staat zu zerstören. Diese zweite Kategorie wird immer weiter ausgedehnt, und mittlerweile fallen auch schon die darunter, die trotz Verbot das Demonstrieren am Bauzaun nicht lassen wollen.

Der Begriff des Terrorismus:

Reicht die Diffamierung eines Teils des Widerstands als "gewalttätige Chaoten" aufgrund persönlicher Kontakte und Erfahrungen im Widerstand nicht mehr aus, um die Bewegung zu spalten, wird kurzerhand die RAF-Gruppe Süd erfunden, und Teile des Widerstands zu Terroristen umdefiniert. Terroristen sind anonym, sie geben sich nicht zu erkennen. Sie pflegen keine Kontakte mit der Bevölkerung und können deshalb immer wieder vom Staat als abstrakte Gefahr an die Wand gemalt werden. So wird durch einfache Umbenennung aus Menschen, die die vom Staat vorgegebenen Regeln nicht mehr akzeptieren und sich in "autonomen" sprich selbstbestimmten, Gruppen zusammenschließen zunächst "blindwütige Gewalttäter", die nichts anderes im Sinn haben als Randale, dann das terroristische "Umfeld", und neuerdings handelt es sich dabei im Polizeiwortschatz um "terroristische Kleingruppen". Man muß es nur oft genug sagen und schreiben lassen. So macht man aus politischen Gegnern Kriminelle, gegen die dann auch in unserer "freiheitlichen Demokratie" jedes Mittel erlaubt ist. Und schlagt sie tot, die Hunde!

Gewalt? NEIN DANKE! - oder DIE POLIZEI, DEIN FREUND UND HELFER!

Um das durch das massive Eingreifen der Polizei beeinträchtigte Ansehen in aller Öffentlichkeit wieder aufzubessern, gibt es seit Ostern dieses Jahres die Kampagne Gewalt-Nein-Danke mit einer Unmenge von Aufklebern, Buttons, Plakaten, Flugblättern etc. Man hat fast den Eindruck, es handelt sich bei diesem Verein nicht mehr um den bewaffneten Ausdruck der Staatsgewalt, sondern um in Uniform gesteckte Friedenstauben. Dabei wird immer die Neutralität der Polizei betont, die nur für den rechtmäßigen Ablauf des Widerstands zu sorgen habe. Sie erfüllt ja auch nur ihre Pflicht, sie schützt das Eigentum der DWK und den ungestörten Ablauf der Bauarbeiten, d.h. das Allgemeinwohl (sprich das des Staates) von der oberpfälzer Bevölkerung, die diese Wohltätigkeit nicht verstehen will.

Es wimmelt von "gewaltbereiten Personen"

Im Zuge dieser Kampagne kommt dann auch der Begriff der "gewalttätigen Personen" auf, vor denen gewarnt wird. Auch die Gerichte haben sich ihn schon zueigen gemacht, erst jetzt wieder in der Verbotsbegründung für die Demonstration zum Bauzaun. Dieser Begriff hat nicht mehr mit irgendwelchen überprüfbaren Tatsachen zu

tun, sondern es geht darum, jemanden eine bestimmte Gesinnung zu unterstellen. Umso universeller ist der Begriff dann verwendbar: Wer sich nicht vorsichtshalber von allen und jedem distanziert ist potentieller Gewalttäter.

Wenn dann mittels öffentlicher Kampagnen, Diffamierungen und der Verbreitung der richtigen Ideologie der Boden vorbereitet ist, dann kan man gegen die vorgehen, die immer noch nicht einsicht sind: Da hilft dann nur noch eins

EINSCHÜCHTERN, ANGST VERBREITEN, IN DEN KNAST STECKEN, ZUSAMMENSCHLAGEN

Die massenhaften Gerichtsverfahern gegen WAA-Gegner, z.T. mit langen Haftstrafen, die Kampfgaseinsätze am Wackersdorfer Bauzaun, die Aufrüstung der Polzizei mit Gummigeschossen, die schwerste Verletzungen hervorrufen können (was ja offensichtlich nicht unerwünscht ist) gehören zu diesem Repertoire der Unterdrückung.

Massenfestnahmen, wie jetzt wieder in Wackersdorf, als sämtliche Versammlungen der WAA-Gegner von der Polizei aufgelöst wurden, die vor 6 Jahren, bei der Verhaftung von 140 Personen aus dem Nürnberger Kommunikationszentrum (KOMM), noch zu einem Aufschrei in der Öffentlichkeit führten, sind heute alltäglich geworden, nicht erst seit den Verboten der letzten beiden Bundeskonferenzen der Anti-AKW-Bewegung.

Die Knüppeleinsätze bei der letzten Demonstration waren das neueste und bisher brutalste Kapitel in dieser Entwicklung, wo jedem klargemacht werden sollte, daß es in Zukunft lebensgefährlich sein kann auf verbotene Demonstrationen zu gehen. Und verboten sind sie zum Wackersdorfer Bauzaun alle, seit mehr als einem Jahr. Wer weiß, was sie mit denen anstellen, die trotzdem nicht zuhause bleiben. ■

Augen-zeugen berichten

»Versuchter Totschlag durch die Polizei«

EvaSträußl
Agnesstr. 40
8000 München 40

München, den 15.10.87

An das
Amtsgericht Amberg
Paulinerplatz 4
8450 Amberg

Betreff: Strafanzeige gegen Unbekannt wegen vorsätzlicher schwerer Körperverletzung, bzw. versuchten Totschlags

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erstatte ich Strafanzeige gegen Unbekannt wegen vorsätzlicher schwerer Körperverletzung, bzw. versuchten Totschlages, von mir beobachtet am Baugelände der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, am Samstag, den 10.10.87.

Am Samstag, 10.10.87, nahm ich an der Kundgebung gegen die Wiederaufbereitungsanlage auf dem Wackersdorfer Volksfestplatz teil. Anschließend unternahm ich einen Waldspaziergang zum Baugelände. Vor dem Bauzaun, an der Ecke südlich des "rotes Kreuzes" angelangt, traf ich auf eine größere Anzahl von Anwesenden, wobei eine ständige Bewegung von Kommen und Gehen unter den Zaunbesuchern war. Einige wenige (Anzahl unter 10) standen direkt am Zaun. Im Wald aufgelesene Holzstück-

chen flogen gegen und nicht über den Zaun. Eine Bierflache zerschellte im Betongraben. Weder auf dem Vorfeld noch hinter dem Zaun sah ich Polizeibeamte.

Weitere Ausschreitungen konnte ich nicht beobachten, während ich umherschlenderte.

Plötzlich stürmte, aus dem Baugelände kommend, durch die Zauntür ein Trupp Polizisten und jagte auf die Anwesenden zu, die durch den Überraschungscoup in Panik davonrannten.

Dabei beobachtete ich folgendes Ereignis:

Ein junger Mann (gelockte, dunkle Haare, ca.1,80 m groß, brauner Pullover, etwas Rotes - ein Schal?, eine Mütze?, ein wegen der unerwarteten Hitze umgebundener Anorak?-) stolperte, stürzte und sofort schlug der nachfolgende Polizist mit seinem Holzknüppel mit wuchtigen Schlägen auf den wehrlosen am Boden Liegenden ein.

Ich stand erhöht auf einer schmalen Sandböschung und konnte von dort aus nächster Nähe (ca. 3 m) sehen, daß der junge Mann inzwischen von mindestens 4 Polizisten umringt war, (alle trugen Helme und Ledergamaschen), die wahllos mit ihren Holzknüppeln auf ihn einschlugen und mit ihren Lederstiefeln eintraten. Aus der eindeutig nach unten gerichteten Schlaghaltung war zu erkennen, daß der junge Mann immer noch am Boden lag.

Für einen kurzen Moment gewährte der Polizeikordon um den jungen Mann Einblick in das Innere des Kreises. Er lag gekrümmt auf der Seite, während ein Polizist mit wuchtigem Ausholen seines Lederstiefels in seine Rückenpartie trat. Die anderen schlugen unverdrossen weiter.

Während dieses entsetzlichen Vorgangs gab der junge Mann keinen Laut von sich. Auch bereits beim ersten Einschlagen, gleich nach seinem Sturz, war er stumm geblieben.

Drei - vier Anwesende, darunter ein älterer Herr, versuchten sich mit teilweise erhobenen Armen zu nähern. Die Polizisten ließen jedoch nicht von ihrem Tun ab.

Der ganze Vorfall dauerte meiner Schätzung nach ca. 5 Minuten. Der junge Mann wurde dann von 2 Polizisten an den Armen untergegriffen über den Boden weggeschleift, während der Rest der Polizisten versuchte, mit ihren Körpern jeden Einblick abzuschirmen.

Immer wieder stürmten Polizeieinheiten in ähnlicher Weise in die Menge vor, die offensichtlich bereit war, sich zurückzuziehen.

Andere Polizeieinheiten beobachtete ich wartend im angrenzenden Waldstück und auf einer zurückliegenden Lichtung.

Ich bitte, das Verhalten der Polizisten, insbesondere das ihres Einsatzleiters zu überprüfen und mich über den Fortgang der Ermittlungen zu informieren.

Mit freundlichen Gruß
Eva Sträußl

Abdrucke dieses Briefes wurden an das Landratsamt Schwandorf und die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN im Bayrischen Landtag zur Kenntnisnahme weitergeleitet.

Augenzeugen berichten

Protokoll einer Festnahme

9.10.1987

1.00 nachts
Ankunft in Schwandorf-Kronstetten. Übernachtungsmöglichkeit in Scheune, Tannenstr.

5.00 früh
Allgemeines Wecken

5.30
Während des Frühstücks umstellen rund 40 Polizisten den Bauernhof, holen die Menschen aus Häusern und Scheune und drängen sie auf dem Hof zusammen

6.15
Alle Personen bis auf die Bäuerin werden nach Paragraph 16 PAG festgenommen -die Begründung wurde später mitgeteilt. Einer nach dem anderen der 91 Personen wird mit hocherhobenen Händen abgeführt und durchsucht. Erste Übergriffe der Polizei.

8.00
Höfliche und später inständige Bitten auf Toilette bzw. in Polizeibegleitung in die Büsche gehen zu dürfen, werden nur mit Hohngelächter beantwortet.

8.30
In zwei Bussen geht es zur JVA Amberg. Dort keine Aufnahme, deshalb nach längerer Wartezeit zum Polizeipräsidium Amberg.

9.30
Die Busse stehen über anderthalb Stunden im Hof des Polizeipräsidiums. Die Übergriffe häufen sich: Im fast nur mit Frauen besetzten Bus wird einer Frau von einem Polizisten jäh ein Zündschlüssel aus der Hand gerissen und zum Bus herausgeworfen. Als die Umsitzenden lautstark protestieren, holt der betreffende Polizist aus und schlägt der 22jährigen D. mit solcher Gewalt die Faust ins Gesicht, daß innen und außen alles blutet.

Auch auf wiederholte Aufforderung weigert sich der Polizist seine Dienstnummer oder Namen mitzuteilen. Später wird dieser Polizist Anzeige erstatten gegen die 22jährige D.: Sie habe ihm zwischen die Beine getreten - wohlgemerkt: eine schon technische Unmöglichkeit - D. saß am Fensterplatz des Busses, neben ihr eine andere Festgenommene - und der Polizist befand sich im Mittelgang. Man bedeutet D. schließlich, daß die Anzeige gegen sie sofort zurückgenommen wird, falls sie aufgrund der Verletzungen im Gesicht ihrerseits keine Anzeige erstatte. Die Schlüsselbesitzerin erhält eine Anzeige wegen versuchter Sachbeschädigung: Sie hätte mit dem Zündschlüssel versucht, die Sitze aufzuschlitzen und so den Polizisten zu seinem Vorgehen veranlaßt.

10.30
Männer und Frauen werden innerhalb der einzelnen Busse sortiert. Der Bus mit 25 Frauen und acht Männern fährt zur Bundesgrenzschutzkaserne in Naburg. Die acht Männer werden dort einzeln abgeführt.

12.00
Ankunft des Busses im Hof des Polizeipräsidiums Regensburg.

14.00
Nach zwei weiteren Stunden im Bus erfolgt eine Vorführung zur Personalienfeststellung. Wieder wird die Auskunft über die Begründung unserer Festnahme verweigert. Die Rechtsmittelbelehrung wird verlesen und protokolliert: Es ist uns gestattet, eine Person unseres Vertrauen anzurufen. Aber: der nicht protokollierte Nachsatz hinterher: es seien keine Amtsleitungen frei. Von 25 Frauen schaffen es nur drei, telefonieren zu können.

ab 16.00
Kellerverlies des Polizeipräsidiums Regensburg. Nach zehneinhalb Stunden in der Gewalt der Polizei gibt es das erste Mal etwas zu essen und heißen Tee.

ab 19.00
Vorführung beim Amtsrichter: Aufgrund des Fundes von Molotowcocktails und Störsendern auf dem Bauernhof hält er den Polizeigewahrsam bis zum nächsten Tag 18 Uhr für gerechtfertigt.

Meinen Hinweis darauf, daß ich mich als Journalistin im Rahmen der Berichterstattung auf dem Bauernhof aufgehalten habe, interessiert ihn auch nach Vorlage des Presseausweises nicht. Er habe noch nie einen Presseausweis gesehen.

Der Fund der Molotowcocktails wird sich später als Fund von Ölkanistern der Bäuerin herausstellen, der Störsender entpuppte sich als das elektronische Fernabfragegerät meines Anrufbeantworters, also ein "Piepser".

21.00
Überführung in die Justizvollzugsanstalt Regensburg, wieder trotz wiederholter Bitten keine Telefonate möglich.

Zweiter Tag, Samstag

10.10
Das Landgericht Amberg hält den Sicherheitsgewahrsam nicht für rechtmäßig. Wir bleiben weiter in Haft.

Erst gegen **20.00** Uhr stehen alle 25 Frauen vor der JVA Regensburg: entlassen.

Ebenso werden die Männer aus der JVA Amberg entlassen.

Augenzeugen berichten

Von einer, die auszog, in Wackersdorf zu demonstrieren

Ute S.
BI gegen Atomanlagen
BUND-AG gegen Atomanlagen
Die Grünen

Gefoltert in Wackersdorf

Als Vertreter der BI gegen Atomanlagen und Mitglied der AG gegen Atomanlagen im BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz Deuschland e.V.) Landkreis Harburg bei Hamburg reiste ich zu dritt mit PKW am Donnerstag, den 8.10.1987, 10 Stunden nach Wackersdorf.

Unterkunft bekamen wir bei Dr.med. An- Dr.med. An ist einer der mutigsten Ärzte bei der Versorgung der Opfer von CS- und CN-Gaseinsätzen und Knüppelattacken durch Polizeieinheiten auf Demonstrationen und friedliche Bürger. Er riskiert sein überparteiliches Leben.

Wir kamen ins Gespräch mit Oberpfälzer Bürgern, die sehr gastfreundlich sind. Sie bedankten sich spontan dafür, daß wir als Delegation an legalen und legitimen Aktionen teilnehmen wollten und extra aus dem Norden so weit angereist waren. Wir wurden eingeladen, mit nach Wackersdorf zu kommen, da fände ein Plenum der Delegierten aus den Trägerkreisen für die Herbstaktionen und ein Straßenfest statt. Gäste seien willkommen!

In Wackersdorf wanderten wir mit älteren Einheimischen zu einer uns bekannten Gaststätte (Schwimmbad-Cafe).

Am Eingang stand mit Ordnerbinde Frau Erna Wellnhöfer, die auf uns bekannten Infos als verantwortlich zeichnete. Es gab für uns keinen Anlaß, anzunehmen, daß wir etwa einen falschen Ort aufgesucht hätten. Frau Wellnhöfer empfing uns auch entsprechend korrekt und freundlich. Ebenso er-

ging es uns danach im Saal, eine Gruppe holländischer Gäste wurde gleichfalls ins Plenum aufgenommen. Sie waren mit Rädern angekommen und wollten wie wir verschnaufen und sich informieren. Wir hatten nach der langen Reise natürlich Hunger und Durst.

Auf dem Plenum ging es um die Organisation des nächsten Tages und zwar:

1. um ein gemeinsames Frühstück der Delegierten bei gutem Wetter im Freien,

2. um eine unter Auflagen *genehmigte* Treckerdemonstration - Auflage z.B.: den Zweitschlüssel für den Traktor bei der Polizei vorher abzugegeben-,

3. um eine Prozession, besonders von Mütter- und Kirchengruppen, am Freitagabend in Schwandorf.

Jeder war bereit, unter Beachtung der behördlichen Auflagen Verantwortung zu tragen - ich ganz besonders, weil ich von Beruf Lehrerin bin. Es gehört zu meinem Dienstfeld, *Kinder* und *junge Leute* zu schützen und zu *betreuen*. Das ist dem sehr ähnlich, was auch ein Arzt zeitlebens tun sollte, natürlich in weit größerem Umfang.

Plötzlich hieß es (das Plenum war schon fast zu Ende), stark bewaffnete Polizeikräfte nahten, das Plenum sei aufgelöst. Die Plenumsteilnehmer (wir nicht) wollten sofort gehen, kamen aber gleich wieder zurück in den Saal, weil das ganze Haus schon völlig eingekesselt umstellt war.

Es entstand Unruhe und Angst, wir Verantwortlichen mühten uns um Ordnung. Es gelang, höchste Disziplin stellte sich ein!

Schließlich hieß es, alle Anwesenden müßten einzeln nach draußen und sich polizeilich untersuchen lassen, es bestünde der Verdacht, daß von diesem Plenum strafbare Handlungen ausgingen.

Das Plenum beschloß nun, der Aufforderung Folge zu leisten und stellte sich regelrecht brav im Flur auf, eine lange Schlange bildete sich.

Es sollte auch dafür gesorgt werden, daß der Gastwirt keinen Schaden erlitte.

Da wir, "drei Kieler" und die Holländer, nicht zum Plenum gehörten, blieben wir im Saal, räumten diesen gemeinsam vorbildlich auf und bestellten Getränke und Käsebrot.

Meine beiden Begleiter - Herr Ab , über 70 Jahre, und mein Mann, hier Ratsherrr der Grünen, über 50 Jahre - begaben sich zu den Gästen in der Gaststube. Dieser Raum ist nur durch einen Spaliergitterteil vom Flur separiert, einschließlich Theke, so daß *jeder jeden* sehen konnte.

Die Polizeiaktion dehnte sich nun über Stunden aus. Gleich am Anfang, das hatten wir noch sehen können, war ein ca. 8 m hoher Scheinwerfermast aufgebaut worden. Dieser hatte mindestens 6 große Lampen. Haus, Mauer und Vorplatz wurden gleißend grell angestrahlt. Vor den Fenstern des Gasthofes standen Behelmte. Es haben Leute, die herausgucken wollten, eins auf den Kopf mit dem Schlagstock bekommen.

Gegen Mitternacht erschienen dann Polizisten, die sahen aus wie Mondmenschen, verpackt in kniehohe Ledergamaschen, Helme, Knüppel, fürchterlich.

Eine weibliche schwer uniformierte Gruselgestalt war auch dabei.

Wenn man das zum ersten Mal erlebt, vergißt man alles. Wir wurden dann *barsch* aufgefordert, mit nach draußen zu kommen, *weil Gefahr im Verzuge sei.* Die Holländer im gebrochenen Deutsch und ich versuchten, klarzumachen, daß wir Gäste des Hauses seien, und ich sagte auch, daß ich zu meinem Mann in die Gaststube wolle. Der Wirt kam und bestätigte, daß wir ihm als Gäste recht seien.

In Sekundenschnelle jedoch wurde zu mir gesagt, das interessiere sie nicht, *ich sollte sofort aufhören zu quatschen* (Originalton). Der weibliche Polizei*mensch* griff mich kräftig am Handgelenk. So gingen wir los.

Dann sah ich auf dem Flur in Höhe der Theke meinen Mann stehen. Er ist ein unübersehbarer großer korpulenter bürgerlicher Mann. Ich rief laut: "Ich will mit meinem Mann sprechen, da steht er, er ist Ratsherr!" Als ich *das* sagte, wurde ich von hinten wie von einem Roboter durch einen männlichen bewaffneten Polizisten *angefallen, der Politesse entrissen, mein rechter Arm wurde mir auf den Rücken gedreht*, eine Hand griff mir *brutal in die Haare* und *zerrte mich nach hinten runter.*

Ich hatte keinerlei Widerstand geleistet!!!

Ich bin 52 Jahre, nicht sehr kräftig und wenig elastisch. Außerdem ist meine rechte Seite sowieso lädiert durch eine große Operationsnarbe durch Gewebsentfernung und Venenriß nach einer Brustdrüsenoperation. Ich habe auch 1973 eine Fraktur nach Sturz am Oberarm gehabt, so daß meine ganze schlimme Seite höllisch schmerzte. Gehen konnte ich auch kaum, das Körpergefühl dafür war weg?

Jetzt weiß ich, daß so Abgeführte *schnell stolpern*, und ich mußte draußen als erstes gleich sehen, wie ein Mann, auf meine Art abgeführt, d.h., *noch barbarischer*, stürzte

und der Polizei*unmensch* erst auf ihn *eintrat*, ihn danach hinter einen Mannschaftswagen zog, und dort begann der Mann *grauenvoll* zu schreien. Anschließend wurde er - Arm zurück, Haare runter - *weggeschleift*.

Mir *entriß* man draußen, wieder ein *anderer* Behelmter, die Umhängetasche, ich riß sie mir aber ebenso schnell zurück und sagte stark laut, ich könne Ausweis und Tascheninhalt allein vorzeigen und schüttete diesen auf die Erde. Ein Bild meiner Mutter war auch dabei. Ich weinte und sagte: "Das ist meine Mutter!"

Nun wurden Ausweis, Geldbörse und der Krimskrams kontrolliert. Ich kniete vor Schmerz und Schwäche auf dem Boden.

Dann: "Los, beeil *dich*, pack *deine* Sachen ein." Als ich endlich, mir war schwindlig, einigermaßen dastand, sah ich, *scheinwerferangestrahlt, viele Leute mit Händen hoch an der Wand* stehen. Das sieht schlimm aus!

Die Politese forderte mich auf, das auch zu tun, *sie müsse mich abtasten* und *mir zwischen die Beine fassen*. Der Ton der Frau hatte sich gebessert. Trotzdem verlor ich nun die Fassung, fing an zu weinen, sagte was von Krieg, erschießen, KZ, Scham - und - daß *ich das nicht täte*! Ich sagte das unter dem Risiko, nun geschlagen zu werden von den *herumwütenden* Polizeimännern, die auch ständig wechselten.

Vor der behelmten Frau hatte ich nicht mehr so viel Angst. Ich habe gelernt, daß der wichtigste Mensch der ist, der vor einem steht. Ich kann schnell Rührung empfinden.

An diesem Punkt ging es mir auch *nicht mehr um mich*, sondern um all die vielen und vor allem jungen Leute, die ihr Leben erst beginnen, die um ihre und ihrer Kinder Zukunft gegen den *atomaren* Holocaust aller Orten eintreten und *völlig entwürdigt* und *körperlich* wie *seelisch gefoltert werden!*

Herr Blüm soll sich einmal *diese* Folter! in der Bundesrepublik Deutschland anschauen!!!

Betroffenheit entstand. Man konnte erkennen, daß von dem Polizei*chaos* da draußen ständig einer vom anderen nicht zu wissen schien, was Sache war und Aktionen einfach *willkürlich* abliefen.

Das beweist mein weiterer Bericht. Die Marter ist noch nicht zu Ende!

Ich sagte *verzweifelt*, ich wäre bereit, mit der Politesse ins Klo zu gehen und mich dort auszuziehen, das müsse man ja vor einem Arzt auch tun. Der stellt einen auch nicht *an die Wand*.

Wir standen jetzt alle da wie verrückt, dann meinte ein Behelmter: "Na, los - gebt ihr noch eine mit und ab!" Ich mußte wieder einem anderen Behelmten meinen Mantel und meine Tasche hinterlassen.

So ging ich frierend mit einer stillen einfach uniformierten Polizeikraft, weiblich, ohne Kopfbedeckung und der *Ungestümfrau* ins Klo.

Ich mußte meine Oberbekleidung insgesamt halb über Kopf hochheben, dann die Unterbekleidung nach unten. Mein Po wurde betont beguckt. Dann noch die Stiefel aus und durchsucht.

Ich weinte wieder und sagte, ich könnte eure Mutter sein und halte das hier auch nur aus, um eurer Kinder Zukunft, die ihr doch noch haben wollt, oder? Beide waren auffallend betroffen und traten spürbar diskret zurück, weil sie wohl an meinem Körper gesehen hatte - an Ergrauung und operierter Brust - daß ich nicht mehr die jüngste war.

Wieder draußen - war der Polizist mit meinem Mantel und der Tasche weg! Echt erschrocken sagte die behelmte Politesse: "Nanu, wo ist denn nun Ihr Mantel?" Wir fanden beides unter einem Busch liegen.

Als ich mich wieder angezogen hatte, sagte die Politesse verhältnismäßig nett: "So, *Sie* können jetzt zu *Ihrem* Mann in die Gaststätte gehen."

Froh, daß nun alles vorbei war, ging ich zum Eingang der Gaststätte. Weit gefehlt. Dort standen wieder neue Behelmte und ließen mich nicht durch. Es hieß: "*Du* kommst nochmal mit; Ausweis her!"

Während ich neben dem Behelmten mittaumelte, blätterte er im Gehen in meinem Reisepaß und konnte sich gar nicht sattsehen an den Ein- und Ausreisestempeln in die Deutsche Demokratische Republik. Er *herrschte mich an*: "Sie haben also Verwandte in der DDR?" Antwort: "Ja, meine Mutter und meine Geschwister." Reaktion des Polizisten: "So, so."

Vor dem Auto, hinter dem zu Beginn die entsetzlichen Schreie zu hören waren, sollte gerade ein nicht mehr junger Mann abgeführt werden, weil er sich gewehrt habe. Er betonte vergeblich seine Friedfertigkeit und daß es Schmerzen hätte, weil er von einem Polizisten zwischen die Beine getreten worden sei. Er wurde verhöhnt, er solle das erstmal beweisen und Schnauze (Polizeikommentar).

Sowas wie: "Schnauze, sonst mache ich Würfelzucker aus dir", wurde z.B. auch zu einem sehr alten Mann gesagt, wie dieser und seine Frau berichteten. Die Frau weinte. Ich habe die Tage viele, viele Oberpfälzer *weinen gesehen!*

Andere können auch deftig schimpfen und sprachen von "Bruderkrieg quer durch die Dörfer wegen der WAA."

Mir nahm man an dem Horrorauto nochmals den Auweis ab, hieß mich meine Daten zusätzlich mündlich sagen, und büromäßig konnte ich rosa Listen erkennen, in die Eintragungen gemacht wurden.

Im Hintergrund hockten wie Geister - leichenblaß, stumm, krumm - junge Leute und starrten in die Gegend.

"Schaff sie weg", sagte einer. Ich war gemeint. Ich wollte nun natürlich zu meinem Mann. Das durfte ich wieder nicht! Ein fast kindlich aussehender junger Bereitschaftspolizist oder so, ich kenne mich überhaupt nicht aus in den Funktionen, wurde mir zur Begleitung zugeteilt.

Der führte mich entgegengesetzt weg und wollte mich in die Dunkelheit entlassen.

Das rief bei mir einen neuen Schlag hervor, denn ich hatte gehört, daß Leute in der Dunkelheit sofort in Handschellen gelegt und verhaftet wurden. Außerdem kannte ich die Gegend nicht.

Ich jammerte los. Das tat meinem jungen Begleiter leid. Er sagte: "Wir kehren nochmal um, vielleicht kann ich etwas für Sie tun."

Die Szene hatte sich vor Ort geändert. Die ganz schlimmen Berliner oder Wiesbadener waren so gut wie weg. Jetzt obwalteten Grünbemützte, die im allgemeinen recht sauber sind. Ich landete bei einem großen grauhaarigen Bediensteten mit Funkgerät. Der junge Wachmann setzte sich für mich ein, aber der andere war sehr tütelig nervös, hieß mich an den Zaun stehen und ordnete mir wieder eine andere Bewachung zu. Mein junger "Freund" berührte mich noch sanft am Arm und sagte: "Mehr kann ich nicht für Sie tun."

Langsam wußte ich nicht mehr, um wen oder was ich nun zuerst heulen sollte.

Wieder die Geschichte von "von zu meinem Mann!!" "Dein Mann bezahlt nur seine Zeche und kommt gleich raus. Bleib am Zaun stehen!"

Plötzlich ging meine Wache einfach weg, ja. Ich hing nun allein am Zaun, meine Brust und Achselhöhle brannten vor Schmerz.

Da rief auf einmal von weiten der nervöse seltsame Polizeimensch: "Was stehen Sie denn immer noch am Zaun, ist Ihr Mann noch nicht draußen?"

"Weiß ich nicht, mir geht's schlecht, ich friere, ich möchte rein und mal nachgucken, wo er ist..." Er: "Das geht nicht, Sie können nur bis zur Tür." Erneut rief er eine "Bewachung".

Da erschien fast wie ein grüner Engel die stille unbemützte Politesse mit schönen braunen Haaren. Sie ließ mich sogar hinter der Tür innen an der Wand stehen, d.h., ich hing da, sie stand kerzengerade. Keiner sagte mehr was.

Auf einmal schaute nochmal ein Behelmter um die Ecke, guckte mich an, ob es mir nicht gut ginge. Sie hätten einen Sanitäter, ich sollte mitkommen. "Nochmals raus?" Ich war am Ende. Da kam mein Mann und rief "Notarzt!!"

Nun gab es noch ein kurzes Debakel, dann hieß es: "Die Aktion ist beendet, Sie können sich *frei* bewegen!"

Ich torkelte auf eine Bank, die Gastwirtin weinte und streichelte mich, ein Arzt fühlte den Puls, und auch Dr. An[illegible], bei dem wir nächtigen wollten, erschien und stellte Schock fest.

Zu Hause untersuchte er mich, *blaue Flecke, Schwellungen, Zerrungen*. Ich nahm Korodin, bekam Salbe, sofort ins Bett.

Abschließend möchte ich noch sagen, daß wir auch am Freitagabend bei einer Prozession in Schwandorf Berliner SEK, Polizei-Schlägertrupps mit einem Aussehen wie Rugby-Spieler mit Kinnschutz und hellen Knüppeln aufmarschieren sahen.

Sie sollen auf dem Marktplatz Leute geschlagen haben.

Wir flohen sofort.

Bei der Großkundgebung am Samstag waren wir ganz hinten vor Angst, mußten dennoch einen Hubschrauberangriff von mehreren Hubschraubern über uns ergehen lassen. Einer kam ganz tief herunter, danach war die Umgebung rätselhaft feinverstaubt und getrübt. Ich hatte Brennen auf der Zunge, mußte niesen und bekam Atemnot.

Wir mußten uns am Waldrand sitzend erholen, auch mein starker Mann.

Später sausten etliche Krankenwagen herum, und wir erfuhren von weiteren **Gewalttaten durch die Polizei!!!** ■

Zum Verlauf der Aktionstage

Aus der Kundgebungsrede der BIWAK

breits im letzten jahr fanden hier in der oberpfalz blockadetage gegen die waa statt. in den darauf folgenden diskussionen wurden zwei punkte als besonders wichtig erkannt:

erstens sollten demonstrationen nur durchgeführt werden, wenn sie groß genug sind, um ihren teilnehmerinnen wirksamen schutz zu bieten; dies zeigten v.a. die beiden eingekesselten demos in schwandorf und burglengenfeld. der zweite punkt war, daß das konzept der blockadetage durchaus richtig war, viele dezentrale aktionen in einem gemeinsamen rahmen durchzuführen. allerdings zeigte sich, daß es umfassender angelegt werden sollte, sowohl räumlich als auch inhaltlich.

daraus entstanden nun die diesjährigen aktionstage gegen die waa. sie heißen nicht mehr aktionstage, weil wir damit zeigen wollen, daß wir uns nicht auf bestimmte arten des widerstands beschränken und auch keine aktionsformen ausschließen. bedingung hierfür ist lediglich, daß die aktionen konstruktiv, vermittelbar und nicht gegen die bevölkerung gerichtet sind. daher erklärt sich auch das weite spektrum der aktionen, die in den letzten tagen stattgefunden haben:

- in nürnberg startete der erste atommülltransport mit der bahn nach schwandorf, wo dem bahnhofsvorsteher eine resolution übergeben wurde. der atommüll wurde dann von ca. 1000 menschen zum schwandorfer marktplatz begleitet und im rathaus zwischengelagert.

- vom atomwaffenlager feucht startete eine fahrradstaffette zur plutoniumfabrik in wackersdorf.

- in schwandorf und regensburg fanden aktionen zur radioaktiven belastung von naab und donau durch das abwasser der waa statt.

- ebenfalls in regensburg, vor dem polizeipräsidium, wurde dargestellt, warum die polizei so massiv gegen die angeblichen gewalttäter aus dem schwarzen block hetzt: weil nämlich alle wissen, daß die tatsächliche gewalt nicht von uns, sondern vom staat ausgeht und z.b. durch polizei und justiz ausgeübt wird. und das müssen sie natürlich so gut es eben geht kaschieren.

- von burglengenfeld nach teublitz wurde ein trauermarsch mit fackeln zur beleuchtung der zusammenhänge zwischen dem bau der waa und der schließung der maxhütte veranstaltet; daran nahmen ca. 600 menschen teil.

- das widerstandsfrühstück, zu dem am freitagmorgen nach heselbach eingeladen wurde, war eindeutig von der polizei dominiert. zu beginn waren rel. wenig leute da und die wurden von den bullen regelrecht vorgeführt. später wurden verpflegung und heiße getränke von den einheimischen waagegner/innen gebracht, ein fröhliches, gemeinsames frühstück war doch noch möglich. erst als die traktordemo von alten-

schwand heselbach erreichte, war es möglich die B 85 bis 12 uhr mittags unpassierbar zu machen.

- nachmittags fand am schwandorfer marktplatz ein fest der frauen gegen die waa statt, die gute stimmung wurde dann allerdings abrupt durch den zweiten einsatz der berliner spezialbullen (nach regensburg) beendet.

ebenfalls am marktplatz begann die störfallprozession druch schwandorf mit ca. 1000 teilnehmer/innen. nachdem kurzzeitig die kreuzung zwischen marktplatz und naabbrücke blockiert worden war, wurde wiederum von den berlinern aufgelöst und der platz besetzt.

es fanden außerdem natürlich noch viele andere aktionen statt, über die alle hier gar nicht berichtet werden kann.

trotz dieser vielfalt an aktionen bleibt doch auch dieses jahr einiges zu kritisieren. wir haben viele und teilweise schwerwiegende fehler gemacht. während der vorbereitungszeit beschäftigte sich der trägerkreis in erster linie mit internen problemen. es wurden monatelang die differenzen zwischen den verschiedenen mitgliedern diskutiert, anstatt tatsächlich vorarbeit für die aktionstage zu leisten. die energie, die in diese auseinandersetzungen floß, fehlte letztendlich bei der konkreten vorbereitung der aktionstage. die folgen hiervon zeigten sich während der letzten beiden tage deutlich:

- es gab wie im letzten jahr überhaupt keine infrastruktur, die kommunikationsgruppe war eigentlich überhaupt nicht existent.
- es gab wenige aktionen, an denen sich die z.t. von weither angereisten freundinnen und freunde tatsächlich beteiligen konnten, ohne einfach hinterherzulaufen.
- wir waren nicht in der lage, die teilnehmer/innen an den aktionstage gegen die polizei zu schützen. zwei plenen, am mittwoch und donnerstag in wackersdorf wurden von der polizei ohne schwierigkeiten aufgemischt und abgeräumt. eine unterkunft in kronstetten wurde ebenfalls komplett abgeräumt und die leute sitzen jetzt z.t. in vorbeugehaft.

diese versäumnisse spiegeln sich auch in den feststellungen des ermittlungsausschuß' wieder:

bis heute morgen wurden ca. 180 festnahmen beim ea gemeldet, davon die meisten nach pag, als vorbeugende maßnahmen.

es gibt hier keine konkreten zahlen, da sich noch immer viele leute beim ea weder an- noch abmelden. ein solches verhalten erschwert die arbeit des ea unheimlich. zitat: "es gibt fast nichts beschisseneres, als nach ewigem rumtelefonieren und anwälte loshetzen festzustellen, daß die leute sowieso schon lang wieder frei sind."

es gab in den letzten vier tagen sieben razzien, alle nach dem pag (polizeiaufgabengesetz, s.o.), ohne richterlichen beschluß. bis heute, 18 uhr werden mindestens 40 leute in sicherheitsgewahrsam festgehalten. davon sitzen 25 frauen im regensburger knast, zwei von ihnen sind verletzt, haben aber die behandlung durch den bullenarzt verweigert. so viel power, wie sie damit zeigen, wünschen wir auch allen anderen, die irgendwo einsitzen.

... und zum Schluß: die ebenso lange (muß sein) wie natürlich höchst schlaue EINSCHÄTZUNG

Die folgende Einschätzung beruht auf Diskussionen im Münchner Anti-Atom-Plenum sowie auf einer internen Diskussion innerhalb der Vertreter/innen von sechs der im Trägerkreis vertretenen Gruppierungen nach dem letzten Trägerkreistreffen. Anwesend waren außer uns noch Leute von Biwak Regensburg, BI Nürnberg, AK Frankfurt, Robin Wood und BI Schwandorf.

Die Einschätzungen wichen in einzelnen Punkten von der hier geäußerten Meinung ab, aber wir meinen, daß die wesentlichen Punkte wiedergegeben sind.

Diese Einschätzung hat vorläufigen Charakter, versteht sich als Diskussionsansatz in der zu führenden Nachbereitung, von deren Verlauf es abhängt, wie die Bestimmung der nächsten Aktionen aussieht. Erst nach umfassender Bestandsaufnahme und kritischer Analyse können gemeinsam Perspektiven und/mit Handlungsansätzen entwickelt werden.

Anti-Atom Plenum München

Beim letzten Trägerkreistreffen in Schwandorf, das insgesamt recht harmonisch verlief, kamen bei der Bewertung der Aktionstage unterschiedliche Positionen aus den verschiedenen Bewegungen zutage.

Die Vertreter/innen der Friedensbewegung sahen die Aktionstage - aus ihrer Sicht der Demonstration - als vollen Erfolg an. Bündnisbreite, Kundgebungs- und Demonstrationsverlauf, deren Durchsetzung zum Zaun durch die über 30000 Menschen und die Medienwirksamkeit der Herbstaktionen begründeten ihre Einschätzung. Von ihnen wurde nicht ignoriert, daß während der Demo Fehler unsererseits gemacht wurden, zu den Aktionstage hatten sie wenig zu sagen, blieben aber solidarisch und hielten sich an die Bündnisabsprachen, was positiv zu bewerten ist.

Wir waren bei der Beurteilung der Aktionstage vorsichtiger, wenn nicht gar skeptisch - ohne die Bedeutung der Aktionstage für die Oberpfälzer zerreden zu wollen, die nach einem Jahr relativer Ruhe wieder Rückendeckung und Auftrieb bekamen, und ohne zu verkennen, daß die Aktionstage den Widerstand gegen die WAA wieder in Köpfen und Herzen vieler Gegner/innen des Atomprogramms verankerten.

Ehe wir uns allerdings zu perspektivischen Vorschlägen äußern, glauben wir, um Beschönigungen und rein taktischen Wertungen den Boden zu entziehen, daß es notwendig ist, die Aktionstage aus unserer Sicht zu beleuchten, zu hinterfragen, zu kritisieren und soweit es uns möglich ist, zu analysieren. Eine chronologische Aufarbeitung folgt.

Sechs Wochen vor Beginn der Aktionstage wurde der nervenaufreibende Streit mit der Friedensbewegung mit zufriedenstellendem Ergebnis ausgefochten, auch hierbei gab es kritikable Punkte. Wir glauben aber, daß wir aufgrund unserer relativen Schwäche nicht zu mehr in der Lage waren, und das Bündnis so eingegangen sind, wie es historisch zu diesem Zeitpunkt möglich war. In den ganzen Fetzereien, in denen auch mal die Grenze des Erträglichen überschritten wurde, ging allerdings viele Energie verloren, die notwendig gewesen wäre, um die Aktionstage inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten (Außenwirkung). Obwohl wir immer bemüht und auch in der Lage waren, unsere Grundpositionen zu wahren, gelang es uns nicht, Teile des radikalen, unabhängigen/militanten Spektrums der Anti-AKW-Bewegung und der Autonomen zum Mitmachen zu bewegen. Schlichte Desinformationspolitik bestimmter Kreise tat ein übriges.

Alles miteinader führte dazu, daß bei den Vorbereitungen zu den Aktionstagen zu wenig Leute aus verschiedenen Städten mit konkreten Handlungsansätzen zusammenfanden, obwohl die zahlenmäßige Beteiligung eher gut war.

Zwei bis drei Wochen vorher deutete sich bereits an, daß während der Aktionstage kaum Ansätze für neue Aktionsformen gefunden werden würden, wie wir uns das eigentlich vorgestellt hatten.

So blieben:
- Infostände
- Informationsveranstaltungen
- (Straßen-)Feste und informelle Treffs
- Straßentheater
- Fackelzüge, Trauermärsche und Treckerdemo
- Atommülltransport
- Widerstandsfrühstück, Behinderungsaktionen
- Blockadevorbereitungen und Trecker-demo
- Kundgebung und anschließende Demo zum Zaun

Die Vielfalt und Zahl dieser Aktionen, die Zahl der daran beteiligten Leute und ihre breite Streuung in der Region sind sicherlich als Erfolg zu werten.

Auf der anderen Seite waren wir nicht in der Lage, uns ungestört von Polizei und Staatsschutz in geschlossenen Räumen zu versammeln und Erfahrungen und Meinungen auszutauschen. Die Versammlungsfreiheit war faktisch aufgehoben (Hausdurchsuchungen, Räumung der zwei Plena, Räumung von Schlafplätzen, Versuch, in München ein Anti-WAA-Fest zu verbieten; vergl. auch die Auseinandersetzungen um die letzte Buko in Regensburg/Nürnberg).

Voraussetzung für weitere Aktionen nicht nur in der Oberpfalz ist die Rückgewinnung der Versammlungsfreiheit in ganz Bayern. Konzepte und Maßnahmen müssen wir in allernächster Zeit in breitem Umfange diskutieren; andernfalls werden wir immer weiter in die Defensive gedrängt werden.

Wir konnten weiter den von uns erhobenen Anspruch nicht einlösen, durch vielfältige Blockadeaktionen am Freitag massiv den Baustellenverkehr zu be- (ver-?)hindern und gleichzeitig durch deren Symbolwirkung breite öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen.

Die Gründe hierfür lagen einerseits in der massiven Polizeipräsenz, den Einschüchterungs- und Isolierungsmaßnahmen im Vorfeld (z.B. RAF-Hetze), der erheblichen Einschränkung unserer Bewegungsfreiheit durch Kontrollen und Festnahmen, und der von Betreiberseite verfügten Einschränkung des Baustellenverkehrs; andererseits an ungenügender Vorbereitung gerade vieler auswärtiger Gruppen auf Kleingruppenaktionen, bzw. einer allgemeinen Haltung: "Mal sehen, was los ist." Das Blockadekonzept ist diesmal eindeutig gescheitert. Die zweistündige Blockade der B 85 bei Heselbach war Teil einer legalen, angemeldeten Aktion, der Treckerdemo, und wurde teilweise auch durch das verhältnismäßig freundliche Verhalten der Polizei ermöglicht. Trotzdem war diese Blockade der guten Stimmung wegen, die sie hinterließ, äußerst wichtig. Ein weiterer Grund für das Scheitern der Blockaden dürfte darin gelegen haben, daß viele Leute viel Kraft in die Vorbereitung der Demo steckten, so daß kaum Kraft für die Blockadevorbereitung blieb.

Die meisten Aktionen liefen mit mehr oder weniger Beteiligung der Oberpfälzer Bevölkerung. Gerade um diese Teile des Widerstandes ging es uns aber besonders, und zwar nicht der Einbindung willen, sondern um gerade diese Teile des örtlichen, radikalen Widerstandes zur Eigeninitiative zu bewegen.

Woran lag es?

Sicherlich richtig ist, daß bereits Wochen vorher durch RAF-Pogrom und Vorbereitung des polizeilichen Ausnahmezustandes die "abschreckende Wirkung" der Maßnahmen Erfolge zeigte. Erinnerungen an letztes Jahr kamen auf, Angst vor Hausdurchsuchungen, Stress mit den Nachbarn und am Arbeitsplatz - die "soziale Kontrolle" funktioniert in der Oberpfalz.

Als einzige Erklärung reicht das wohl nicht nicht aus. Viele Leute haben informelle Strukturen auf ihre eigene Art entwickelt, die sie wahren wollen (tun wir ja auch), und deren Anonymität nach außen hin sie selten bereit sind aufzugeben, was ja auch wiederum verständlich und richtig ist. Nur verhindert diese Abgeschlossenheit eine organisatorische und aktionsbezogene Symbiose mit Auswärtigen bei massenhaften Teilen wie Aktionstagen.

Es gelang uns nicht, diese Abschottung aufzubrechen und in Aktionsentwicklung, Vorbereitung und Durchführung umzusetzen.

Das zeigt sich an vielen Dingen, von denen einige besonders wichtig sind:

- geringe Beteiligung von Oberpfälzer/inne/n an Plena
- schlechte Schlafplatzbeschaffung
- keine gesicherte Infrastruktur der Kommunikationsgruppe
- geringe aktive Beteiligung an Blockaden und Demodurchsetzung
- wenig bis null Bock auf inhaltliche Auseinandersetzungen

Wenn die Oberpfalz bis hin zu den Atommülltransporten ein Widerstandsnest bleiben soll, müssen wir uns mit diesen Fakten auseinandersetzen, ohne "im Teilbereich" zu versacken.

Bei unserer internen Nachbereitung waren wir uns weiterhin ziemlich einig, daß der unabhängige, radikale und militante Teil der Anti-AKW-Bewegung aus einem Rest von verhältnismäßig wenigen Leuten besteht. Nur: Wo sind die anderen, gibt es sie überhaupt noch? Oder lag es doch daran, daß unser Konzept nicht vermittelbar war?

Allein der KB-Fraktion mit ihrer schnodderigen, oberlehrerhaften, unsolidarischen und auch demobilisierenden Berichterstattung im Arbeiterkampf u.a. kann nicht die Schuld zugeschoben werden, trotz unzweifelhaften Schadens.

Ausgehend davon, daß an anderen Standorten doch wenig lief, erwarteten wir doch gerade vom unabhängigen Spektrum mehr als teilweise Präsenz am Bauzaun. Als dann spätestens zwei Wochen vor den Aktionstagen klar wurde, daß weder dieser Teil noch die Autonomen sich konstruktiv, vorbereitend organisatorisch und initiativergreifend einklinkten, war das ursprüngliche Konzept nicht durchzusetzen (siehe oben). Wir wollten jedenfalls keine Einfahrblockade wie letztes Jahr, die Leute auch nicht, und daß dies nicht passierte, bleibt positiv festzuhalten. Am Freitag blieb es außer bei den Festnahmen der Grünen und den Schlafplatzräumungen überwiegend bei Personalienüberprüfungen.

Und nun zur Demo:

Die Zahl der teilnehmenden Leute, das breite Spektrum der beteiligten Gruppen und die (damit zusammenhängende) Durchsetzung der Demo sind sicherlich erst einmal als Erfolg zu werten, zumal die Landes-

regierung noch am Morgen große Töne spuckte (Ankündigung der völligen Verhinderung der Demo zum Zaun im Radio). Von diesem Standpunkt aus gesehen war auch das Bündnis mit der Friedensbewegung ein Erfolg, zumal nach dieser Demo das Thema WAA als Teil der Verwirklichung bundesdeutscher Atomwaffenpläne in der Friedensbewegung verankert sein dürfte.

Das Konzept der zwei Spitzen war vorher intern abgesprochen und hat letztlich auch geklappt. Bei aller Kritik an der Organisation (siehe unten) ersparen wir uns aber auf allzu abenteuerliche wie abwegige Vorwürfe (wir hätten z.B. mit der Polizei abgemacht, daß die Demonstranten/innen beim Einsickern in den Wald nicht gehindert würden, u.ä.) einzugehen.

Kritisch anzumerken ist, daß wir in der Phase der bereits losgezogenen Demo nicht durch Mund-zu-Mund-Propaganda das Konzept verbreiteten, das lautete: Versuch, über die Betonstraße die Demo direkt zum Baugelände zu bringen; wenn dies nicht klappen sollte, was ja auch eintrat, Umgehung hinter der zweiten Spitze mit den Sambagruppen und/oder Einsickern durch den Wald.

Ein weiterer Fehler in den Vorbereitungen bestand darin, daß für die Zeit nach Ankunft am Bauzaun nichts geplant war. So herrschte Erfolgsstimmung, aber auch Ratlosigkeit und Ungewissheit über den weiteren Verlauf. Keine/r hatte Lust auf Schlacht, das hatten wir im Vorfeld auch so erklärt und es war auch so.

Die Polizeitaktik hat uns völlig überrascht, wir glaubten einfach nicht, daß sie ohne Anlaß die Leute vom Bauzaun wegprügeln würden. Hier ist unumwunden festzustellen, daß wir den Schutz von uns und anderen nicht garantieren konnten, ca. 40 z.T. scher Verletzte sind eine Katastrophe. Als sich nach den vier oder fünf Prügelwellen einige zusammenfanden, um eine Art "Schutz-", bzw. Rückzugsfront zu bilden, war es eigentlich schon zu spät. Es blieb schleierhaft, wieso die Bullen den "Rückzugspunkt" an den Leitplanken nicht angriffen. An unserer Stärke lag es wohl genauswenig, wie an den paar getroffenen Bullen. Vielleicht hatten sie ihr Ziel erreicht.

Der Rückzug lief dann großenteils geschlossen und ohne weitere Zwischenfälle, Übergriffe oder Festnahmen.

Ein besonderes Lob gebührt an dieser Stelle den Sanis, deren Einsatz sicherlich für viele der Verletzten entscheidend war, und die so ziemlich als einzige einigermaßen organisiert waren.

Als vorläufiges Fazit der Demo bleibt festzuhalten.

Nachdem unser Umgehungskonzept aufgegangen war, herrschte normale Waldspaziergangsstimmung mit drei Sambabands, bunt und ausgelassen. Die Geschlossenheit war ziemlich weg. An organisierte Kettenbildung zur Verhinderung von Prügeln oder gar frühzeitiger Frontbildung wurde nicht gedacht.

Das Polizeikonzept durch massenhafte, willkürliche, aber planvolle Prügel die Demo ein für alle mal vom Zaun wegzufegen ging allerdings weder faktisch noch publizistisch auf.

Kaputtgeprügelter Polizeiknüppel, den ein Zeuge dem Landrat Schuirer überbrachte. Damit soll vor dem WAA-Zaun ein Demonstrant am Kopf getroffen worden sein.

Und die weiteren Aussichten?

Hier müssen wir erst noch einmal festhalten, daß das Verhältnis von Aufwand und Nutzen verhältnismäßig schlecht war. Die Vorbereitungen über ein dreiviertel Jahr hin und die langen Streitereien erst innerhalb der Anti-AKW-Bewegung und dann auch noch mit Vertreter/innen/n der Friedensbewegung verursachten einen unverhältnismäßig hohen Kräfteverschleiß. In dieser Form darf sich die Geschichte nicht wiederholen.

Weiterhin haben wir die September '88 in Berlin stattfindende Tagung des IWF (siehe letze Atom) in unseren Überlegungen mit zu berücksichtigen.

Dagegen kommt der nächste aktuelle Anlaß für größere Aktionen frühestens Frühjahr '88 nach der Fertigstellung des Eingangs-/Zwischenlagers.

Bei aller Kritik an den Aktionstagen waren wir insgesamt der Meinung, Aktionstage als Handlungsform beizubehalten. Allerdings muß die allgemeine Versammlungsfreiheit dafür gewährleistet sein, zumindest für Plena und Informationstreffen. Wir diskutierten verschiedene Vorschläge dazu, ohne auf ein brauchbares Ergebnis zu stoßen.

Wir waren allerdings einig über den Punkt, trotz des Ausnahmezustandes Widerstand zu leisten, der über normale Diskussions- und Informationsarbeit hinausgeht und nicht nur symboligschen Charakter haben darf. Auf der anderen Seite sind militante oder Blockadeaktionen wohl ohne entsprechendes "legales" Begleitprogramm kaum durchzusetzen und auch nicht wünschenswert. Nicht nur in diesem Punkte bewährten sich die vielen Aktionen der diesjährigen Tage.

Hier rückte die Bündnisfrage in den Mittelpunkt. Die Friedensbewegung trägt zwar bestimmte Aktionen mit, bringt aber selber keine militanten Inhalte ein. Einige Stimmen waren daher einem erneuten Bündnis gegenüber skeptisch, andere teiloptimistisch, zumal die Stärke der Anti-AKW-Bewegung alles andere als zufriedenstellend ist. Einig waren wir uns, keine Umarmungspolitik zu machen, auch wenn das IWF-Projekt wohl wieder auf eine engere Zusammenarbeit mit diesem Spektrum hinausläuft. Für zukünftige Aktionstage mit Saft und Power sind zunächst erst einmal die radikalen, entschlossenen bundesweiten Zusammenhänge der Anti-AKW-Bewegung doch erstmal unsere traditionellen Bündnispartner (wir verstehen uns schließlich als ein Teil davon), die die Dinge mit vorbereiten, tragen und organisieren müssen, spätestens zu den Atommülltransporten und auf hoffentlich breitester Basis. Wir werden auch versuchen, die interessierten Teile der Autonomen wieder zurückzugewinnen, wie auch das KB-Spektrum, die beide ebenfalls traditionsgemäß zu unseren politischen Bündnispartnern gehören, obwohl wir erst einmal abwarten werden, wie es sich entwickeln wird. Was den Zeitpunkt für weitere Aktionen anbelangt, so war die Mehrheit von uns der Überzeugung, daß wir uns es nicht leisten können, bis zu den Atommülltransporten mit weiteren größeren Aktionen in der Oberpfalz zu warten, auch wenn die IWF-"Vorbereitungen" sicherlich einen großen Teil der Arbeitskraft gerade vieler AKW-Gegner/innen aufsaugen dürfte.

Es gilt, in der Oberpfalz Kontinuität zu wahren, da anderenfalls keinerlei Grundlage mehr da sein, und vor allem die Oberpfälzer Unterstützung völlig flöten gehen würde, wohlwissend, daß auf allen Ebenen des Widerstandes der Einbruch (WAA) in das Atomprogramm nur durch "Die Oberpfälzer/innen" - selbstinitiativ - gelingen kann, selbstverständlich unter aktiver Teilnahme Auswärtiger.

Schließlich werden wohl auch in anderen Kreisen, wie z.B. SPD und BN etc. Überlegungen angestellt, wie sie sich wieder mehr einbringen können. Da werden wir erst einmal abwarten, ohne die Füße aus der Tür zu nehmen. Eine Großaktion wird es sicherlich geben, in welcher Form auch immer, sei es mit Aktionstagen oder Aktionen mit Demo.

Von uns war allerdings klar, weitere Perspektiven innerhalb der Anti-AKw-Bewegung so weit wie möglich gemeinsam zu entwickeln und die radikalen wie auch bürgerlich-radikalen Teile der Bewegung zum Mitmachen zu bewegen.

Einen Zeitpunkt wollten wir nicht ins Auge fassen, außer daß Ostern (Ostermarsch?) sicherlich zu früh ist.

Ein Bündnis mit Friedensbewegung oder Gewerkschaften würden wir da aber nur unter klarer, harter Wahrung unserer Interessen erwägen, vordringlich bleibt die Rückgewinnung unseres ureigensten Potentials.

Wackers Dorfchronik

4.9.87
Die Polizei hat zu klagen
Nach Angaben der Schwandorfer Polizei sei zwar „die Zeit der großen Zahlen" bei den Protestaktionen vorüber, dennoch könne „man nicht sagen, daß das Interesse oder die Intensität nachgelassen hat". An Wochenenden und Feiertagen komme es immer wieder zu Kundgebungen am Bauzaun, vor allem im Taxöldener Forst. Sorge bereitet den Verteidigern von Recht und Ordnung aber auch die Tendenz, gewisse Aktionen ins Umfeld zu verlagern. Beispiele vom letzten Wochenende: abgerissene Leitplanken, weggerückte Kanaldeckel, Flammen hier und Fackeln da. Im Hinblick auf die Herbstaktionen sollten die Bürgerinitiativen endlich „Nein" zur Gewalt sagen. Zu welcher?

5.9.87
SPD sorgt sich um Wachleute
Ein Bericht über die trostlosen Arbeitsbedingungen der armen (und bewaffneten) WAA-Wachleute hat nach den Gewerkschaften auch die SPD aufgescheucht. Die Wackersdorfer Gemeinderatsfraktion der SPD will sich endlich um Klos und bessere Bezahlung für die Wächter sorgen. Damit sie die Anlage besser bewachen können.

9.9.87
Kein Geld für Öko-Station
Der Bau einer von WAA-Gegnern geplanten Öko-Station verzögert sich, weil für das Sechs-Millionen-Mark-Projekt nicht genügend Geld eingeht. Die InitiatorInnen, die mit der Station nahe dem WAA-Gelände Möglichkeiten alternativer Energiegewinnung demonstrieren wollen, hoffen auf mehr Spenden.

10.9.87
Geld für den Freistaat
600 DM Geldstrafe kostete die Übergabe von 200.000 Unterschriften gegen die WAA an die Münchener Staatskanzlei. WAA-Gegner hatten den Papierberg per Handkarren vorgefahren. Nach Meinung der Staatsanwaltschaft ein „öffentlicher Aufzug ohne Anmeldung".

11.9.87
Akionist vor Gericht
Er war Zirkusdirektor, Clown, Tankschutzfachmann und zuletzt Aktionist in der Oberpfalz. Er warf sich im Taxöldener Forst vor Unimogs, Lastwagen und Minister-Limosinen, um gegen Atomkraft und für Frieden zu demonstrieren. Seine Aktionen waren bunt und phantasievoll, die Antwort des Staates stereotyp: Verfahren wegen Nötigung. Das Urteil für Taten, bei denen nichts und niemand zu Schaden kam: sieben Monate mit Bewährung.

Innere Sicherheit wächst
Anläßlich des Richtfestes für die neue Polizeiwache Weiden verwies Innenminister Lang stolz auf umfangreiche Baumaßnahmen, die der inneren Sicherheit in der Oberpfalz dienten. Im Regierungsbezirk um die WAA seien derzeit 31 Baumaßnahmen mit einem Kostenvolumen von 620 Mill. Mark im Gange. Hierin nicht enthalten seien 200 Mill. für den geplante Neubau einer Kaserne für 800 Bereitschafts-Polizisten in Sulzbach.

Aktion Strommast verboten
Das Landratsamt Schwandorf hat der Jugendorganisation des Bundes Naturschutz untersagt, eine „Aktion Strommast" durchzuführen. Allein diese Bezeichnung im Programmheft eines Jugendlagers reichte für die Verfügung. Gemeint war übrigens das symbolische Aufstellen eines Mastes und die Speisung mit Alternativ-Energie.
Als die BUND-Jugend zwei Tage später trotzdem mit einem kleinen Holz-Mast auf dem Trecker zum Franziskus-Marterl anrollte, wurde er von der Polizei beschlagnahmt. O du heiliger Franz.

14.9.87
Friedensmarsch ein Reinfall
Einige Tausend wurden erwartet zum Olaf-Palme-Friedensmarsch nach Wackersdorf, zu dem Gewerkschafter, DFG etc. aufgerufen hatten. Die Polizei war gut präsent mit 300 Mann. Nicht so die Friedensmarschierer: Ganze 15 liefen mit, knapp 50 nahmen an der Abschlußkundgebung in Wackersdorf teil.

16.9.87
Anti-WAA-Marathon geschafft
1073,5 Kilometer lang war die Strecke, die ein Franz Neuhierl aus der Oberpfalz zwischen Flensburg und Mittenwald in zwölf Tagen zurücklegte. Er hatte den Lauf als Demonstration gegen die WAA angetreten: „Ich wollte im Kampf gegen die WAA ein Zeichen von Kraft und Ausdauer setzen."

17.9.87
Polizei befragt Kinder
WAA-Gegner haben den Vorwurf erhoben, die Polizei habe bei einer Demo am Bauzaun Kinder von den Eltern getrennt und befragt, um einem unbekannten Flaschen-Werfer auf die Spur zu kommen. Antwort des Polizeipräsidiums: Es habe keine Vernehmung von Kindern gegeben. „Wenn allerdings gesagt wird, den Kindern seien von Polizeibeamten Fragen gestellt worden, so ist das natürlich nicht ganz auszuschließen."
Alles klar?

19.9.87
Stromverteiler ausgebrannt
Bei einem Brandanschlag auf eine Stromverteiler-Station, von der aus Strom aufs WAA-Gelände geliefert wird, ist ein Sachschaden von einer Millionen Mark entstanden. Durch Brand und folgende Explosion wurde das Gebäude völlig zerstört. Für Hinweise auf die Täter wurde eine Belohnung von 50.000 Mark ausgesetzt. Diese TäterInnen (Revolutionäre Zellen) begründeten in einem Flugblatt ihre Aktion:
„Wir verstehen diese Aktion als Teil der Sabotagekampagne zur Unterstützung der Aktionswoche gegen die WAA im Oktober: Legale (Massendemonstrationen, Blockaden) und illegale (Sabotage) Aktionen sind ein wichtiger Teil des Widerstandes gegen das Atomprogramm, denn erst die politische Synthese dieser beiden Widerstandsformen wird es ermöglichen, eine Situation zu schaffen, die es den Herrschenden schwierig, wenn nicht sogar unmöglicht macht, ihr Projekt in Ruhe durchzuziehen."
Die Erklärung bezieht sich weiter auf den repressiven Charakter des BRD-Staates (*„Zur Durchsetzung ihrer Militär- und Kapitalstrategien greifen sie auch hier, in der Metropole, immer mehr zu Methoden der Aufstandsbekämpfung, wie sie in der '3. Welt' zur Durchsetzung ihrer Interessen schon lange praktiziert werden.")* und die *„internationale Variante"* des bundesdeutschen Atomprogramms *(„in bezug auf die Herstellung von Plutonium - Bau von Atombomben - Technologietransfer in die '3. Welt'.")*

20.9.87
Feuerwerk am Bauzaun
500 WAA-GegnerInnen folgten nächtens einem Aufruf „Feuerwerk am Bauzaun – schlaflose Nächte für die Bullen". Vereinzelt flogen Böller und Raketen, drei Leute wurden festgenommen, u.a. wegen Tragen eines Nietenarmbandes.

25.9.87
Geldstrafe für „fette Sau"
Aus einem Bericht im „Neuen Tag":
Vor jetzt genau einem Jahr verlor der 44jährige Kaufmann Udo P. (Name geändert) bei einer polizeilichen Identitätsfeststellung im Inneren des WAA-Geländes die Nerven: Er zeigte dem mit einer Videokamera ausgestatteten Polizisten sein nacktes Gesäß, hob die Hand zum Hitlergruß und äußerte schließlich wörtlich: „Alles wegen dieser fetten Sau Franz Josef Strauß, die die Umwelt kaputtmacht." Ein halbes Jahr später ließ der bayerische Ministerpräsident Strafanzeige stellen. Gestern nun verurteilte das Amtsgericht Schwandof den als Fleischgroßhändler und Atomgegner bekannten Angeklagten zu einer Geldstrafe von 5.700 Mark.

27.9.87
Brandanschlag auf Betonwerk
Auf ein neben dem WAA-Gelände gelegenes Betonwerk (Huber) ist ein Brandanschlag verübt worden, der 300.000 DM Sachschaden anrichtete. Das Werk ist neu errichtet worden, hat aber angeblich keine Geschäftsbeziehungen zur WAA. Wieder mal wurden 50.000 Mark zur Ergreifung der Täter ausgesetzt.
Bemerkenswert ist dabei, daß zum Zeitpunkt des Anschlags – 17 Uhr – rund 100 Leute vor dem Werk versammelt waren, darunter auch ältere Leute. Die Staatsanwaltschaft erklärte, es sei „in höchstem Maße besorgniserregend, wenn Verbrecher aus einer Menschenansammlung heraus ungestört agieren könnten und wenn noch dazu Regenschirme aufgespannt würden, um deren Inkognito zu schützen." Auch seien mit Krähenfüßen und dergleichen das Anrücken der Löschfahrzeuge behindert worden.

29.9.87
Vermummt im Schnee
Weil er mittels Pudelmütze und Schal vermummt gewesen sein soll, wurde ein 19jähriger Malerlehrling wegen Landfriedensbruchs angeklagt. Allerdings war er bei der Festnahme bei einer Weihnachtsdemo 1986 ein gutes Stück weit weg von Steinewerfern und anderen Missetätern. Für Mütze und Schal hatte er eine plausible Erklärung: die Kälte. Verfahren eingestellt.

30.9.87
DWK-Gutachten manipuliert?
Das Gutachten der DWK zur hydrologischen Situation unter dem WAA-Gelände ist von Experten mehrfach kritisiert worden. Die BI Neunburg hat jetzt Unterlagen vorgelegt, die den Verdacht der Manipulation erhärten.
Die BI stützt sich dabei auf einen Vorgang aus dem Jahre 1983. Damals war das Ingenieur-Geologische Institut Niedermeyer mit einem Gutachten zur WAA beauftragt worden. Dieses Institut durfte aber nur Unterlagen verwenden, die von der DWK abgesegnet waren. Als das Institut weitere Daten anforderte, beschied ihnen die DWK, erstmal das Gutachten zu erstellen, danach werde entschieden, ob weitere Unterlagen zur Verfügung gestellt würden. Mit anderen Worten: Die DWK war auf ein bestimmtes Ergebnis aus, nicht auf eine genaue Untersuchung. Das Institut gab daraufhin den Auftrag zurück. Nach Ansicht der WAA-Gegner paßt dieses Vorgehen zur Absicht der DWK und der bay. Landesregierung, unter allen Umständen den Standort Wackersdorf abzusegnen. Dafür würden wichtige Unterlagen, wie auch Protokolle von Probebohrungen, zurückgehalten.

WAA gefährdet Grundwasser
Neue Bohrungen des Geologischen Landesamtes, die eigentlich nur zur Erstellung geologischer Karten durchgeführt wurden, erhärten nach Meinung der Bürgerinitiativen den Verdacht, daß die WAA das Grundwasser gefährden werde. Entsprechend der Ansicht von Prof. Rutte, der das hydrologische Gutachten der DWK kritisiert hatte, existierten unter dem Baugelände Schichtverwerfungen, die dazu führten, daß die wasserabweisende Schicht nicht durchgehend sei. Damit sei bei Grundwasserverunreinigungen auch die Bodenwöhrer Senke, das größte Trinkwassergebiet der Oberpfalz, betroffen. Der Bau der WAA an diesem Standort verstoße damit gegen das Wasserhaushalt- und das Atomgesetz.

6.10.87
Gauweiler und die RAF
Gauweiler hat bekanntgegeben, daß die Belohnung zur Aufklärung der beiden Brandanschläge im September auf 150.000 Mark heraufgesetzt worden sei. Gleichzeitig sprach das Landeskriminalamt von Erkenntnissen, daß die RAF Aktionen in und um Wakkersdorf durchführen wolle. Der militante Widerstand dort diene ohnehin terroristischen Zielen. Deshalb brauche man für die anstehenden Aktionstage 5000 Polizisten, um die Lage unter Kontrolle zu halten, die RAF abzuschrecken, den inneren Frieden zu sichern und den Planet Erde in seiner Umlaufbahn zu erhalten.

taz 6.11.

Schußwaffengebrauch angedroht

Schwandorf (taz) — Eine neue Qualität haben Polizeieinsätze gegen WAA-Gegner in Wackersdorf bekommen. Wie erst jetzt bekannt wurde, haben am Samstag sechs bis acht Bereitschaftspolizisten bei einem Nachtspaziergang von WAA-Gegnern zum Bauzaun versucht, eine Gruppe von etwa 40 Demonstranten mit gezogener Pistole zu stellen. Nach der Flucht der WAA-Gegner drohten sie — nach deren Schilderungen — auch den Gebrauch der Schußwaffe mit den Worten „Halt, stehenbleiben, oder ich schieße" an. Die Polizei nahm insgesamt zwei Männer und zwei Frauen fest.

8. - 10.10.87
Herbstaktionen gegen die WAA
Darüber hat atom auf den vorderen Seiten ausführlich berichtet.
Es wurde jedenfalls massenhaft mobilisiert, demonstriert, blockiert, protestiert, observiert, inhaftiert, registriert, schikaniert und malträtiert.
40.000 Teilnehmer hatten Aktionstage und Demo. Insgesamt wurden über 100 Demonstranten verletzt, 37 davon mußten ins Krankenhaus. Nach Angaben der Polizei wurden 24 Polizisten verletzt, die Polizei-Einsätze hätten 2,8 Mill. Mark gekostet.

Die Revolutionären Zellen verfassen eine Erklärung zu einem Anschlag am 10.10., in dem es heißt:
„Parallel zu den Aktionstagen in Wackersdorf und der Großdemonstration ist die Umspannstation Schönauer Hof von uns zerstört worden. Damit haben wir die Atomstromversorgung der RWE unterbrochen. Unsere Aktion ist ein Beitrag zur Sabotagekampagne gegen die WAA... Angriffe auf die Infrastruktur der AKW-Betreiber und der Firmen, die daran verdienen, wie z.B. Hoch-Tief oder der Elktrokonzern RWE, zeigen nicht nur den hohen Grad der Kapitalverflechtung auf, sondern auch ihre Angreifbarkeit."
Die Erklärung verweist auf die Rolle der RWE im Atomprogramm und in der *„immer offener werdenden Nuklearstrategie des imperialistischen Gesamtsystems"*. Außerdem werden Haftverbesserungen / Freiheit für alle politischen Gefangenen gefordert.

Eine autonome Zelle „Alois Sonnleitner" bekennt sich zum Sprengsatz-Anschlag am 14.10. auf den Westberliner SEK-Leiter Martin Textor, *„aus Wut über die brutalen Einsätze Westberliner Sondereinsatzbullen in Wackersdorf... Das SEK ist ebenso wie die in Wackersdrof eingesetzt EbLT (Einheit für besondere lagen und einsatzbezogenes Training) wesentlicher Teil polizeilicher Widerstandsbekämpfung. Während der EbLT, gebildet nach dem Kreuzberger 1. Mai, die alleinige Aufgabe zukommt, Massenproteste auf der Straße zu zerschlagen, soll das SEK u.a. nicht nur gegen militante Demos, (zuletzt Reagan-Demo), sondern auch gegen die Guerilla vorgehen."*

Der brutale Einsatz der Berliner Polizeitruppe führt zu diversen politischen Auseinandersetzungen auf allen möglichen Schauplätzen: dem bayerischen Landtag, wo SPD und Grüne gegen die „preußischen Truppen" wettern und Innenminister Lang alles rechtens und bestens findet, bei der Gewerkschaft der Polizei, die über die Kritik von SPD und Grünen empört ist, im Berliner Senat, wo Innensenator Kewenig von nichts was weiß, bei der Staatsanwaltschaft, die ermitteln will, aber nicht weiß, wogegen, und bei amnesty international, das von den Bürgerinitiativen angerufen wird. Nach einem Bericht des Berliner Tagesspiegel erwägt man bei der Berliner Polizei, die eingesetzten Beamten zu belobigen und vorzeitig zu befördern. Zack.

20.10.87
Neuverhandeln über WAA
Das Bundesverwaltungsgericht in Berlin hat nun doch Revision gegen die Zurückweisung eines Antrags auf WAA-Baustopp zugelassen. Der Bayerische Verwaltungsgerichshof hatte einen Baustopp-Antrag von

WAA-Gegnern abgewiesen und keine Revision zugelassen. Nach Ansicht der Kläger müsse nun der Bau des Brennelemente-Eingangslagers (das zur Zeit ohne atomrechtliche Grundlage errichtet wird) eingestellt werden. Die DWK sieht das nicht so.
Bis das Bundesverwaltungsgericht nun in der Sache entscheidet, werden Monate vergehen.
Derweil hat ein grüner Landtagsabgeordneter bei einem Besuch auf dem WAA-Gelände eine „riesige Baugrube" in jenem Bereich geortet, wo später das (noch nicht genehmigte) Hauptprozeßgebäude entstehen soll. Das wäre juristisch nun wirklich ein Ding. Laut Umweltministerium handelt es sich dabei lediglich um „Erdbewegungen im Rahmen der Geländeangleichung". Und laut DWK um ein „Regenrückhaltebecken".
Nachdem klar wurde, daß für ein Regerückhaltebecken auch eine spezielle Genehmigung erforderlich wäre, zog die DWK diese Erklärung zurück und schloß sich der Deutung des Umweltministeriums an. Münchhausen läßt grüßen.

21.10.87
20 Millionen für die Oberpfalz
Einen Extrazuschlag von 60 Millionen Mark hat die bayerische Landesregierung der von WAA und Maxhütten-Konkurs gebeutelten Region Oberpfalz zugesprochen. Es geht vor allem um Sozialpläne und Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen. Ein netter Köder.

28.10.87
Neue Wachmannschaft
Nach heftiger Kritik von ÖTV und SPD an Arbeitsbedingungen der WAA-Wachleute hat die DWK den Vertrag mit der Wachfirma Ratisbona aufgelöst und ist einen neuen Vertrag mit einem anderen Privatunternehmen eingegangen. Unklar ist, ob sich das auf die Bewaffnung der Wachleute auswirken wird. Bislang haben sie sich „nur" mit Revolvern begnügt, obwohl Gewehre möglich wären.

29.10.87
Freispruch für WAA-Gegner
Nach dem Motto „Man fängt sie est, dann weist man nach" (so der Verteidiger) war ein 20jähriger Wackersdorfer bei einer Demo im Juni 86 von Polizisten aufgegriffen und später wegen Steinewerfens (Landfriedensbruch und versuchte gefährliche Körperverletzung) vor Gericht gestellt worden. Einziges Indiz: Der Steinewerfer war schwarz und mit Motorradmütze gekleidet, der Angeklagte damals auch. Allerdings gab es noch zig andere, die genauso angezogen waren. Dennoch ermittelte die Staatsanwaltschaft zäh, um dem 20jährigen was nachweisen zu können und sah noch vor Gericht die Vorwürfe als erweisen an. Das Gericht stand vor der Entscheidung, sich restlos zu blamieren oder freizusprechen. Es wählte den Freispruch.

Atommüllkonferenz

Braunschweig, 13.-15. Nov. '87

Unterm Strich gelungen — so läßt sich das Ergebnis des Experimentes einer gemeinsamen Konferenz von alten AKW-Inis und Nach-Tschernobyl-Gruppen zusammenfassen.
Anders als in Kassel vor ca. einem halben Jahr, wo die beiden Strömungen zwar an einem Ort, aber noch weitgehend getrennt tagten, wurden diesmal nahezu alle Arbeitsgruppen und Teile der Plenen in gemischter Besetzung durchgeführt. Mit ca. 300 EilnehmerInnen aus über 60 Gruppen, je zur Hälfte aus der alten und neuen Bewegung, machte sich die gute Konfernzvorbereitung der Braunschweiger bemerkbar.
Anders als in den Arbeitsgruppen, wo die politischen Widersprüche z.T. quer zu den beiden Bewegungen liefen, zeigte sich in den teilweise getrennt tagenden Abschluplenen Berührungsängste, als es um die Frage einer völligen Zusammenlegung beider Konferenzen für die Zukunft ging.
Im Plenum der Nach-Tschernobyl-Gruppen erhielt die Aussage viel Beifall, daß die neuen Gruppen sich die *„ganzheitliche Sciht"* der Dinge erhalten sollten. Gewünscht wurde, daß die alte Bewegung auch wegkäme von der rein politischen Bewegung und hin zu einer Einbeziehung psychologischer Aspekte — jenseits dessen, daß von der traditionellen Anti-AKW-Bewegung viele Anstöße auch für die neuen Gruppen kämen, genannt wurde die zivilitärische Bedeutung des Atomprogramms.
In den Reihen der Atommüllkonferenz wurde aus der Einschätzung größerer politischer Widersprüche zwischen alten und neuen Gruppen mehrheitlich dafür plädiert, sich eine teilweise seperate Durchführung der Konferenzen offen zu halten nach dem jetzt in Braunschweig praktizierten Modell.
Die prognostizierten Widersprüche brachen dann an einer auf dem Abschlußplenum vorgelegten Resolution zu den Ereignissen an der Startbahn auf, die anders als das dokumentierte interne Diskussionspapier an die Presse gehen sollte. Von den anwesenden TeilnehmerInnen der Atommüllkonferenz wurde sie mehrheitlich aus formalen Gründen abgelehnt (die Punkte sollten vereinbarungsgemäß auf der Pressekonferenz mündlich vorgetragen werden, die schriftliche Fassung war nicht diskutiert), inhaltlich jedoch als richtig bezeichnet.
In dieser Resolution wird der Schußwaffengebrauch als Mittel politischer Auseinandersetzung auf Demonstrationen verurteilt, die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen jedoch auf die interne Debatte beschränkt. Betont wird neben dem Recht auf Anonymität (contra Vermummungsverbot), daß die Anti-AKW-Bewegung auch weiterhin die Formen ihres Widerstandes selbst bestimmen werde und staatliche Anordnungen wie Demonstrationsverbot auch künftig ignorieren werde, wenn es ihr sinnvoll erscheine.
Grundlage der Ablehnung dieser Resolution bei den neuen Gruppen war neben der Weigerung, einen abseitigen politischen Gegenstand wie Startbahn zu diskutieren, eine Passage, die sich gegen die Ausgrenzung der Autonomen wendet und die Betonung einer künftigen Zusammenarbeit mit autonomen Gruppen auf der Grundlage gemeinsamer verbindlicher Absprachen. Von den „Eltern für unbelastete Nahrung" wurde hier beispw. eingewandt, sie könnten keine Erklärung für eine Zusammenarbeit mit Autonomen unterschreiben, da sie dann fürchten müßten, daß ein Teil der Eltern sich von ihnen abwende.

Einigen konnten sich alte und neue Bewegung auf einen bundesweiten „Ab-Schalttag" am 29.2.1988 und gemeinsame Aktionen zum 2. Tschernobyl-Jahrestag (siehe Arbeitsgruppen-Berichte).

Auch im nächsten Jahr sollen gemeinsame Konferenzen stattfinden, die nächste wird allerdings „nur" eine Atommüllkonferenz sein, die Ende Januar/Anfang Februar vermutlich in Mülheim-Kärlich stattfindet. Näheres dazu sowie Protokolle beim

Umweltzentrum Münster, Scharnhorststr. 57, 4400 Münster, Tel.: 0251/521112

AG Selbstverständnis (der nach Tschernobyl-Initiativen)

Folgende TeilnehmerInnen waren an unserer Arbeitsgruppe beteiligt: Neuwied, Hanau, Detmold, Emden, Würzburg, Berlin-Spandau, Kiel, Terres des hommes Braunschweig, Braunschweig.
Bei der Vorstellung der Arbeit wurde über ortsspezifische Bedingungen der Anti-AKW-Arbeit, durchgeführte Aktionen und das Problem des

„Mitgliederschwundes", das bis auf Kiel alle betrifft, berichtet.
Für die Arbeit innerhalb der Gruppe ist wichtig, daß man sich über realisierbare Ziele einig ist, daß die inhaltliche Arbeit nicht in Aktionen untergeht, und die Erwartung über kurzfristige Erfolge nicht zu hoch sein darf, damit auch mögliche Fehlschläge die Gruppe nicht kaputt machen. Es wurde die Frage aufgeworfen; ob Maßnahmen durchgeführt werden, um viele Menschen zu erreichen, und/oder, ob sie der eigenen geistigen Weiterentwicklung oder der der Gruppe dienen. Wir meinen, erfolgreich kann man nur sein, wenn man positiv überzeugt und motiviert ist.
In der Gruppe wurden verschiedene Vorgehensweisen bei Aktionen aufgezeigt:
— Große Aktionen, die sich direkt an die Politiker, Industrie... wenden (z.B. Kiel: Luftüberwachungsgerät um Brokdorf, AGUS: Überwachung rund um Mühlheim-Kärlich).
— Demonstrationen mit dem Risiko, der von staatlicher Seite provozierten Gewalt (Gorleben, Wackersdorf, Kaiseresch).
— Bewußtseinsbildung der Bevölkerung durch die tägliche Arbeit vor Ort im Alltag (Anfragen in den Läden, Flugblattverteilen...), wobei nicht nur die Probleme aufgezeigt, sondern auch alternative Handlungsweisen (Ernährung, Hinweis auf Meßstellen) aufgezeigt werden.
Die Frage der Gewalt wurde von mehreren Seiten diskutiert. Es wurde dabei deutlich, daß oft die Gewalt von außen aufgezwungen wird (z.B. Medien manipulieren das Meinungsbild über die Auslösung und die Betroffenen Gewalt). Es ergab sich im Gespräch, daß die verschiedenen Gruppen unterschiedliche Meinung zur Gewalt haben, sich bis zu einer bestimmten Grenze aber tolerieren.
Die Anregung der Oldenburger Gruppe den Schalttag 29.2.88 zum Ab-Schalttag zu erklären, wurde aufgegriffen und soll als Vorschlag in den jeweiligen Gruppen gebracht werden (wer will der kann)
Für den Tschernobyljahrestag streben wir bundesweite Aktionen an (Themen z.B. Atommülltransporte, EG-Grenzwerte).
Abschließend wurde festgestellt, daß Toleranz und Akzeptanz unter den Gruppen vorhanden sein muß, um auf verschiedenen Wegen das gemeinsame Ziel zu verwirklichen.

AG Alte/Neue Initiativen

Die Gruppe ALT/NEU besteht seit dem Treffen der Atommüllkonferenz bzw. der Nach-Tschernobyl-Initiativen im Mai 87 in Kassel. Sie war zu dem Zeitpunkt die einzige gemeinsame AG beider Spektren der Anti-AKW-Bewegung. Neben dem Erfahrungsaustausch zwischen den Aktiven der traditionellen und neuen Anti-Atom-Initiativen wurde die Diskussion auch auf der Atommüllkonferenz in Lingen im September fortgesetzt, um die Möglichkeiten (und Grenzen) einer stärkeren Vernetzung bzw. Zusammenarbeit auszuloten. Als ein konkretes Projekt wurde eine Aktionswoche zum Tschernobyl-Jahrestag 1988 vorgeschlagen.

In Braunschweig umfaßte diese AG 30 TeilnehmerInnen aus 26 BIs und Inis. Nach einer Vorstellungsrunde wurde ich gebeten, noch einmal knapp die Argumente zu umreißen, die meinem Artikel in der tageszeitung vom 11.11. zugrundlagen: die säuberliche Trennung der traditionellen und neuen Inis halte ich für politisch unklug, denn nur das gegenseitige Kennenlernen der verschiedenen Arbeitsschwerpunkte und der Meiungsaustausch über die Vorstellungen, wie wir unserem gemeinsamen Ziel "Stillegung der AKWs" näherkommen können, bereitet der Atomlobby Kopfschmerzen. Wenn für die "Neuen" Blockaden von Atommülltransporten, Aktionen gegen die WAA oder unglaubliche Vorgänge beim Bau des Endlagers in Gorleben bisher kein Thema waren, wenn für die "Alten' die Bereiche Ernährung, Verdrängung und Katastrophenschutzpläne herausfielen, dann ist der gegenseitige Austausch mehr als überfällig.
In dieser AG wurde rasch klar, daß Akzeptanz und Toleranz gegenüber Andersdenkenden gegeben waren. Im Mittelpunkt stand das Bemühen, für 1988 mit einer gemeinsamen Aktionswoche ein Zeichen zu setzen. Zunächst gaben die TeilnehmerInnen einen Bericht, was am 1. Jahrestag an ihrem Wohnort an Aktionen und Aufklärungsarbeit geleistet wurde. Dabei wurde zweierlei deutlich: wir brauchen für die Zukunft mehr als Aktionsbörsen auf den Konferenzen. Wichtig erschien uns auch eine Dokumentation dessen, was wir auf die Beine stellen, denn nachzulesen war das, was da alles an Groß- und Kleinstdemonstrationen, an phantasievollen Nadelstichen und und und stattfand, nirgendwo (auch nicht in der ATOM).

In der Diskussion kristallisierte sich dann allmählich heraus, daß eine Aktionswoche 1988 Gefahr laufen könnte, den Warenhauskatalog der alten/neuen Anti-AKW-Bewegung zu präsentieren und außerdem zu einer reinen Memory-Veranstaltung zu werden. D.h. die Problematik von Gedenktagen ist uns sehr wohl deutlich vor Augen, deshalb haben wir nach Ansätzen gesucht, wie wir über den reinen Gedenkcharakter hinauskommen können. Die Themenschwerpunkte sind eine Art Kompromiß zwischen der Erinnerung an die Reaktorkatastrophe (und die Folgen), sie erneuern unsere politische Forderung (Stillegung) und weisen auf zukünftige bedrohliche Entwicklungen hin (Plutoniumwirtschaft und militärische Interessen). Mehr oder weniger konkret schebt uns folgendes Vorgehen vor:

1. Die Idee, den 29. Februar 1988 als "Abschaltag" zu deklarieren, haben wir aufgegriffen. Wir wollen dafür ein Flugblatt machen, das massenhaft verteilt wird. Seite 1 enthält Argumente in Richtung "Es ist nötig! Es ist möglich!", Seite 2 bleibt frei für die spezifischen regionalen Nachrichten einer BI oder Ini. Themenschwerpunkte sind neben der zentralen Forderung Energiesparen, Energiewirtschaftsgesetz, wie halten wir's mit den Zukunfsttechnologien (Wasserstoff/Solartechnik) contra Alternativenergie.

2. Der 26.4. steht unter dem zentralen Motto "Stillegung aller Atomanlagen". Thematisiert werden schwerpunktmäßig "Verdrängung der Angst", Strahlen"schutz"vorsorgegesetz, Katastrophen"schutz" etc. Angerissen wurde hier bereits, wie groß die Palette möglicher Aktionen sein könnte: zwischen Infotischen und Veranstaltungen, Si-

mulation des Haarausfalls, Besuch der Verantwortlichen in den Behörden (der 26.4. ist ein Dienstag).

3. In dieser Woche vom 25.4. bis 1.5. (heraus zur 1. Mai Demonstration) wollen wir dann den dritten Schwerpunkt zu einem beliebig wählbaren Zeitpunkt thematisieren. Das Thema "Atomprogramm und Bombe" schien uns erstens politisch dringlich, weil im Zuge der Verhandlungen der beiden Supermächte über den Abbau der Mittelstreckenraketen die Achse Bonn-Paris mit ihren eigenen zivilitärischen Ambitionen sich abzeichnet. Außerdem geht es auch um den Export der Atomtechnologie in Länder der sog. 3. Welt mit dem Hintergrund, daß diese Länder das know-how für die Atombombe auf diese Weise einkaufen. Für die Anti-AKW-Bewegung wären in diesem Zusammenhang auch Bündnismöglichkeiten mit (Teilen) der Friedensbewegung zu erörtern.

Praktisches Vorgehen:

Vorschläge, Kritik, Ideen werden auf der nächsten Standorte-/Atommüllkonferenz erörtert. Die AG ALT/NEU setzt dort ihre Arbeit fort. Ort und Zeit stehen noch nicht fest (voraussichtlich Mülheim-Kärlich Ende Januar oder Anfang Februar).

Ein Flugblatt-Entwurf für den 1. Aktionsschwerpunkt (Abschaltung) und ein Plakatentwurf werden dann vorliegen. Alle Anregungen koordiniert bis dahin W. Ehmke (Anschrift: Otzenstr. 25, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-4398475).

Die TeilnehmerInnen der AG werden direkt angeschrieben, Thesenpapiere und Flugblattentwürfe über die Rundbriefe der beiden Spektren bekannt gemacht.

Weitere Aktionen und Veranstaltungen, die wir unterstützen und die zeitgleich stattfinden sind:

○ Der Kreuzweg von Wackersdorf nach Gorleben - Eine Idee, die auf dem Kirchentag 1987 vorgestellt wurde, getragen von kirchlichen und Umweltschutzgruppen.
Zeit: 28.3.-Anfang Juni
Kontakt: Christian Gohde, Johannisstr. 12, 2121 Dahlenburg, Tel. 05851-1297381

○Atomwirtschaft contra Umwelt und Menschenrechte - Die Opfer der Urangeschäfte
Zeit: 4.-30.4.88
Kontakt: Gesellschaft für bedrohte Völker und BUND, Regionalgruppe Freiburg, Am Altberg 4, 7801 Au/ Erbprinzenstr. 18, 7800 Freiburg

Wolfgang Ehmke

AG Entsorgung

TeilnehmerInnen aus Lüchow-Dannenberg, Duisburg, Bielefeld, Lüneburg, Braunschweig (Grüne, Greenpeace, AK), Hannover, Nürnberg.

Eine einführende Übersicht über die in bundesdeutschen AKW's produzierten Atommüllmengen und -kategorien machte einmal mehr deutlich, daß den Betreibern der Atommüll *„eigentlich"* bis zum Hals steht. Allerdings sagen wir das seit Anfang der 80er Jahre, ohne das ein AKW deshalb schon mal ernsthaft in Schwierigkeiten gekommen sei.

Bisher gelingt es den Betreibern durch Flicken (Verdopplung der Liefermenge nach Frankreich und Groß-Britanien; Transport von abgebrannten Brennelementen von AKW's, die schon länger laufen, in AKW's, die neu angelaufen sind und noch große Kompaktlagerkapazitäten frei haben, usw.), den formalen Entsorgungsnachweis zu führen, ohne aber auch nur ihr eigenes Konzept einhalten zu können. Quantitativ die größten Mengen und Schwierigkeiten macht derzeit allerdings der nicht *„heiße"* Atommüll, d.h. die juristische Entscheidung über das Zwischenlager in Gorleben ist kurzfristig und mittelfristig die Realisierung von Schacht KONRAD von entscheidender Bedeutung.

Diskutiert wurde deshalb der Vorschlag, gemeinsamer Anstrengungen aller Entsorgungsstandorte (ganz wichtig dabei auch die Kompaktlager), endlich wieder einen „Sorgenbericht" zusammenzustellen). (...) Klar war, daß das Erscheinen des Berichtes mit Aktivitäten begleitet werden muß: Verstellung zeitnah zum Entsorgungsbericht der Bundesregierung in Bonn und an den Standorten, Informationsveranstaltungen, Aktionen an den Standorten.

Konkret ist für 1988 mit einer erheblichen Zunahme von Atommülltransporten zu rechnen, weil die Betreiber den Müll zunehmend verschieben müssen, ohne ihn endgültig lagern zu können. Mit der juristischen Genehmigung des Castorlagers in Gorleben (für Frühjar erwartet) ist zügig mit Castortransporten zu rechnen: eher wahrscheinlich schon mit Faßtransporten, örtlich werden Aktionen stattfinden, aber zu größeren Behinderungsaktionen wird aus dem Wendland nur dann aufgerufen werden, wenn klar ist, daß sie auch aus anderen Städten mitgetragen werden. (...)

(Anmerk.: atom: leicht gekürzt)

AG zivilmilitärische Atomenergie

TeilnehmerInnen: Energiewendegruppe Hannover, BUF-Trägerkreis, Anti-Atom-Plenum Köln, Anti-Atomforum Bonn, Anti-Atom-Plenum München, Robin Wood München, Anti-AKW-Ini Bielefeld, Mütter gegen Atomkraft Nürnberg, Einzelkämpferin aus Bochum, BI Koblenz.

In einem Rückblick wurde die durchgänge Tendenz der BRD-Bestrebungen auf Verfügungsgewalt über eigene Atomwaffen als wesentliche Triebfeder des Atomprogramms deutlich gemacht.

Für den zivilitärischen Zusammenhang des Atomprogramms wurde festgestellt: es gibt eine systematische Tabuisierung dieses Themas in der öffentlichen Diskussion der BRD, im Gegensatz zu den USA und europäischen Ländern, wo die Atommachtbestrebnungen der BRD offener diskutiert werden. Auch in der Anti-AKW-Bewegung hat diese Diskussion noch einen zu geringen Stellenwert.

In der anschließenden Perspektivdiskussion wurde betont, daß wir angesichts der militärischen Motivation des BRD-Atomprogramms, einen stärkeren Realismus bzgl. der Möglichkeit (zeitlich) der Durchsetzung der Stillegung entwickeln müssen. In vielen Bereichen zeichnet sich die Anti-AKW-Bewegung heute durch eine Nicht-Anerkennung / Diskussion ihrer Krisenlage aus. Eine realistische Einschätzung der Widerstände macht einen langen Atem erforderlich. Bisherige Aktivitäten / Aktionsformen sollten in diesem Zusammenhang (militärische Motivation des Atomprogramms neu diskutiert werden, um ein perspektivloses — Abstrampeln und — als Folge, den totalen Frust — zu reduzieren.

Als eine Erkenntnis aus der jetzigen Krise kann ohne Rechthaberei festgestellt werden, daß weder eine Steigerung von Militanz, noch die Bemühung um die totale Bürgernähe für sich zum

Ziel führten — Nur mit Gefühl und Angst geht es auch nicht weiter. Gerade heute muß in der Anti-AKW-Bewegung eine politische Perspektive entwickelt werden. Als eine mögliche Vorgehensweise bzg. der zivil- militärischen Atomprogramms wurde der Vorschlag **„Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz (GG)"** angesehen. Es geht hierbei nicht um die Hoffnung, daß eine solche Klausel im GG die herrschende Politik verändern würde, sondern es geht um eine breite Debatte über dieses Thema.

Diskussionsvorschlag an die Gruppen:
1. Wir halten diese Forderung für richtig
— weil es eine energiepolitische Rechtfertigung für den Ausbau der Plutoniumindustrie in Wackersdorf, Kalkar oder Hanau nicht gibt, sondern die militärischen Motive überwiegen.
— weil im Rahmen der französich-deutschen oder westeuropäischen Militärkooperation immer deutlicher die Gefahr eines nuklearen Mitverfügungsgewalt der BRD (Beispiel: französische Neutronenwaffe) in die Diskussion gebracht wird.
— weil sich schon im Sommer 1987 die BRD hinsichtlich der Pershing 1A Rakten die „Drittstaaten-These", d.h. *„den Anspruch auf Gleichbehandlung mit den Drittstaaten"* (Atomwaffenstaaten) England und Frankreich zu eigen gemacht hat.
— weil der Atomwaffensperrvertrag, der innerhalb der Regierungsparteien immer umstritten war, 1995 ausläuft. Gerade weil sowohl Regierungsparteien als auch große Teile der SPD die nukleare Option für die BRD offen halten wollen, oder direkt ansteuern, wird dieser Grundgesetz-Änderungsantrag bei diesen auf scharfe Widerstände stoßen.
2. Wir sind gespannt auf die Argumente, mit denen die Atomparteien die Ablehnung dieser Initiative begründen wollen und sehen in Zusammenhang damit eine Chance, die militärische Dimension der Atomenergie im öffentlichen Bewußtsein zu etablieren, das Problembewußtsein hierüber innerhalb der Anti-AKW-Bewegung zu schärfen und eine Zusammenarbeit mit örtlichen Frieden- und Anti-Kriegsinitiativen zu entwickeln.
3. Wir fordern deshalb die Initiativen gegen Atom-energie auf, sich mit dieser Forderung auseinanderzusetzen.

Materialienbestellung:zur Forderung „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" an: P. Güntermann, Scheidener Str. 5, 5000 Köln 41, 0221/441475.

(Text leicht gekürzt, Anm. atom)

Standort — Konferenz / Stillegung

Anwesend waren VertreterInnen aus folgen Inis/Städten:
Bremen, Darmstadt/Biblis, Wendland, Neuwied, Mühlheim-Kärlich, Würgassen, Hamm, Grafenrheinfelt, Grohnde, Schacht Konrad, Brokdorf/Hamburg.

Top 1. Atomarbeiter
Es wurde über Details über die Schmiergeldaffaire im Zusammenhang mit der Firma Transnuklear berichtet. Dabei hat die PreAG bestimmten Firmen Gelder nicht bezahlt. Aufgrund dessen verbreiteten Mitarbeiter dieser Firmen Informationen. Außer bei der Aufdeckung von solchen Skandalen gibt es noch andere Informationsquellen:
— Es gibt Erfahrungen, daß Arbeiter, die vorher in AKW's oder Fremdfirmen gearbeitet haben, mit Gewissenskonflikten ausgeschieden sind. Sie sind jetzt bereit, über ihre vorherige Arbeit zu berichten.
— Man/frau sollte die Ohren offen halten, wenn Arbeiter, Faherer, Hilfsarbeiter etc. in Kneipen, bei Bekannten usw. erzählen.
— Zusammenarbeit mit Betriebsräten bzw. Gewerkschaftn in Bezug auf arbeitsbedingte Gesundheitsschäden.
— Ansatzpunkte sind die Sicherheitsüberprüfungen bei einer Einstellung ins AKW, zu denen es bundeszentrale Vorschriften gibt und die Angst der Arbeiter vor einem möglichen Schießbefehl der Wachmannschaften ausgerechnet in ihrem AKW.
Probleme:
— Überprüfung des Wahrheitsgehaltes bei anonymen Hinweisen.
— Verfälschungen bei Information über Dritte.
Günstig zur eigenen Absicherung sind 2 voneinander unabhängige Informationsquellen und ein Plausibilitätstest, ob der Hinweis techn. überhaupt möglich ist.

Top 2. Technische Vorfälle:
Wichtig ist eine kontinuierliche Betriebsüberwachung, um durch fundiertes Wissen über den Betriebsablauf und Störfälle das Image des AKW's in der Öffentlichkeit immer mehr zu verschlechtern. Bei einem größeren Störfall ist die Akzeptanz der Bevölkerung für das AKW dann günstigenfalls nicht mehr gewährleistet. Es wurde diskutiert sich bei der Stillegungskampagne auf ein bestimmtes AKW zu konzentrieren. Falls dies vorteilhaft erscheint, sollte nicht argumentiert werden, daß andere AKW's besser sind, sondern daß über dieses AKW am meisten bekannt ist, und somit am meisten angreifbar ist.

Top 3. Juristisches:
Beispiel Stade: Klage. Haupteinwand: Versprödung (z.B. der Schweißnähte), die nicht mehr nachbesserbar sind, sodaß die Voraussetzung für die Genehmigung wegfällt (§ 3 AG). Die Voraussetzung für eine Klage lt. § 17 Abs. 5 AG für die AKW-AnwohnerInnen ist das Vorhandensein einer erheblichen Gefährdung, die jedoch weder technisch noch juristisch definiert ist. Ein Urteil zugunsten der Kläger wäre eine Grundsatzentscheidung.
Beispiel Würgassen: Klage. Hier wird gefordert, die Restrisikofrage erneut zu überdenken. Bisher wurde das Restrsiko immer als nicht realistisch dargestellt, doch nach Tschernobyl ist es zu einer Realität geworden.

Top 4. Umgebungsüberwachung:
Positive Berichterstattung aus Grohnde, Mühlheim-Kärlich und Hamm. Die Betreuung von Meß- und Wetterstationen ist arbeitsintensiv und oft frustrierend. Dies ist wohl ein Grund, warum die Umgebungsüberwachung in Biblis gescheitert ist.

Top 5. Perspektiven / Organisation:
Die Stillegung der laufenden Anlagen muß Schwerpunkt der gesamten Bewegung werden! Weg von den Bauzäunen, ran an die laufenden AKW's, denn mehr AKW's sind für die BRD künftig nicht mehr geplant. (der Sätzer äußert sein Unverständnis!?)
Als Konsequenz ergibt sich die Einrichtung einer eigenen **Standortekonferenz**, die vierteljährlich tagen soll. Es werden kontinuierlich Arbeitsgruppen eingerichtet, die federführend betreut werden sollen: Atomarbeiter (...), Juristisches (Peter, Würgassen), Betriebsüberwachung (Michael, Darmstandt), Umgebungsüberwachung (Jens Scheer, Bremen), Gesundheit (Jens kümmert sich um jemanden); Öffentlichkeitsarbeit (Gisela Cremer), Probleme der Gegenseite (Peter Dickel).
Im Wendlandrückspiegel wird eine Adressenliste von Standort-BI's veröffentlicht.

1. Konferenz vorgesehen für Mitte Februar 1988

Solidaritätstelegramm an die BewohnerInnen der Hafenstraße:

Liebe BewohnerInnen der Hafenstraße!
Euer Kampf für ein selbstbestimmtes Leben ist auch ein Teil unseres Kampfes gegen das mörderische Atomprogramm. Gemeinsam müssen wir den Widerstand gegen diejenigen organisieren, die für ihre Herrschaft unsere sozialen und ökologischen Lebensbedingungen zerstören wollen!
Viel Liebe, Freiheit und Glück!

ATOMMÜLLKONFERENZ

Diskussionspapier der AG „Die Atomspaltung ist gelungen, gelingt dem Staat nun die Spaltung der Beweungung" zu den Schüssen an der Startbahn in Frankfurt:

In der BRD werden seit Jahren Großprojekte gebaut; die Mehrzahl dieser Anlagen ist in der Bevölkerung und an den Standorten umstritten. Der eigenständige und teils militante Widerstand hat in den letzten Jahren ein immer größer werdendes Verständnis in der Bevölkerung erfahren, nicht zuletzt durch die Erfahrungen der Menschen, die an den Standorten wohnen.

Dem muß der Staat etwas entgegenhalten. Zum Schutz gegen Kritik und Widerstand wird paramilitärisch ausgebildete Polizei, z.B. die Sondereinsatzkommandeos, eingesetzt. Die Antworten der Politiker finden ihren Ausdruck in Wasserwerfern, Gas und Knüppeln. Der Widerstand wrid diffamiert und kriminalisiert.
Der Tod der Polizisten an der Startbahn soll jetzt mißbraucht werden, um alte Gesetzesvorhaben, wie die Verschärfung des Demonstrationsrechtes, des Vermummungsverbotes, des Paragraphen zum Landfriedensbruch, durchzusetzen.
Die Wut der DemonstrantInnen kann jede/r verstehen, die die polizeiliche Gewalt am eigenen Leib erfahren hat. Diese Wut und die Ablehnung der Großprojekte bringt viele Menschen dazu, auf vielfältigste Weise gegen deren Verwirklichung vorzugehen.
Im Rahmen der Demonstration anläßlich des 6. Jahrestages der Hüttendorfräumung an der Startbahn West kamen zwei Polizisten durch Schüsse ums Leben. Den Tod dieser Männer bedauern wir. Der Gebrauch von Schußwaffen gehört nicht zu unseren Mitteln; Schußwaffen hatten und haben bei unseren Demonstrationen nichts zu suchen.
Der allgemeinen Vorverurteilung der Beschuldigten schließen wir uns nicht an. Sollte sich herausstellen, daß jemand aus unseren Reihen diesen schweren Fehler begangen hat, braucht sie/er unsere Solidarität und Unterstützung.
Unabhängig davon, ob die Tat sich so abgespielt hat wie heute dargestellt, müssen wir feststellen, daß wir untereinander die Diskussion über unsere Ziele und Mittel nicht gründlich genug geführt haben. Die staatlcihe Unterdrückung der Diskussion über Widerstandsformen trägt ihren Teil dazu bei, enthebt uns aber nicht der Verantwortung.
Wir richten die Aufforderung an uns selbst und alle Menschen, die sich für die Stillegung der Atomanlagen einsetzen:
Lassen wir uns von Parlament, Justiz und Polizei nicht vorschreiben, welches der richtige Weg ist, unser gemeinsames Ziel zu erreichen'
Bestimmen wir selbst, welches Mittel dazu geeignet sind; aber bestimmen wir auch! Beantworten wir uns dabei die Fragen:
— Schließen wir genügend aus, daß durch unsere Aktionen Unbeteiligte zu Schaden kommen?
— Wird durch unsere Aktion **deutlich**, um was es uns geht? Entspricht in der Situation die Wahl der Mittel umserem Ziel?
— Können andere Menschen, mit denen wir unser Ziel teilen, das, was wir tun, wie wir es tun und was daraus folgt, akzeptieren?
— Entspricht das, was wir tun, unserem Gefühl? Bringt es uns in unseren Bemühungen weiter? Wann das im Widerspruch ist, treffen wir unsere Entscheidungen bewußt?

Bereden wir diese Fragen gründlich mit den Beteiligten! Bereden wir sie mit anderen so offen, wie die drohende Strafverfolgung das zuläßt! Kommen wir von einsamen Überlegungen zu einem gemeinsam entwickelten und verantworteten Handeln!

(Beschluß auf dem Plenum der Atommüllkonferenz dieses Papier als „internes Diskussionspapier" anzusehen und nicht an die Presse zu geben)

KKN Niederaichbach

Kostenexplosion beim KKN- Abriß

Während die geschätzten Kosten fürden Abriß des stillgelegten Niederaichbacher Atomkraftwerkes (KKN) bei Landshut bisher immer offiziell mit 90 bis 100 Mio. Mark angegeben wurden, hat Umweltminister Dick diese einschließlich der notwendigen Folgekosten inzwischen auf ca. 165 Mio. beziffert, wovon aus Steuermitteln ca. 150 Mio. getragen werden müßten. Dies ergeht aus einer Antwort des Umweltminsters auf eine parlamentarische Anfrage des Grünen-Abgeordneten Kestel. Nach Ansicht des Landhuter Bürgerforums gegen Atomkraftwerke mußten diese wesentlich höheren Kosten dem Ministerium vor und bei der Abrißgenehmigung bekannt gewesen sein und wurden offenbar bisher nur deshalb geringer angegeben, um das umstrittene Abrißvorhaben aus finanziellen Gründen nicht zu gefährden. Das Bürgerforum sieht darin eine nicht hinnehmbare bewußte Irreführung der Öffentlichkeit und des Parlamentes.

Kontakt: Th. v. Taeuffenbach, Dammstr. 13, 83 Landshut

THTR Hamm

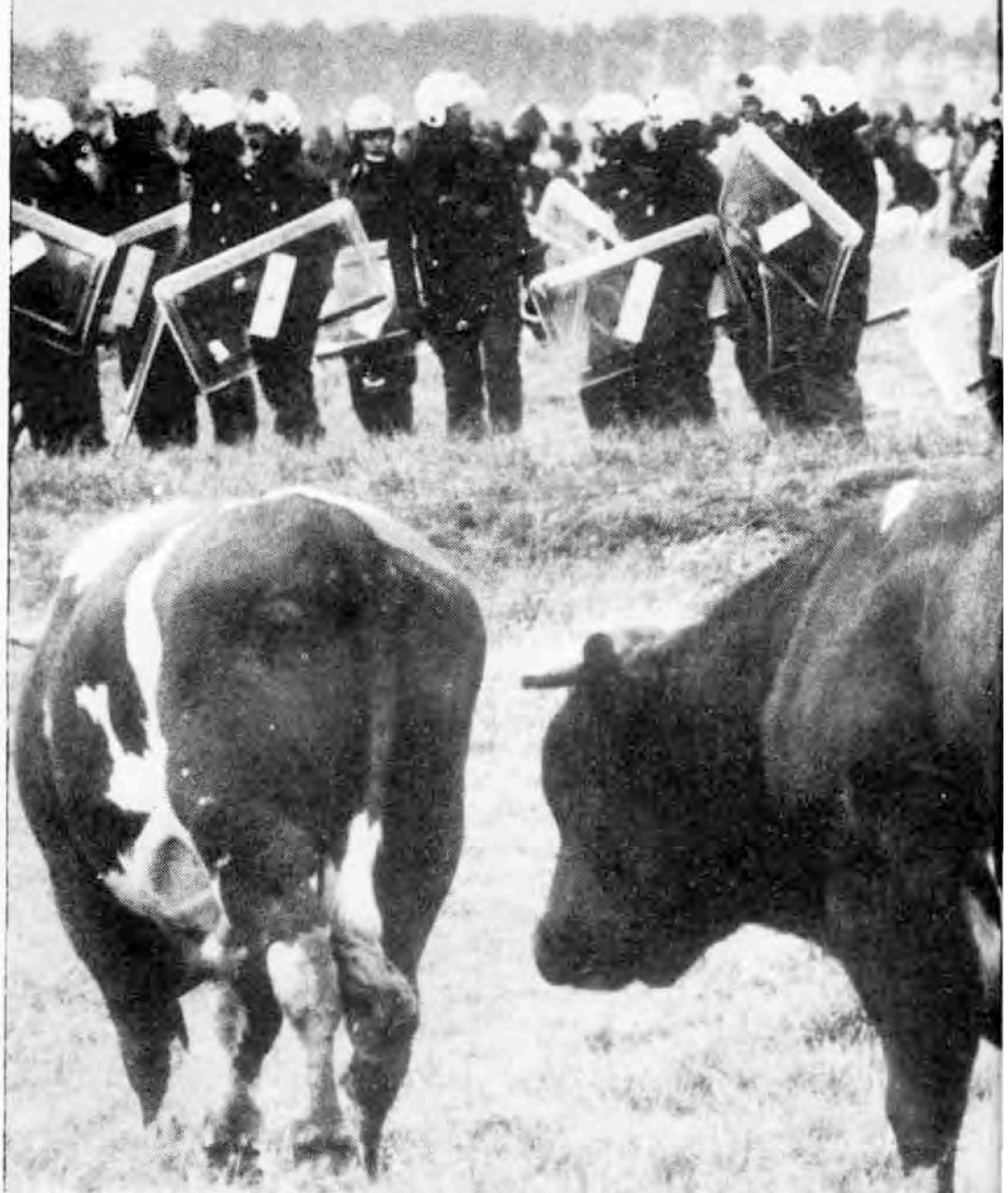
Die Bürgerinitiative Hamm gibt ab jetzt einen monatlichen **THTR- Rundbrief** heraus. Schwerpunkte sind Pressemeldungen über und um den THTR (im Heft 1 Prozeß gegen Kühlturmbesetzer, SPD und Atomenergie), Wochenberichte der VEW, Strahlenschutzbericht, Terminblatt, sonstiges und weiteres.
Kosten DM 30,- für 6 Monate, bei mehr als einem abonnierten Exemplar DM 20,-.
Bestellungen bei: BI Umweltschutz Postfach 1242, 4700 Hamm 1

AKW Stade

TÜV- Gutachten erschienen

Der niedersächsische Umweltminister hatte die Studie im August 86 in Auftrag gegeben, um die nach Tschernobyl verstärkt aufkommenden Zweifel an der Störfallsicherheit zu widerlegen. Nach Erscheinen des Gutachtens der Gruppe Ökologie Hannover wurde im Januar 87 der Arbeitsauftrag an den TÜV erweitert. Die TÜV- Ingenieure bestätigen in ihrer Studie das GÖK- Gutachten, in dem u.a.aufgezeigt wird, daß das AKW nicht gegen den Bruch der Frischdampfleitung ausgelegt sei – der TÜV empfiehlt deshalb eine 100 Mio. DM teure Nachrüstung. Gleichzeitig wurden die Störfallauswirkungen "heruntergerechnet", um zu verhindern, daß der Reaktor bis zum Einbau der notwendigen Armaturen abgeschaltet werden muß.
Andere von der GÖK aufgelistete Schwachstellen wie die erhöhte Wahrscheinlichkeit eines Versagens des Reaktordruckbehälters wegen der Verwendung eines ungeeigneten Stahls oder die wegen baulicher Eigenheiten in Stade erhöhte Gefahr einer Dampfexplosion im Sicherheitsbehälter bei einem Kernschmelzunfall, weist der TÜV mit widersprüchlichen und veralteten Analysen zurück. Bestätigt wird vom TÜV die Feststellung der GÖK, daß entgegen den Richtlinien der Reaktorsicherheitskommission das Notkühlsystem nach Erschöpfen des Wasservorrates nicht auf Sumpfbetrieb umgeschaltet werden kann. Schlußfolgerung des TÜV: keine relevante Schwachstelle.
Weitere Informationen und das Gutachten der Gruppe Ökologie Hannover (GÖK) sind erhältlich bei : Grüne im Landtag Hinrich Wilhelm- Kopf- Platz 1, 3 Hannover;

Notizen aus der



Die massiven Ausbaupläne der bundesdeutschen Atomindustrie und Atompolitiker, die vorsahen, das Emsland zu einer Atomprovinz zu machen, sind mittlerweile auf das Atomzentrum Lingen zusammengeschmolzen. Dies auch aufgrund des massiven Widerstandes 1976 in Wippingen im nördlichen Emsland, wo das radikale Vorgehen der Bauern die Errichtung des damals noch geplanten »Nationalen Entsorgungszentrums (NEZ)«, bestehend aus WAA und Endlagerung im Salzstock, verhindert hat.

Während aber bundesweit an vielen Orten der weitere Ausbau des Atomprogramms stockt, wird Lingen massiv zum bundesweiten Atomzentrum ausgebaut. Hier stehen nicht nur die Reaktorruine Lingen I und der Baulinie 80—Reaktor Lingen II, hier macht auch der Ausbau der Brennelementefabrik ANF/Exxon Nuclear den Hanauer Atomanlagen zunehmend Konkurrenz und auch für die Ausprobierung der neuen Exportidee der bundesdeutschen Atomindustrie, dem HTR—Modulreaktor, steht Lingen mehr oder weniger als Standort fest. Ferner wird hier erstmalig in der Welt die großtechnische Wiederaufarbeitung radiaktiv verseuchter Lebensmittel geprobt, indem Bundes- und Landesregierung planen, die durch die Katastrophe verseuchte Molke im stillgelegten Reaktor Lingen I zu »entseuchen«. Die Atomanlagen im einzelnen:

AKW Lingen I

(offiziell: KWL — Kernkraftwerk Lingen) Lingen I war der zweite von sieben Demonstrationskraften, ein Siedewasserreaktor mit Sekundärkreislauf und Ölnachbrenner, eine AEG—Entwicklung, die dann aufgegeben wurde. Nach einer Bauzeit von vier Jahren wurde der 250 MW—Reaktor im Sommer 1968 in Betrieb genommen. Lingen I hatte mit 50 % mit Verfügbarkeit die schlechsteste Ausnutzung aller bundesdeutschen Atomkraftwerke. Nachdem zum wiederholten Male ein Dampfumformer kaputt war und ausgetauscht werden mußte, erteilte die nieders. Landesregierung die Auflage, daß der Reaktor gegen Flugzeugabsturz — die Lingener Atomanlagen liegen auf der Grenze des zum Bombenabwurfplatzes der Royal Air Force gehörenden Fluggebietes um Nordhorn-Range — nachgerüstet werden müßte. Da die Betreiberin VEW die Kosten hierfür scheute, führte diese Auflage zur faktischen Stillegung von Lingen I im Januar 1977. Offiziell stillgelegt wurde Lingen I von Betreiberseite im Januar 1978. Durch die Klage eines Emsländers und die Aufdeckungen der damaligen Landtagsfraktion der Grünen, sah sich die Landesregierung genötigt, ein behördliches Stillegungsverfahren nach Atomgesetz in Gang zu setzen. Die letzten Brennelemente wurden im Sommer 1981 nach Windscale/Sellafield abtransportiert, die behördliche Stillegung erfolgte Ende 1985. Gleichzeitig wird Lingen I bis zum Jahre 2010 »eingemottet«, wofür es denn letztes Jahr erstmal einen neuen Farbanstrich bekam.

Lingen I hat durch viele Unfälle — 1969: Abgabe des Dreifachen der erlaubten Jahreshöchstmenge an Radioaktivität in die Ems; 1971 Stromausfall, Meißgeräteausfall, Schnellabschaltung; 1975: Filterbruch mit Freisetzung größerer Mengen J—131; mehrere Dampfumformerschäden und vieles mehr — und in diesem mit der These erhöhter Leukämiefälle von sich reden gemacht. Die seinerzeit vom Sozialminsterium erstellte Studie will zwar die Leukämie—Behauptung widerlegen, führt im statistischen Anhang aber selber sprunghafte Anstiege der Leukämie auf, die zeitlich in einem eindeutigen Zusammenhang mit den schwersten Unfälle stehen. (Nähere Informationen bei BEgA, c/o Herbert Masslau, Dalumer Str. 32, 4450 Lingen).

Strahlenmolke

Die Geschichte von Lingen I ist aber noch nicht mit der Stillegung zu Ende. Seit kurzem planen Bundesumweltminister Töpfer und sein nieders. Kollege Remmers, letzterer kommt aus Lingen, die »Entseuchung« des im Bundesbesitz befindlichen durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl verseuchten Molkepulvers (5000 t). Dieser großtechnische Versuch der Lebensmittel»entstrahlung« ist weltweit einmalig. Er dient eindeutig dazu, zukünftige Nuklearkatastrophen regierbar zu machen.

Technisch soll das Molkepulver mit Hilfe des sog. Roiner Verfahrens mit Wasser verflüssigt und dann mit Hilfe der noch im alten AKW befindlichen Kunstharzionenaustauscher »entseucht« werden. Die Endprodukte dieser Wiederaufarbeitung sollen wie bei der »richtigen« Wiederaufarbeitung zum einem auf den Markt kommen (Molke), zum anderen (Ionenaustauscher) zunächst in Steierberg zwischen- und dann in Schacht Konrad endgelagert werden. Hierzu ist anzumerken, daß die Bürgergemeinschaft gegen Strahlenmolke, die über 11.000 Unterschriften, mehr als 50 % der Wahlbevölkerung, gegen die Mokeaufbereitung gesammelt hat, wie auch die SPD, die Grünen KV Emsland-Süd, die Grünen OV Lingen, die Grünen Ratsfraktion Lingen, die BI gegen Lingen II (Nach-Tschernobyl), sich alle für die Endlage-

Provinz

rung der radioaktiv verseuchten Molke aussprechen. Die BEgA (die alten BIs) ist die einzige Gruppierung, die sich gegen eine Endlagerung ausspricht, weil a) biologische Stoffe nicht endgelagert werden können, b) die Endlagerung eine allseitige Kontrolle und Rückholbarkeit unmöglich macht und

Endlagerung ganz konkret Schacht Konrad bedeuten würde und dies der Anti-AKW-Bewegung im allgemeinen und den BIs gegen Konrad im besonderen in den Rücken fallen würde. Ferner dient die Molke aufgrund der zeitlichen Parallelität dazu, von der Inbetriebnahme von Lingen II und dem Ausbau von ANF/Exxon Nuclear, die viel gefährlicher sind, abzulenken. Problem: in der Molkegemeinschaft sind viele AKW-Befürworter, nur den Atommüll will keiner.

Foto Pan- Foto

AKW Lingen II

(offiziell: KKE — Kernkraftwerk Emsland) Lingen II — 75 % VEW, 25 % Elektromark — gehört mit Ohu II und Neckerwestheim II zur sog. Baulinie 80. Die Baulinie 80-Reaktoren sind seit vielen Jahren die ersten neuen AKWs in der BRD. Mit dem Konzept der Baulinie 80 wird eine Vereinheitlichung der und damit Zeitersparnis in den Genehmigungsverfahren verfolgt; sol sollen ortunabhängige Teile des Sicherheitsberichtes und Gutachten rumgereicht werden, was den Betreibern auch Kosten spart. Lingen II ist soweit fertig, das es im Sommer 1988 ein halbes Jahr früher als geplant, den kommerziellen Betrieb aufnehmen kann, sofern es nicht zu einer Verzögerung kommt, bedingt durch einen Brand in der Computeranlage kürzlich.

Ebenfalls soweit fertig ist der für die Wasserkühlung vorgesehene 180 ha große Speichersee nördlich von Lingen. Die Maße: 23 Mio qm Inhalt, 15 m Dammhöhe, 6 km Umfang, 2 km Durchmesser. Es ist das größte künstliche Wasserbecken Westeuropas. Lingen II soll mit MOX-Brennelementen betrieben werden, die aber nicht aus der nahegelegenen Brennelementefabrik ANF, sondern aus Hanau kommen. Zur Baulinie 80 gehört auch die formelle Abschaffung des GAU. Im Frühjahr 1983 wurden die BMI-Störfall-Leitlinien geändert, der GAU, der 2-F-Bruch abgeschafft. Dadurch sparen die Betreiber schätzungsweise DM 200 Mio. Damit das Ganze den bereits im Bau befindlichen AKWs der Baulinie 80 zu gute kam, wurde die Gültigkeit auf den 1.7.82 zurückdatiert; Baubeginn für Lingen II war August 1982.

Lingen II wird bei Inbetriebnahme das einzige Grundlastkraftwerk der VEW sein, die z.Zt. den Grundlaststrom zukaufen muß, weshalb der drittgrößte Stromproduzent der Republik finanziell etwas schlecht dasteht. Der Strom von Lingen II wird fast ausschließlich nach NRW gehen. Ursprünglich sollte dieses AKW in Hamm gebaut werden, bekam dort aber wegen der Kohlevorrangspolitik der NRW-Landesregierung keine Genehmigung. Lingen II ist mittlerweile der einzige beklagte Baulinie 80 Standort. Der aktuelle Stand: Mit dem Aufsehen erregenden Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom Dezember 1986 wurde dem niederländischen Kläger die Klagebefugnis zuerkannt. Dieser Kläger ist der einzige, der nicht nur Teile, sondern die gesamte Anlage beklagen kann. Unterstützt wird der Kläger auf der niederländischen Seite von der Stichting Burgerinspraak over de grens, von emsländischer Seite von der BEgA. Die Grünen beabsichtigen demnächst eine Klage gegen den Kühlturm des AKW. (Über den Versuch der Grünen, sich den Rechtshilfefonds der BEgA zur Finanzierung ihrer Klage unter den Nagel zu reißen, siehe atom Nr. 17 S. 58 f.).

Brennelementefabrik ANF

Früher Exxon Nuclear, seit dem 1.1.87 nach Übernahme durch die KWU/Siemens »Advanced Nuclear Fuels« geheißen, stellt etwa 20 % der Brennelemente für den bundesdeutschen Markt her, der Hauptanteil geht nach Schweden, Frankreich und Belgien. ANF produziert seit 1979 in Lingen. Im Juli 1983 bekam ANF die Genehmigung, die Jahresproduktion von 180 t auf 400 t zu erhöhen, mit einer Option auf 800 t. Im März 1987 wurde ANF die Pelletisierung, d.h. die Herstellung von Urandioxid-Tabletten aus Urandioxidpulver genehmigt. Zur Zeit läuft die Genehmigung für eine Konversionsanlage, mit der ANF das Urandioxidpulver aus Uranhexafluorid (UF6) selber herstellen will. Das nötige UF6 könnte von der UAA Gronau geliefert werden.

Mit ANF/Exxon Nuclear und den Beteiligungen an den Hanauer Atomfirmen beherrscht KWU/Siemens den gesamten bundesrepublikanischen Brennelementemarkt. Vor kurzem ist ANF mit Uran aus Südafrika ins Gerede gekommen.

Kurze Widerstandschronik

1976 Wippinger Bauern verhindern das Nationale Entsorgungszentrum aus WAA und Enlager
1978 die BEgA wird als Dachverband der emsländischen BIs gegründet
1979 Gründung der BI Lingen (alt)
1980 im Juni mit 5.000 und im Oktober mit fast 10.000 Demonstranten die ersten Großdemos in Lingen
1982 im Herbst nach Baubeginn zwei Blockaden der Zufahrtswege
1983 im März die dritte Demo mit ca. 1.000 TeilnehmerInnen
1986 Gründung der BI Lingen (neu)
1986 im Oktober Demo mit ca. 3.000 TeilnehmerInnen
1987 im Januar erster Anschlag auf einen Strommast
1987 im August Aktionstag zum 5. Jahrestag des Baubeginns und Anschläge auf die Bahnlinie (Zerstörung einer Lok) und auf den Fuhrpark am Speichersee (Ausbrennen von Baufahrzeugen) ferner viele kleinen Aktionen in all den Jahren.

Bürgerinitiativen und andere Gruppen, die an einem Dia-Vortrag (Thema: Atomanlagen und Industrialisierung im Emsland) interessiert sind, wenden sich bitte an: Herbert Masslau, Dalumer Str. 32, 4450 Lingen. Wer Interesse an dem Video »Atomic Lingen« (ca. 25 min.) hat, wende sich bitte an: Videogruppe c/o Lagerhalle e.V., Am Heger Tor, 45 Osnabrück.

Sicherheit durch Raffinesse

21. Oktober 1986, abends gegen 19 Uhr: In der Nähe des belgischen Örtchens Kwaardmeechelen kommt ein Lastwagen wegen Übermüdung des Fahrers von der Fahrbahn ab. Der Deckel des geladenen Einfach-Containers springt bei dem Unfall auf — der Inhalt, 439 Beutel mit schwachradioaktiven festen Abfällen, verteilt sich am Fahrbahnrand und wird Stunden später von einer belgischen Partnerfirma des Hanauer Transporteurs Transnuklear (TN) eingesammelt.
Ein Augenzeuge beobachtet jedoch noch anderes: Aus dem Container fallen 10 Kanister mit radioaktiver Lösung, die im Erdreich versickert — dieser Abfall wird nicht *„entsorgt"*, denn er ist in den Frachtpapieren nicht verzeichnet und bleibt so den belgischen Behörden zunächst verborgen. Der Laster war mit seiner strahlenden Fracht auf dem Weg vom AKW Krümmel ins belgische Atomzentrum Mol, wo der schwachradioaktive Abfall in den Beuteln verbrannt werden sollte. Die flüssigen Abfälle können in Mol nicht *„beseitigt"* werden — die Kanister mit den flüssigen Abfällen sollten dort also entweder illegal gelagert oder illegal entsorgt werden.
Ermöglicht hatte diese kleine *„Gefälligkeit"* ein Golf-Neuwagen und so an die 10.000 DM Bares, die die Firma TN dem Leiter der Abfallaufbereitung in Mol spendiert hatte — auch sein Stellvertreter ging nicht leer aus. Doch auch die Hamburger Elektrizitätswerke, Betreiber von Krümmel, waren nicht unwissend bei dem Deal. Sie stritten zwar ab, daß bei den transportierten Kraftwerksabfällen radioaktive Lösungen dabeigewesen seien — allerdings sei die Frachtdeklaration für die mitgeführten *„schlammversetzenden"* festen Abfälle in Kanistern *„ausreichend, möglicherweise aber nicht ganz eindeutig"* gewesen.
In der Transportbranche gilt der gemeinsame Transport von flüssigen und festen Abfällen als unseriös, da nicht ungefährlich.
Diese Mitnahme illegaler strahlender Fracht ist kein Einzelfall. Nach Erkenntnissen der belgischen Staatsanwaltschaft gab bzw. gibt es ein regelrechtes Organisationsnetz für den Austausch radioaktiver Abfälle zwischen Hanau und Mol — dabei sollen auch illegal hochradioaktive Afälle von der TN nach Mol gebracht worden sein.
Die Geschichte dieses Unfalls wirft auch ein anderes Licht auf die mittlerweile breiter bekannt gewordene Schmiergeldaffäre um die Hanauer TN. TN hat in den vergangen 6 Jahren insgesamt mehr als 6 Mio. DM Bestechungsgelder an nahezu 100 Mitarbeiter fast aller bundesdeutschen AKW's gezahlt — eine Geldsumme, die zu verschmerzen war, trug sie doch dazu bei, den TN-Umsatz im gleichen Zeitraum zu verzehnfachen: von 5 Mio. DM 1980 auf 50 Mio. DM 1986
Die Schmiergelder kamen von Schwarzgeldkonten in der Schweiz — Millionenbeträge wurden dafür mittels gefälschter Rechnungen zweier nicht existenter Schweizer Ingenierfirmen sowie des Kernforschungszentrums Karlsruhe aus der Firmenkasse abgezweigt. Beim KfK wurde die Staatsanwaltschaft mittlerweile vorstellig wegen gefälschter Rechungen. Der inzwischen entlassene TN-Hauptgeschäftsführer Vygen hatte je Einzelauftrag bis zu 1 % der Auftragssumme an die Auftraggeber in den AKW's ausschütten lassen. Doch nicht nur Bares wanderte in die Aktenköfferchen der AKW-Bediensteten. Der Spiegel berichtete über Fernsehgeräte mit Telespielen oder Videoanlagen, Mofas für die Kinder, Geschirrspüler, Kücheneinrichtungen, Autos, heiße Bordellnächte. Ein Preag-Angestellter in Würgassen kam im Laufe der Jahre auf Zuwendungen von 500.000 DM.
Als bestechlich erwiesen sich nicht nur Mitarbeiter aus dem kaufmännischen Bereich, eine Darstellung, um die sich die EVU's zunächst bemühten, sondern überwiegend Personal des Sicherheitsbereiches. So wurde im Rahmen der stillen Bereinigung der Affäre der Strahlenschutz-beauftragte des AKW Brokdorf gefeuert, der Leiter der Strahlenschutzabteilung in Stade versetzt und drei Mitarbeiter mit Abfindungen entlassen, der für die Entsorgung zuständige Fachbereichsleiter in Stade mußte gehen, im AKW Biblis wurde der Hauptabteilungsleiter für Strahlenschutz und der Sicherheitsbeauftragte vom Dienst suspendiert.
Im Bereich der PreußenElektra (Preag) wurden allein 19 Mitarbeiter bestochen. Ein Diplomingenieur der Preag warf sich im April in Hannover vor den Zug um den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu entgehen — er soll von der TN 220.000 DM Provision für einen fetten Entsorgungsauftrag im AKW Würgassen verlangt haben.
Bei der TN war zumindest ein Mitarbeiter der Abteilung „Transport- und Behälter" in die Bestechungen verwickelt — diese Abteilung ist zuständig für Plutonium- und Brennelementtransporte. Nicht auszuschließen ist nach dem derzeitigen Kenntnisstand, daß nicht nur die TN ihre Bilanzen durch die Bestechungen aufpolieren konnte, sondern auch die AKW-Betreiber *„problematische"* Kraftwerksabfälle gegen gute Bezahlung loswurden. Die bislang mehr zufällig bekannt gewordenen Details dürften nur die Spitze des Eisberges sein.

Ohne Segeljacht läuft Nix

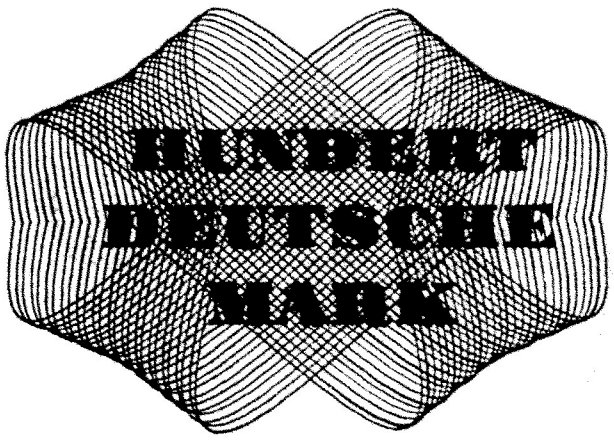
Mitte Oktober enthüllte das Fernsehmagazin Panorama eine größer angelegte Schmiergeldaffäre im niedersaächsischen AKW Esensham, der diesmal nicht die TN, sondern für das AKW arbeitende Firmen betraf. Diese bekamen über Jahre hinweg nur Aufträge, wenn sie Direktoren und Ingenieure schmierten.
Wie bei den TN-Bestechungen waren auch hier nicht nur kaufmännische Mitarbeiter beteiligt, sondern leitende Ingenieure, u. a. der für die Sicherheitsarmaturen zuständige.
Mittlerweile ist klar, auch dieser Skandal ist nicht auf das AKW Esensham beschränkt, sondern betrifft zumindest die norddeutschen AKW's der Preag. Es wird gemunkelt, daß an der systematischen Organisation derartiger Deals auch die Konzern-Spitze nicht unbeteiligt war.
An die Öffentlichkeit brachte die Angelegenheit ein Mitarbeiter der Stader Firma Hagenah, die jährlich etwa 30.000 DM in *„Gefälligkeiten"* für Kraftwerksangestellte investieren mußte als Vorbedingung für die Auftragserteilung. Erbeten wurden vor allem private Dienstleistungen wie Bau oder Überholen von Segeljachten, Gartenarbeiten, Hausanbauten, Wohungsumzüge. An Hagenah traten insgesamt 11 Mitarbeiter heran und verlangten *„Sachleistungen", ihm ist aber bekannt, daß auch Fachmonteure anderer Firmen für den privaten Bereich leitender AKW-Angestellter tätig waren.*
Die Preag gab bekannt, daß „Geschenke" im Wert von insgesamt 100.000 DM von 6 Firmen gefordert wurden — genau aufklären wollte sie dies aber auch nicht. Zum Teil wurden die *„Gefälligkeiten"* über das AKW abgerechnet oder die betreffenden Firmen durften Stundenzettel für nie geleistete Arbeiten ausfüllen, größtenteils mußten sie selbst in die eigene Kasse greifen. Viele hatten keine andere Wahl mehr, denn ihre Existenz war aufs engste mit dem AKW verknüpft. Die meisten hatten größere Investitionen für den Einstieg ins Kraftwerksgeschäft tätigen müssen — bei Hagenah beliefen sich diese auf 150.000 DM.
Diese Praxis, kleine Frimen vom AKW abhängig zu machen, wurde offenbar systematisch betrieben. Diese hielten dann auch mit großer Sicherheit den Mund, wenn es galt, atomrechtlich relevante Arbeiten schwarz während des laufenden AKW-Betriebes auszuführen, für die die Aufträge offiziell erst viel später erteilt wurden. Gang und gäbe war es im AKW, Rechnungen und Aufträge umzuschreiben, nie ausgeführte Arbeiten unter anderem Titel abzurechnen, so daß sie beispw. für die Versicherung abrechenbar wurden. Mit der Sicherheit oder den Angaben gegenüber der Genehmigungsbehörde nahm man es im AKW nicht so genau.
So beobachteten Mitarbeiter von Fremdfirmen, daß AKW-Arbeiter strahlenintensive Arbeiten ohne Kontrollen durchführten — die vorgeschriebenen Dosimeter wurden im Vorraum abgelegt.
Der Mitarbeiter von Hagenah berichtete über den von der Genehmigungsbehörde vorgeschriebenen Bau einer Bühne im Armaturenraum, dem sog. 13 Gebäude, die den Zugang zu wichtigen Sicherheitsarmarturen ermöglichen sollte. Vor der Firma Dyckerhoff wurde dazu eine fehlerhafte Zeichnung vorgelegt. Als sich dies nach der Fertigstellung der Bühne herausstellte, wurde sie vor Ort provisorisch passend gemacht. Dabei wurden die Zug- und Druckstärke verändert, die Wärmeisolierung der Frischdampfleitungen abgeflacht (wozu es zu Verspannungen kommen kann) damit die Bühne überhaupt einzubauen war.
Der Genehmigungsbehörde wurden diese Änderungen nicht mitgeteilt. Erst auf Intervention der Landtagsgrünen ließ das nieders. Umweltministerium die Bühne sperren. Sie durfte nicht

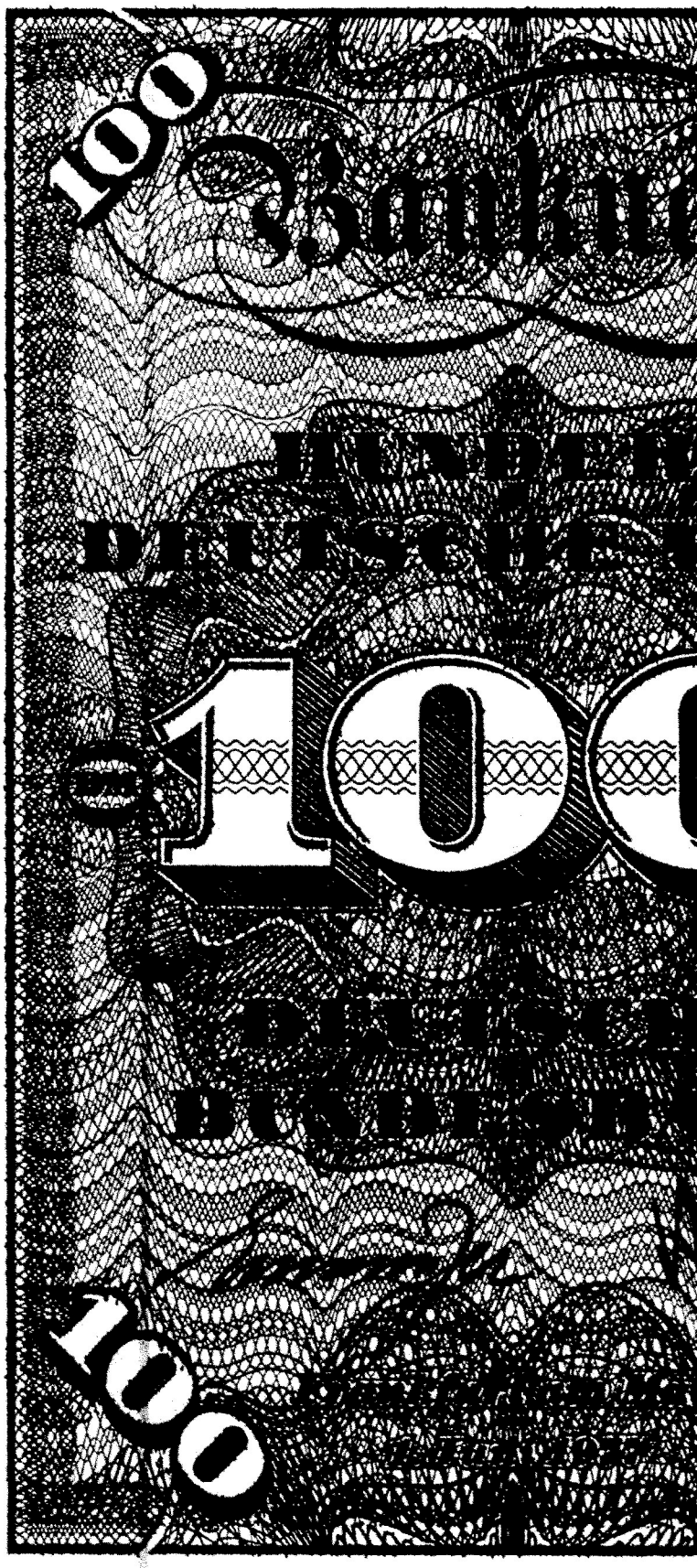
NG 0363710 S

betreten werden, da die Statik gefährdet ist. Trotz dieser Bedenken wurde die Bühne vor kurzem vom TÜV abgenommen. Unklar wird bleiben, ob hierfür die kleinen Gefälligkeiten verantwortlich waren, die auch TÜV-Ingenieuren erwiesen wurden. So ließ die AKW-Leitung einige der Firmen auf ihre Rechnung auch für den Privatbereich von TÜV-Ingenieuren arbeiten. Es gibt Hinweise, daß einige TÜV-Mitarbeiter seit 1981 jährlich 15.000-30.000 DM Schmiergelder erhielten. Auch die Geschichte mit der Bühne ist kein Einzelfall. Hagenah berichtete u.a., daß der die Stoßrichtung der Hauptkühlmittelleitungen oder Federhänger im Ringraum im laufenden AKW-Betrieb wechseln mußte. Damit dies nicht bekannt wurde, mußten falsche Rechungen ausgestellt werden.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt jetzt gegen 3 Mitarbeiter von Esensham — der Rest der Betroffenen ist von der Preag im Rahmen *„vorbeugender Selbstreinigung"* bereits entlassen worden. Veranlaßt hat die Staatsanwaltschaft auch die Durchsuchung von 2 Schrotthandelsfirmen in Wiesmoor und Minden Anfang November, bei denen — allerdings vergeblich — nach illegal aus dem AKW beiseite geschafftem Schrott gesucht wurde.

Verlassen kann sich die Atommafia auf die Atomgerichtsbarkeit. In Revanche für die Veröffentlichung der Affäre veranlaßte sie eine Hausdurchsuchung bei Hagenah und verbot dem nieders. Landtagsabeordneten der Grünen, Hannes Kempmann, weiterhin zu behaupten, daß am Primärkreislauf Stoßsicherungen der Hauptkühlmittelleitungen während laufendem Betrieb ausgetauscht wurden **und es dadurch zum GAU kommen könne** — na, wenn weiter nichts ist.





WANTED

[1]

[2]

Atommülltransporte

Atom(müll)transporte gehören zwar noch nicht zum Straßenbild wie Taxis oder Lieferwagen, dennoch nimmt der Umfang der Transporte in erschreckendem Maße zu. Pro Jahr geht die Zahl in die Zehntausende, allein 1984 waren 1470 offiziell von der PTB gemeldete Frachten von Brennelementen
Gleichzeitig jedoch steigt das öffentliche Bewußtsein für das Gefahrenpotential dieser Transporte.

Obwohl weder die Öffentlichkeitsarbeit noch die Mobilisierung des Anti-AKW-Widerstandes bislang nicht hinreichend sind, konnten die Atommtransporte aus der Anonymität (des nächtlichen Dunkels) herausgeholt werden.
Die permanente Behinderungsdrohung zwingt die Atommafia zu umfangreichen Sicherungsmaßnahmen, die den Charakter dieser Gesellschaft einmal mehr entlarven. Im Falle der MOX-Transporte nach Lübeck heißt das, eine Menge verstörter Verkehrsteilnehmerlnnen, die von der vorbeidonnernden Atom-Karawane auf die Standspur der Autobahn gedrängt werden, und Staus auf Autobahnkreuzen und -auffahrten.
Die Medien kommen in Anbetracht dieser Tatsache nicht länger umhin die Atommülltransporte in ihre Berichterstattung einzubeziehen, ihnen zum Teil sogar Sondersendungen zu widmen.

Unter dem steigenden Öffentlichen Druck fällt es Politikern und Betreibern zunehmend schwerer die Beförderung der atomaren „Güter", zumahl auf der Straße, zu legitimieren. Die Rechtfertigungen werden hilfloser und plumper, z.B. wenn der nieders. Minister Hierche die Lage zunächst einmal prüfen lassen will, wenn LKW's mit Tempo 110 Müll der Gefahrengutklasse I über die Autobahn prügeln. Dabei sind derartige Stoffe nach der neuen Gefahrengutordnung, mit der sich auch der Bundes-Verkehrsminister Warnke gerne brüstet allein auf der Bahn zu transportieren.
Andererseits kann unsere Forderung natürlich nicht die Verlagerung des Atommülls von der Straße auf die Schiene sein, sondern muß die Einstellung aller Atomtransporte beinhalten. Stattdessen sollten eher entsprechende Politiker zur Gefahrengutklasse I erklärt und aus dem Verkehr gezogen werden.

Transportbehälter TN 1300

Hersteller: Transnuklear
Verwendung: Für den Transport abgebrannter Brennelemente

Beschreibung: 1) TN 1300 für Straßentransport: Kühlrippen rot/orange, Kopfstücke gelb, Untergestell blau
2) TN 1300 für Bahntransport: Verkleidung weiß/schwarz

Doch zurück zum Zweck dieses Kapitels. Der wesentliche Knackpunkt aller unserer Aktivitäten ist die rechtzeitige Identifizierung der Atommülltransporte, um die verschiedensten Maßnahmen ergreifen zu können. Das Problem besteht allerdings in der hohen Zahl unterschiedlicher Transportbehälter, die zudem manchmal noch getarnt sind.
Allein für die Beförderung von abgebrannten Brennelementen stehen eine ganze Reihe von Behältertypen zur Verfügung, die sich je nach Größe und Art der Brennelemente unterscheiden (siehe Tabelle). Da die neu entwickelten Behälter von TransNuklear aus Hanau noch ziemlich unbekannt sind und sie den Castor-Behältern von der Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) ähnlich sind, werden bisher alle Transport-Behälter im Volksmund Castor-Behälter genannt.
Hinzu kommen noch die Container für den Transport von schwach- und mittelaktivem Atommüll.

Um Auskunft über die Herkunft und den Inhalt der Transporte zu erhalten, ist es notwendig, sich mit den verschieden Typen auseinanderzusetzen.
Wir wollen aus diesem Grund noch einmal die wesentlichsten Transporttypen im Bild darstellen.

Transportbehälter Castor

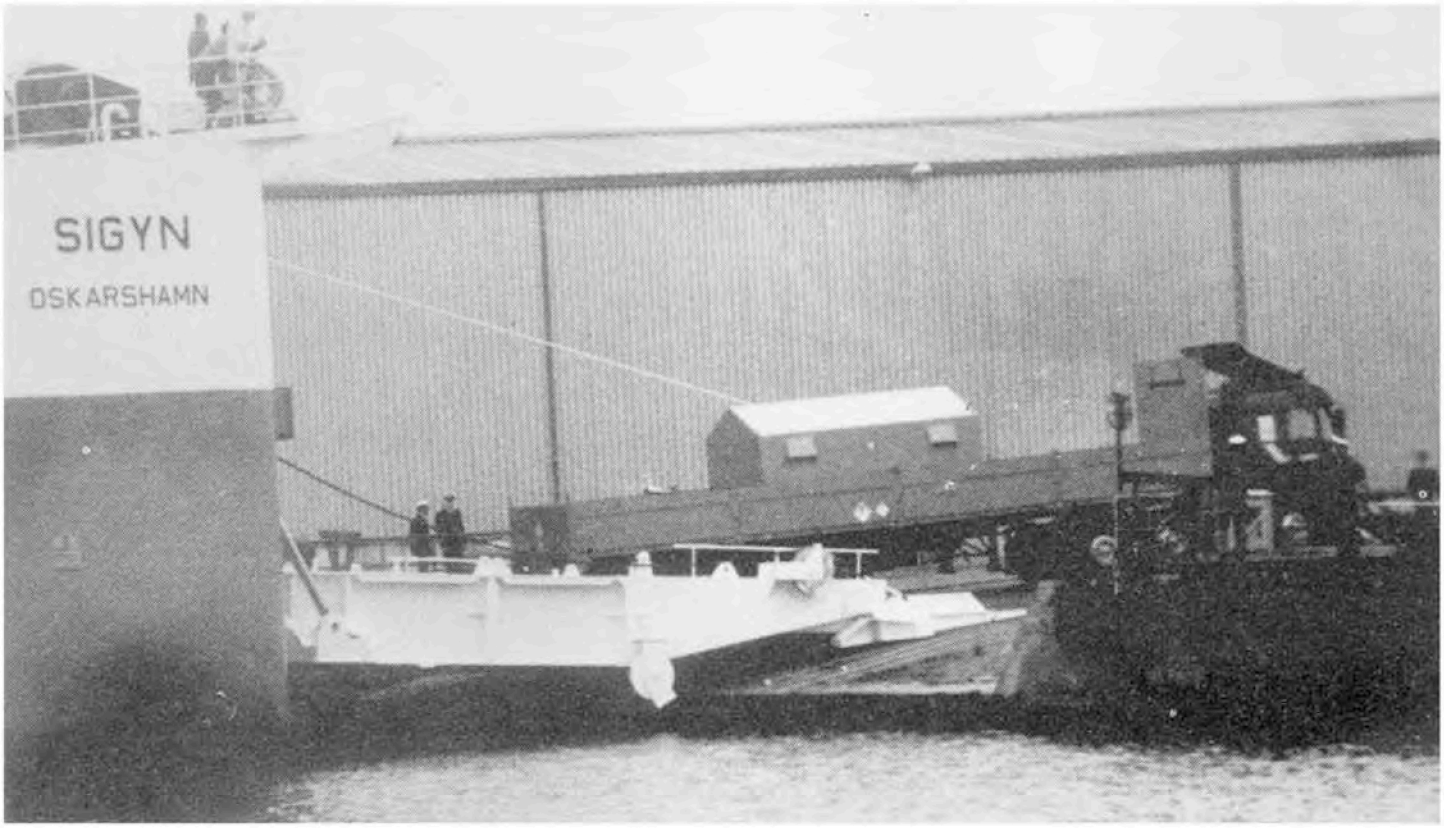
Hersteller: Gesellschaft für Nuklearservice (GNS)

Verwendung: Transport abgebrannter Brennelemente. Für das Zwischenlager Gorleben sind 4 Castor-Größen zugelassen (für 4 bis 16 Brennelemente, s. Tabelle)

Beschreibung: gelbe Transportcontainer, für Bahntransport auch mit Abdeckung

Für die Einlagerung der Brennelemente sind zunächst Behälter in folgenden Ausführungen vorgesehen:

Typenbezeichnung	für Brennelemente aus Druckwasserreaktoren (DWR) Siedewasserreaktoren (SWR)	Brennstoffmenge Schwermetall ca.	Brennelemente	Behältergewicht ca.	Breite ca.	Länge ca.
CASTOR I a	DWR	2,1 t SM	4 BE	80 t	1,6 m	6,0 m
CASTOR I b	DWR	1,4 t SM	4 BE	60 t	1,6 m	4,7 m
CASTOR I c	SWR	3,1 t SM	16 BE	80 t	1,7 m	5,5 m
CASTOR II a	DWR	4,9 t SM	9 BE	120 t	2,0 m	6,0 m
TN 900	DWR	3,7 t SM	7 BE	80 t	2,2 m	4,8 m
TN 900	SWR	3,3 t SM	17 BE	80 t	2,0 m	5,4 m
TN 1300	DWR	6,4 t SM	12 BE	120 t	2,4 m	6,0 m
TN 1300	SWR	6,5 t SM	33 BE	115 t	2,4 m	5,7 m
CASTOR KRB-MOX	SWR	1,9 t SM	16 BE	64 t	1,6 m	4,8 m
CASTOR KWO-MOX	DWR	4,4 t SM	16 BE	85 t	2,0 m	4,2 m
TN VAK-MOX	SWR	1,0 t SM	17 BE	45 t	1,8 m	2,5 m
TN 900/2-09 MOX	DWR	2,7 t SM	8 BE	86 t	2,3 m	4,8 m



Transportbehälter TN 7

Hersteller: Transnuklear **Verwendung:** Transport von Mischoxidbrennelementen (MOX- BE), u.a. für die MOX- Transporte aus verschiedenen bundesdeutschen AKW' s über Lübeck nach Schweden. Für die Transporte wurde eine Abdeckung verwendet. (Bild oben)
Beschreibung: Transportcontainer rot/orange, TN- Transportfahrzeug mit dunkelblauem Führerhaus (Bild 2)

Transportcontainer

Hersteller: Transnuklear

Verwendung: Für Transporte von radioaktiven Abfällen in Fässern, beispw. ins Zwischenlager Gorleben

Beschreibung: Container rot/orange, ZUgmaschine blau, gelber Windfang

Foto D. Meincke, Pan-Foto

Transportbehälter für Uranhexafluorid

Foto R. Jahnke, argus

Transportcontainer

Hersteller: Transnuklear

Verwendung: Transporte radioaktiver Schlämme

Beschreibung: Rot/orange- farbene runde Container

Foto: harry

Seit Juli '87 werden Atommülltransporte aus vier süddeutschen AKW's über die Autobahn und über das Bundesbahnnetz quer durch die Republik nach Lübeck, und von dort aus mit einem Spezialschiff nach Schweden verfrachtet. Hintergrund für diese Transporte von abgebrannten, hochradioaktiven Brennelementen bildet ein Vertrag zwischen der schwedischen und der bundesdeutschen Regierung, der einen Ringtausch von Atommüll und die Zwischenlagerung der BRD'eigenen Brennelemente in Schweden beschließt. (s. 'atom' Nr.17)

Im Oktober fand dann in Hannover die erste Streckeckenkonferenz statt, auf der sich AKW-Gegner/innen aus den Städten und Orten entlang der möglichen Transportrouten zusammenfanden. Zu Beginn wurde über den Hintergrund der Atommülltransporte und der vorangegangenen Behinderungsaktionen, die vorwiegend in Lübeck stattfanden, informiert. In der anschließenden Diskussion wurden zu einerseits verschiedene Möglichkeiten für eine Behinderung der weiteren Transporte erörtert, andererseits Sinn und Zweck an sich überdacht.

Um das Konzept der Betreiber, die Transporte still und unbemerkt von der Öffentlichkeit durchzuführen, zu stören, sollen anhand der Behinderungsaktionen die Transporte aus ihrer Anonymität herausgerissen werden. Auto- und LKW-Fahrer/inen werden damit konfrontiert, daß sich vor oder hinter ihnen stark strahlende Atommülltransporte befinden, deren Gefährdungspotential mit etlichen Hiroshima-Bomben zu vergleichen ist. Durch Flugblätter, Veranstaltungen und andere Aktionen wird die Bevölkerung über die Transporte (Routen, Fracht usw.) informiert. Es wird versucht eine breite politische Debatte über die Transporte in Gang zu setzen.

Mit Hilfe der Behinderungsaktionen soll aber nicht nur Öffentlichkeit geschaffen werden, vielmehr ist es auch Ziel den reibungslosen Ablauf der Atommüllschiebereien empfindlich zu stören und evtl. auch einzelne Transporte ganz zu verhindern.

Geplant war das AKW Kahl zu beobachten und sobald die Tranporte das Gelände verlassen haben, über ein Infosystem die beteiligten Gruppen zu informieren, die dann zu ihren entsprechenden Autobahnabschnitten fahren sollten, um dort, durch verlangsamtes Fahren, einen Stau zu produzieren, in dem die Transporter rein geraten würden. Dies würde im Idealfall so aussehen, daß der Transport sich bis Lübeck ständig im Stau befinden würde.

Während der Diskussion stellte sich dann heraus, daß viele Gruppen erst einmal eigene Erfahrungen mit dieser Aktionsform machen wollen, bevor sie in der Öffentlichkeit dazu mobilisieren, andere erstmal sich auf das Beobachten beschränken wollen. Dies zum einen weil es Überwindungsängste gab mit dem eigenen Auto einen Stau zu erzeugen und sich notfalls mit der Wut der Betroffenen (überwiegend LKW-Fahrer) auseinander setzen zu müssen, anderseits weil die Unfallgefahr als zu hoch eingeschätzt wurde und das Risiko nicht zu verantworten sei. Andere Gründe waren daß es in manchen Gruppen schlicht und einfach zu wenig Autos für diese Aktion gab, sowie auch manche Autobahnabschnitte als zu gefährlich eingestuft wurden, wie z.B. die Kasseler Berge. Einmütige Meinung war dann, daß um einen Stau zu erzeugen mindestens 15-20 Autos notwendig seien, mit steigender Beteiligung die Sicherheit der einzelnen Autos steige, da LKW-Fahrer bei 50-100 Autos vor ihnen keine solchen riskanten Überholmanöver veranstalten, als wenn nur 10 Autos vor ihnen langsam fahren. Wie die einzelnen Gruppen die blockieren wollen sich verhalten, sollte in gruppeninternen oder regionalen Zusammenhängen geklärt werden. Ziel war es die Ankunft der Transporte in Lübeck solange zu verzögern (bis kein Marzipan mehr ausgeliefert wird und die Revolution ausbricht; d.Sz.), daß die Betreiber mit ihren Zeitplan in Bedrängnis geraten, da laut Informationen das schwedische Atommüllschiff "Sigyn" spätestens um 6.00 Uhr den Hafen verlassen müßte.

Am 20./21. Okt. war es dann soweit, aber die Realität ließ dem Idealfall keinen Platz. Der Transport wurde beim Verlassen des AKW's nicht als solcher erkannt, weshalb der Alarm erst um 23.30 Uhr ausgelöst wurde, als der Transport am Kamener Kreuz gesichtet wurde. Im folgenden eine kurze Rekonstruktion:

19.00-20.00 Start Kahl — Kontrolle:"haben Transport gesehen, aber nicht erkannt". Ausgang:KWU Gelände vorn (Haupteingang), keine Bullen

20.03 Gl Westhofener Kreuz (TA 80 km/h)

23.23 Abzweigung Dortmund-Unna (TA 100-110 km/h)

23.25 Auf A 1, Münster beobachtet, Osnabrück beobachtet
00.15 Lotter Kreuz (TA hält auf Seitenstreifen 2 min., Bullen wechseln)
01.00 Rastplatz (RP) Wildeshausen, Aassen, TA-Konvoi: Autobahnpolizei, TA 1, TA 2, Autobahnpolizei
02.00 RP Grundbergsee, Raststätte Ostetal, Staus (TA muß verlangsamen)
03.00 Stau vor Harburg, TA fährt Dibbersen runter, Harburg oder Stillhorn wieder rauf, weitere TA Behinderungsversuche bis Barkteheide, Polizei riegelt Auffahrten ab, verhindert Auffahrt von Raststätten aus
05.00 Barkteheide
06.00 Lübeck Hafen Ende Oktober traf sich in Bremen erneut die Streckenkonferenz zum Auswertungstreffen. Kritisiert wurde das Infosystem und die Beobachtung des TA. Es war für einzelne Gruppen kaum feststellbar wo scih der TA befindet, so daß sie zum Teil zu früh auf die Autobahn fuhren, oder zu lange warteten und die Auffahrten abgesperrt wurden. Ein weiterer Diskussionspunkt war die Konfrontation die die Hamburger Akteurinnen mit wütenden LKW-Fahrern hatten. Einige derselben machten waghalsige Überholmanöver, ein LKW stellte sich quer, brachte damit die Blockierer/innen zum stehen und aussteigen, schließlich griff er mit einem Knüppel bewaffnet eine Person an. Dies war zwar ein einigartiger Vorfall, regte jedoch die Diskussion um das Risiko einer solchen Aktion erneut an.
Ein wesentlicher Kritikpunkt war die auf die Aktion folgende Öffentlichkeitsarbeit, die defacto nicht stattfand. Es gab nicht wie geplant ein bundesweites Flugblatt, auf das sich alle Gruppen jedoch stützen wollten. Die mangelnde Vermittlung in der Öffentlichkeit führte dazu, daß sich Teile der Hamburger Gruppen an der nächsten Aktion im November nicht mehr beteiligen wollten, da für sie Risiko und Nutzen in keinem Verhältnis mehr stand.
Bis zum Treffen auf der Atommüllkonferenz in Braunschweig gab es immer noch kein Flugblatt, das bundesweit auf die TA aufmerksam machte. Nur im geringen Maße fanden in einzelnen Städten Veranstaltungen statt, das Echo der Presse auf die Oktobertransporte war sehr gering geblieben. In Braunschweig standen die Einwände, die Aktion sei nicht zu vertreten wieder im Raum. Die meisten Gruppen einigten sich jedoch darauf, die TA am 24./25. November ein weiteres Mal auf der Autobahn zu behindern. Diesmal sollte schon im Vorfeld und während der Aktion Pressearbeit gemacht werden. Am 25.11. um 11.00 Uhr sollte auch eine Pressekonferenz im Lübecker Rathaus gegeben werden.
Die Aktion bei den Novembertransporten wurde von fast allen als Erfolg gewertet. Die TA wurden schon von Anfang an von 5-6 Polizeifahrzeugen begleitet und waren dementsprechend auffällig. Der Alarm wurde rechtzeitig ausgelöst, so daß der TA bei Dortmund zum ersten Mal einen Stau vor sich hatte. Der TA wurde von den Bullen auf eine Raststätte geleitet, auf der er 1,5 Std. stand. Daraufhin began die Polizei schon sehr früh die kommenden Auffahrten zu sperren, was zum Teil einer Vollsperrung der Autobahn gleichkam. Trotzdem gelang es immer wieder einzelnen Gruppen auf die Autobahn zu kommen um dort einen Stau zu erzeugen. Die TA waren dann schließlich erst gegen 7.00 Uhr in Lübeck, wodurch sie von vielen Passanten gesehen wurden. Außerdem hing am TA eine Schlange von ca. 100 Autos, die laut hupend für die notwendige Atmosphäre sorgten.
Während der langen Fahrt von Kahl nach Lübeck begleiteten einige Reporter, Rundfunk- und Fernsehteams die Aktionen. Insgesamt ist das Interesse und die Berichtserstattung der Medien als positiv zu bewerten.

Wie weiter ?

Das wurde mit dem Konzept der bisherigen Behinderungen der TA's, auf den Autobahnen durch erzeugen eines Staus erreicht?
— Das öffentliche Interesse für die Transporte ist geweckt wurden, auch innerhalb der Anti-AKW-Bewegung werden Transporte wieder vermehrt diskutiert. Kommende Transporte in Bezug auf die Einlagergenehmigung für das Zwischenlager Gorleben (s.Kasten), Transporte die im Zusammenhang mit der Konditionierungsanlage in Gorleben und der WAA in Wackersdorf sind ansatzweise im Gespräch.
— Die Atommülltransporte nach Lübeck können nicht geheim durchgeführt werden, durch die Polizeipräsens auf den Autobahnen, die Absperrungen von Auffahrten, die zum Teil zu Vollsperrungen ausarten, konfrontieren immer mehr Menschen mit den Transporten.
Für die Zukunft wird es ein wesentlicher Punkt sein, daß die Atommülltransporte in der öffentlichen Berichtserstattung bleiben und die Diskussion zu diesem Thema verstärkt wird. Dazu bedarf es grundsätzlich noch anderer Aktionen in den Städten, die die Behinderungsaktionen auf der Autobahn ergänzen, auch speziell zwischen den Transporten. In diesem Rahmen erscheint es uns sinnvoll die nächsten Transporte

Kontakt für alle Informationen über jede Art von Atommülltransporten: BUU Hamburg/ Weidenstieg 17/ 2000 Hamburg 20/ Tel.: 040/ 400423

Aktionstag in Lübeck

„Lieber Stau als Supergau"

Am 3.10.87 fand in Lübeck ein Aktionstag unter dem Motto:„Lieber Stau als Supergau" gegen die Transporte von MOX-Brennelemente über den Lübecker Hafen nach Schweden statt, welcher folgendermaßen verlief:
Ab 9 Uhr waren alle Zufahrtsstraßen zur Lübecker Innenstadt durch Infoposten mit Flugblättern und Transparenten besetzt. Gleichzeitig errichteten verschiedene Gruppen Infostände in der City. Um 11 Uhr startete eine kurze Demo mit ca. 500 TeilnehmerInnen (für Lübeck eine recht große Beteiligung), die mit einer Abschlußkundgebung endete.
Nun sollten vielfältige Aktionen folgen. Eine Fahrradgruppe von ca. 50 Beteiligten fuhr mit umweltgerechtem Tempo von 20 km/h durch die Innenstadt und machte trotz weniger genervter Autofahrer darauf aufmerksam, daß sie lieber Stau als Supergau in Kauf nahmen. Eine andere Aktion führte rd. 100 Leute durch, welche mit zig Getränkedosen, als Miniatomfässer bemalt, Zebrastreifen und Ampeln überquerten, wobei die strahlende Fracht verloren wurde und der Verkehr bis zum Bergen des *„Gefahrgutes"* stehen mußte. Die Sportler unter den Aktiven errichteten ein Volleyballfeld auf der Fahrbahn und lieferten sich unter dem Publikum wartenden Autofahrer ein Antiatommatch. Greenpeace entrollte ein Transparent von einem der Lübecker Kirchtürme. Ein Dekontaminitionstrupp, ausgerüstet mit Bürste und wassergefüllten Eimern, stoppe PKW's um sie zu entseuchen, sprich zu waschen, und danach hunderte von Papierschnipseln mit dem Radioaktivitätszeichen auf die nassen Karossen niedergehen zu lassen. Straßentheatermäßig zog sich eine Gruppe von *„Strahlenopfern"* gegenseitig im Bergungsgriff über die Straßen.

Foto: LIGA

Für Aufsehen sorgte ein aus Bettlaken gefertigter 50 m langer Anti-Atomwurm mit 40 Beteiligten in seinem Inneren, der sich durch Straßen, Kaufhäuser und sogar haltende Busse schlängelte. Den Abschluß bildete eine Fete gegen Atomkraft mit Live-Musik, wobei die Gruppen zugunsten der Aktion auf ihre Gage verzichteten.
Aufgerufen zu den Aktivitäten an diesem Tag hatte ein breites Bündnis von Gruppen, sowie Organisationen aus Umweltschutz und Politik. Die Mitarbeit reichte von der Lübecker Initiative gegen Atomanlagen (LIGA) über Netzwerk, Arbeiterjugendsportgemeinschaft, Greenpeace, Autonomen HL bis zu den Grünen Lübeck, um nur einige der über 20 beteiligten Gruppen zu nennen.

Es gelang durch diese Zusammensetzung Verständnis für Blockadeaktionen und zivilem Ungehorsam zu entwickeln. Öffentliche Reaktionen waren zumeist auch positiv. Selbst die bürgerliche Lübecker Nachrichten berichtet von *„...amüsiert reagierenden Passanten..."*. Zu nennenswerten Polizeiaktionen gegen AtomgegnerInnen kam es nicht. Einerseits um sich bei der Unterbindung der mit viel Jux vorgetragenen Aktionen vor den Zuschauern nicht lächerlich zu machen, andererseits hatten die Ordnungshüter mit der Umleitung des Verkehrs um die „gestaute" Innenstadt mehr als genug zu tun, da sie dem Geschehen recht unvorbereitet gegenüberstand.

amö von der LIGA

Foto: LIGA

Der Gedanke, einen Aktionstag als Protestform zu gestalten, kam aus der Überlegung daß eine einfache Demo nicht die gewünschte Publizität erreichen würde. Da ein Aktionstag frü die LIGA eine Überforderung dargestellt hätte, versuchten wir aus dem linken und fortschrittlichen Spektrum Gruppen zu beteiligen.
Auf Initiative der LIGA hatten sich VertreterInnen der einzelnen Organisationen zu einem Diavortrag zusammengefunden, um über Atomtransporte durch ihre Stadt mehr zu erfahren. Auf die Frage, ob Interesse an einer gemeinsamen Aktion zu dieser Problematik bestünde, gab es einige Resonanz. So wurden gemeinsame Vorbereitungstreffs durchgeführt. Durch die große Anzahl der beteiligten Gruppen, gab es eine Menge Vorschläge von Betätigungen. Es wurde ein Rahmen verschiedenster Aktionen erstellt, gemeinsam ein Flugblatt und Plakat entworfen. Das Bündnis machte es möglich, unterschiedlichste Kreise zu mobilisieren. Zusammen wurden mehrere tausend Flugis verteilt, hunderte Plakate verklebt.
Ein weiteres Ziel des Aktionstages war es, kontakt zu Passanten zu bekommen, andererseits spürbare Behinderungen des Öffentlichen Lebens zu erreichen.
Einerseits Infoposten, Straßentheater, andererseits „Atommüllblockaden" mit Verkehrsstaus, die Aussagen sollten, daß diese Behinderungen im Gegensatz zum Evakuirungschaos bei einem Atom-Transportunfall lächerlich sind.

Zur Verantwortbarkeit von Aktionen

Warum die LIGA sich nicht an den Autobahnblockaden gegen Atomtransporte beteiligt

Dieser Artikel bezieht sich auf Aktionen gegen Atommülltransporte die am 8./9. September, 20./21. Oktober und 24./25. November 1987 auf der Autobahn zwischen Hannover und Lübeck stattgefunden haben.
Ziel der Aktionen war eine Verzögerung von Atomtransporten, die MOX-Brennelemente per LKW aus Kahl auf das schwedische Spezialschiff„Sigyn" gebracht haben.
Da das Schiff jeweils gegen sieben Uhr morgens ablegt, fahren die LKW's der Firma TRANSNUKLEAR zwischen 22 und 24 Uhr in Kahl los. Sie fahren dann ohne größere Pausen die Nacht durch nach Lübeck. Geplant war nun, die Transporte zu behindern, indem einige Fahrzeuge auf die Autobahn fahren, dort bis auf 30 bis 50 km/h verlangsamen und so einen Stau zu verursachen, in dem die Transporter steckenbleiben.
Die LIGA hat es abgelehnt, sich an diesen Aktionen zu beteiligen und bei verschiedenen Gelegenheiten ihre Bedenken gegen diese Aktionsform zur Diskussion gestellt. Leider wurden unsere Bedenken dort nicht geteilt.
Wir haben uns entschlossen, die Frage der Verantwortbarkeit einer solchen Aktionsform in der „atom" zur Diskussion zu stellen. Zunächst jedoch möchten wir einige — vielleicht naheliegende — Mißverständnisse vermeiden:
1. Wir sind nicht gegen Blockadeaktionen bei Atomtransporten. Wir haben im Gegenteil bereits selbst solche Aktionen (Besetzung der Herrenbrücke) durchgeführt.
2. Wir glauben nicht, daß bei direkten Aktionen jegliche Gefährdung sowohl Beteiligter wie Unbeteiligter auszuschließen ist. Wir meinen aber, daß Risiko und Erfolg in einem vertretbaren Verhältnis zueinander stehen müssen.
3. Es geht uns nicht um eine „Distanzierung". Wir denken, daß eine Veröffentlichung in der „atom" den Charakter einer zwar breiten aber doch bewegungsinternen Diskussion hat. Uns in den bürgerlichen Medien von anderen AtomkraftgegnerInnen zu distanzieren, lehnen wir ab.
Wir wissen natürlich, daß es trotzdem ein bedenklicher Schritt ist, die Diskussion nicht mehr intern, sondern in der „atom" zu führen. Wir hätten uns zu diesem Schritt nicht entschlossen, würden wir die Gefahren sowohl für Unbeteiligte wie auch für unser Anliegen nicht für immens halten.

Risiko für Unbeteiligte hat höheres Gewicht

Generell ist bei der Betrachtung von Aktionsrisiken zwischen Risiken für uns selbst, die wir die Aktion durchführen, und Risiken für Unbeteiligte zu unterscheiden.
Einig sind wir uns sicherlich darin, daß an das Risiko für Unbeteiligte wesentlich höhere Maßstäbe angelegt werden müssen als etwa an unser eigenes. Schließlich haben es sich diese Menschen nicht ausgesucht, in eine Aktion verwickelt zu werden. Sie haben nie entscheiden können, ob sie das Risiko eingehen wollen oder nicht.

Bei vielen Staus gibt es Auffahrunfälle !

Wir meinen, daß das Risiko für Unbeteiligte — nämlich die zufällig auf der Autobahn fahrenden AutofahrerInnen — unvertretbar hoch ist.
Bei einem großen Prozentsatz der Staus auf den Autobahnen kommt es zu Auffahrunfällen. Viele dieser Unfälle fordern Todesopfer oder haben schwere Verletzungen zu Folge. Das Risiko erhöht sich noch zusätzlich dadurch, daß die Aktionen zwangsläufig in der Dunkelheit stattfinden müssen — also bei schlechten Sichtverhältnissen und zu einer Zeit, wo niemand mit einem Stau rechnet, dafür aber viele übermüdete FahrerInnen mit oft sehr hoher Geschwindigkeit über die Autobahn jagen. Zu bedenken sind schließlich auch die Gefahren, die von den Atomtransprtern selbst ausgehen, sollten sie in einen Unfall verwickelt werden. Schließlich ist bekannt, daß diese mit stark überhöhter Geschwindigkeit von bis zu 110 km/h fahren.

Die Gefahr darf nicht verharmlost werden

Das Szenario eines folgenschweren Auffahrunfalls ist keineswegs ein überspitztes Extrembeispiel, sondern geschieht im Gegenteil jedes Jahr mehrfach.
Hier die an sich schon fragwürdige Theorie des Restrisikos ins Spiel zu bringen, erscheint uns verfehlt. Das Risiko eines schweren Unfalls ist weit höher als das *„Restrisiko"* eines AKW's. Wir bekämpfen die AKW's weil im Verhältnis zu den unabsehbaren Folgen eines Unfalls auch das kleinste Risiko unverantwortbar ist. Auch bei den Autobahnblockaden müssen wir uns also fragen: Wie groß ist das Risiko? Wie schwer sind die Folgen, wenn etwas schief geht? Und: Wie groß ist der Nutzen, für den wir dieses Risiko in Kauf nehmen?
Uns erscheint der Nutzen, den Atomtransporter im Höchstfall einige Stunden aufzuhalten, verglichen mit dem nicht von der Hand zu weisenden Risiko, den Tod von Menschen mitzuverschulden, lächerlich gering.
Dabei ist der politische Schaden, den ein solcher Unfall hätte, noch nicht einmal mitberücksichtigt. Es bedarf nur wenig Fantasie, sich das Gegeifere der bürgerlichen Presse nach einem solchen Unglück auszumalen.

Die Gefahr wird verdrängt

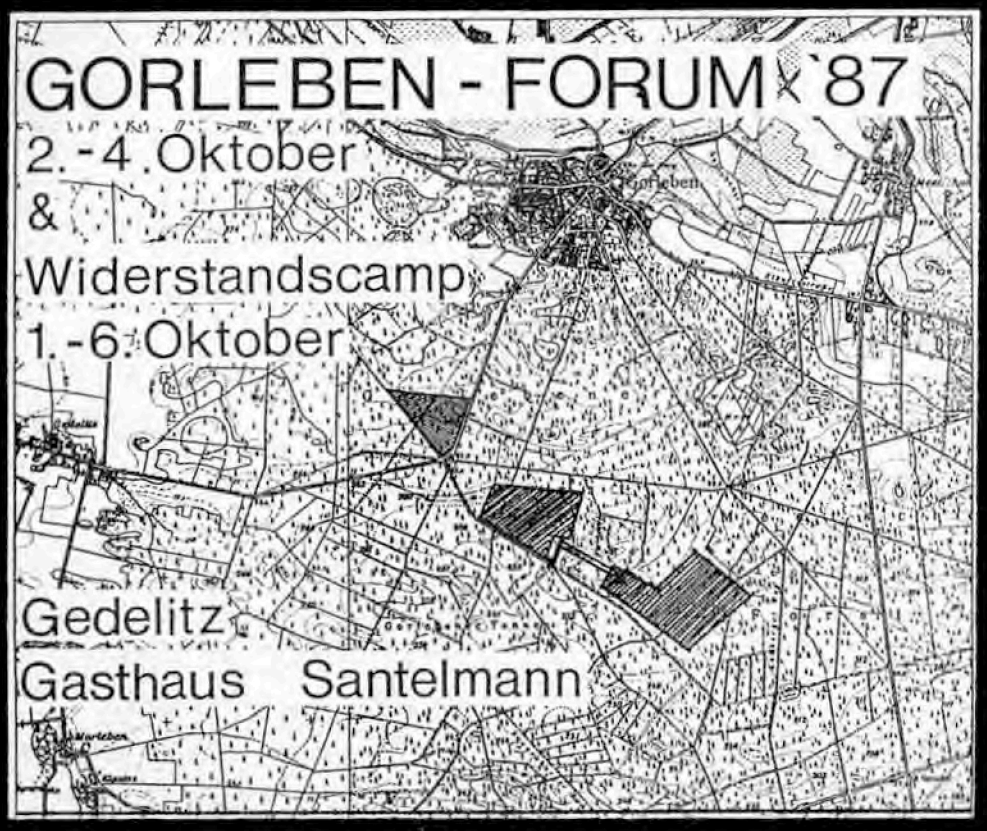
Wir sehen hinter der Tatsache, daß politisch erfahrene Menschen — in Kenntnis der Einwände — solche Aktionen unternehmen, eine fatale *„Es-wird-schon-gutgehen"* -Haltung. Endlich wissen wir von konkreten Transportterminen, haben die Chance, etwas gegen die Transporte zu unternehmen. Doch da die Absicherung bei der Verladung in Lübeck kaum Lücken läßt, ist der im Moment einzig praktikable Aktionsvorschlag die Autobahnblockade.
Diese scheinbar große Chance — gepaart mit einer gewissen Überbewertung direkter Aktionen — läßt offensichtlich die eine oder den anderen die geäußerten Bedenken beiseiteschieben. Wir meinen, als politisch denkende und handelnde Menschen, können und dürfen wir uns es nicht erlauben, andere in eine solche Gefahr zu bringen.
Es geht eben darum, Menschen für uns zu gewinnen und nicht darum, unsere Hilflosigkeit zu demonstrieren.

Die Aktion nochmals überdenken !

Uns ist die Zusammenarbeit mit den Initiativen entlang der Transportstrecke sehr wichtig. Wir sind davon überzeugt, daß sich andere Möglichkeiten des Widerstandes mit geringerem Risiko — nicht unbedingt für einen selbst, aber für andere — finden lassen.
Wir wünschen uns deshalb eine sachliche Diskussion unserer Einwände in den entsprechenden Initiativen und hoffen für die Zukunft auf gute Zusammenarbeit.

LIGA, Lübecker Initiative gegen Atomanlagen

Foto: LIGA



"Eigentlich war das ja total irre, wie wir damals ....." An dieser Stelle müssen wir die verklärten Exkurse eines unserer Kollegen regelmäßig abbrechen, bevor er wortreich die derzeitige Krise des Wendland-Widerstands an vergangenen Hochzeiten wie 1004-Besetzung, Wendland-Blockade oder Tag X mißt.
Weit weniger romantisch war die Reaktivierungsinitiative der HannoveranerInnen, die der Schwäche der Bewegung mit einem Widerstandscamp zurück auf die Beine helfen wollten.
Zwei Treffen in Gedelitz im Sommer 87 machten jedoch deutlich, *"daß der norddeutsche Anti-AKW-Widerstand nicht gerade agil zu nennen ist"*, so daß sich ein aktionsorientiertes Camp als schlicht unrealistisch erwies. Stattdessen wurde es als dringend notwendig empfunden, gemeinsam über diese Schwäche zu reden, nach Ursachen zu suchen, Perspektiven und Ziele zu formulieren, sowie dementsprechende Schritte zu planen.
Es waren vor allem auch die WendländerInnen selbst, denen an grundsätzlichen Diskussionen über die Strukturen von Protest und Widerstand gelegen war. Angesichts der Tatsache, daß die EinwohnerInnen des Landkreises sich mit ihrer atomar bedrohten Lage mehr oder weniger abfinden bzw. jede weitere Verschärfung der Situation mit einem resignierten Schulterzucken zu kommentieren scheinen, droht die soziale Basis des Widerstands weiter zu zerfallen. Von einer gemeinsamen starken Opposition ist zur Zeit ganz zu schweigen, und das, obwohl sich die Wolken über dem Wendland weiter verdüstern.

Ab Januar muß möglicherweise mit dem ersten Transport von hochradioaktivem Müll, abgebrannte Brennelemente, nach Gorleben gerechnet werden. Faßmüll ist in der letzten Zeit ohnehin schon wieder eingelagert worden, ohne daß dies einen adäquaten Protest hervorgerufen hat. Schließlich schreitet auch das Genehmigungsverfahren der Konditionierungsanlage still und heimlich voran, und niemand kümmert sich ernsthaft darum. Schlechte Aussichten im Wendland also.
Angesichts dessen wurde der ursprüngliche Vorschlag der HannoveranerInnen so modifiziert, daß schließlich der Gedanke eines stark inhaltlich ausgerichteten GORLEBEN – FORUMs 87 Gestalt annahm. Es war allerdings nach wie vor eingebettet in ein Widerstandscamp in den ersten Oktobertagen.
Leider war das Camp, ein Zeltlager in Gedelitz, nur sparsam besucht, dennoch konnten ein Beobachtungsturm errichtet und mehrere "Ausflüge" unternommen werden.

Das Forum wurde eröffnet durch einen Überblick über die Atommüll'entsorgung' den H. Hirsch am Freitagabend gab.
Inhaltlich bestimmt war das Wochenende im Weiteren durch die Diskussionen in den vier Arbeitsgruppen und das abschließende Plenum. Wir können leider die Ergebnisse aus Platzgründen, aber auch weil die Protokolle zum Teil nicht vollständig waren, nur sehr stark zusammengefaßt wiedergeben.

Arbeitsgruppe "Atommülltransporte"

Zu diesem Thema soll an dieser Stelle nicht viel gesagt werden, weil der entsprechende Diskussionsstand in einen eigenständigen Artikel in dieser Zeitschrift eingeht. Nur soviel: Die Diskussion verlief recht produktiv bis zu dem Moment, als das Gerücht aufkam, der erste Castor-Transport werde bereits in der folgenden Woche erfolgen. Von diesem Punkt an erhielt die Diskussion einen konfusen Charakter. Ein Lehrstück für die Lektion, wie vermeintlicher Zeitdruck alle guten Ansätze aushebeln kann.
Wir sollten uns davon frei machen!

Arbeitsgruppe "Kritikpapier der Frankfurter Autonomen"

Die Arbeitsgruppe hatte sich getroffen, um auf der Grundlage des Lupus-Kritikpapiers autonome Politik zu diskutieren. Die Intensität der Diskussion führte jedoch dazu, daß die Auseinandersetzung nicht über den ersten Aspekt *"Unsere politische Militanz hinkt der praktischen hinterher, anstatt ihr vorrauszugehen "* hinauskam.
Gegenüber dem Primat der Theorie der K- Gruppen bestand der Ansatz der autonomen Anti- AKW- Bewegung immer darin, von der Betroffenheit der Menschen auszugehen. So sehr diese Strategie grundsätzlich für angemessen gehalten wurde, so sehr stellte sich mit dem Ansatz selbst und als Reflex auf die politische Praxis der K- Gruppen eine nicht unerhebliche Theoriefeindlichkeit ein.
Dementsprechend ging der hohe Stellenwert praktischer Aktionen zu Lasten einer adäquadaten politischen Arbeit, die zudem den immer stärker reformistisch orientierten Grünen überlassen wurde.
Utopieverlust und Konzeptlosigkeit waren die Folge, aber auch die Tatsache, daß die Vermittelbarkeit von Aktionen wie Blockaden, Sabotage etc. häufig ausgeschlossen war. Viele Aktionen erschienen nach außen hin abstrakt, mithin willkürlich. Durch fehlende politische Inhal-

te und eine unterentwickelte Diskussionsbereitschaft wurde zu Gunsten der praktischen Militanz die Abgrenzung gegenüber anderen Protest- und Widerstandsgruppen verfestigt.
Neben der eingeschränkten politischen Wirkung wurde damit zudem der staatlichen Repression Vorschub geleistet.
Insofern besteht die Konsequenz in Bezug auf den autonomen Wendland- Widerstand darin, sich nicht mehr nur aktionsorientiert auf den nächsten Transport zu stürzen, sondern praktische Aktionen mit einer intensiven Vor- und Nachbereitung sowie entsprechenden öffentlichen Veranstaltungen zu verbinden.

Arbeitsgruppe der "Widerstand & Alltag"

"Es hat für uns viel mit der fallenden Faszination und der Ausstrahlung autonomer Politik zu tun, daß wir große Bereiche unseres Alltags abgehakt und aufgegeben haben, was sich in den Formen autonomer Politik eher wiederspiegelt als bricht ....."
Im Sinne dieses Zitats aus einem Kritikpapier Frankfurter Autonomer empfand die Arbeitsgruppe die eigene Situation in Bezug auf das Wendland, wenngleich sie über diesen und andere Aspekte insgesamt kontrovers diskutierte. Mensch schätzte sich selbst als *"einen kleinen, aber doch lebhaften Haufen ein, dessen politische Äußerungen allerdings ziemlich verhalten geworden sind"*. Die eigene Arbeit an starken Gegenstrukturen ist größtenteils aufgegeben bzw. aus den Augen verloren worden.
Die Arbeitsgruppe machte es sich unter anderem zur Aufgabe, die verschiedenen Gruppierungen der Region aufzusuchen, um mit ihnen über Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Bewegung zu diskutieren. Ziel soll es sein, die Leute wieder an einen Tisch zu bringen, um wenigstens auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner miteinander in einen Gedankenaustausch zu kommen.
Darüberhinaus möchten die TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe wieder mehr Veranstaltungen in den Dörfern des Wendlandes machen, um mit den BewohnerInnen über Themen des Widerstands zu sprechen. Das betrifft natürlich die aktuelle Situation in der Region (Transporte, Konditionierung, Endlager etc.), aber auch grundsätzlichere Themen, wie sie z.B. auf dem GORLEBEN – FORUM diskutiert wurden.
Ein nächstes Treffen, auf dem diese komplexe Thematik fortgeführt werden soll, ist an dem Wochenende am 16. und 17. Januar 88 in Meuchefitz Nr. 12 angepeilt. (Anmeldung unter Tel.: 05841/5977)

Arbeitsgruppe "Thesen von G. Anders"

I.) Die Arbeitsgruppe kam sehr schnell zu dem Ergebnis, daß die Folgerungen seiner Analyse banal sind, d.h., daß das Töten der für unsere Todesbedrohung politisch und technisch Verantwortlichen nicht nur moralisch gerechtfertigt, sondern unsere Pflicht ist.

Die Frage ist jedoch vielmehr, ob seine Analyse der Wirklichkeit, die in einer Notwehrsituation mündet, tatsächlich stimmt. Anders gesagt, wie n a h kommt der Philosoph Anders der konkreten Realität, die außerhalb unserer und auch seines Kopfes herrscht, bei der Beschreibung der Wirklichkeit? Erst wenn wir die Analyse mit der G. Anders eigenen Brillianz und Schärfe führen, scheinen uns die natürlich sofort auftauchenden gedanklichen Hindernisse wie z.B. Tabu vor der Persönlichkeit eines anderen Menschen, dem uns allen innewohnenden „Du sollst nicht töten", gesellschaftliche Isolation, Repression, RAF-Syndrom, etc., übersteigbar. Nur dann, wenn wir unsere Situation wahrhaftig als unaufschiebbar, als unabdingbar, zu sofortigen Handeln zwingend erfahren – und dies kann nicht über eine individuelle Situationsbeschreibung, der mich umgebenden Welt allein geschehen, sondern sieht eine kollektive Erkennung voraus, nur dann löst sich die philosophische Banalität auf und wird zum praktischen Handlungsfaden.
Darüberhinaus ist es aber auch so, daß es ein eindeutiges Ja/Nein in der Realität nie geben wird, die Thesen von Günther Anders auch nur auf einer philosophischen Ebene eindeutig und unzweifelhaft beantwortet werden kann.
II.) Über eine rein philosophische Wahrheit hinaus, den Philosophen G. Anders als Vordenker, als Wegbereiter für Denkprozesse begreifend, muß es nicht zum Gefühl der Notwehr gereichen. Wir denken, daß es an der Zeit ist, eine neue, wenn auch schon in Ansätzen immer schon vorhandenen Ebene des politischen Anti-AKW-Kampfes zu eröffnen.
Es würde unsere derzeitigen Möglichkeiten bei weitem überfordern, die zuletzt von Günther Anders formulierte These – die Tötung der polit. u. techn. Verantwortlichen – auf dem Hintergrund des derzeitigen Informationsstandes auch nur zu fordern. Ausgend jedoch von der Richtigkeit seiner Aussagen, die Verantwortlichen persönlich, direkt und unmittelbar zu bedrohen, halten wir es für machbar, persönliche Angriffe über eine bloße Denunziation hinaus auf eine politische Ebene zu stellen, die uns neue Möglichkeiten der Selbstdarstellung und Vermittlung unsere Standpunkte gibt.
Wir halten die praktische Umsetzung für machbar und denken, daß eine Ebene unseres Widerstandes die inhaltliche gut – sehr gut sogar – vorbereitete Angriff auf diese Verantwortlichen des menschenverachtenden Systems sein kann. Eine solche breite Mobilisierung gegen Persönlichkeiten/Individuen hat es unseres Erachtens noch nicht gegeben.
Es sollte uns möglich sein, soviel Fantasie aufzubringen, um eine breite Diskussion in der Bewegung/Gesellschaft anzukurbeln, die den w e g w e i s e n d e n C h a r a k t e r der Thesen von Günther Anders aufzeigt. Daß diese Diskussion in jedem Fall sehr kontrovers geführt wird, würde auch in der Arbeitsgruppe deutlich.

(Der Text wurde geändert. Wir können eine abweichende Einzelposition an dieser Stelle aus platztechnischen Gründen nicht wiedergeben.)

Soweit also in sehr geraffter Form die Arbeitsergebnisse. Wer Genaueres erfahren will, kann sich beim Atomplenum Hannover (Stärkestraße 15, 3 Hann. 91) die vollständigen Protokolle schicken lassen. Das Atomplenum sowie das Büro der BI Lüchow Dannenberg sind auch die Stellen, bei denen Ihr aktuelle Termine und Informationen in diesem Zusammenhang erfahrt.
Das nächste GORLEBEN – FORUM soll Ostern 1988 stattfinden.

Auf ein Neues

Castor-Transport nach Gorleben

Nun ist es also wieder soweit. Der erste Castor-Transport soll in nicht allzu ferner Zukunft, möglicherweise schon im Januar ins Wendland rollen.
Abzuwarten bleibt derzeit v.a. ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in dem es um die Frage geht, inwieweit das Zwischenlager Gorleben überhaupt rechtskräftig in Betrieb gehen kann, da es ja seinerzeit formal nicht nach Atomrecht, sondern wie eine x-beliebige Kartoffelhalle genehmigt worden war. Gerüchtehalber kann mit dem Urteil noch im Dezember gerechnet werden. Es ist dann zu erwarten, daß die PTB bei einem "positiven" Bescheid einen Antrag auf Sofortvollzug deiner Einlagerung stellen wird, sei es für ein einzelnes AKW oder pauschal für mehrere AKWs. Der BI Lüchow Dannenberg bliebe dann wiederum die Möglichkeit, beim Verwaltungsgericht einen Eilantrag gegen die Einlagerung zu stellen, der aber wohl nicht so große Aussichten auf Erfolg hätte.
Damit würde dann dem Transport von hochradioaktiven Brennelementen nach Gorleben nichts mehr im Wege stehen.
Wirklich nichts? – Alle seeligen Verweise auf die verschiedenen Tage X sind Schnee von gestern. Die derzeitige Situation sieht nicht besonders gut für die Bewegung aus.

Sehr ähnlich sind sich nicht nur äußerlich die Transport- und Lagerbehälter vom Typ Castor (rechts) und TN (links). Der 5.64 m hohe und 86 Tonnen schwere TN 900, der, am Dienstag [illegible], leer im Zwischenlager abgeliefert wurde, ist [illegible]orange, während der Castor gelb gestrichen ist.
Aufn.: B. Stremmler

Zumal die Realität die Bewegung am 18. Okt. 87 einmal mehr eingeholt hat, als ins Zischenlager erneut schwachaktiver Müll aus Stade eingelagert wurde.
Nach mehrerenTreffen gilt grundsätzlich die Devise, *"sich also nicht beim ersten Transport unter unnötigen Erfolgszwang zu setzen"* und v.a. eine Politik und Infoarbeit zu entwickeln, die die Atommülltransporte weiter ins öffentliche Bewußtsein rückt.
Konkret soll bei einem Castor-Transport, dessen Vorwarnzeit hinreichend erscheint, von den Lüchow Dannenbergern Alarm ausgelöst werden. Einzelne oder unvorbereitete Leute sollen sich am Verladekran am Dannenberger Ostbahnhof treffen. Je nach Lage werden dort Aktionen aus dem Spektrum von Protestdemo bis Blockaden beschlossen. Alle anderen Leute werden wissen was sie tun. Vor Dannenberg und Lüchow wird es Info-Stellen an der Sraße geben, darüberhinaus wird eine Telefonstelle eingerichtet, deren Nummer noch bekanntgegeben wird.
Für Faßmüll-Transporte gilt aufgrund der zu erwartenden relativ späten Identifizierung, daß die WendländerInnen einen Transport auswählen, zu dem dann mobilisiert wird. Gruppen, die an der jeweiligen Transportstrecke wohnen, sollen dort aktiv werden. Alle weiteren sollen zum BI-Büro in Lüchow kommen oder dort anrufen, um Informationen oder Absprachen zu treffen bzw. zu erfahren.
Es ist also nicht viel, was die Bewegung sich zur Zeit ausrechnen kann., aber im Rahmen der Verhältnisse immerhin wieder ein Anfang. Wichtig ist, daß sich alle Gruppen, die im Wendland (wieder) aktiv werden wollen, sich strukturell, info- und aktionsmäßig vorbereiten. Das gilt v.a. für Gruppen in den Bereichen um Würgassen, Biblis, Brunsbüttel und Stade, denn aus diesen AKWs sind die ersten Castor-Tansporte zu erwarten. Eine den Möglichkeiten der Gruppen entsprechende Überwachung wäre also wünschenswert. Diejenigen, die meinen, nicht auf der Alarmliste zu stehen, sollen sich bei der BI Lüchow Dannenberg melden.
Das nächste Gorleben-Transporte-Treffen soll Mitte bis Ende Januar 88 zusammen mit einem MOX-Transporte-Treffen im Wendland stattfinden. (Ort und genauer Termin werden noch bekanntgegeben.)
No pasaran! (Wer weiß?)

La Hague-Connection

Castor-Transporte aus Krümmel

Seit dem 5.Oktober 87 finden sog. Castor-Transporte abgebrannter hochradioaktiver Brennelemente (BE) nach La Hague statt. Mit zunächst 7 Transporten von je 32 BE soll im Abklingbecken Platz für den nächsten BE-Wechsel im kommenden Jahr geschaffen werden. Nach dem diesjährigen Wechsel im Juni, bei dem 320 BE gewechselt wurden, war dieses weitestgehends voll. Damit wird der weitere Betrieb des AKW-Krümmel trotz *„35 Stunden-Gutachten"* und diverser baulicher Mängel für die nächsten Jahre festgeschrieben, bzw. erst ermöglicht.
Der mit der Cogema, als Betreiber der WAA in La Haque, geschlossene Vertrag sieht bis 1990 eine Übernahme von 190 to. abgebrannter Brennelemte zur Wiederaufarbeitung vor. Der bei der Aufarbeitung entstehende sowie der nicht aufzuarbeitende Teil hochradioaktiven Mülls wird in die BRD zurücktransportiert, um hier endgelagert zu werden. Das abgetrennte Plutionium verbleibt jedoch in Frankreich und findet in den Atomwaffen des franz. Militärs Verwendung.
Die Transporte finden auf der Schiene statt. Die BE werden von der AKN bis Hamburg-Rothenburgsort transportiert und von dort mit der Bundesbahn nach La Haque. Bis HH-Bergedorf wird die Strecke besonders für diese Transporte unterhalten; es kann daher davon ausgegangen werden, daß die bis 1990 folgenden ca. mindestens 20 Transporte ebenfalls auf ihr stattfinden werden.
Neben den Caostortransporten hat es inzwischen auch zumindest einen Faßtransport ins Zwischenlager bei Gorleben gegeben. Eine Behinderung dieser Transporte vor Ort ist z.Zt. nicht möglich, da schon zu den Castor-Transporten unter den drei sog. örtlichen BI's erhebliche Differenzen auftraten. Diese wurden nicht nur in der Diskussion eines Aktionsrahmens sondern auch in der politischen Einschätzung deutlich.

Eine Folge dieses Streits ist die praktische Auflösung der Regionalkonferenz Krümmel. Dennoch hat es außer einer Überwachung des AKW mehrere kleine Aktionen gegeben. Neben Fackelzügen und einer „Kleinst"-Demo wurde beim ersten Transport der Versuch unternommen, diesen durch eine Blockade zu behindern. Aber auch nächtliche Aktionen von Kleingruppen sind durchgeführt worden.

Bedeutend für uns ist der Aufbau von Kontakten/Strukturen, sowie die kontinuierliche Arbeit zu Atom- und Atommülltransporten. Denn die Transporte sind und bleiben das schwächste Glied im Atomprogramm. Sie langfristig politisch wie praktisch zu verhindern heißt den Lebensnerv der Atomindustrie anzugreifen und zu treffen.

(zugesandter Artikel)

Die italienische Bevölkerung hat zugeschlagen: Mit der Möglichkeit der Volksabstimmung (Referendum) haben die Menschen hier der Regierung und der Atomlobby gezeigt, was eine massenhafte Abstimmungsharke ist.
Nicht, daß damit automatisch die AKW's vom Tisch sind (und schon gar nicht die militärische Nutzung), schön wärs, aber das Ergebnis hat bei den Oberhäuptlingen der Politik viele offene Mäuler hervorgerufen. Damit hatte niemand gerechnet: In der gesamten Republik haben weit über 70 % aller Italienerinnen und Italiener gegen die sogen. friedliche Nutzung der Atomenergie gestimmt!!
Die Möglichkeit, durch ein Referendum Gesetze abzulehnen und Interessen direkt zu vertreten, gibt es seit 1971, und sie hat seit der Zeit (überwiegend) eine progressive gesellschaftliche Rolle gespielt und die politischen Grundsätze benannt, hinter die keine Partei im Lande mehr zurückkonte. Berühmt geworden sind die beiden Referenden von 1974 und 1981, mit denen die Aufhebung des Ehescheidungsgesetzes bzw. des Abtreibungsgesetzes gegen die schwarze Front aus katholischer Kirche, Presse und Christdemokratie abgeschmettert wurde. Bekannt bleiben wird aber auch die jetzige Entscheidung vom 8./9.11.87, denn zum ersten Mal beschließt das Volk eines führenden Industrielandes (Österreich darf dabei aber nicht vergessen werden, d.Sätzer), aus der Atomenergie auszusteigen. Im einzelnen wurde entschieden:

– Der CIPE, einem staatlichen Energiegremium, wird die Entscheidungsbefugnis zur Auswahl von AKW-Standorten entzogen und an das Parlament zurückgegeben (PRO: 80,6 %).
– Der nationalen Monopolgesellschaft für die Elektroenergie (ENEL, staatlich) wird verboten, die Zustimmung der Standortgemeinden von AKW's und KohleKWen zu „erkaufen", d.h. Entschädigungen für Umweltschäden vorab als Bestechungsmöglichkeit einzusetzen (PRO: 79,7%).
– Der ENEL wird weiter untersagt, mit ausländischen Partnerinnen Gesellschaften zur Erprobung und Betreibung von Atomenergieanlagen zu bilden wie z.B. beim Superphenix in Frankreich (PRO: 71,9 %).

Dieser Erfolg ist um so wichtiger, als mit allen Mitteln versucht worden war, die Köpfe der Menschen zu vernebeln. Gegen den tapfer wühlenden Haufen der unterstützenden Leute, Umweltschutzverbände, Grüne, Democrazia Proletaria, Einzelpersonen, BI's, die Tageszeitung „il manifesto", Autonome usw. stand der Rest:
Zunächst verhinderten die Sozialisten Anfang 1987 die Abstimmung durch die Ansetzung von Neuwahlen (mit freundlicher Unterstützung der Christdemokraten bei vornehmen Zaudern der Kommunisten). Nach den Neuwahlen im Juni kam mit den Grünen nicht nur eine weitere Anti-Atom-Partei ins Parlament (neben Partito Radicale und Democrazia Proletaria), sondern auch bei Sozialisten und Kommunisten nahm der Anteil der umeltbewußten Abgeordneten, die in großer Zahl als Pareilose auf den Listen gewählt wurden, stark zu.
Nun wurden die (drei) Referenden zur Atomenergie endlich abgehalten, aber mit zwei anderen kombiniert, die über Fragen der Justiz und der Verwaltungsreform entscheiden sollten, und natürlich wurde in Presse und Fernsehen nur über die zwei neuen Referenden und nur mit den Parteienvertretern gesprochen — wie im Wahlkampf: Sprechblasen über Sprechblasen, ermüdend und langweilig. Die AKW-Fragen rückten so aus dem Blickfeld. Auch die unvermeidlichen „Experten" traten in einer landesweit koordinierten Aktion auf und trommelten für die AKW's. Bei dem ganzen Theater fehlte nur noch eine päpstliche Bemerkung, auch Wojtyla wolle seinen Heiligen Stuhl lieber mit gottgewolltem Atomstrom betreiben! Daneben gab es Aufrufe zur Nichtabstimmung, gezielte Falschinformationen etc...
Und erst die offiziellen Formulierungen der Abstimmungsfragen! Nicht ein einziges Schlüsselwort zur Kennzeichung der einzelnen Themen (es gab schließlich 5 Fragen), stattdessen sowas: Sind Sie für die Streichung der Art. x,y,z, des Gesetzes 785 in Verbindung mit dem Dekret 17845 vom 28.3.78 in der Änderung..., verabschiedet am...? Wer sollte da durchblicken? Nur eine Hilfe gab es fürs dumme Wahlvolk: verschiedenfarbige Zettel!
Doch es hat alles nichts genutzt. Ziemlich genau 18 Monate nach Tschernobyl hat die Ablehnung der Atomenergie eine satte Mehrheit unter Italiens Bevölkerung. Keine großen regionalen Schwankungen, keine deutlichen Stadt-Land-Unterschiede. Besonders erfreulich finde ich, daß die ortsansässige Bevölkerung aller vier Standorte sich klar von den AKW's verabschiedete: In Avetrana, 1982 ausgewählt als neuer Standort für ein AKW und ein Symbol im Widerstand gegen das Atomprogramm, haben 80 % sich für die Referenden entschieden; in Trino. wo massive Kampagnen mit Arbeitsplätzen von Industrie und KP-Bürgermeister stattfanden, immerhin noch zwei Drittel. Über 80 % auch in Montaltro di Castro; und in Caorso, wo das einzige arbeitende AKW steht, das seit einem Jahr abgeschaltet ist (!), waren es 70 %.
Die Folgen dieser Abstimmung können erheblich sein. Bereits am Tag danach haben die Anti-AKW-Abgeordneten im Parlament Bau- bzw. Betriebsstop für die vier Anlagen gefordert. Ein neuer nationaler Energieplan muß aufgestellt werden, an dem jetzt endlich die Anti-AKW-Aktiven beteiligt werden wollen. Und die Entscheidung gegen den Superhenix könnte bedeuten, daß Italien aus dem EURATOM-Vertag austritt. Nur — alle Entscheidungung liegen formal beim Parlament!
Und erst die nächsten Monate werden zeigen, wieviele juristische und politische Bremsversuche Energiekonzern und parlamentarischer Atom-Lobby noch einfallen werden, bis wirklich ein Ausstieg aus der Atomenergie stattfindet. Ich fürchte, es wird noch viel Zeit vergehen. Jedenfalls wird entscheidend sein, wieviel Druck und „atomfeindliche Energie" in der Anti-Atom-Bewegung erzeugt wird, denn nur damit könnten die rein machtopportunistischen Parteien zur Durchführung von „Volkes Willen" (ausnahmsweise mal) gedrängt werden. Die Bürgerinitiativen, die es seit einigen Jahren auch in Italien gibt, erfahren hoffentlich einen großen Aufschwung, ist doch spätestens seit der Volksabstimmung klar, daß ihre Arbeit von der großen Mehrheit klammheimlich gebilligt wird.
Zur Zeit geht die Blockade am AKW Montalto nördlich von Florenz weiter; sie wird von autonomen Gruppen, Anarchos und der Gruppe Lotta Continua getragen: **„Für eine andere Entwicklung! Nein zur zivilen und militärischen Atomenergie!"** Die Blockade begann am Samstag und ist nach der Abstimmung auf unbestimmte Zeit verlängert worden.
Neue Aktionen sind in der Vorbereitung. Und der Staat?
Die Regierungskrise ist schon da, die Energiekonzerne jammern nur oder verweigern Konsequenzen, die Gewerkschaften drohen mit einem Generalstreik (wenn auch aus anderem Grund, egal): **Hauptsache, die Verhältnisse bleiben in Bewegung, der Widerstand versinkt nicht im Winterschlaf — Unruhe bleibt die erst Bürgerinnenpflicht!**

Andreas K., Mailand, Italien.

Laßt das Uran in der Erde!

ERSTE WELTKONFERENZ DER STRAHLENOPFER
N.Y.C., 26.Sept.- 3.Okt. 1987

Vom 26. September bis zum 3. Oktober 1987 fand in New York die **"First Global Radiation Victims Conference"** (erste Weltkonferenz der Strahlenopfer) statt.
Die Idee zur Einberufung einer Weltkonferenz kam aus Japan. Sie wurde in Hiroshima 1985 auf einem Treffen der "Hibakusha", der Strahlenopfer der Atombombenabwürfe, das erste Mal geäußert.
Im August 1986 trafen sich internationale VertreterInnen aus Australien, Neuseeland, den Marschall- Inseln, Tahiti, der BRD, Schweden, Holland, den USA und Japan zur Vorbereitung der ersten Weltkonferenz in Hiroshima und beschlossen, diese 1987 in New York einzuberufen.
Auf Initiative des "Health and Energy Institute" in Washington kamen dann im September 1987 mehr als 500 KonferenzteilnehmerInnen aus 16 Ländern in New York zusammen.
Im Vorfeld der Konferenz hatten die US-Botschaften der Philippinen, Japans und Bangladeschs den Delegierten für die New Yorker Konferenz die Einreisevisa verweigert. Eine philippinische Delegierte mußte ihre persönlichen Finanzen offenlegen und bekam wegen "nicht ausreichender Finanzstärke" kein Visum – eine internationale Konferenz der Reichen ?!
Die 12 Delegierten aus Bangladesch, die über Verschiebung und Verkauf strahlenverseuchter Lebensmittel in Bangladesch und Indien berichten wollten, bekamen ebenfalls keine Einreisegenehmigungen. Einem Koreaner aus Japan wurde ohne Angaben von Gründen das Visum verweigert. Die KonferenzteilnehmerInnen verurteilten die Einreiseverbote als rassistischen und diskriminierenden Akt.

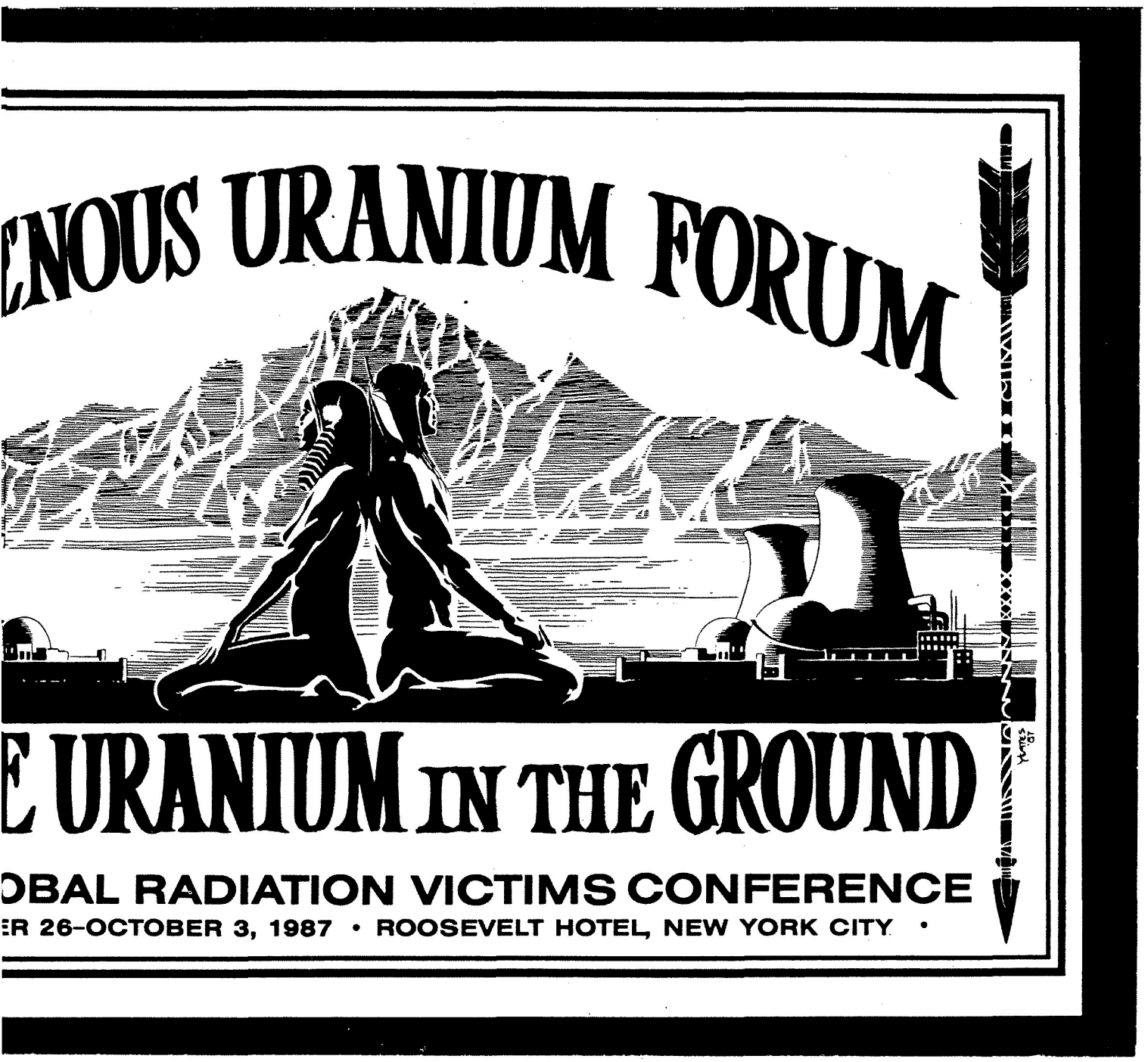
Die zahlreichen Berichte der Betroffenen aus Japan, aus Europa (Spanien, Dänemark, Holland, Schweden, Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik), dem Südpazifik (Marschall- Inseln, Tahiti), aus Australien und aus Nord- und Südamerika zeigten das ganze Ausmaß der skrupellosen Geschäfte der internationalen Atommafia auf. Vorträge und Arbeitsgruppen zu speziellen Themen wie zu den Auswirkungen von Niedrigstrahlung, zur Problematikder ICRP (internationale Strahlenschutzkommission), zu den Folgen von Uranabbau und Atombombentests, über die Arbeitssituation in Atomanlagen, zur gesamten Atommüllproblematik, zum Stand der Plutoniumwirtschaft – um nur eine Auswahl zu nennen – boten Gelegenheit für Geschädigte, Mediziner, Naturwissenschaftler, Juristen und "Bewegungsmenschen" Informationen und Erfahrungen auszutauschen und über Perspektiven einer besseren internationalen Zusammenarbeit zu diskutieren.
Atomstaaten und die Atomindustrie haben vor mehr als 42 Jahren den Weg der Zerstörung von Mensch und Natur eingeschlagen und weigern sich bis heute die Existenz von Strahlenopfern anzuerkennen. Gerade die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hat uns erst kürzlich wieder die extreme Gefährdung und Schädigung durch Radioaktivität, auch im Niedrigstrahlenbereich, deutlich gemacht.

Im Aufruf zur New Yorker Konferenz erklären die TeilnehmerInnen der **Asia- Pacific Radiation Victims Conference** am 8. August 1987 in Nagasaki:" Die Realitäten von Hiroshima und Nagasaki, von Bikini und Nevada, von Windscale und Tschernobyl – die bis heute weitgehend der Öffentlichkeit verborgen blieben und geheim gehalten wurden – machen klar, daß es kein Nebeneinander von nuklearem Brennstoff/WaffenKreislauf und menschlichem Überleben geben kann."
"Insulaner im Pazifik mußten mitansehen wie sich ihre Inseln in radioaktive Aschehaufen verwandelten; Soldaten wurden als Versuchskaninchen ungeschützt zum Einsatz in die Atompilzwolke geschickt; Arbeiter werden in den tausenden von Atomanlagen täglich strahlenverseucht..."
10 % der unterirdisch durchgeführten Atombombentests schlagen Leck und setzen unter anderem radioaktiven Atompilz frei. Die letzte Leckage, die im Nevada Testgebiet bemerkt wurde, fand zwischen dem 10. und 30. April 1986 statt.
Die Anhörung von Experten in New York zeigte zweierlei auf:

1. Die schädigende Wirkung von radioaktiver Niedrigstrahlung wird noch fast überall in der Welt geleugnet, obwohl ein obwohl ein Anstieg der Krebsrate sowie teratogener und mutagener Auswirkungen durch zahlreiche Studien eindeutig belegt werden kann. Zur Negierung dieser Schäden trägt auch die von der ICRP verfolgte Politik bei.
2. Internationale Gesetzgebung und Rechtsprechung sind der Atomlobby angepaßt

und schützen diese.
In der Abschlußresolution der Konferenz heißt es:" Es gibt keine Dosisgrenzwerte, unterhalb derer radioaktive Strahlung unschädlich wäre. Radioaktive Verseuchung kennt keine Grenzen!"
Die KonferenzteilnehmerInnen forderten:

- den Stop des Uranabbaus
- die Schließung aller zivilen und militärischen Atomanlagen, die drastische Reduzierung des Energieverbrauches und den Umstieg auf erneuerbare Energiequellen
- den sofortigen Stop aller Atomtests, Schließung aller Atomtestgebiete und ein Ende des französischen Atomkolonialismus in Polynesien
- keine Verlagerung von Atommüllproblemen in andere Länder und keine sog. "Beseitigung" von Atommüll, sondern möglichst kontrollierbare Lagerung des bisher angefallenen Atommülls, um



Schädigungen zu minimieren
- umfassende Information für Bevölkerung Arbeiter in Atomanlagen und medizinisches Personal über die Wirkung radioaktiver Strahlung
- drastische Reduzierung der internationalen und nationalen Dosisgrenzwerte
- den Aufbau einer unabhängigen, alternativen internationalen Strahlenschutzkommission
- angemessene Entschädigungsrenten für Geschädigte zum Beispiel von Atomtests Atomwaffenunfällen, Reaktorunfällen und Uranabbau.

Im Anschluß an die New Yorker Konferenz wurde begonnen, den **Aufbau regionaler Netzwerke** in Nordamerika, Asien und Europa in Angriff zu nehmen, um internationale Kontakte des Atomwiderstandes zu intensivieren. 1988 sollen auf einem internationalen Treffen ggf. in der BRD, die Ergebnisse dieser regionalen Arbeiten für den Aufbau eines weltweiten Netzwerkes ausgewertet werden.

Eines machten diese Berichte, Dokumentationen und wissenschaftlichen Untersuchungen, die in New York vorgestellt wurden, klar: **Wir wissen mehr als genug, um zu erkennen, daß wir heute für unser Überleben kämpfen müssen.**

Indigenous Uranium Forum;

Im Vorfeld der New Yorker Konferenz hatte sich das Indigenous Uranium Forum gegründet. Dieses Forum bedeutet weltweit einen Zusammenschluß von Indianern und Ureinwohnern, die insbesondere unter den Folgen des Uranabbaus leiden und sich als Opfer des zivil- militärischen Nuklearkreislaufes begreifen.

VertreterInnen der Indianer aus Nord-und Südamerika, der Ureinwohner in Australien und im Südpazifik, der Samen in Schweden und anderen, zeigten in New York exemplarisch die irreversible Zerstörung noch intakter Ökosysteme, Kulturzerstörung und Völkermord durch die zivilmilitärische Nutzung der Atomtechnologie auf. Dieser "Kreislauf des Todes, der uns alle eint", wie die Repräsentanten des Indigenous Uranium Forum es formulierten, begann mit dem Uranabbau. Deshalb lautet ihre Forderung:**"Leave Uranium in the ground!"** (Laßt das Uran in der Erde!) "Dieses Land, unsere Art zu leben, unser Leben ist unser Kapital und dafür werden wir kämpfen", so der Sprecher des Indigenous URanium Forum's, Tom LaBlanc in New York. " Wir sind dabei ein Netzwerk der Indianer und Ureinwohner der Erde aufzubauen, der **Indigenous First Nation** people, um uns zu treffen und auszutauschen und einen gemeinsamen Widerstand gegen den nuklearen Brennstoffkreislauf

Foto: I. Lindemann, Joker

Tom La Blanc, Indigenous Vertreter bei der Strahlenkonferenz, New York

und die atomare Verseuchung des Lebens auf der Erde zu entwickeln. Wir sind alle über kurz oder lang Opfer der Radioaktivität, der Umweltzerstörung und des Völkermordes."
Brian Wright- Mc Leod, Ojibwa und Sprecher der **Canadian Alliance In Solidarity With Native People** (CASNP) berichtete in New York über die Situation der Ureinwohner in Kanada. "Der Uranabbau geschieht hauptsächlich im Norden von Saskatchewan, wobei die Regierung von Saskatchewan jährlich 600 Mio Dollar an Atomtransporten in die USA verdient. Das Uran wird in LKW's über Straßen in den Süden nach Gore in Oklahoma gefahren. Dort steht eine Uranhexafluoridverarbeitungsanlage. Über die Auswirkungen dieser Anlage, die radioaktive Verseuchung die gesundheitlichen Folgen und die Mißachtung der Belange der Leute von Seiten der Kerr Mc Gee Gesellschaft berichtete der Cherokee John Roastinger. "Kerr Mc Gee ist mit einem Anteil von 21% (der insgesamt 47%) größter Uranbesitzer.
Nach Angaben von Tom La Blanc befinden sich 72% der weltweiten Uranvorkommen auf dem Grund und Boden der Indianer und Ureinwohner. In den USA sollen sich 85% der gesamten Uranvorkommen unter indianischer "Kontrolle", d.h. auf Indianerland befinden. Traditionelle Indianer, die "auf dem Uran" leben, sollen auch weiterhin umgesiedelt werden, damit die Konzerne an die Erzvorkommen kommen. Dies geht schon seit Jahrzehnten so. Aus Profitgier werden mehr und mehr Naturvölker ausgerottet. Man entzieht ihnen ihre Lebensgrundlagen und bringt sie dadurch langsam um. Die Indianer und Ureinwohner weltweit wissen, daß das Uran in der Erde bleiben muß, denn es birgt die tödliche Radioaktivität. Uran wurde der Stoff für die Bombe und der erste Atombombentest überhaupt fand auf Indianerland in Nevada statt. Noch bevor die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki fielen.
Navajo Uranbergarbeiter in Big Mountain, Arizona, einem Gebiet mit großen Uranerzvorkommen, die seit den fünfziger Jahren den Uranabbau tätigen, starben und sterben heute an dem beim Abbau freiwerdenden Radon. Die Gerichte der USA haben entschieden, daß niemand verpflichtet gewesen sei und heute ist, die Uranbergarbeiter über die gesundheitlichen Gefahren zu unterrichten. Das bedeutet auch, daß sie keine Möglichkeit haben, irgendwie geartete Entschädigung einzufordern. Dies ist vergleichbar mit der Situation der Hibakusha in Japan, mit den Opfern der Atombombentests in Nevada und dem Pazifik, mit der Situation strahlenverseuchter Arbeiter in Atomanlagen, um nur einige Beispiele zu nennen.
Auch in der BRD werden Uranvorkommen gefördert. Die BRD benötigt Uran als Brennstoff für ihre Atomanlagen und beschreibt sich selbst als " in der Rolle eines bedeutenden Uran- Verbrauchers, ohne ... (allerdings) über entsprechende eigene Vorräte zu verfügen.(...) Deshalb müssen deutsche Unternehmen intensiv und weltweit ihre Suche nach Uran betreiben und stehen dabei an vorderster Stelle." Eines dieser Unternehmen ist die Uranerzbergbau GmbH in Bonn. Die Firma ist seit dem 1.9.1968 in Bonn gemeldet und befaßt sich nach eigenen Angaben vornehmlich mit der "Aufsuchung, Gewinnung und Vertrieb von Uranerzen und anderen Mineralien im In-und Ausland." Die Uranerzbergbau (UEB) wurde fündig auf Indianerland in den USA und Kanada, sowie auf dem Land der Aborigines in Australien. Allein in Kanada ist die Gesellschaft derzeit an ca. 20 Explorationsvorhaben beteiligt. Der UEB werden von der Bundesregierung Finanzzuschüsse von 50% bei der Uransuche gewährt. Trotz der derzeitigen Uranflaute scheint sich das Geschäft somit zu lohnen.
Erst vor kurzem fand die UEB in Bonn und Umgebung größere Beachtung und zwar als bekannt wurde, daß sie auf dem Werksgelände in Bonn eine Anlage zur Aufbereitung von Uran aus Fertigungsrückständen der Brennelementeherstellung in Betrieb genommen hat. Ein diesbezüglicher Vertrag wurde mit der Hanauer Skandalfirma RBU geschlossen. Damit demonstriert die UEB den internationalen Zusammenhang des zivil- militärischen Nuklearkreislaufes vom Uranabbau bis zur Wiederaufbereitung. Radioaktivität ist unsichtbar, doch nichtsdestotrotz tödlich, ob in Bonn oder Big Mountain.

Inge Lindemann
Anti- Atom Forum Bonn

Wer mehr Informationen über die erste Weltkonferenz der Strahlenopfer haben möchte, wende sich bitte an:
D. Piermont, Postfach 210232, 53 Bonn

BUND-Strahlenkommission

»es gibt keine Schwellendosen«

Die Frage der Strahlengrenzwerte hat nach Tschernobyl und erst recht mit den aktuellen Verordnungen auf bundesrepublikanischer- und EG- Ebene an Bedeutung gewonnen. Maßgeblich für ihre Festsetzung sind die nationale und die internationale Strahlenschutzkommission – Wissenschaftler, die sich im Dienste der Atomlobby anmaßen, über Krankheit und Tod der Menschen zu entscheiden. Die Arbeit der Strahlenkommission des BUND- Naturschutzes, einem Gremium hochqualifizierter Wissenschaftler, das sich als alternatives und unabhängiges Gegengewicht zu den offiziellen Kommissionen versteht, fand in den Reihen der Anti- AKW- Bewegung bislang wenig Beachtung. Um Informationen bemühten die Initiativen sich mehr vereinzelt, wie umgekehrt die Anti- Atom- Initiativen (bislang?) für die Strahlenkommission kein Partner für Zusammenarbeit sind.
Wir wollen im Folgenden die Arbeit der BUND-Strahlenkommission in einem Gespräch mit Professor Köhnlein, (K.)Uni Münster, vorstellen und damit Mut machen, sich um die Verbreitung ihrer Arbeitsergebnisse auch durch die Bürgerinitiativen verstärkt zu bemühen.
Für die Durchführung des Interviews danken wir Wieland Lenze (L.) von der Gesellschaft für Strahlenmeßtechnik Münster.

L.: Herr Professor Köhnlein, was ist die BUND- Strahlenkommission ?

K.: Innerhalb des BUND gibt es verschiedene AG's, eine davon ist die Strahlenkommission. Sie wurde nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl ins Leben gerufen. Die Strahlenkommission trifft sich in etwa zwiemonatigen Abständen und ihr gehören derzeit rund 20 Wissenschaftler aus verschiedenen Bereichen der Naturwissenschaft, der Technik und der Medizin an. Bei den Tagungen der BUND- Strahlenkommission werden schwerpunktmäßig wichtige Themen des Strahlenschutzes, der Auswirkungen niedriger Strahlendosen auf die Biosphäre, der Reaktorsicherheit, der verschiedenen Probleme bei der Genehmigung von kerntechnischen Anlagen diskutiert. Da viel rechtliche und juristische Probleme berührt sind, gehören der Strahlemkommission auch Juristen an.

L.: Es gibt auf internationaler Ebene die "International Commission on Radiation Protection", die IRCP, und auf nationaler Ebene die Strahlenschutzkommission – warum ist dann auf nationaler Ebene eine gesonderte Kommission des BUND notwendig ?

K.: Die bundesdeutsche Strahlenschutzkommission wird von der Bundesregierung ernannt auf Vorschlag verschiedenster Interessengruppen. Die Geschichte zeigt, daß es überwiegend Wissenschaftler sind, die aus der Kerntechnologie entsandt sind oder in Ministerien oder beim TÜV tätig sind. Auch die Mitglieder der Internationalen Strahlenschutzkommission sind im wesentlichen Physiker oder Mediziner in ministeriellen oder administrativen Posten – über 70 % Mann Jahre – und Radiologen (15 %). Menschen, die angetreten sind mit dem Anspruch, daß wir Kerntechnologie entwickeln und Kernenergie sicher nutzen, sind natürlich mit diesem Anspruch gleichzeitig festgelegt.. Die Empfehlungen der nationalen Kommission, die abgeleitet werden von den Empfehlungen der internationalen Kommission, zeigen deutlich diesen Interessenkonflikt. Sie sollen in diesemSpannungsfeld zwischen der Verwirklichung des weiteren Ausbaus der Kerntechnologie und des Strahlenschutzes Empfehlungen für die Bevölkerung geben und das geht zur Zeit zu Lasten der Bevölkerung und zugunsten der Kerntechnologie,wenn man die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigt.

L.: Welche Einflußmöglichkeiten hat die BUND- Strahlenkommission ?

K.: Einflußmöglichkeiten hat sie eigentlich nur, indem sie immer wieder auf die Einseitigkeit der offiziellen Kommission hinweist und indem sie immer wieder Wissenschaftler in die Diskussion bringt, die von ihrer Qualifikation und ihrem Fachwissen ausgezeichnet wären, Mitglieder der offiziellen Kommission zu sein. Eine Kritik, die wir an den offiziellen Einrichtungen ist, daß sie nur widerwillig oder überhaupt nicht mit den sogenannten unabhängigen Kommissionen ins Gespräch kommen wollen. Die nationale Strahlenschutzkommission hat es bisher nicht für nötig befunden, mit der BUND- Strahlenkommission in einen Dialog zu kommen.
Es ist offenbar auch nicht üblich, Wissenschaftlerinnen in der Strahlenschutzkommission aufzunehmen.

L.: Gibt es denn Frauen, die in dem Bereich des Strahlenschutzes arbeiten auf nationaler oder internationaler Ebene ?

K.: Es gibt eine ganze Reihe von ausgezeichneten Wissenschaftlerinnen, die sich durch ihre kritischen Beiträge auf dem Gebiet der Strahlenwirkung und des Risikos der Niedrigstrahlung weltweit einen Namen gemacht haben.
Da kommt mir die Medizinerin Alice Stewart aus Großbritannien in den Sinn, dann die Ärztin und Statistikerin Rosalie Bertell aus Kanada. Aus Deutschland könnte man Frau Schmitz- Feuerhake aus Bremen nennen, die mehrere Studien über die Wirkung kleiner Strahlendosen durchgeführt hat, oder eine ehemalige Mitarbeiterin von Professor Kuni, Frau Dr. Blum, die sich intensiv mit der Problematik Plutoniumvergiftung und den rechtlichen Konsequenzen auseinandergesetzt hat.

L.: Vielleicht könnten sie die Ziele der BUND- Strahlenkommission genauer umreißen ?

K.: Die Ziele sind klar. Wir meinen, daß Wissenschaftler, die eine sehr eindeutige und kritische Haltung zum weiteren Ausbau der Kernenergie haben, in ein solches Gremium hineingehören, das sich um Strahlenschutzprobleme Gedanken macht. Wir sind der Meinung, daß viele Untersuchungen noch garnicht begonnen wurden, die wichtig wären, um ein besseres Verständnis zu haben, wie niedrige Strahlendosen letztlich wirken. Epidemiologische Untersuchungen wären da zu nennen, die an bestimmten Personengruppen , von denen man weiß, daß sie erhöhter Radioaktivität ausgesetzt waren, auch in unserem Land durchgeführt werden könnten. Dies beträfe etwa Menschen, die in entsprechenden technischen Einrichtungen tätig waren oder seit längerer Zeit neben kerntechnischen Anlagen wohnen. Solche Untersuchungen haben erstaunliche Ergebnisse gebracht in England, in Japan, aber auch in den USA.
Der ganze Bereich der niedrigen Dosen unterhalb von 1 rem muß neu überdacht und auch neu erforscht werden. Wir möchten gerne mitsprechen bei den Empfehlungen der Strahlenschutzkommission und unter anderem neue Forschungsschwerpunkte anregen. Wir fordern eine deutliche Ablehnung der neuen von der EG empfohlenen Richtwerte über die zulässige Strahlenbelastung in Nahrungsmitteln. Die Leute, die diese Empfehlungen verfaßt haben, versuchen die Bevölkerung in der EG auf den nächsten Atomunfall vorzubereiten, indem die zulässigen Strahlenbelastungen einfach erhöht werden. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Einführung der gewichteten Dosisfaktoren. Sie implizieren, daß die zulässigen Dosen in dem Maße geändert werden können, wie sich der Fortschritt in der Medizin verbessert, so daß das Risiko an Krebs zu sterben zwar das gleiche bleibt, aber die höhere Krebsinzidenz und damit auch mehr menschliches Leid unberücksichtigt bleibt. So wird der Fortschritt der Medizin letztlich nicht den Menschen nützen, sondern der Industrie und der Kerntechnologie. Ich glaube, es ist ganz wichtig, der Öffentlichkeit klar

Foto: I. Lindemann, Joker

Prof. Köhnlein auf der First Global Radiation Victims Conference

zu machen, wie hier mit "Risiko" umgegangen wird.

L.: Sie haben gesagt, daß die Belastung, die unter 1 rem jährlich liegt, neu überdacht werden sollte. Haben sie da neue Erkenntnisse auf der kürzlich in New York durchgeführten "First Global Radiation Victims Conference" gewonnen ?

K.: Es gab für mich einige wirklich neue Informationen, die ich in dieser Form noch nicht gehabt habe – ich hätte sie haben können, wenn ich mich damit etwas mehr auseinandergesetzt hätte. Ganz wichtig ist die Tatsache, daß Lehrmeinungen, wie sie von offiziellen Gremien wie der ICRP vertreten werden, allmählich ins Wanken geraten. Dazu gehört z.B. die Annahme einer linearquadratischen Dosiswirkungsbeziehung für Krebserkrankungen und genetische Defekte. Neuere Untersuchungen haben aber ergeben, daß eher eine lineare Dosiswirkungsbeziehung die experimentellen Befunde wiedergibt. Das bedeutet letztlich im kleineren Dosisbereich ein erhöhtes Risiko – keine Schwellendosen, sondern selbst bei kleinsten Dosen eine Zunahme der jeweiligen Erkrankung wie Krebs u.a. Außerdem hat die lange als sehr gesichert angesehene Dosisbewertung bei den Atombombenüberlebenden in Japan starke Sprünge bekommen. Es ist gerade durch renommierte wissenschaftliche Institutionen wie das Lawrence Livermoore Research Laboratorium und auch das Forschungszentrum in Oak Ridge ermittelt worden, daß die Dosen, die man verschiedenen Gruppen in Japan zugeordnet hat, falsch sind. Es ist wahrscheinlich, daß die Dosen sehr viel kleiner waren und nur die Hälfte oder noch weniger betrugen, als bisher angenommen. Das liegt daran, daß man die Abschirmung durch die Gebäude, die Dächer und auch die Abschirmung der Neutronen in der Atmosphäre nicht richtig berücksichtigt hat. Die Gebäudestrukturen und auch die hohe Luftfeuchtigkeit führten zu einer erheblichen Reduktion der Neutronen - und der Gammadosen, so daß unterm Strich herauskommt, daß die Menschen nicht, als Beispiel, 10 rem abbekommen haben, sondern wahrscheinlich weniger als 5 rem. Was aber bleibt bei diesen Untersuchungen ist die Zahl der Erkrankungen, die man gefunden hat. Das bedeutet letztlich, bei einer niedrigeren Dosis (5 rem) hat man die gleiche Anzahl von Erkrankungen (Leukämiefällen, Krebsfällen, genetischen Veränderungen) die man vorher erst bei 10 rem erwartet hat. Diese Dosisrevision, die ja immer noch nicht restlos akzeptiert ist von Gremien wie der ICRP, führt in die Richtung, daß kleine Dosen einfach gefährlicher sind als man bisher angenommen hat. Das ist eine Erkenntnis, die in New York sehr deutlich herauskam. Eine weitere Erkenntnis ist, daß Untersuchungen, die lange Zeit von den offiziellen Vertretern der Strahlenforschung diskreditiert wurden, allmählich durch weitere Studien Bestätigung finden. Hier sind besonders die Untersuchungen von Gofman, Morgan, Stewart, Mancuso und Kneale zu nennen, die mit sehr empfindlichen Methoden feststellen konnten, daß kleinste Dosen bereits die Krebs- oder Leukämieraten erhöhen. Außerdem zeigt sich in zunehmendem Maße, daß Menschen, die in kerntechnischen Anlagen in den USA tätig waren oder in der Nähe solcher Anlagen leben, ein wesentlich höheres Risiko haben an Krebs zu erkranken wie gemeinhin angenommen wurde. Dies betrifft Menschen in der Abwindfahne, die Amerikaner sprechen von "Downwinders".

Auch bei Leuten, die sich in den Abwindfahnen der Atombombenexplosionen in den USA aufgehalten haben, findet man eine statistisch gesicherte erhöhte Tumorrate, Leukämierate, auch die Kindersterblichkeit ist teilweise erhöht durch diese Ereignisse. Das alles sollte eigentlich diejenigen, die verantwortlich sind für die Formulierung von Strahlenschutzmaßnahmen und Rückhaltebedingungen, doch sehr nachdenklich stimmen, denn es ist hier wirklich etwas in Bewegung gekommen und zwar in die Richtung, die die Kritiker schon seit Jahren angedeutet haben.

L.: Vielen Dank, Herr Professor Köhnlein.

Strahlengrenzwerte:

Der nächste GAU ist eingeplant!

Angefangen hatte es mit radioaktivem Jod in der Milch. Als es offensichtlich wurde, daß die Geigerzähler nur so tickten legte die Bundesregierung auf Rat eines Gremiums, das vorher in der Öffentlichkeit kaum bekannt war, nämlich der Strahlenschutzkommission, Richtwerte für den Gehalt von Jod 131 in Milch(500 Bq/l) und Frischgemüse (250 Bq/kg) fest. Richtwerte waren es deshalb, weil angeblich für diesen nun eingetretenen Fall, ein Unfall in einem ausländischen AKW, keine rechtliche Grundlage existierte. Formalistisch wurde von Atomlobby und Regierung immer wieder darauf hingewiesen, daß die seit 77 geltende Strahlenschutzverordnung im Falle Tschernobyl nicht angewendet werden könne. Wohlwissentlich wurde dabei verschwiegen, daß die sozusagen "rechtsfrei" festgelegten Grenzwerte die in der Strahlenschutzverordnung festgelegten zulässigen Belastungen für die Bevöl-

kerung in der Umgebung einer Anlage weit überschreiten.
Ab 1. Juni 86 legte die EG dann zunächst mal bis 30 September Grenzwerte für Cäsium 137 in Nahrungsmitteln fest, die aber nur für aus Drittländern importierte Waren gelten sollten, fest. 370 Beq. pro Liter Milch bzw. pro Kilo Säuglingsnahrung und 600 Beq. pro Kilo andere Nahrung. Dankbar wurde diese Regelung von der Bundesregierung und anderen EG- Ländern aufgenommen. Widerspruch kam von Atomstaaten wie Frankreich, die diese Werte für zu niedrig hielten. Diese EG-Verordnung wurde dann noch zweimal verlängert, erst bis zum 28. 2. 87, dann mal bis zum 31. 10. 87.
Paralell dazu entschloß sich die Bundesregierung den rechtsfreien Raum mit einem neuen Gesetz auszufüllen, am 20.9.86 trat das sog. "Strahlenschutzvorsorgegesetz" wurde die desolate Informations- und Strahlenschutzpolitik der Bundesregierung rückwirkend rechtskräftig. Rechtsgültig ist nun für künftige Un- und Störfälle insofern vorgesorgt, daß Grenzwerte und Berechnungsgrundlagen von der Bundesregierung zentral und flexibel gestaltet werden können. Welcher Maßstab dann gilt, das bestimmt die Bundesregierung unter Hinzuziehung der Strahlenschutzkommission allein – und letztere setzt sich bekanntlich aus Vertretern der Atomlobby zusammen. Der autoritäre und zentralistische Charakter des Gesetzes kommt in seinen Grundzügen deutlich zum Ausdruck:
– Von Bund und Ländern ermittelte Daten werden in einer Zentralstelle gesammelt und "aufbereitet". Ob und wie sie veröffentlicht werden wird je nach Lage entschieden – d.h. brisante Daten bleiben im Schrank.
– Die Bewertung der Daten wird ebenfalls zentral vom Bundesminister vorgenommen er entscheidet, welche Strahlenbelastung der Bevölkerung zuzumuten ist. Abweichende Empfehlungen der Länder sind nur mit Erlaubnis aus Bonn gestattet.
– Weil ja je nach Katastrophe die Strahlenbelastung unterschiedlich ist, kanndie Festlegung von Grenzwerten in Anpassung an die jeweilige Situation schnell und flexibel im Eilverfahren erfolgen.
Bestehende Rechtsverordnungen werden mit einer Eilverordnung automatisch außer Kraft gesetzt.
Zur Erinnerung: Im Jahre 1962 wurde eine Belastung von Milch mit 3 Beq. Jod 131 durch oberirdische Atomwaffentestsschon als beunruhigend hoch angesehen. In einer Bundestagsdebatte wurde die Bereitstellung von unbelaster Nahrung für Säuglinge diskutiert.
Seit Monaten ist in der Öffentlichkeit ein Vorschlag der EG- Kommission Thema, der für den zukünftigen Umgang mit Radioaktivität bei uns und auf internationaler Ebene richtungsweisend ist.
Die geplante Verordnung kommt einem Strahlenschutzvorsorgegesetz auf EG- Ebene gleich: Ein flexibler Handlungsrahmen, der es ermöglicht, für alle Mitgliedstaaten verbindliche Grenzwerte je nach Lage festzulegen, einzelstaatliche Alleingänge sind dann ausgeschlossen.

Strahlenwerte der geplanten EG- Verordnung (Anhang I)

	Milchprodukte	*andere Nahrungsmittel* *	*Trinkwasser u. fluss. Nahrung*	*Futter*
Jod u. Strontium	*500*	*3000*	*400*	–
Plutonium u.a. Transplutoniumteilchen	*20*	*80*	*10*	–
Cäsium 134 Cäsium 137	*1000*	*1250*	*800*	*2500*

* *außer Nahrungsmittel von geringer Bedeutung, dazu gehören Küchenkräuter und Gemüse!*

Kommentiert werden diese ungeheuerlichen Werte in dem Vorschlag so:
"Diese Werte berücksichtigen eingehend die neuesten zur Zeit auf internationaler Ebene verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse, gleichzeitig **tragen sie der Tatsache Rechnung, daß die Öffentlichkeit beruhigt und Auseinanderentwicklungen der Vorschriften auf internationaler Ebene vermieden werden müssen."**
Eindeutiger kann es wohl nicht mehr gesagt werden: Wir brauchen in der EG eine für alle Mitgliedsstaaten verbindliche Verordnung zur flexiblen Festlegung von Verordnungen, um im Falle eines Falles schnell unsere Grenzwerte an die jeweilige Belastung von Nahrungs- und Futtermitteln anpassen zu können. Damit werden "Marktverschiebungen" vermieden, die Öffentlichkeit wird im Laufe der Diskussion an immer höhere Zahlenwerte gewöhnt, Entschädigungszahlungen entfallen, weil die Werte jeweils so festgelegt werden, daß die tatsächlichen Belastungswerte meistens unterhalb der Grenzwerte bleiben.
Mißfallen hatten auch die EG- Staaten bzw. Bundesländer ausgelöst, die von sich aus wesentlich niedrigere Grenzwerte festgelegt hatten. Fernziel ist es sicherlich, außereuropäische Länder durch entsprechenden wirtschaftlichen und moralischen Druck davon zu überzeugen, daß die zukünftigen EG- bzw. ICRP- Normen die Grundlage sind, auf der Ex- und Importgeschäfte in Zukunft verhandelt werden.
Die EG- Staaten haben massives Interesse daran, in Zukunft unangenehme Zwischenfälle, wie beispw. die Zurückweisung europäischer Waren von Staaten wie den Phillipinen, Thailand oder Ägypten zu vermeiden. Sollen sie doch zufrieden sein, daß sie wie nach Tschernobyl, zu besonders günstigen Preisen ganze Schiffsladungen Milchpulver oder Babynahrung von gesunden und glücklichen europäischen Kühen ergattern können!
Die Atomlobby hat aus Tschernobyl gelernt. Ein möglichst weitreichendes einheitliches Vorgehen z.B. auf EG- Ebene soll verhindern, daß die Öffentlichkeit durch einen Unfall in Unruhe gerät und aufbegehrt. Paralell wird auch auf EG-Ebene an einem Informationssystem gearbeitet, das, wie auf Bundesebene, gewährleistet, daß nicht jeder Vorfall an die Öffentlichkeit "gerät".
Sicherlich aus gutem Grund ist auch nicht an die Öffentlichkeit geraten, daß in der EG- Expertenkommission, die den Vorschlag mit "objektivem" wissenschaftlichen Sachverstand ausgearbeitet hat, auch drei Vertreter aus der Bundesrepublik sitzen. Dr. Kaul (Bundesgesundheitsamt), Prof. Oberhausen (Vorsitzender der SSK und Mitglied der RSK) und Dr. Mehl.
Die Bundesregierung betreibt innerhalb der hitzigen Grenzwertediskussion ein verbrecherisches Doppelspiel. Sicherlich stehen sie in gutem Kontakt zu den drei oben genannten Herren, die sie in ihrer verantwortungslosen Strahlenschutzpolitik nach Tschernobyl auch schon beraten haben.
Nach außen beteuerten Töpfer und Konsorten aber immer wieder, daß sie der geplanten Verordnung nicht zustimmen werden, weil sie die Grenzwerte, die darin angepeilt sind, für viel zu hoch hielten. Eine gute Gelegenheit, um gleichzeitig, als offensichtlich wurde, daß die EG sich nicht vor dem ersten November einigen würde, fast unbeachtet von der allgemeinen Öffentlichkeit, die erste Verordnung nach Strahlenschutzvorsorgegesetz im eigenen Land durchzubringen. Darin werden die nach Tschernobyl geschaffenen "Notfallgrenzwerte" für die BRD zum Normalfall erklärt. Die Bundesregierung verkauft sich dabei selbst noch als besonders gesundheitsbewußt, denn im Vergleich mit den EG- Werten sehen 600 bzw. 370 Beq. wirklich harmlos aus. Festgehalten ist allerdings schon, daß die Verordnung auf Bundesebene außer Kraft tritt, sobald es eine EG- Regelung gibt, hinter der die Herren und Damen auf der Regierungsbank in Bonn sich dann verstecken können. *(Wg. Platzmangel leicht gekürzt)*

Regina Klinkenberg

LeserInnenbrief zum Artikel des Arbeitskreises Antiimperialistischer Widerstand in der atom vom Okt./Nov. 87:

Mit dem AKAW auf einer imaginären Reise in der Vergangenheit oder der Lösung kein Stück näher?

Ihr meint,eure Äußerungen müßten in autonomen Ohren äußerst ketzerisch klingen. Ich finde sie bestätigen nur eindrucksvoll die Frankfurter Kritik an der Reproduktion bürgerlicher Strukturen in autonomen Gruppen. Strukturen allerdings, die selbst überholt sind! Ihr fordert mehrmals die Fürhung für die erfahrendsten Genossen/Genossinnen. Euch scheint eine feste Hierarchie vorzuschweben, zwar gewählt, aber schließlich leben wir ja auch nicht mehr im Kaiserreich. Eure Begründung für diese geforderte Hierarchie. Sie sei notwendig im Interesse möglichst effektiver Arbeit. An dieser Stelle hätte ich doch einen Hinweis erwartet, was ihr darunter versteht. Später fordert Ihr die Entwicklung einer revolutionären Organisation, die in der Lage sei, dem Einzelnen, die für einen jahrelangen Kampf nötige Unterstützung und Rückendeckung zu geben. Ihr verlangt eine verbindliche Struktur mit gewählter Führung und die Bereitschaft sich einzuordnen nach den jeweiligen Fähigkeiten.

Entschuldigt, aber das kommt mir verdammt bekannt vor: Die einen oben, die anderen unten. Widerspiegelung der kapitalistischen Realität. Aber revolutionär?

Ich gehe davon aus, daß es euch nicht nur darum geht die herrschenden Eliten zum Teufel zu jagen und durch neue zu ersetzen, sondern daß ihr für eine Gesellschaft kämpft in der die bisher Unterdrückten und Ausgebeuteten ihre Angelegenheiten zum ersten Mal ohne Herren selbst regeln werden, Kommunismus im eigentlichen Sinn.

Falls es so ist, gibt es doch eine Menge Fragen. Lenin schrieb 1917 in „Staat und Revolution", daß jede Köchin den Staat regieren solle, 1921 regierte der Staat jede Köchin. Kein Zusammenhang zu autoritären Strukturen?

1932 existierte in Deutschland die zahlenmäßig stärkste Arbeiterbewegung. Massenhafter Widerstand gegen die Faschisten blieb aber aus. Kein Zusammenhang zu autoritären Strukturen?

Anders Spanien 1936. Ohne auf ein Zeichen der Führer zu warten wurde massenhaft autonom gehandelt. Allerdings besteht auch hier kein Grund zur Mythenbildung. Die anarchosyndikalistische Gewerkschaft CNT hatte vor dem Bürgerkrieg bei über einer Million Mitglieder nur eine bezahlte Funktionärsstelle. Während des Bürgerkrieges bildete sich aber schnell eine von der Basis getrennte Führungsspitze. Die militante Basis vertraute ihrer Organisation trotzdem weiter. Ein Anfang vom Ende. Es gibt eine Fülle von Beispielen für diese Erscheinung. Nur ohne Lösung dieser Schwierigkeit, ohne Aufhebung der Trennung in Führer und Geführte, wird es keine freie Gesellschaft geben. Wenn es in unseren Gruppen und Zusammenhängen auch darum geht, die kommunistische Gesellschaft ansatzweise vorwegzunehmen, Menschen die Möglichkeit zu geben zu Revolutionären zu werden, aufrecht zu gehen, dann ist die Strukturdiskussion allerdings mehr als notwendig. Es gab immer wieder Ansätze einen Schritt weiterzukommen, die falsche Alternative feste Hierarchie oder versteckte Hierarchie in strukturlosen Gruppen zu überwinden. So wurde beispielsweisxe in den 70er Jahren in der Berliner Zeitung „Schwarze Protokolle" unter anderem ein Artikel zur und aus der amerikanischen Frauenbewegung abgedruckt. Er enthält eine Kritik unstrukturierter Gruppen und Überlegungen zu basisdemokratischen Strukturen. Vielleicht könnt ihr ihn auszugsweise abdrucken.

„Wir wollen nicht die Macht der Häuptlinge — Wir wollen die Macht der Indianer!"

geronimo, Berlin, 4.11.87

(Anmerkung der Redaktion: Der Artikel aus den „Schwarzer Protokollen" sprengt leider wegen seiner Länge den Rahmen der Leserbriefseite und kann daher nicht abgedruckt werden. Eine Kopie kann aber bei der Lüneburger atom-Redaktion bestellt werden)

An Atom — Erwiderung auf Kritik

Ich schreibe dies vor allem, weil ich es immer peinlich & ärgerlich finde, wenn mir grüne oder sozialdemokratische Positionen unterstellt werden. Also:

1. kam wirklich durch einen Lay-Out-Fehler, wo eine Zeile verschwand, ein schlimmes Mißverständnis zustande. Ich hatte geschrieben, daß anläßlich der Absatzkrise der KWU das Management nur an Massenentlassungen denkt, während Betriebsrat und IGM-Vertrauensleutekörper erste Ideen für andere Produkte als AKW entwickelten. Das ist zwar noch nicht viel, aber doch immerhin er-wähnenswert.

2.Ich wäre der letzte, der glaubte, durch Senkung von Grenzwerten die Industrie in die Knie zwingen zu können. Ein einziges Mal hatten wir solche Hoffnungen, das war, als im Prozeß gegen das AKW Esenshamm das Gericht die Grenzwerte drastisch und immer weiter senkte. Es hörte aber genau da auf, wo eine weitere Senkung den Betrieb verunmöglicht hätte.

3.Andererseits bedeutet — wenn es denn möglich wäre — eine Senkung um den Faktor 350 einen Umschlag vom Quantitativen ins Qualitative, den sie nicht mehr durch technische Maßnahmen usw. abfangen könnten. Dies umsomehr, weil ökonomisch die Atomindustrie wirklich auf dem Zahnfleisch geht.

4. Mitnichten ist der einzige Sinn des Atomprogramms, die militärische Nutzung. Denn in Hanau liegen schon jetzt genug Plutoniumvorräte für zahllose Atombomben. Vielmehr ist der Haupt-Sinn der Export, und die Atomanlagen im eigenen Land vor allem Schaufensterstücke, die zeigen sollen, daß kein *„technischer Fadenriß"* passiert ist, den sie alle so fürchten, weil schlecht fürs Geschäft.

5. Darum ist es defätistisch, wenn man sagt, erst die Stillegung des Kapitalismus ermögliche die Stillegung der Atomanlagen. Beispiele sehr kapitalistischer Länder mit wenig oder keiner Atomenergie beweisen das.

6. Zum Protokoll nochmal: Mein Ziel ist der Kommunismus, nach K. Marx die Aufhebung des Widerstreits der Menschen mit den Menschen und mit der Natur, und ohne den gibts keine wirkliche Lösung. (Im Unterschied zum anarchistischen Idealismus vieler autonomer FreundInnen meine ich allerdings, daß dazu für eine längere Periode ein Sozialistischer Staat nötig ist, schon um die Konterrevolutionäre niederzuhalten; der obendrein das Kunststück fertigbringen muß, sein eigenes Absterben zu organisieren. Das hat mit dem Stacheldrahtsozialismus von DKP & DDR natürlich nichts zu tun und hat es überhaupt kaum gegeben, von Ansätzen in China zu Lebzeiten des Genossen Mao mal abgesehen.)

7. Keine Tagesäußerungen dürfen diesem Ziel zuwiderlaufen; aber ich brauche auch nicht immer schematisch *„den Kampf für den Sozialismus in alle Tageskämpfe tragen."* wie es bei der KPD mal hieß. Wenn ich einen AKW-Arbeiter dafür gewinnen will, daß er mit mir zusammen was gegen seinen Arbeitgeber macht, und er dann Bedenken wg. Arbeitsplatzvernichtung äußert, dann erwidere ich ihm mit kurzfristig möglichen Alternativen und nicht mit der Perspektive des Kommunismus. Das heißt natürlich nicht und die Unterstellung ist wirklich infam, daß ich für Atomenergie wäre, wenn sie tolle Arbeitsplätze schafft.

8. Ich habe nicht gesagt, daß das mangelnde Engagement alter Häsinnen & Hasen die Stillegung von Stade verhindert habe. Sondern daß sie die Kampagne geschwächt haben, weil sie aus Arroganz oder Resignation oder wem immer versäumt haben, den neuen Leuten in behutsamer aber klarer Weise unsere Erfahrungen mit Staat und Reformen zu übermitteln.

9. Das Bild vom *„wankenden Boden unter den Füßen der Betreiber"* war für den Sommer 86 zweifellos richtig. Zur Zeit **scheint** er sich beruhigt zu haben, aber unter der Oberfläche bebt es weiter, was heißt daß der Vertrauensverlust zahlloser Menschen — letztlich Grundlage der bürgerlichen Herrschaft — sehr weit reicht und nicht so leicht zu reparieren ist. Insofern gilt weiter und für diesen Gegner, mit den Worten Mao Zedongs: **Strategisch gering schätzen, taktisch ernstnehmen.**

Jens Scheer, Bremen

Kritik aus der Euregio

Liebe Freundinnen und Freunde von der atom — Radaktion! Zur Sommer — atom 1987 (Nr. 16) könnte ich eine ganze Menge schreiben, ich möchte mich an dieser Stelle jedoch auf vier Punkte beschränken:

1. Das Titelblatt war ja wohl unter aller Sau! Es ist völlig klar, daß mensch beim Flugi — verteilen nicht todernst sein braucht. Es geht aber nicht an, daß auf einem Titelbild der atom Flugi-VerteilerInnen zu sehen sind, die sich köstlich zu amüsieren scheinen, während sie die Münsteraner „Halbwertzeit" mit der Titelzeile „Reaktorunfall" unter die Leute bringen. Etwas mehr Fingerspitzengefühl bei der Auswahl der Titelbilder wäre ganz gut (Titelseite von Nr. 15 gefiel mir dagegen ganz gut).

2. Beim Lay-outen sind Euch offenbar zwei Fotos durcheinandergeraten. Das Foto auf Seite 12 zeigt kein armes Schaf, sondern Gerald Kirchner. Das Foto von Gerald gehört jedoch auf Seite 54, wo ein Schaf den Bericht über die UAA Gronau liest... (echt?... d.L.)

3. Auf Seite 54 hat sich in den Bericht über den UAA Kongreß ein entscheidender Druckfehler eingeschlichen (Mittelspalte). An der UAA wird abgereichertes und nicht angereichertes Uranhexafluorid dauerhaft unter dem freuen Himmel gelagert.

4. Seite 66: die Sonntagsspaziergänge an der Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) finden Sonntags, und nicht wie ausgedruckt Samstags, statt. Sie beginnen jeweils um 14 Uhr an der UAA-Zufahrt.

Mit solidarischen Grüßen

Udo Buchholz

...einen Bruchteil unserer Utopien auch im Alltag schon verwirklichen

Ich möchte dem Artikel in der letzten atom„**Tschernobyl und die Krise der Bewegung**" gerne noch zwei Aspekte hinzufügen, die so offensichtlich fehlen. Denn ein weiteres Problem, warum wir nicht so recht vorankommen in der Anti-AKW-Bewegung und mit neuen MitstreiterInnen ist das, daß der Umgang miteinander oft so katastrophal ist. Ganz konkret: Es passiert bei uns in der BI besonders häufig von Leuten, die irgendwie organisiert sind und besser und **lauter** argumentieren können, daß sie andere, die Argumente, Vorschläge etc. bringen, *„totlaufen"* lassen. Es wird nicht darauf eingegangen, wenn es nicht in ihr Konzept paßt. Folge davon ist, daß sich weniger an den Diskussionen, Vorbereitungen von Ationen beteiligen. So werden keine Diskussionen mehr in der Richtung geführt, daß neue MitstreiterInnen sich mit für sie neuen Denkweisen auseinandersetzen können, sie auch kritischer und bewußter in ihrer Arbeit werden können. Die *„Alten"* haben ihre Vorstellungen, machen **„die"** Politik, die *„Neuen"* müssen mitziehen oder bleiben auf der Strecke. Anstatt solidarischer zu sein, auch über Dinge inhaltlicher zu diskutieren, die angeblich bei den *„Alten"* schon klar sind.
Das wäre **ein** Weg aus dem Delemma. Warum nicht u.U. auch neue Wege gehen, die von den *„Neuen"* vorgeschlagen werden? Aber das ist kurz nur das eine Problem: Es gibt auch bei uns in der BI das Frauenproblem!!!

Kaum **einer** beachtet es! Ein Beispiel: Frau schlägt vor, einen Artikel aus der Atom zu diskutieren. Es kommt kaum Reaktion als:„*Wir können ihn ja mal durchlesen, dann mal sehen.*" Eine Woche später: Ein Mann, der auf dem Treff vorher nicht anwesend war schlägt vor, diesen besagten Artikel zu diskutieren. Der Vorschlag wird angenommen!
Das schreit zum Himmel, aber wird nicht bewußt bemerkt. Selbst einige Frauen haben es nicht drauf, solidarisch Frauen zu unterstützen. Auffallend ist auch die Beteiligung von Frauen auf unserem Plenum. Wir waren nach Tschernobyl mal fast mehr Frauen als Männer, wer sprach am Meisten? — die Männer! Heute ist es so, daß viele dieser Frauen nicht mehr bei uns sind. Wir haben zwar mal im Sommer diesen Jahres ein Frauentreff gemacht, es schlief wieder ein, weil ja *„so viel anderes anlag"*.
Aber auffallend war, daß nach diesem Frauentreff sich viel mehr Frauen *„trauten"* etwas zu sagen, denn wir hatten uns gegenseitig Mut gemacht. Jede erzählte von sich, wie sie diese männerdominierenden Termine empfand und wir bestärkten uns in der gegenseitigen Unterstützung bei Redebeiträgen, die wir machen wollten. Denn es passierte so oft, daß Frauen überhaupt nicht *„durchkamen"*, weil sie eine leisere Stimme haben! Sie wurden einfach *„überhört"*. *Das wird wahrscheinlich nicht nur in Lübeck so sein!*
Deshalb würde ich es gut finden, wenn wir mehr Frauentreffs auch auf den Konferenzen machen würden, mit Kinderbetreuung!
Einige Frauen in Lübeck haben jetzt wieder ein Frauentreff organisiert. Wir geben nich so schnell auf! Auch auf die Gefahr hin, daß einige „wichtige" Aktionen etc. nicht sofort durchgeführt werden können. Was haben wir denn davon, wenn so viele Frauen *„auf der Strecke bleiben"*?
Wir wollen doch mehr, als nur wie hier z.B. die Atomtransporte ver- oder behindern. Wir wollen doch auch bei uns etwas verändern, was so festgefahren ist. **Wir wollen doch einen Bruchteil unserer Utopie auch im Alltag schon verwirklichen, soweit es möglich ist. Und der menschlichere Umgang mit Menschen und Frauen gehört unweigerlich zusammen mit dem Kampf gegen Atomanlagen und die daraus folgende Unterdrückung von Staat und Gesellschaft.**
Frauen gemeinsam sind stark!

B., Lübecker Initiative gegen Atomanlagen

Hanseatische Anmerkungen

In der letzten „atom" in dem Artikel „Tschernobyl und die Krise der Bewegung" werden m.E. sehr gut die objektiven Ursachsen für das Scheitern oder nicht Weiterkommen der Anti-AKW-Bewegung unmittelbar nach Tschernobyl bis heute geschildert. Dort werden politische Vorgänge geschildert, die ich mit meiner,*kurzsichtigen"* Blickweise nicht gesehen habe. Mir persönlich war klar, die Argumentation *„der Ausstieg ist möglich"* war nur eine zusätzliche Argumentation. In erster Linie ging es darum, die Atommeiler wegen der unmittelbaren Bedrohung abzuschalten, selbst wenn sich für mich persönlich Einschränkungen ergeben hätten (Abschalten der Stereoanlage). So habe ich auch diskutiert. Aber das die Herrschenden ganz gezielt die Ausstiegszenarien (dazu gehört auch der 10 Jahres-Ausstieg der SPD) Gefahrenabwägung etc. in die Diskussion brachten, *„um jede noch so kleine Maßnahme gegen die Atomenergie abzublocken"*, ist mir erst richtig deutlich geworden beim Lesen des Artikels. Oder die Auswechslung von Zimmermann durch Süsmuth ist von mir bewußt gar nicht wahrgenommen worden. Es gibt noch andere Beispiele, wo ich nicht klar durchgeblickt habe. Und daś, obwohl ich seit ungefähr 10 Jahren Anti-AKW-Arbeit oder seit 15 Jahren politische Arbeit kontinuierlich gemacht habe.
Aber mir geht es hier nicht darum, meine Beschränktheit oder die Vorzüge des Artikels von Matthias dazustellen, sondern was meiner Meinung zu kurz gekommen ist.
Ich meine das Verhalten der Anti-AKW-Bewegung und/oder der Linken. Ich will nun nicht behaupten, es würde die Krise nicht geben, wenn wir uns anders verhalten hätten, aber vielleicht wäre die Situation heute etwas

besser. Kurioses am Rande: In Lübeck merken wir nichts von der Krise. Es haben in Lübeck noch nie so viele Menschen kontinuierlich über 1 Jahr hinaus Anti-AKW-Arbeit gemacht. Die Ursache liegt mit ziemlicher Sicherheit daran, daß Atomtransporte durch Lübeck laufen und hier nach Schweden verschifft werden.

Unser Fehlverhalten

Meine Kritik und mein Erleben der Situation nach Tschernobyl bezieht sich in erster Linie auf Lübeck. Ich kann mir aber gut vorstellen, daß es in anderen Städten oder Gemeinden ähnlich ausgesehen hat.

Voranstellen möchte ich eine kurze Situationsbeschreibung nach Tschernobyl. Unstrittig ist wohl, daß ein sehr großer Teil der Bevölkerung den Argumentationen der AKW-GegnerInnen aufgeschlossen, denen der Atomlobby und ihrer Handlanger (in Politik und Medien) skeptischer oder gar ablehnend gegenüberstand. Nie zuvor war auch die Bereitschaft weiter Kreise der Bevölkerung größer, sich im Kampf für die Stillegung aller Atomanlagen zu engagieren. Die verschiedenen „Betroffenen"-Demos und Aktionen (Hebammendemo, Aktionen mit verstrahltem Gemüse etc.) haben das deutlich gemacht.

Mit anderen Worten, wir hatten eine Situation, die wir uns als Linke (oder wie auch immer) nur wünschen können. Gewünscht haben wir natürlich nicht den Super-GAU, aber daß endlich mal Bewegung ins Volk kommt. Dieser Vorgang machte vor mir natürlich auch nicht halt, ich hatte viele unausgegorene Ideen im Kopf. Gewisse Ideen wagte ich allerdings auch nicht auszusprechen, wie ich die mangelnde Betroffenheit und Trägheit großer Teile der alternativen Szene sah. Es ist m.E. zwar richtig, daß nicht jede Kampagne oder jedes „Mode-Thema" von allen mit durchgezogen wird, aber diese Situation war anders, als alle anderen in den letzten 15-20 Jahren, wenn nicht 40 Jahren.

Die mangelnde eigene Betroffenheit drückte sich auch darin aus, daß Linke locker verseuchte Milch tranken, mit z.B. dem Hinweis auf Durstlöschung. Die eigenen Broschüren, die auch schon vor 10 Jahren verteilt wurden, werden von den Linken/Alternativen selbst nicht ernst genommen. Was sollen wir denn von dem Rest der Bevölkerung erwarten?

Die Trägheit drückte sich in Lübeck z.B. darin aus, daß erst 4 Wochen vergehen mußten, bis ein größerer Teil der Linken aufwachte und sich in die Brokdorf-Demo-Vorbereitungen einbrachte. Einige Autonome waren sich nicht zu schade, mit einem schlaumeierischen Papier (Zur politischen Bestimmung der Brodkdorf-Demo) die *„Massen"* belehren zu wollen. Höhepunkt des Papiers:*„Sie (die Brokdorf-Demo) ist nicht Abschluß sondern vielmehr Beginn einer Bewegung."* Für die Verfasser war es allerdings der Abschluß, denn 2-3 Wochen nach der Demo waren sie in der Ini nicht mehr zu sehen. Was hätte damals geschehen müssen:*„Wir stellen uns die Arbeit auf 3 Ebenen vor. Einmal die Massenaufklärungsarbeit, d.h. große Veranstaltungen durchführen, Flugblätter verteilen etc... Als Themen könnten wir uns vorstellen: bundesdeutsche Reaktorsicherheit, gehen...die Lichter aus, Macht der Stromkonzerne etc... Wir sollten Forderungen entwickeln, am besten mit breiten Kreisen der Bevölkerung,... Meßstellen... ,Untersuchung der Muttermilch usw..Als Zweites die Zusammenfassung des Protestes und Widerstands, z.B. wie jetzt die Brokdorf-Demo oder Aktionen zu den Atomtransporten. Dazu gehören auch Bundeskonferenzen der Anti-AKW-Bewegung und...eine größere Veranstaltung zu der weiteren Arbeit in Lübeck...Und als letztes die Organisierung der, die aktiv werden wollen. Das ist notwendig, um Massenarbeit und Aktionen durchführen zu können."*

Aus einem Papier, das wir (eine Frau, ein Mann) vor der Abreise an die Brokdorf-Demonstranten verteilten. Dieses Papier setzte sich hauptsächlich mit der Lübecker Situation auseinander. Zusätzlich druckten wir auf unserem Flugblatt einen Beitrag von Jens Scheer und einen Leserbrief von Udo (West-Berlin), beides aus der TAZ, ab. — Das meiste der Vorstellungen aus unserem damaligen Papier wurde nicht angegangen. Wahrscheinlich aus den schon vorher genannten Gründen. Die *„größere Veranstaltung zu der Weiterarbeit"* kam u.a. deshalb nicht zustande, weil einig Linke sich persönlich nicht riechen können.

die Atom — unsere Zeitung?

Eine andere Sache, die mit Lübeck nicht viel zu tun hat. Wie wurde mit der Atom/Radi-Aktiv-Sonderausgabe zum Super-GAU in der Anti-AKW-Bewegung umgegangen? Ich würde sagen mehr schlecht als recht. Wir haben in Lübeck ungefähr 200 Stück davon verkauft, dabei haben wir nicht mal alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Wie ich aus Göttingen erfahren habe, ragten wir mit unseren Verkaufszahlen deutlich heraus, im Verhältnis zu anderen Städten. (In Schwandorf wurden 1.000 verkauft, aber das kann mensch wohl nicht vergleichen.) Als die Sonderausgabe herauskam, träumte ich davon, daß es uns vielleicht mal gelingen könnte, bürgerliche Verlage in der Auflagenhöhe zu übertreffen. Aber ich hatte mich leider geirrt. (Vielleicht sollte die Atom-Redaktion mal eine Diskussion anregen: Wie arbeiten wir mit der Zeitung und für was ist sie zu gebrauchen?!)

Die Ursachen für die m.E. schlechten Verkaufszahlen lag nicht daran, daß die Menschen in der BRD zu dumm für solch eine Zeitung sind, sondern weil fast alle aktiven AKW-GegnerInnen es nicht auf der Platte hatten, daß sich solch eine Zeitung offensiv verkaufen läßt.

Christian, Lübecker Initiative gegen Atomanlagen

LeserInnenbrief zum Artikel „Autonome in der Anti-AKW-Bewegung"

Auch wenn viele Dinge, die ihr schreibt endlich mal gesagt werden mußten, und ich euren Mut (der zu einem öffentlichen Blick in den Spiegel zweifellos gehört) hoch anrechne, täuscht dies nicht über die von euch produzierte Scheiße hinweg. Schon euer Titel „Autonome in der Anti-AKW-Bewegung" ist eine Unverschämtheit. Die Anti-AKW-Bewegung ist autonom. Autonom bedeutet selbstbestimmt, eigengesetzlich, unabhängig. Da ihr euren Begriff von Autonomie nicht inhaltlich füllt, verfallt ihr dem typischen Szene-Fehler autonom und militant gleichbedeutend zu benutzen. Zur notwendigen Autonomiediskussion möchte ich aber jetzt noch nicht soviel beitragen, nur ein paar kurze Sätze. Die Methode ‚sich in BIs zu organisieren, ist ein autonomer Ansatz. Also sind in der alltäglichen Wirklichkeit die meißten BIs weder noch den Grünen noch von der SPD und anderen Parteien und Organisationen unterwandert. Was ihr unter autonom versteht, sind wohl eher die autonomen, militanten Lederjacken. So werden diese Begriffe verfälscht und verkürzt; schade! Außerdem macht ihr in eurem Artikel die gleiche Scheiße, die ihr kritisiert (Autonomiediskussion). Autonomie kann nur dann praktisch werden, indem der Begriff mit Theorie und Praxis gefüllt wird. Wo ist euer autonomer Ansatz! Beispiele in den sozialen Bewegungen sind: Anti-AKW: Infoläden, Zeitungen (atom!)..., Frauenbewegung: Frauenzentren, Zeitungen (Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis! für euch sehr zu empfehlen!)

Nun zum für mich wichtigsten Kritikpunkt: euer Artikel strotzt von männlichen Chauvinismus!!! Zitat:„... *Da fliegen WGs deren BewohnerInnen von den vielen Fetzereien genervt nun in die Zweizimmerwohnungen mit Freundin (und Kind)...*"(interessant, daß ihr soviele Lesben in der Szene habt, die mit Freundin und Kind zusammenwohnen.) Zitat„... *Ist unser Verhältnis zu Frauen genauso wichtig wie Wackersdorf...*"

1. Bei euch werden die weiblichen Endungen zu Worthülsen, da sie nichts mit der inhaltlichen Aussage zu tun haben.
2. Gibt es bei euch keine autonomen Frauen in der Szene? Oder meint ihr, sollten Frauen unter sich ihr Verhältnis neu bestimmen. Ihr seht nur euren kleinen Männerküngel und nicht die tatsächlichen Massen an Frauengruppen, die sich autonom und zum Teil militant organisieren.
3. Ihr reduziert das Patriarchat auf die zwischenmenschliche Ebene, nach dem Motto *„Wir müssen wohl besser mit den Frauen umgehen"*. Abgesehen davon, daß das Patriarchat auch das Verhältnis von Mann zu Mann und vor allem zu sich selbst bestimmt, ist Patriarchat weitaus mehr! Patriarchat ist Herrschaft!!! Eure Ignoranz demgegenüber ist ganz und gar nicht einzigartig. Diese und sogenannte Gruppenstrukturen hat bei vielen Frauen dazu geführt eigene autonome Frauenzusammenhänge aufzubauen.

Für uns geht es darum die Einheit Staat — Kapital/Imperialismus — Patriarchat zu zerschlagen. Viele von uns halten den Kapitalismus/Imperialismus für die bislang höchste Entwicklungsstufe des Patriarchats.

Solange das Patriarchat nicht als Herrschaft auf allen Ebenen auch von euch Männern begriffen wird, gibt es keine Basis der wirklichen Zusammenarbeit. Zu den Grünen: Meiner Meinung nach orientiert ihr euch aus eigener Schwäche, Theorielosigkeit und Handlungsunfähigkeit an scheinbar Starken, den Fundi-Grünen. Dies halte ich für einen gefährlichen Fehler. — Dabei sollten wir uns aber nicht an Leuten orientieren, deren politisches Ziel es ist, den Menschen den Glauben an ihre eigene Stärke zu nehmen und sie an die Wahlurne zur Verbesserung der Grünen Position zu bringen. So werden Kräfte gebunden und kanalisiert. Orientierung sollten wir als Menschen sein, und alle die durch das HERRschaftssystem unterdrückt und ausgebeutet werden, das fühlen und sich dagegen autonom organisieren und ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse durchsetzen wollen.

Mit autonomen, feministischen Grüßen aus dem schönen Münsterland!

Joschka Fischer, der Landesvorstand NRW & der Ausstieg aus der Atomenergie

»Ich bin der Meinung von Joschka Fischer, den sofortigen Verzicht auf Kernenergie halte ich für irreal« Da steht man als grüner Energiemensch erst mal ganz schon dumm da, wenn einem dies, wie neulich auf einer Podiumsdiskussion in Ahaus, um die Ohren gehauen wird. Und dann noch vom SPD—Diskussionsteilnehmer! Ganz klar: die Glaubwürdigkeit jedes grünen Mitgliedes, insbesondere die der wenigen Unentwegten, im Energiebereich tätigen, hat durch J. Fischers Außerung gelitten. Auch die BIs fühlen sich zu recht düpiert (aber nur die, die glauben, die Grünen würden in den Parlamenten unsere Interessen, d.S.). Und so befindet man sich plötzlich in der wenig angenehmen Lage, seine Glaubwürdigkeit nach allen Seiten verteidigen zu müssen, was natürlich auch nicht gerade sehr produktiv ist. Dagegen ist es noch relativ harmlos, wenn man, und das

beinhaltet Fischers Äußerung ja auch, innerparteilich zum energiepolitischen Sandkastenspieler deklariert wird: Ach ja, die Kleinen mit ihren Aussteigszenarien!

»Und der Landesvorstand steht ja auch hinter Joschka Fischers Äußerung!« Das ist natürlich so nicht richtig. Es zeigt aber, daß diese eigentlich nur von einem Vorstandsmitglied auf einer Vorstandssitzung hinter vorgehaltener Hand geäußerte Meinung auf den gesamten Vorstand zurückfällt. Natürlich steht der überwiegende Teil nicht hinter Joschka Fischers Äußerung, ein Teil übt sich in semantischen Eiertanz, nur Einer behauptet es von sich. Natürlich kann man der Ansicht sein, der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie ist irreal. Doch dann sollte man, wie Joschka Fischer dies tut, offen dazu stehen, und — die Konsequenzen ziehen, wenn man glaubt, grüne Programmatik nicht mehr vertreten zu können. Es ist nämlich für die uns äußerst sensibel beobachtenden Anti—AKW—Inis ein Unterschied, ob die besagte Ansicht von Joschka Fischer und Michael Merkel (wer ist dat denn? d.S.) oder von Otto Normalgrüner geäußert wird.

Zum Ausstieg aus der Kernenergie möchte ich an dieser Stelle unmißverständlich erklären: Der sofortige Ausstieg ist möglich! Die technischen Maßnahmen hierfür können innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden. Natürlich ist dies im Moment parlamentarisch nicht durchsetzbar, auch nicht mit der SPD. Wer sich den butterweichen Beschluß des SPD—Landesparteitags in Bochum zur Energiepolitik ansieht und den Worten Johannes Raus gelauscht hat, ist sich darüber im Klaren. Ein Abrücken von dieser realen Forderung ist der Sache in keiner Weise dienlich und wirkt sich rückschrittlich aus. Die Relativierung der Forderung nach sofortigem Ausstieg würde die Grünen auch auf parlamentarisc her Ebene (also sind sie außerparlamentarisch schon überflüssig, oder! d.S.) machen, denn auf Opportunismus versteht sich die SPD dank jahrzehntelanger Erfahrung nun mal besser als wir.

Die stärkste Stütze einer herrschenden Politik ist der Glaube, es gäbe keine Alternative. Zeigen wir sie auf!

Wolfgang Kühr
LAG Energie NRW

Ein Atomenergie-Gegner aus HH

Laßt uns das Ganze erfassen und verändern - gegen einseitige Praxis und isolierte Betrachtung -

Ich möchte einige Diskussionspunkte der letzten Jahre und die neuentstandene Diskussion im Zusammenhang darstellen.

Zur Geschichte: Wir haben uns Mitte der 70er Jahre gegen die politischen und theoretischen Vorstellungen der K-Gruppen gegründet, und mit dem Kampf gegen Atomanlagen auf die lebendige und praktische Auseinandersetzung mit den Menschen gesetzt, die sich an ihrer Betroffenheit politisiert und organisiert haben. Während die K-Gruppen an vielen Punkten ihrer politischen Arbeit die Theorie zur Grundlage gesellschaftlicher Veränderung erhoben (z.B. 3-Welten-Theorie) und damit die Theorie über die gesellschaftliche Wirklichkeit stellten, haben wir der Praxis einen breiten Raum zur Entwicklung unserer Politik gegeben. Damit sind wir jahrelang gut gefahren. Nur haben wir übersehen, daß ohne größere theoretische Reflexionen unsere Arbeit und politisches Verständnis sich unmerklich dahin entwickelt hat, wo wir heute stehen: in der praktischen Arbeit sind wir nicht viel weiter als Anfang der 80er Jahre. Im politischen und theoretischen Verständnis und Arbeit liegen wir, bis auf wenige Gruppen ziemlich am Boden.

Die praktiscche Arbeit, d.h., die konkrete Verhinderung von Atomanlagen - erst einer Anlage, später des ganzen Atomprogramms - hat uns den Blick verstellt für die Frage: Welche Mechanismen und gesellschaftlichen Kräfte liegen diesem System zugrunde, das das Atomprogramm trotz massiven Protestes und Widerstandes durchführt? Und, schaffen es moralische Appelle und Proteste, das Atomprogramm abzuschaffen? Welche politischen Fragen müssen wir uns heute neu stellen, und sollen (müssen) wir uns nicht anders organisieren?

Wir haben leider zu spät begriffen, daß die Politik der Praxis zur Verhinderung der Atomanlagen und die Betroffenheitspolitik langfristig nicht ausreicht um die kapitalistische Energiepolitik - ein Eckpfeiler der kapitalistischen Wirtschaft und Entwicklung - zu kippen. Und wir haben erst sehr spät begriffen und auch übersehen, daß nur durch die Ausweitung dieser Kämpfe - Hanau Demonstration - (Siemes/KWU, Namibia-Uranabbau, Atombombenbau...) die Bewegung eine Perspektive besitzt, damit wir uns stark und durchschlagsfähig erhalten. Aus diesem Ansatz erfolgt, wie sich ersehen läßt auch eine andere politische Arbeit und Praxis.

Welche Politik betreiben: Bei der Frage Siemens/KWU können und sollen wir verstärkt den Kontakt mit Gewerkschafts- und Betriebsgruppen suchen, damit wir über den Betrieb und die Struktur im Innern etwas erfahren. Wir müssen uns, den Leuten auf der Straße, auch im Betrieb, klar machen, welche Bedeutung Siemens/KWU als Energie-, Elektronik-, Anlagenbau- und Kommunikationsmulti-Konzern hat, welche Umstrukturierungen in Betrieb und Gesellschaft auf uns zukommen, welche enorme Verarmung und welche Möglichkeiten und Mittel wir dagegen entwickeln können. Das sind so ziemlich neue Fragen und Aufgaben für uns und ich weiß, daß wir ziemliche Schwierigkeiten haben uns darauf neu einzustellen. Aber dahin geht die gesellschaftliche Entwicklung und wir sollten diese Aufgabe in Angriff nehmen und einen Weg vorbereiten und ebnen, um diese gesellschaftlichen reaktionären Maßnahmen aufzuhalten und letztendlich ganz zu verhindern.

Bei der Namibiafrage können wir verstärkt internationalistische Politik betreiben und mit Befreiungsbewegungen zusammenarbeiten. Bei der Atombombenpolitik der BRD die Kriegsgefahr bzw. die Kriegspolitik von BRD/NATO aufdecken und angehen.

Bei allem braucht - wenn mal ein Blick auf eine zukünftige Arbeit geworfen wurde - die traditionelle Anti-AKW/Ökologiearbeit nicht vergessen oder als überholt abgetan werden. Denn jeder Niedergang oder Atempause, die die Atom-Kapitalisten von uns bekommen, nutzen sie sofort, um ihre Zerstörungs- und Ausbeutungspolitik fortzusetzen. Der Bundesregierungs-Barometer zeigt uns sehr deutlich auf, wo es nach Tschernobyl längs geht.

Dabei können den Standort-Bis - ohne dafür zu plädieren - die "traditionelle" Anti-AKW-Arbeit zufallen. Die anderen Initiativen können, nach Stadt oder Land, die anderen Aufgaben übernehmen, bzw. nach ihren Bedingungen auch eigene und weitergehende Arbeiten entwickeln. So kann eine neue Qualität in der politischen Arbeit entworfen und der kräfteraubende Widerspruch zwischen Stadt und Land (Stadt und Standortinis) gelöst werden.

Es hat sich in der Praxis gezeigt, daß es einfach nicht möglich ist, nur zu den Atom-Standorten zu fahren. Dabei verlieren wir Zug um Zug unsere Basis in der Stadt, entwickeln kein Bewußtsein über die Zusammenhänge des Atomprogramms mit anderen industriellen (Zukunfts-)Projekten und zertreuen unserer Kräfte, statt sie auf unsere Lebenszusammenhänge zu konzentrieren.

Bündnispolitik: Aus dem Formulierten geht hervor, daß wir im Vertrauen auf die eigene Kraft die Probleme lösen können und müssen. Eine Bündnispolitik eingehen um unsere eigenen inhaltlichen Schwächen zuzudecken muß spätestens nach 2-3 Jahren zum Fiasko werden. Gleichwohl ergibt sich aus der politischen Arbeit eine Reihe von Ansatzpunkten.

In diesem Zusammenhang halte ich es für notwendig eine stärkere Auseinandersetzung mit den Nach-Tschernobyl-Gruppen zu suchen. Sie gehören zu unserer Bewegung und übernehmen Aufgaben, die wir früher selbst gemacht haben. Diese Aufgabe, über Radioaktivität und ihre Folgen aufzuklären, gehört immer wieder zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Darüberhinaus leisten sie eine wichtige Arbeit im Aufbau eines unabhängigen Meßstationensystems. Auch so können verschiedene Arbeiten in einem politischen Kampf zusammenlaufen und politische Unterschiede, die es gibt langfristig abgebaut werden. Auch eine revolutionäre Bewegung/Organisation kann aus unterschiedlichen Teilen zusammengesetzt sein und bedarf nicht nur eines hundertprozentigen Selbstbildes. Wie sollten wir uns selbst und die Gesellschaft verändern, wenn wir von solch einem Selbstbildnis ausgingen?

Organisieren: Über die Notwendigkeit verbindlicher Strukturen sind wir uns wohl alle einig. Allerdings ist das weder ein notwendiger Selbstzweck, noch läßt sich die Notwendigkeit von Strukturen/Organisationen allein aus den gemachten Erfahrungen ableiten, wie es der "Arbeitskreis antiimperialistischer Widerstand" (AKAW) in einem Beitrag der Atom (Okt.87) schreibt. Sich organisieren, sich eine bestimmte Organisationsform geben, hängt direkt mit den politischen Zielen und Inhalten zusammen. Wo sie fehlen, wo diese Inhalte nach außen nicht vermittelt werden (in die unterdrückte, ausgebeutete Klasse plus den ökologischen Fragen) zerfallen auch Strukturen bzw. werden überflüssig. Diesen Prozeß können wir bei den Autonomen wie in der Anti-AKW-Bewegung feststellen. ... Wo es aber darum geht etwas praktisch zu verhindern, Kleingruppen aufzubauen ... an diesen Punkten waren/sind die Strukturen schon wesentlich besser. Allerdings haben wir die Erfahrung gemacht, daß auch die Kleingruppen den politischen Schwankungen unterworfen sind und direkt von diesen abhängen. D.h., mit der Auflösung der politischen Strukturen lösten sich häufig auch die Kleingruppen auf. In der Ant-AKW-Bewegung stellt sich das Problem ähnlich. Hier ist es weniger das Hinüberwechseln zu anderen Themen, sondern die Fixiertheit auf wenige Punkte, an denen die politische Arbeit notwendigerweise auf Grenzen stößt. Als Ersatz oder besser als Erfolg werden dann die gemachten Aktionen ins Feld geführt. Nur, so berechtigt und notwendig diese Aktionen auch sind, sie lösen nicht eine einzige politische Frage.

Auf der Straße sollten wir wieder mehr erscheinen und uns vorstellen. Eigene Veranstaltungen organisieren, neue Themen vorstellen und Zusammenhänge suchen. Auf die Ereignisse in Gorleben (Schacht, Konditionierungsanlage), auf Erhöhung von Strahlenwerten in Lebensmitteln, Atommülltransporte u.a. politische/ökologische Fragen eingehen. Über diese Arbeit soll eine größere Verbindlichkeit in der Gruppe, wie eine gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit mit anderen Gruppen erreicht werden.

Zusätzlich soll die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen/Themen vorangetrieben werden. In diesem Sinne kann eine größere Organisierung vorangetrieben werden, um unseren Einfluß auch zur Geltung zu bringen. So können wir zunächst einen Sprung von der spontanen Bewegung zur politischen Organisation machen als Voraussetzung für eine revolutionäre Organisation.

Auf dieser Grundlage können die Kleingruppen neu agieren. Nicht mehr nur spontan und damit vom jeweiligen Konjunkturbarometer abhängig, sondern als Ausdruck einer lebendigen Beziehung zwischen Bewegung/Organisation und Widerstandsgruppen. Als Dialektik von bewußter Gesellschaftsveränderung und Beendung von Herrschaft und Herrschaftstechnologien.

In diesem Prozeß entstehen neue Beziehungen. Nicht durch die "Wahl der fähigsten Genossinnen und Genossen zur Führung" (AKAW), sondern als bewußte Entscheidung zur Veränderung der Gesellschaft, in der gegenseitigen Hilfe alles zu lernen, damit wir die Kraft aufbringen zu kämpfen und zu siegen.

Marxistische Kritik

Zeitschrift für revolutionäre Theorie und Politik

Produktivkraftkritik und theoretischer Verfall der Linken

Teil 1: MK Nr. 2, März 1987
Teil 2: MK Nr. 3, Juni 1987

Eine Artikelserie zur kritischen Bestandsaufnahme der gängigen Basis-Ideologie linker Opposition in der BRD heute.

Eine Kritik der theoretischen Kapitulation des akademischen Linkssozialismus vor der bürgerlichen Wissenschaft. . .

Eine Auseinandersetzung mit dem identischen Produktivkraft-Begriff von traditionellem Marxismus und grün-alternativen Marxismus-Kritikern.

Eine Analyse des Verhältnisses von moderner Demokratie und alter Arbeiterbewegung, in der beide nicht gut wegkommen. . .

Eine Kritik an Autoren wie Otto Ullrich, Winfried Thaa, Rainer Trampert, Thomas Ebermann, Günther Anders, Joscha Schmierer, Nikolai Bucharin u. a.

Ein theoretischer Zweifrontenkrieg also gegen den Dampf-Marxismus und seine hilflosen Verächter.

Eine Kritik der wiederaufgewärmten Genossenschaftsillusionen, denen auch der Fall *Neue Heimat* nicht zu denken gibt. . .

Ein etwas anderer Fundamentalismus: Gegen den „vergessenen" Waren- und Geldfetisch statt gegen die Produktivkräfte. . .

Bezug:

Verlag Marxistische Kritik
Postfach 2111
8520 Erlangen

antimilitarismus information

DAS THEMENHEFT ZUR AKTUELLEN DISKUSSION UM FRAUEN UND MILITÄR

Hanne-Margret Birckenbach: zur Diskussion um Feminismus und Pazifismus, **Elise Boulding:** zu verschiedenen Frauengestalten in Geschichte und Gegenwart, **Wendy Chapkins** zum Mythos von der friedfertigen Frau, **Cynthia H. Enloe:** zu unterschiedlichen Formen militarisierter Männlichkeit, **Carol Cohn:** zu Sprache und Denken der 'Verteidigungsexperten' in einem US-amerikanischen Zentrum für Rüstungstechnologie und -kontrolle, **Gabi Dobusch:** zu Frauen und Bundeswehr

An: ami (Redaktion und Vertrieb, Elßholzstraße 11, 1000 Berlin 30, Tel: 030/2151035

Frauen haben kein Vaterland ...

Das Themenheft hat 60 Seiten und kostet 4.50 DM (plus Porto)

Ich bestelle:
° *Ex. Themenheft: Frauen haben kein Vaterland...*
° *ein Abonnement der 'antimilitarismus information', (d.h. pro Jahr 12 Hefte, davon drei Themenhefte) zum Preis von 32,25 (incl. Porto) jährlich*
° *ein kostenloses Probeheft*

Eine Zeitung mit Gebrauchswert:

für militante Kritik
und sozialrevolutionäre
Organisierung

DIREKTE AKTION
Organ der Freien Arbeiter-Union
- Anarchosyndikalisten -

Lagerstraße 27, 2000 Hamburg 6
Probeheft anfordern! DM 2.--

Preis/Einzelheft: DM 9 p.V.
Jahresabo (3 Hefte)-
Personen: DM 21 p.V.
Institutionen: DM 40 p.V.

Buchhandelsbestellungen an die Redaktion:
Bürgerrechte & Polizei
c/o FU Berlin
Malteserstr. 74-100
1000 Berlin 46
Tel.: 030/7792-214
-462
-484

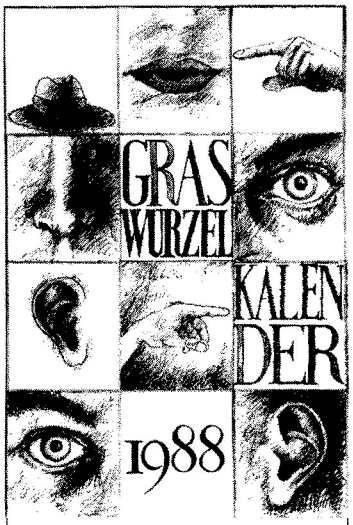
Herausgeber:
H. Busch,
A. Funk,
K. Dieckmann,
U. Kauss, C. Kunze,
W.-D. Narr, M. Walter, F. Werkentin

Einzelbestellungen/Abos: Kirschkern Buchversand
Hohenzollerndamm 199 · 1000 Berlin 31

Bürgerrechte & Polizei

Cilip
Informationsdienst

Aus dem Inhalt:
Schwerpunkt: Verfassungsschutz ● Organisation Personal ● NADIS ● VfS & Volkszählung ● Celler Loch ● Sicherheitsüberprüfung ● Todesschüsse '86



Mit Beiträgen zu:

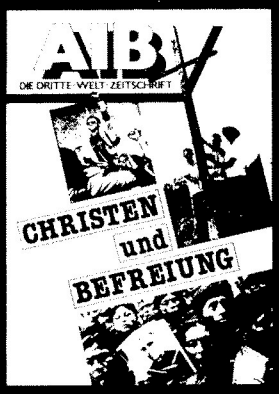
- Staatlichkeit heute
- Anti-Sexismus
- Aufarbeitung von Geschichte
- Transnationalismus

Gewohnter Standard: umfangreicher Adressteil, Temperaturkalender, Jahres-/Monats-übersicht, Literaturhinweise, viele Fotos...

(Umschlag folienkaschiert, 336 Seiten Inhalt auf umweltfreundlichem Papier, fadengeheftet)

DM 8,50 (ab 5 Ex. DM 6,–, ab 10 Ex. DM 5,60)
Einzelbestellungen nur gegen Vorausbezahlung auf das Sonderkonto Uschi Herrmann, Nr. 2516 58 – 708 beim Postgiroamt Stuttgart (BLZ 600 100 70) oder in Briefmarken (plus DM 1,– Porto).

Private Direktbestellungen an:
Uschi Herrmann, Schafbergstr. 14,
7252 Weil der Stadt 3.
Vertrieb an Buchläden: Prolit (BRD) und AurorA (Berlin-West).



AIB
Nr. 6
Juni 1987
56 Seiten
3 DM

CHRISTEN UND BEFREIUNG

- Befreiungstheologie unter Beschuß
- Gespräch Frei Betto/Fidel Castro
- Der Papst in Chile
- Christen und Sandinisten
- Südafrikanische Kirchen gegen Apartheid
- US-Kirchen gegen Reagan-Doktrin
- Entwicklungspolitik der EKD

Weitere Themen:
- AIDS in Afrika • Wiedervereinigung der PLO • Interview mit J. M. Sison
- Namibia • Argentinien
- Asiatische Sowjetrepubliken
- Vietnamfilm „Platoon"

AIB
Sonder-
heft
2/1987
32 Seiten
2,50 DM

Das WETTER ist nicht an allem schuld

HUNGER: Die Krise im Überblick
HUNGER: Nahrungsmittel als Waffe
HUNGER: Agrobusiness in Afrika
HUNGER: Alternativen der FAO
HUNGER: Beispiele Kenia, Äthiopien
HUNGER: Beispiel Burkina Faso
HUNGER: Beispiel Mosambik/Simbabwe

Bezugsbedingungen: Erhältlich im alternativen und linken Buchhandel oder gegen Vorauszahlung in Briefmarken bzw. Verrechnungsscheck (zzgl. 0,80 DM Porto für 1 Heft und 1,90 DM für 10 Hefte) bei:

AIB-Leser/innen-Service
Gottesweg 54, 5000 Köln 51
Jahresabonnement (12 Nummern): 33 DM
33% Rabatt ab 10 Exemplaren
Ein kostenloses AIB-Heft erhalten Sie bei Einsendung dieser Anzeige

Sonderhefte der Graswurzelrevolution

Der Wehrpflicht ein Ende!

Dieses Sonderheft gibt Anregungen und will Mut und Lust machen, sich in vielfältiger Weise gegen die Wehrpflicht zu wehren:

0 Warum wir für die Auflösung der Bundeswehr kämpfen
0 Geschichte der Wehrpflicht
0 Zivildienstkritik
0 Linke Soldatenarbeit
0 Erfassungs-, Musterungs-, Totalverweigerung
O Knast und Solidarität
0 Transnationale Zusammenarbeit
und vieles mehr.

68 S., 6,- DM + 1 DM Versand

Alternative Ökonomie

Dieses Heft ist Ergebnis zweijähriger Diskussion ökonomischer Fragen innerhalb der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen:

0 Geschichte des Kapitalismus
0 Ökologische Grenzen - ökonomische Krisen
0 Ausstieg aus dem Industriesystem?
0 Joseph Huber contra Rudolf Bahro
0 Ansätze feministischer Ökonomie
0 Kommunistischer Anarchismus
0 Maschinenstürmer
0 Betriebskämpfe
0 Modelle und Utopien

104 S., 6,- DM + 1 DM Versand

Revolutionärer Antimilitarismus

Das Sonderheft "Keine Frau, keinen Mann, keinen Pfennig für Staat und Krieg!" führt gut aufbereitet in die wenig bekannte Geschichte des anarchistischen Antimilitarismus der 20er und 30er Jahre ein. Die dokumentierten Texte von Arthur Lehning, Walter Borgius, Domela Nieuwenhuis, Clara Wichmann, Max Nettlau,Rudolf Rocker, Bart de Ligt, Pierre Ramus und Albert de Jong bestechen in erstaunlicher Weise immer wieder durch ihre Aktualität.

76 S., 6,- DM + 1,- DM Versand.

Alle drei Sonderhefte im Paket zum Sparpreis: Nur 15 DM, Versand frei!

Bestellungen mit Scheck, Briefmarken oder gegen Rechnung an:
Verlag Graswurzelrevolution, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50.

Schwarze Katze

★ SCHULUNG ★ ORGANISATION ★ EMANZIPATION

Nr. 4 Hamburg April 87

Schwerpunkte:

Sozialrevolutionäre Massenlinie:
- Aktionen auf den Soziämtern
- Stadtteilinitiativen
- Schulungszentrum

Internationalismus in der Praxis:
- Gegen die Ausländerbehörde
- Grenzen auf für Alle!
- Internationales Cafe

Technologischer Angriff:
- Arbeit und AKWs

Gesundheit:
- Der blinde Fleck der autonomen Sozialbewegung
- Anmerkungen zum SPK

DM 4,00 in Briefmarken an
Schwarze Katze
c/o Cafe & Buch
Holstenstraße 186
2000 Hamburg 50

Radi

bayrisches Anti Atom Magazin

Aus dem Inhalt:

* Herbstaktionen — Berichte und Einschätzungen
* Internationaler Währungsfond
*Prozesse
* No more heroes

*

Bestellungen: Radi Aktiv
Rothenburger Str. 106
85 Nürnberg 70
Tel. 0911/28 89 46

Einzelpreis DM 4,-

Aktiv

Weitere Schwerpunkte: Atommülltransporte .....Deutscher Herbst in Wackersdorf..... ...1. Weltkonferenz der Strahlenopfer..... .....Atommüllkonferenz.....Standortberichte...

Collection Lafith foundation
www.laka.org
Digitized 2016